PERSPEKTIVEN!

MITEINANDER PLANEN FÜR DIE ELBINSELN

ERGEBNISBERICHT DES BETEILIGUNGSPROZESSES 2013/2014

ERGEBNISBERICHT

DES BETEILIGUNGSPROZESSES 2013/2014

Inhalt

A. Vorwort 6
B. Bildung 8
1. Vorbemerkung: 8
2. Einleitung 8
3. Potenziale und noch vorhandene Defizite 8
4. Lösungsansätze und Maßnahmen 10
C. Inklusion 13
1. Vorwort 13
2. Defizite 13
3. Potenziale 15
4. Lösungsansätze 15
4.1 Die 30 inklusiven Empfehlungen zur Stadtentwicklung 16
D. Kultur 19
1. Vorbemerkung 19
2. Offene Räume 19
3. Informelle Treffpunkte 20
4. Einbeziehen der Jugendlichen 20
5. Netzwerkarbeit 20
6. Öffentlichkeitsarbeit 21
7. Über wen reden wir? 21
8. Konkrete Pläne 21
E. Lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung 22
1. Ausgangspunkt 22
2. Rückschau 22
3. Problemlagen 25
4. Potenziale 27
5. Lösungswege 28
6. Maßnahmenvorschläge 29
F. Nachbarschaft – Miteinander Leben 33
1. Vorbemerkung 33
2. Unser Verständnis von Nachbarschaft für die Elbinseln 33
3. Defizite und Hürden im nachbarschaftlichen Miteinander 34

4. Potenziale 35
5. Lösungsansätze 36
6. Maßnahmen 37
7. Schlussbemerkungen 38
G. Naturschutz, Wasser, Gärten 39
1. Vision 39
2. Potenziale 39
3. Defizite 40
4. Maßnahmen 41
H. Partizipation und Mitwirkung 43
1. Vorbemerkung 43
2. Defizite oder „Warum es bisher nicht richtig funktioniert hat“ 43
3. Potenziale oder „Warum es funktionieren könnte“ 44
4. Lösungsansätze oder „Wie es funktionieren soll“ 46
5. Maßnahmen oder „Diese Wege führen zum Erfolg“ 46
I. Sport – Die Elbinseln bewegen sich 49
1. Vorbemerkung 49
2. Potenziale 49
3. Defizite 50
3.1 Zustand der Sportanlagen und dazugehörende Hochbauten/Lagerflächen 50
3.2 Lage/Erreichbarkeit der Sportanlagen 50
3.3 Öffentliche Sportplätze/Sporthallen (bezirkliche Sportanlagen) 51
3.4 Wassersport 51
3.5 Freizeitsport und frei zugängliche Sport- und Bewegungsräume 51
3.6 geändertes (minimiertes) Zeitfenster der Sporttreibenden 51
4. Lösungsansätze 52
5. Maßnahmen 52
J. Hier kommt die Veddel 56
1. Vorbemerkung 56
1.1 New Hamburg 56
2. Teilhabe und Nachbarschaften 56
2.1 Allgemeiner kultureller Ort 57
2.2 Gastronomie 58
2.3 Grünflächen und -vernetzung 59
2.4 Freizeit und Sport 60

2.5 Partizipation 61
2.6 Bildung 62
3. Nahversorgung 62
3.1 Defizite 63
3.2 Potenziale 63
3.3 Lösungsansätze 64
4. Wohnen auf der Veddel 65
4.1 Prekäre Wohnverhältnisse 65
4.2 Sozialbindung und Belegungsbindung 67
4.3 Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfeldes 68
5. Veddeler Norden 69
5.1 Ausgangslage 69
5.2 Defizite 70
5.3 Potenziale 72
5.4 Lösungsansätze 72
5.5 Maßnahmen 74
6. Schwerpunkte 74
K. Veringkanal – die Transformation eines Raumes 77
1. Ausgangslage 77
2. Nutzungsvielfalt – Spiegelbild einer sich ändernden Stadtgesellschaft und Ökonomie 78
3. Potenzialanalyse Veringkanal – ein erster Schritt 81
4. Ausblick : kooperativ Veränderungen denken und einleiten 84
L. Verkehr 86
1. Vorbemerkung 86
2. Defizite 86
3. Potenziale 86
4. Lösungsansätze 87
4.1 Für den Bus- und Lkw-Verkehr 88
4.2 Intesivere Nutzung der Wasserwege 88
4.3 Im Wohnbereich 88
5. Maßnahmen 88
6. Synergien und Konflikte 88
6.1 Synergien: 88
6.2 Konflikte: 89
M. Wirtschaft 90

1. Zentrale Aussage 90
2. Ausgangslage 90
3. Defizite 90
3.1 Flächennutzung 90
3.2 Verkehr 91
4. Potenziale 91
4.1 Flächennutzung 91
4.2 Verkehr 92
5. Lösungsansätze 92
5.1 Flächennutzung 92
5.2 Verkehr 92
6. Maßnahmen 93
6.1 Flächennutzung 93
6.2 Verkehr 93
7. Fazit 94
N. Wohnperspektiven für die Menschen auf den Elbinseln 95
„Inklusiv statt Exklusiv“ 95
1. Einleitende Zusammenfassung 95
2. Ausgangslage 97
3. Bestandsaufnahme/Problemlagen 100
3.1 Große Not, großer Bedarf 100
3.2 Schwierige Rahmenbedingungen für Wohnen auf den Elbinseln 103
3.3 Wirtschaftsbehörde und Unternehmensverband Hafen bestimmen den Takt 112
3.4 Grüne Insel im Fluss: Träume und Albträume für öffentliche Räume 115
4. Potenziale 117
5. Lösungswege/Ziele 118
5.1 Sanierung und Bau von neuen Wohnungen 118
5.2 Gebraucht wird eine Wohnungsmarktanalyse der Elbinseln 118
5.3 Ressourcenschonende Aspekte, Architektur und Ästhetik 120
5.3.1 Experimenteller Wohnungs- und Städtebau 120
6. Maßnahmen/Vorschläge 120
6.1 Weitere Sanierungen im Bestand 120
6.2 Beim Wohnungsneubau fordern wir 121
6.3 Verlängerung der Sozialbindung 121
6.4 Menschenwürdige Wohnbedingungen für Wanderarbeiter aus Osteuropa 121

6.5 Agentur für inklusives Wohnen auf den Elbinseln 122
6.6 Dringende Maßnahmen für Wohnumfeld und Infrastruktur 122
7. 12 Kernforderungen zur zügigen Umsetzung 124
O. Stadtteilgespräche 129
1. Vorbemerkung 129
2. Jugendliche 129
2.1 Eine 10. Klasse der Stadtteilschule Wilhelmsburg 129
2.2 Fußball ist das oberste Gebot 131
2.3 Wir fühlen uns wohl! 134
3. Teilnehmer_innen an beruflicher Qualifizierung 135
3.1 Unterschiedliche Entwicklungen im Stadtteil 135
3.2 Den eigenen Blickwinkel ändern 136
4. Teilnehmerinnen an Integrationskursen 138
4.1 Wir möchten uns mehr in der Schule engagieren 138
4.2 Spielplätze sollten besser ausgestattet sein 139
4.3 „Manchmal vergesse ich, dass ich in Deutschland bin.“ 140

A. Vorwort

Was ist für Sie auf den Elbinseln wichtig?

Was brauchen Sie, damit wir hier gut leben können?

Was macht die Elbinseln für Sie lebenswert?

Mit diesen Fragen begann das Beteiligungsverfahren „Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln“ im September 2013. Heute, sieben Monate später, können wir mit diesem Ergebnisbericht Antworten für die Stadtteil- und Sozialraumentwicklung präsentieren.

Mit dem gemeinsam mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Projektgruppe Sprung über die Elbe und Stadtwerkstatt) und dem Bezirk Hamburg-Mitte beratenen Rahmenkonzept des Prozesses hat sich das Bürgerhaus Wilhelmsburg vorgenommen, mit Perspektiven! die auf den Elbinseln lebende Bevölkerung möglichst breit in diese Beteiligung einzubinden, ebenso wie weitere Interessensgruppen, Politik, Fachbehörden, Bezirksverwaltung und die ansässige Wirtschaft als Partner auf Augenhöhe für den Prozess zu gewinnen.

Die im Rahmen des Prozesses durchführten Aktivitäten sprechen für sich:

- 8 öffentliche Veranstaltungen[1] wurden von über 1.000 Menschen besucht.
- In der Presse wurde der Prozess mit 66 Veröffentlichungen begleitet.
- In 22 aufsuchenden „Stadtteilgesprächen“[2] haben 220 Personen ihre Meinungen eingebracht.
- An 12 Themengruppen waren insgesamt 394 Menschen einmalig bis dauerhaft beteiligt.
- Die Themengruppen haben die Kapitel B bis N dieses Berichts erstellt (einige Akteure haben das Einverständnis zur Veröffentlichung ihres Namens erteilt).
- In Laufe des Prozesses gab es insgesamt 64 Treffen der Themengruppen – ein großartiges Engagement![3]
- Der Rat der Themengruppen, mit der Funktion, die Arbeit der Gruppen untereinander zu koordinieren, hat 6 Mal getagt. Zusätzlich gab es einen „Themengruppentag“.
  In seiner konzeptgemäßen Durchführung wurde der Prozess begleitet von einem weiteren Gremium: Der Verfahrensrat war besetzt mit Vertreter_innen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Projektgruppe Sprung über die Elbe und Stadtwerkstatt),[4] dem Bezirk Hamburg-Mitte (Dezernat für Wirtschaft, Bauen u. Umwelt, Fachamt Sozialraummanagent), Vertretern des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Vertreter_innen des Themenrates, dem vhw –

---

[1] Auftakt Perpektiven!, Bezirkliches Wohnungsbauprogramm, Eine Moschee für Wilhelmsburg, Wie kann Bürgerbeteiligung gelingen?, Zukunftsbild Elbinseln 2013+, Ratschlag zum Inselpark, Was macht jetzt eigentlich die IBA auf den Elbinseln, Inklusion

[2] Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Elbinseln fühlen sich von klassischen Beteiligungsverfahren nicht angesprochen. Expertinnen und Experten des Alltags sind sie gleichwohl. Deswegen haben wir im Laufe des Prozesses „Stadtteilgespräche“ mit üblicherweise nicht in Beteiligungsverfahren aktiven Menschen geführt, die wir überwiegend durch im Stadtteil verankerte Institutionen angesprochen haben.

s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche und Anhang O.1 Stadtteilgespräche

[3] Redaktionell erstellte Hinweise zur Arbeitsweise der Themengruppen finden sich am Ende der jeweiligen Kapitel.

[4] Perspektiven! wurde gemeinsam von der BSU, dem Bezirksamt und der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte finanziert.

Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. und dem Bürgerhaus Wilhelmsburg. Er traf sich insgesamt 4 Mal.

- Im Rahmen aller Aktivitäten haben 682 Menschen ihre Kontaktdaten in Listen eingetragen, um weiterhin informiert zu werden.

Diese Zahlen geben einen guten Hinweis auf die Diskursqualität.

Eine genauere Betrachtung hat der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. beitragen. Der vhw hat Perspektiven! von Beginn an wissenschaftlich beratend begleitet: Die von ihm für den Prozess durchgeführte Milieuanalyse der Elbinseln, verbunden mit den von vhw beauftragten Milieugruppengesprächen (durchgeführt von TNS-Infratest), waren der Ausgangspunkt für die Planung der Stadtteilgespräche und die Öffentlichkeitsarbeit.

Um zu überprüfen, ob die Einbeziehung der Wilhelmsburger und Veddeler Bevölkerung tatsächlich in der gewollten Breite gelungen ist, hat der vhw im Februar dieses Jahres eine weitere Analyse erstellt. Hierbei „..zeigt die Veränderung in der Zusammensetzung der Akteure, die im ‚Perspektiven'-Prozess durch Verbesserung der Inklusion erreicht wurde. Vor allem bei den sozial schwächeren Milieus, die bei partizipativen Verfahren meist nicht hinreichend vertreten sind, konnten deutliche Verbesserungen erzielt werden.

Relativ zur Einwohnerstruktur zeigt sich eine recht ausgewogene Beteiligung, die ein gutes Licht auf die getätigten Inklusionsbemühungen wirft."[5]

Der Ergebnisbericht des Beteiligungsverfahrens „Perspektiven! – Miteinander planen für die Elbinseln" ist also eine ernstzunehmenden Grundlage für alle folgenden Planungen und Entscheidungen für die Zukunft der Elbinseln.

Die Akteure der unterschiedlichen Themengruppen wollen mit den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung über ihre Einschätzungen, Lösungsansätze und Maßnahmenvorschläge beraten. Perspektiven! soll der Beginn einer neuen Beteiligungskultur auf den Elbinseln sein.

In diesem Sinne übergeben wir den Bericht an Politik, Behörden und das Bezirksamt Hamburg-Mitte mit der Aufforderung zur stetigen gemeinsamen Planung für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Elbinseln.

Hamburg, den 30.4.2014

Bettina Kiehn

Vorstand
Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg

Brit Tiedemann

Projektkoordinatorin Perspektiven!

[5] Die vollständige Teilnehmeranalyse des vwh s. Anhang A1 S. 8

B. Bildung[6]

Positionspapier des „Offenen Bildungsforums (OBF)“

1. Vorbemerkung:

In den Entwurf der BSU zum „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ sollte ein eigenes inhaltliches Kapitel unter 2 eingefügt werden, das den gegenwärtigen Diskussionsstand der Bildungsentwicklung und ein Zukunftsbild „Bildung 2013+“ aus Sicht der Bildungsakteure aus dem OBF heraus wiedergibt.

Im Rahmen des Prozesses „Perspektiven …“ gibt es die Themengruppe Partizipation und Mitwirkung. Die Regionalen Bildungskonferenzen (RBK) sind ein Versuch, für den Bereich Bildung, Beratung und Erziehung mehr Partizipation in der Region zu verwirklichen. Daran wird seit 2011 ganz konkret gearbeitet, inzwischen hat im Herbst 2013 die 3. jährliche Vollversammlung der RBK-Elbinseln mit einigen wichtigen Beschlüssen stattgefunden. Das Modell RBK wird auch im Zusammenhang mit den Diskussionen um das „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ und dem Prozess „Perspektiven“ weiter diskutiert werden müssen.

2. Einleitung

Im Entwurf des „Zukunftsbildes Elbinseln 2013+“ der BSU wird nach Ansicht des Offenen Bildungsforums der RBK-Elbinseln (OBF) nicht ausreichend auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des überwiegenden Teils der BewohnerInnen eingegangen, obwohl das Sozialmonitoring 2013 der BSU deutlich zeigt, dass der Stadtteil nach wie vor von sozialen Problemlagen bis hin zu prekären Lebensverhältnissen geprägt ist. Die Ergebnisse des Sozialmonitorings müssen mit dieser Zwischenbilanz zusammengeführt werden, um ein realistisches Bild des Stadtteils zu zeichnen.

Außerdem wird eine Kausalität zwischen baulichen Maßnahmen und einem Anstieg der Bildungsabschlüsse hergestellt, den wir so noch nicht bestätigt sehen; die Bildung unterstützenden Angebote der Jugendhilfe finden keine Erwähnung.

Nach der Zukunftskonferenz 2001/02 entstand das lokale Bildungsnetzwerk Forum Bildung Wilhelmsburg (FBW) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit aller Bildungseinrichtungen zu verbessern, u.a. mit regelmäßigen Sitzungen der Stadtteilbeauftragten und einem zweimal stattfindenden Plenum aller Bildungseinrichtungen sowie mit beispielhaften und stadtteilweiten Bildungsprojekten, zum Beispiel den "Wilhelmsburger Lesewochen".

Von 2006 bis 2013 versuchte die auch in die Internationale Bauausstellung (IBA) eingebundene Bildungsoffensive Elbinseln (BOE), systematisch und strukturell an den vorhandenen Strukturen und der Arbeit des FBW anknüpfend, eine langfristig angelegte Bildungslandschaft mit dem Ziel aufzubauen, die Bildungssituation insgesamt zu verbessern. Hierbei spielten eine behördenübergreifende Lenkungsgruppe und enger zusammenarbeitende Behörden eine Schlüsselrolle.

3. Potenziale und noch vorhandene Defizite

Die Beschlussfassungen über ein langfristig angelegtes Rahmenkonzept für Bildung, Beratung und Erziehung sowie der Aufbau von „Leuchttürmen“ und Netzwerkknoten wie dem Tor zur

---

[6] s. ergänzend hierzu Kapitel J –Veddel, 2.6 und Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.8, 4.1.1 siebter Spiegelstrich, 4.2.1 fünfter Spiegelstrich

Welt Bildungszentrum, dem Media Dock, dem Sprach- und Bewegungszentrum und dem Netzwerk PraxisLernen sowie der verstärkte Ausbau der Schulen zu Ganztagsschulen und schließlich der schrittweise Aufbau neuer gemeinsamer regionaler Strukturen prägten in diesem Zeitraum die inselweite Bildungsdebatte. Parallel dazu bewegte alle Beteiligten hamburgweit die große Debatte um die Schulreform, die in dem Teil der Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre scheiterte.

Im Rahmen der ab 2010 in Hamburg neu entwickelten Regionalen Bildungskonferenzen (RBK) formalisierte und intensivierte sich die Arbeit weiter in Richtung Gestaltung und Konzeption von Bildungsprozessen und der Schaffung einer Bildungslandschaft für die Elbinseln über 2013 hinaus.

Schon vor 2012 beschäftigte sich vor allem das „Offene Bildungsforum" (OBF) als Nachfolger des früheren Plenums des Forums Bildung Wilhelmsburg und die Projektgruppe der BOE mit der Frage, wie es nach der IBA weitergehen sollte. Viele Vorschläge wurden dazu ab 2012 auf den Tisch gelegt. Dabei beteiligt waren viele der engagierten Wilhelmsburger Bildungsakteure, darunter auch die Schulleiter mit ihrem wirkungsvollen „Deichbruch-Brief". Sie stellten darin fest (Auszug aus dem ***Brief der Schulleitungen der Elbinseln*** an den Schulsenator vom November 2012):

„Aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter der Elbinseln besteht die Gefahr, dass die Bildungsoffensive scheitert, wenn es nicht gelingt, die operative Ebene umfassend und für den schulischen Unterricht zu erreichen und die Finanzierung des Netzwerkmanagements zu verlängern. Erst Netzwerke mit professionellem Anspruch sind in der Lage, die beiden Ebenen miteinander zu verknüpfen und die Frage zu klären, wie Projekte mit der Ausgangslagenanalyse angelegt sein müssen, um die Bearbeitung ausgewiesener Defizite tatsächlich zu unterstützen. Sonst erfüllen die Projekte einen Selbstzweck und die Bildungsoffensive verliert den Anspruch, eine „bildungsbewusste" Stadtentwicklung zu unterstützen.

Was muss geschehen? ...

Orientiert man sich an A. Schleicher, der die Abteilung für Indikatoren und Analysen im Direktorat für Bildung der OECD leitet, müssen (die) Schulen „radikal umdenken".

Dazu sind wir bereit, benötigen aber folgende Unterstützung: ..."

(Es folgen neun differenzierte Forderungen der Schulleitungen, deren konkrete Umsetzung im Interesse der Fortsetzung der Offensive für Bildung erforderlich ist.)

Es gab also von lokaler Seite schon vielerlei sehr konkrete Anregungen und Impulse, die bis dahin angestoßenen Projekte und Entwicklungen der IBA/BOE im Bildungsbereich weiterzuführen, die u.a. formalisiert in den konkreten Empfehlungen der Vollversammlung der RBK-Elbinseln Ende 2013 mündeten.

Weiterhin weisen wir in diesem Zusammenhang auf die vom Bezirksamt Mitte erarbeitete Sozialraumbeschreibung für Wilhelmsburg/Veddel hin. Hier sind etwa 80 unterschiedliche MitarbeiterInnen aus Einrichtungen, Projekten und Vereinen strukturiert interviewt worden. Es erfolgte eine Beschreibung der sozialen Lage der Menschen im Stadtteil und eine Ableitung von Handlungserfordernissen. Ihre Veröffentlichung sollte nach Ansicht des Initiativkreises unbedingt und kurzfristig erfolgen.

Wir empfehlen ausdrücklich im Zusammenhang mit der Befassung der Zwischenbilanz "Zukunftsbild Elbinseln 2013+", des Perspektiven-Prozesses und für unsere weitere Arbeit auch im OBF und der RBK-Elbinseln mit ihren Arbeitsgruppen, die Sozialraumbeschreibung des

Bezirksamtes Mitte konkret zu nutzen und zu berücksichtigen. Ihre Auswertung bietet eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Perspektiven-Prozesses.

4. Lösungsansätze und Maßnahmen

Die im Folgenden aufgeführten Punkte sind die für die Weiterentwicklung einer Bildungslandschaft im Rahmen eines „Zukunftsbildes Elbinseln 2013+“ zentralen Bestandteile.

1. Ausgangspunkt ist für uns eine verlässliche **Grundsicherung** aller auf den Elbinseln bestehenden Bildungseinrichtungen,[7] insbesondere die der häufig nur temporär finanzierten Jugendhilfe(-Projekte).

Im bisherigen Entwurf wird dagegen suggeriert, dass die Bildungsoffensive die Grundlage dafür schafft, dass einzelne Projekte in eine flächendeckende Qualifizierung aller Bildungseinrichtungen übergehen können (Seite 43 "Bildung und Kultur") und sie die Verbesserung der sozialen Infrastruktur überhaupt in Gang gesetzt hat (Seite 21).

Diese Aussagen ignorieren, dass Akteure sozialer und kultureller Einrichtungen der Elbinseln bereits vor Jahren bedarfsgerechte Netzwerke geschaffen haben (auf die die Bildungsoffensive auch zurückgreift). Darüber hinaus wird die Fortsetzung und Weiterentwicklung des durch IBA und IGS initiierten Prozesses der Stadtentwicklung für "stabile Nachbarschaften" propagiert (S. 21).

Gleichzeitig aber wird die Finanzierung sozialer Träger und Einrichtungen eingeschränkt (so z.B. bei Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit). Resultat ist ein Abbau niedrigschwelliger und präventiver Angebote, eine Verschlechterung der sozialen Infrastruktur und des sozialen Netzes. Diese bilden aber die Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung, sind Orte, an denen neue Projekte anknüpfen können und stellen das Netzwerk dar, in dem sich Qualität entwickelt. Präventive und Existenz sichernde Hilfen werden auch nach IBA und BOE nicht weniger nachgefragt als vorher und müssen erhalten bzw. gestärkt werden.

Eine Bereitstellung notwendiger zusätzlicher Ressourcen für die Weiterentwicklung von Kooperationen und Netzwerken ist nicht erwähnt, aber dringend erforderlich.

2. Auf der Grundlage des Rahmenkonzepts BOE und der seit 2010 entwickelten Organisationsformen auf den Elbinseln im Rahmen der RBK (siehe Struktur-Organigramm), müssen die bestehenden Strukturen langfristig abgesichert sein, um Bildungsarbeit gemeinsam zu entwickeln. In diesem Zusammenhang müssen neben den Koordinations- und Moderationsaufgaben des OBF, RBK und der AGs (Einrichtung eines lokalen Bildungsbüros) auch die unterschiedlichen Fachbereiche der Jugendhilfe, die Kitas, die freien Träger sowie die Schulen mit ausreichenden Ressourcen für ihre Beteiligung ausgestattet werden. So müssen u.a. die Arbeit des Schulleiter-Konferenz-Kreises, des Kreiselternrats, des Ini-Kreises, des FBW und anderer abgesichert sein: diese Gremien müssen zur Stabilisierung des Prozesses auf den Elbinseln weiter auch intern durch Moderation und Koordination unterstützt werden. Diesbezüglich sollte auch das Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte überdacht werden, wie der Elternrat der Stadtteilschule Kirchdorf gefordert hatte.

Auch die „Leuchtturm“-Projekte (Media Dock, Sprach- und Bewegungszentrum, Tor zur Welt Bildungszentrum, Haus der Projekte und Netzwerk PraxisLernen) müssen incl. des Netzwerkmanagements erst noch regelhaft durchfinanziert werden.

---

[7] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 vorletzter Spiegelstrich

In diesem Zusammenhang hatte die ***3. Vollversammlung der RBK-Elbinseln*** wegweisend am 25.11.2013 beschlossen:

„Für die Prozesse der Stadtentwicklung im Rahmen der IBA war es wegweisend, dass Stadtplanung und Bildungsplanung seit 2006 im Rahmen der IBA endlich in ihrem jeweils ressortübergreifenden Zusammenhang begriffen wurden – hinter diesen Fortschritt darf nicht zurück gefallen werden. ...

Nach intensiver Konzept-, Umsetzungs- und Aufbauarbeit der vergangenen Jahre braucht es nun Weichenstellungen für den weiteren Fortgang. Notwendig dafür sind „Kümmerer" in einem koordinierenden regionalen Bildungsbüro als Dienstleister für die lokalen Einrichtungen, ihre Gruppen, Gremien, die Fachbehörden und den Bezirk. ..."

3. Bei den Ganztagskonzepten sind „günstige LehrerInnen-SchülerInnen-Relationen" positiv zu bewerten, jedoch nicht ausreichend. Die wachsenden Aufgaben und Betreuungszeiten von Schule und Jugendhilfe müssen stärker berücksichtigt werden. Faktisch entsprechen die neuen Relationen einer Kürzung der Zeitrahmen für individuelle Betreuung einzelner Kinder/Jugendlichen.

Die erforderliche Flexibilität in der Versorgung des schrittweisen Aufbaus des Ganztagsangebotes fehlt! Bei Einführung des Ganztags für die Schulen gab es bisher keine stimmigen Zahlen für die Planung. Die Ressourcen stehen zu Beginn des Schuljahres fest. Wenn dann die Anmeldezahlen schließlich z.B. doppelt so hoch sind wie angenommen, können keine Veränderungen im Laufe des Schuljahres vorgenommen werden. Die Schulleitungen können nicht innerhalb des Schuljahres das Personal umsteuern.

4. Abweichend von der hamburgweiten Regelung für den Wohnungsbau - 1/3 („bezahlbar") – 1/3 (freifinanziert") – 1/3 („Eigentum") – ist eine andere Aufteilung in der Wohnungsbewirtschaftung auf den Elbinseln (privater und geförderter Wohnraum) sinnvoll (z.B. 50% - 25% - 25%)[8]; außerdem fehlt es an öffentlich gefördertem Wohnraum für zu fördernde Jugendliche, die andere Schulabschlüsse erreichen könnten, würden sie mit einer eigenen Wohnung unterstützt.[9] Es gibt eine Diskrepanz zwischen freien Geldern in Förderprogrammen und einem Mangel an Grundstücken. Die Fördergelder können daher in diesem Bereich zurzeit tatsächlich nicht ausgeschöpft werden, sondern liegen brach.

5. Ansetzen, wo die Menschen Qualifizierung brauchen – systematische Nachqualifizierung organisieren:[10] Zwei Drittel der Arbeitslosen auf den Elbinseln haben keinen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Die fehlenden Berufsabschlüsse bilden eine große Barriere für deren berufliche Integration, weshalb nachhaltige Anstrengungen erforderlich sind, um das unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau der lokalen Arbeitskräfte anzuheben, damit sich deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt realistisch vergrößern.

Vorgeschlagen wird deshalb, eine systematische Prüfung und Vorauswahl von Hilfeempfängern bei den Jobcentern und der Agentur für Arbeit vorzunehmen, um ungelernte Arbeitslose zu beraten und in Abhängigkeit von beruflichen Vorerfahrungen und Kompetenzen über Qualifizierungsmaßnahmen zu einem anerkannten Berufsabschluss zu führen. Ein derartiger flächendeckender Ansatz, der bereits in Bremen gestartet wurde, ließe sich – so denn gewollt – auch auf den Elbinseln in Kooperation der Arbeitsagenturen mit den verschiedenen vor Ort

---

[8] s. a. Kapitel N. Wohnen, 5.2.2

[9] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen, 5.2.6 Wohnraum für Studierende

[10] s.a. Kaiptel E. Lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung, 6. Maßnahmen

aktiven und engagierten Qualifizierungsträgern organisieren. Notwendig ist auch eine Überprüfung, welche beruflichen Integrations- und sozialen Stabilisierungsmaßnahmen sich in den vergangenen Jahren als wirksam erwiesen haben und an welcher Stelle unbeabsichtigt immer noch eine Drehtür-Integration für Arbeitslose organisiert wird.

6. Zwischen den Behörden (beispielhaft: BSB-BSU-BASFI-KB-BWA-BA) sollten fest in die Organigramme eingebaute Koordinierungsstellen für die erforderlichen Kooperationen eingerichtet werden (ressort-*übergreifende* Arbeit ist systemische Grundlage der organisationalen Weiterentwicklung). Die während der IBA/BOE arbeitende Lenkungsgruppe BOE sollte weitergeführt werden, bis regelhafte neue Formen arbeitsfähig beauftragt sind (z.B. die bezirkliche Steuergruppe der RBK-Mitte).

Auch für diesen Zusammenhang hat die ***3. Vollversammlung der RBK-Elbinseln*** am 25.11.2013 entsprechende Beschlüsse gefasst, deren Umsetzung in den Jahren 2014 ff. geleistet werden muss:

„Die Zusammenarbeit von RBK-Elbinseln und Fachbehörden bzw. des Bezirks muss entlang der RBK-Empfehlungen (s. § 86 Hamburgisches Schulgesetz) verbessert werden. ..Für diese koordinierende Netzwerkarbeit in der regionalen Bildungslandschaft braucht es eine Fortsetzung der bisherigen Arbeit der „Koordinierungsstelle" als „Regionales Bildungsbüro". Die Ausstattung mit mindestens eineinhalb Stellen vor Ort (im Rahmen der IBA in den vergangenen sechs Jahren waren es viereinhalb Stellen) ist dafür notwendig (eine halbe Stelle Geschäftsführung Forum Bildung (FBW) ist bereits anrechenbar vorhanden)."

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Bildung" hat sich am 21. Oktober 2014 das erste Mal getroffen. Schon beim ersten Treffen wurde die Frage „wollen wir die Strukturen des Offenen Bildungsforum nutzen?" in den Fokus der Diskussion gestellt.

Auch beim zweiten Treffen am 11. November 2013 stand die Frage: Wie arbeiten wir in der Themengruppe „Bildung" strukturell weiter? Nutzen wir die Themengruppe „Bildung" innerhalb des Perspektiven-Prozesses um verstärkt Eltern (neu) anzusprechen bzw. nutzen wir die bereits auf den Elbinseln gefestigten Strukturen des Offenen BildungsForums und der Regionalen Bildungskonferenz, um Ideen und Vorschläge in den Perspektiven-Prozess einzuspielen? Die Teilnehmenden des Treffens entschieden sich für letzteres.

Während dieser zwei Treffen waren elf Personen beteiligt, sechs Männer und fünf Frauen.

Zur Arbeitsweise innerhalb des OBF schreibt die Themengruppe:

Wir sehen das OBF als das auf den Elbinseln zum Thema Bildung zuständige Forum für alle an Bildung Interessierten und Engagierten an, das seit der IBA/BOE und der Einrichtung der Regionalen Bildungskonferenzen auf den Elbinseln (RBK) dazu von allen lokalen Bildungseinrichtungen und den zuständigen Behörden legitimiert ist, Positionen und „Empfehlungen" zum Thema Bildung abzugeben.

Zu den Sitzungen wurde über einen sehr großen E-Mail-Verteiler und auch öffentlich über die lokalen Medien eingeladen. Auf mehreren OBFs seit Herbst 2013 wurde intensiv dazu diskutiert und der inhaltliche Prozess in Protokollen und Vorlagen zusammengefasst weitergeführt. Die hier vorliegenden Positionen spiegeln also das Zukunftsbild „Bildung" 2013+ von einem großen Teil der auf den Elbinseln zum Thema Bildung Interessierten und Engagierten wider.

C. Inklusion

1. Vorwort

Hier auf den Elbinseln planen wir Bürgerinnen und Bürger zurzeit gemeinsam an der Zukunft unseres Stadtteils. Wir arbeiten dabei in den unterschiedlichsten Themengruppen. Wir machen mit, weil wir Bürgerbeteiligung sehr wichtig finden. Unsere Gruppe will das Thema Inklusion voranbringen.

Inklusion bedeutet für uns, dass alle Menschen, die hier wohnen, selbstverständlich dazugehören und niemand ausgeschlossen wird. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, vollständig und gleichberechtigt am Leben teilzunehmen. Inklusion umfasst deshalb nicht nur einzelne Gruppen oder Menschen, sondern immer den ganzen Stadtteil. Wir sind der Meinung, dass sich die Zukunftsfähigkeit von unserem Stadtteil daran bemisst, wie gut Inklusion umgesetzt wird.

Das gilt natürlich auch für die Menschen mit Behinderungen. Eines unserer konkreten Ziele lautet deshalb: Verbesserung der Mobilität durch Barrierefreiheit nicht nur in einzelnen Wohnungen, sondern im ganzen Stadtteil. Denn Mobilität ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wer mobil ist, kann mitmachen und gehört dazu. Wer nicht mobil ist, wird schnell einsam.

2. Defizite

- Strukturelle Barrieren insbesondere im nordwestlichen Teil Reiherstieg, z.B. Stufen, keine Klingeln von außen an Geschäften mit Stufen, unebene Gehwege, unzureichende Beleuchtung bei Dunkelheit, keine öffentlichen barrierefreien Toiletten, wenn barrierefreie Toiletten, dann nicht für Rollstühle mit Überbreite.[11]
- Barrieren in den Köpfen (z.B. Inklusion/Barrierefreiheit geht nicht, zu teuer)
- Es fehlt Vielfalt an Wohnraum für unterschiedliche Lebensformen.
- Es fehlt barrierefreier und barrierearmer Wohnraum für jeden.[12]

---

[11] s. ergänzend hierzu: Kapitel I. Sport, 3.1. letzter Spiegelstrich, Kapitel O. Stadtteilgespräche, 3.2.1

[12] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.9, 3.2.1

- Es fehlt ausreichender für jeden bezahlbarer Wohnraum.
- Es fehlt ein Zentrum im Stadtteil, von dem aus die vielfältigen Ressourcen im Stadtteil koordiniert werden und zielgerichtet vermittelt werden, z.B. Vermittlung ehrenamtlichen Engagements. [13]
- Es fehlt ein systematischer und strukturierter Aufbau gemeindenaher Hilfen für zielgruppenübergreifende und bereichsübergreifende Unterstützungsleistungen.
- Auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtentwicklung der Elbinseln fehlt ein interdisziplinäres, transparent arbeitendes Arbeitsgremium zur Verknüpfung von fachbezogenen Vorgaben aus den unterschiedlichen Bereichen mit der Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Konvention im Rahmen des Hamburger Landesaktionsplans.
- In dieses Gremium sollte das Wissen der Bürgerinnen vor Ort einfließen und die individuellen Standortbedingungen Berücksichtigung finden können.
- Es fehlt eine systematische Defizitanalyse im gesamten Stadtteil unter Beteiligung der Betroffenen als Experten in eigener Sache und eine Bestandsaufnahme von bereits gut funktionierenden Lösungen, die übernommen werden können.
- Es fehlt ein systematisches stadtteilbezogenes Mobilitätskonzept mit kreativen, praktischen und kostengünstigen Lösungsansätzen. Denn was nützt der schönste barrierefreie Ort, wenn man aufgrund von Hindernissen nicht dorthin kommt. Ein Zeit- und Maßnahmenprogramm schafft Planungssicherheit auch für Investoren. Die Umsetzung kann dann sowohl im Zuge laufender Modernisierungsmaßnahmen als auch im Neubau erfolgen.

Alsterdorf Assistenz-West Elbinsel, Demo am 1.6.2013, Foto: privat

[13] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 3. fünfter Spiegelstrich

3. Potenziale

- Inklusiv ausgerichtete Treffpunkte und Fördervereine
- Ressourcen des Stadtteils: Bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliches Engagement, gute Vernetzung, bunte Träger- und Vereinslandschaft[14]
- Ergebnisse aus dem Planungsprozess für die Neuausrichtung nutzen
- Neue Rolle der IBA für die Umsetzung inklusiver Ziele nutzen
- Aktuell entwickelte Ziele der Stadtentwicklung aus dem „Forum – Eine Mitte für Alle für eine inklusive Mitte Altona" als Vorbild nutzen
- Inklusive Ziele aus den anderen Themenratsgruppen
- Arbeitsgruppe „Inklusion"
- Bereitschaft der Behörden zur Zusammenarbeit

4. Lösungsansätze

Die Bürgerinnen der Elbinseln entwickeln inklusive Ziele als Beschlussvorlage für Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Behörde zur Umsetzung für zukünftige Bebauungspläne und Nachbesserung bestehender Defizite insbesondere im Reiherstiegviertel.

Die Notwendigkeit der Berücksichtigung und Umsetzung inklusiver Ziele für eine zukünftige Stadtteilentwicklung der Elbinseln leitet sich ab von:[15]

- der UN-Konvention, (Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
- der Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Konvention im Rahmen des Hamburger Landesaktionsplans
- der Hamburgischen Bauordnung (HBauO), § 52 Barrierefreies Bauen
- den DIN Normempfehlungen zu barrierefreien Bauen:
    - DIN 18040-1 Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude
    - DIN 18040-2 Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen Teil 2: Wohnungen
    - E DIN 18040-3:2013-05 Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen Teil 3: Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum.
      Bis zum Vorliegen einer neuen Norm DIN 18040-3 gilt für den Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Grünanlagen die DIN 18024-1:1998-01, "Barrierefreies Bauen - Teil 1: Straßen, Plätze, Wege, öffentliche Verkehrs- und Grünanlagen sowie Spielplätze; Planungsgrundlagen" weiter.
    - DIN 32984: Bodenindikatoren im öffentlichen Raum
    - DIN 77800: "Qualitätsanforderungen an Anbieter der Wohnform „Betreutes Wohnen für ältere Menschen"
- den 30 inklusiven Empfehlungen zur Stadtentwicklung aus dem „Forum – Eine Mitte für Alle für eine inklusive Mitte Altona"
- den inklusiven Zielen aus den anderen Themenratsgruppen im Rahmen des „Perspektiven – Miteinander planen auf den Elbinseln" Prozesses

---

[14] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 4. erster Spiegelstrich und Kapitel I. Sport 2. erster Spiegelstrich und Kapitel H. Partiziaption, 3.

[15] s. ergänzend hierzu Kapitel I. Sport, 4.

- den Statements und Fragen von ca. 86 Wilhelmsburger Bürgerinnen aus der Veranstaltung vom 24. März zum Thema Inklusion.[16]

4.1 Die 30 inklusiven Empfehlungen zur Stadtentwicklung …

aus dem „Forum – Eine Mitte für Alle für eine inklusive Mitte Altona" sollen auch für die Elbinseln gelten:

I. Allgemeine städtebauliche Aspekte

1. Alle öffentlichen Räume, Zugänge und Wege werden bei Neubauten und bei baulichen Veränderungen wie Sanierungsmaßnahmen, Umstrukturierung, Modernisierung barrierefrei gestaltet, darunter Gebäude, Geschäfte, Cafés, Restaurants, Straßen, Haltestellen, Beschilderung, Notdienste, Freiflächen, Toiletten. Initiativen von Unternehmen (Gastronomie und Einzelhandel) werden bei inklusiven Umbaumaßnahmen finanziell gefördert.
2. Eine qualitätsvolle städtische Dichte und Kleinteiligkeit in der baulichen Entwicklung ist vorhanden, als Grundlage für kurze Wege zwischen Wohnen, Versorgen, Erwerbsarbeit und Freizeit.
3. Wohnungsnahe Versorgung und Arbeitsplätze sind vorhanden, um inklusives Leben und Arbeiten zu ermöglichen.
4. Ressourceneffizientes Bauen und Wohnen ist umgesetzt, als eine Voraussetzung für kostengünstiges und gesundes Leben im Quartier.

II. Wohnen

5. Verschiedene Wohnungsgrößen und Wohnungsgrundrisse in einem Wohnblock und Wohngebäude sind vorhanden, als Grundlage für vielfältige Lebensformen.
6. Die Wohneinheiten sind orientiert an den Bedürfnissen von Familien, Frauen, Männern und Kindern und ermöglichen nachbarschaftliches Wohnen in überschaubaren Hausgemeinschaften.
7. Es gibt – als Basis einer vielfältigen sozialen Mischung – ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Menschen aller Alters- und Einkommensgruppen, unterschiedlicher kultureller Herkunft mit und ohne Unterstützungsbedarf.
8. Innen- und Außenräume für nachbarschaftliche Kontakte sind vorhanden.
9. Alle Wohnungen sind barrierearm. Barrierefreie Wohnungen in ausreichender Zahl stehen zur Verfügung.
10. Alternative Wohnformen und Wohnprojekte werden ermöglicht[17], z.B. Hausboote, Bauwagenplätze u.a.[18]
11. Wohnen im Quartier mit flexibler Unterstützung und Pflege auch bei hohem Assistenzbedarf wird ermöglicht.

---

[16] siehe Anhang C.1

[17] s.a. Kapitel J. Veddel, 4.3.2

[18] s.a. Kapitel N. Wohnen, 5.3.1

III. Wohnumfeld & Mobilität

12. Die Stadtviertel der Elbinseln sind miteinander barrierefrei verbunden.
13. Der grüngeprägte Freiraum ist barrierefrei und für alle nutzbar gestaltet. Attraktive Freiflächen stehen wohnungsnah und zur Verfügung.
14. Autofreies Wohnen schafft Raum für mehr wohnungsnahe barrierefreie Freiflächen.
15. Es bestehen sichere, verkehrsberuhigte und barrierefreie Hauptwegeverbindungen.
16. Fuß-, Rad- und KFZ-Verkehrsanlagen sind barrierefrei und ermöglichen ein verträgliches Miteinander.
17. Die ÖPNV-Nutzung ist barrierefrei gestaltet.
18. Der motorisierte Individualverkehr ist begrenzt, Fahrradverkehr wird gefördert.[19]

IV. Soziale Infrastruktur & Kultur

19. Es gibt Freizeit-, Bildungs-, Gesundheits- und Kulturangebote im Wohnumfeld, die Austausch und Kommunikation und quartiersnahes lebenslanges Lernen ermöglichen.[20]
20. Ein Quartiers-/Servicezentrum für Auskunft und Koordination von sozialen Dienstleistungen, Stadtteilangeboten und bürgerschaftlichem Engagement ist vorhanden.
21. Barrierefreie, niedrigschwellige Nachbarschaftszentren/Treffpunkte sind fußläufig zu erreichen.
22. Inklusive Kinderbetreuung und Schule stehen wohnortnah zur Verfügung.
23. Räume für Spiritualität, Religion[21] und Nicht-Zweckgebundenes sind vorhanden.

V. Gesundheit & Pflege

24. Ein integriertes Wohn-, Assistenz- und Pflegekonzept für den Stadtteil ist vorhanden, entsprechend dem Grundsatz „ambulant vor stationär“, als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben in der Nachbarschaft bis ins hohe Alter.

VI. Erwerbsarbeit & Lokale Ökonomie

25. Kleinteilige und wohnortnahe Erwerbsarbeit in sozialer, kultureller und inhaltlicher Vielfalt ist vorhanden.
26. Wohnortnahe Arbeitsplätze für Menschen mit Unterstützungsbedarf sind vorhanden, die gesellschaftliche Teilhabe im Stadtteil ermöglichen.
27. Quartiersnahe Beratung und Qualifizierung zur beruflichen Teilhabe findet statt.
28. Finanzielle und nichtmonetäre Ressourcen zur Förderung inklusiver Quartiersstrukturen stehen zur Verfügung.

VII. Kommunikation & Teilhabe am öffentlichen und politischem Leben

29. Beteiligungsformate während des Entwicklungsprozesses auf den Elbinseln sind barrierefrei zugänglich, verschiedene Kommunikationswege nutzend.[22]

---

[19] s. a. Kapitel L. Verkehr, 3.

[20] s.a. Kapitel J. Veddel, 3.1.

[21] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 drittletzter Spiegelstrich

30. Eine Prozessbegleitung zur Entwicklung nachhaltig inklusiver Quartiersgemeinschaften ist eingerichtet.

Carina Böhr, Isa Božić (treffpunkt.elbinsel, alsterdorf assistenz west gGmbH), Kesbana Klein, Tina Kratz, Andreas Mecke (Referent im Inklusionsbüro bei der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Freie und Hansestadt Hamburg)

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Inklusion" ist auf Initiative von Teilnehmerinnen im laufenden Perspektiven-Prozess entstanden. Wurde das Thema „Inklusion" am Anfang (Auftaktveranstaltung und erste Treffen von Themengruppen) als Querschnitts-Thema für alle Themengruppen verstanden, haben die Teilnehmerinnen ganz bewusst entschieden, das Thema Inklusion in einer eigenen Themengruppe aufzugreifen. Am 11. Dezember 2013 hat sich die kleine Gruppe das erste Mal getroffen. Es gab insgesamt 14 Treffen, die regelmäßig von 4 bis 7 Teilnehmer_innen besucht wurden. An der Themengruppe waren 27 Personen insgesamt beteiligt, davon 21 Frauen.

Die Themengruppe hat ihre inhaltliche Arbeit auf eine große Informations-Veranstaltung ausgerichtet und organisierte am 24. März 2014 die Veranstaltung "Inklusion - Elbinseln für alle. Wie geht das?" im Bürgerhaus Wilhelmsburg. Unterstützt wurde die Themengruppe und die Veranstaltung von der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen & dem Inklusionsbüro Hamburg sowie von alsterdorf assistenz west Förderverein Treffpunkt Kirchdorf Süd. An der Veranstaltung haben ca. 100 Menschen teilgenommen (davon haben sich 53 Menschen in die Teilnehmerlisten eingetragen.

Behördenbeteiligung: Andreas Mecke (Referent im Inklusionsbüro bei der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Freie und Hansestadt Hamburg) war auch einmal bei der TG Wohnen, wechselte dann aber sofort zur TG Inklusion (die sich ja ein wenig später gründete) und war dort dann regelmäßiger und zuverlässiger Partner.

[22] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. erster Spiegelstrich und Kapitel H. Partizipation, 4. und 5. fünfter Spiegelstrich

D. Kultur

1. Vorbemerkung

In vielen Themengruppen wurde über das Thema Kultur gesprochen, es ist aber leider nicht dazu gekommen, dass sich eine eigene Gruppe dafür etabliert. Mit dem einmaligen, späten Treffen der Themengruppe „Kultur“ kann nicht von einer vollständigen Aufarbeitung der Potenziale, Defizite, Maßnahmen und Lösungsansätze ausgegangen werden, jedoch bietet die Themengruppe mit ihrem Input einen Ideenpool, der ausgeschöpft werden sollte.

2. Offene Räume

Einen großen Bedarf sehen alle Teilnehmer_innen der Themengruppe an Räumen.[23] Es fehlen sowohl auf der Veddel als auch in Wilhelmsburg multifunktionale, größere Räume, in denen Musik, Kunst, Theater und Tanz stattfinden können. Kultur braucht Räume zum Experimentieren und zum Sammeln von Erfahrungen, auch in Zusammenarbeit mit anderen.

Ebenfalls fehlt eine Veranstaltungshalle wie die Soulkitchenhalle,[24] welche als besonderer Ort in Wilhelmsburg galt und mit deren Schließung nun einiges verloren gegangen ist. Den Künstler_innen werden auf den Elbinseln zu wenige Möglichkeiten geboten, zu spielen und sich und ihre Arbeit zu präsentieren. Es fehlt also eine „Bühne“ für alle Kunst- und Kulturschaffenden!

Die gesamte Gruppe sieht eine Veränderung vor und nach den Zeiten von IBA und igs. Um das Jahr 2010 wurden alle Künstler_innen auf die Elbinseln gelockt, es gab Veranstaltungsflächen und entsprechend viele Veranstaltungen. Dies ist nun immens zurückgegangen und das „Kiez“-Ähnliche, was Wilhelmsburg so attraktiv gemacht hat, verschwindet wieder.

Ein weiteres Problem sehen die Teilnehmer_innen darin, dass die Anwohner_innen nicht in ihren Quartieren erreicht werden können. Auch hier fehlt es an Orten, um Kultur vor der Haustür zu erleben und daran teilzuhaben. Es gibt unterschiedliche Bedarfe, die über offene Räume abgedeckt werden können. So könnte ein höheres Maß an Kultur auf den Elbinseln geschaffen werden.

[23] s. Kapitel F. Nachbarschaft, 3. dritter Spiegelstrich und Kapitel J. Veddel, 2.1.1

[24] s.a. Kapitel K. Veringkanal, 2.

3. Informelle Treffpunkte

Genauso fehlt es an informellen Treffpunkten,[25] wie es das „sweet home“ Café geboten hat, um gemeinsam Projekte zu planen. Die Teilnehmer_innen wünschen sich Möglichkeiten des informellen Zusammenkommens, um Ideen zu sammeln und kreativ miteinander zu arbeiten.

4. Einbeziehen der Jugendlichen

Vom Künstlerhaus23 wurde berichtet, dass es seitens der Jugendlichen ein großes Interesse am Haus selber gäbe, aber der Kontakt und die Zusammenkunft noch etwas schwierig sei. Die Arbeit mit Jugendlichen bedeutet aber eben auch, pädagogisches Personal zu haben, die die fachliche Fähigkeit haben, mit Jugendlichen zu arbeiten und ihre Bedarfe richtig zu erkennen. Es hat den Anschein, dass es für Adoleszente wenig Möglichkeiten auf den Elbinseln gibt, sobald sie zu groß für die Häuser der Jugend werden. Dies würde das Künstlerhaus gerne auffangen, wenn entsprechende niedrigschwellige Projekte initiiert werden könnten.

5. Netzwerkarbeit

Die Gruppe stimmt darüber überein, dass ein gutes Netzwerk für den Bereich „Kultur“ fehlt. Kultur muss im Stadtteil wieder sichtbar gemacht werden. Dies ist der dringendste Bedarf der geäußert wird. Dafür bedarf es einer zentralen Stelle, die die Kulturschaffenden zusammenführt und das Netzwerk am Laufen hält. Als Beispiel wird „Südkultur“ aus Harburg aufgeführt, die es mit ihrem Netzwerk geschafft haben, Kulturpolitik zu machen und die ein eigenes „Standing“ im Bezirk bekommen haben. Dies ist es, was auf den Elbinseln noch fehlt.

Wenn aber ein Netzwerk entsteht, dann kann auch als gemeinsames Sprachrohr Kulturpolitik entstehen.

Die Forderung besteht in der Förderung der Kulturschaffenden durch zum Beispiel Projektmittel zur Unterstützung der Netzwerkarbeit. Werden die Interessen aller an einer Stelle gebündelt und so die Bedarfe übersichtlicher, können daraus neue Ideen und Projekte entstehen. Damit wollen die Kulturschaffenden sich selber nicht aus der Pflicht nehmen, sich aktiv an der Netzwerkarbeit zu beteiligen, es bedarf nur einer übergeordneten Stelle, die die Interessen vertritt und die Betreuung übernimmt. So können Möglichkeiten entstehen, verschiedene Kulturzweige zu verschränken und gemeinsam Veranstaltungen zu organisieren, die Nischen ausfüllen und den Stadtteil wieder interessanter machen.

[25] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, ebenda

6. Öffentlichkeitsarbeit

Um allerdings nicht nur für die Kulturschaffenden selber ein Netzwerk zu etablieren, sondern dies auch sichtbar zu machen, fehlt es auf den Elbinseln noch an einer adäquaten Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Formate wie WilhelmsburgOnline.de oder auch der Wilhelmsburger Inselrundblick müssten mit einbezogen werden und auf Kultur- und Veranstaltungen hinweisen. So kann eine Beteiligung an Kultur geschaffen werden.

7. Über wen reden wir?

Kunst, Kultur und Musik sind weit gefasste Begriffe, die je nach Quartier, Alter, Herkunft sehr unterschiedlich aufgefasst werden. Wer welche Bedarfe hat, kann innerhalb der Gruppe nicht geklärt werden. Auch dies kann die breite Bevölkerung der Elbinseln nur thematisieren, wenn ein Netzwerk vorhanden ist, welches die Bedarfe aufgreift und Interessen und Vorschläge bündelt.

8. Konkrete Pläne

Sowohl der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg als auch die Politiker_innen sind die nächsten Ansprechpartner.

Die Teilnehmer_innen haben die Idee, dass man Fragen zum Bereich Kultur auf den Elbinseln an die Politiker_innen versendet und um Antwort bittet. Diese Statements der Politiker_innen wollen sie dann für die weitere Arbeit nutzen.

Der Stadtteilbeirat hat mit seinem Verfügungsfonds die Möglichkeit, einzelne Projekte zu unterstützen und kann damit einen Beitrag zur wachsenden Kultur schaffen.

Die gegebenen Möglichkeiten sollen besser ausgeschöpft werden und somit die Kultur auf den Elbinseln wieder belebt werden.

Timo Gorf, Ursula Richenberger (Stiftung Historische Museen Hamburg – Hafenmuseum Hamburg), Katja Scheer

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Am 09. April 2014 haben sich einmalig 7 Personen, davon 4 Frauen, getroffen.

E. Lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung

1. Ausgangspunkt

Es gibt auf den Elbinseln traditionell ein hohes Aktivitätsniveau seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere auch der Jugendhilfe-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger (Zukunftskonferenz Elbinseln, Entwicklungspartnerschaft Elbinseln, Arbeitskreis Berufsorientierung, Initiativkreis Wilhelmsburg). Der daraufhin 2008 gegründete AK Wirtschaft und Beschäftigung (mit Jugendhilfe- Qualifizierungs- und Bildungsträgern, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Quartiersentwicklern, Betriebsberatungseinrichtungen, dem Bezirk Hamburg-Mitte, Unternehmen sowie den Arbeitgeberservices der Arbeitsagentur Hamburg-Harburg und des Jobcenters team.arbeit.hamburg.) – unterstützt in den Folgejahren von der IBA Hamburg GmbH – hat sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt intensiv mit den Themen Qualifizierung und Beschäftigung befasst. Konkret hat die IBA Hamburg versucht, mit den unterschiedlichen Akteuren gemeinsam Brücken zu schlagen, Synergieeffekte und Folgewirkungen ihrer Projekte sowie der Internationalen Gartenschau Hamburg 2013 (igs) für den lokalen Arbeitsmarkt in Wilhelmsburg zu koordinieren und Projekte der Beschäftigung und Qualifizierung für die Bevölkerung auf den Elbinseln anzustoßen. Nach den langen Jahren der verschiedensten Programminterventionen auf den Elbinseln, einschließlich des Entwicklungsprozesses durch IBA und igs, gibt es immer noch kein kohärentes Stadtteilentwicklungskonzept, wie es 2002 von der Zukunftskonferenz Elbinseln gefordert wurde: ein „integratives sozialräumliches und sozialpolitisches Gesamtkonzept“, das die Entwicklungsziele benennt und in Abstimmung mit den unterschiedlichen lokalen Akteuren die erforderlichen Instrumente und Ressourcen für deren Umsetzung bereitstellt.“[26]

2. Rückschau

Was ist in den vergangenen Jahren im Bereich Qualifizierung, Beschäftigung und Lokale Ökonomie passiert? Eine durchaus nicht vollständige Übersicht über die vielfältigen Aktivitäten und Projektansätze auf den Elbinseln:

- **Beschäftigung:** Die IBA Hamburg GmbH hat neue Wege beschritten, um einen zielgerichteten Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener der Elbinseln zu leisten. Beim Bau und vor allem beim Betrieb der neu geschaffenen Einrichtungen sollen Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, die lokalen Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen. Die bislang erreichten Erfolge bei der Vermittlung nicht nur von Jugendlichen und nicht nur lokaler Bewohner sind nach Ansicht der IBA erreicht worden über das Instrument sog. Sozialen Vergabekriterien gemäß § 97 Absatz 4 GWB, des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. 2011 wurde mit Unterstützung des Integrationsamtes der BASFI die **Vermittlungsagentur Wilhelmsburg** – eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberservices von Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg und dem BFW Vermittlungskontor GmbH – eingerichtet. Bisherige Resultate[27]: mehr als 50 Praktikumsplätze realisiert, 230 befristete und unbefristete Arbeitsverträge vermittelt, 7 Ausbildungsverträge abgeschlossen.

[26] Hamburg 2002, S. 10

[27] Stand Juli 2013

- **Projekt INGA („INterne GAnzheitliche Integrationsberatung"):** Seit April 2013 bestehen bei der Arbeitsagentur Hamburg zwei Teams aus je 16 Vermittlern, die durch eine besonders intensive Betreuung ihren Kunden mit komplexen Problemlagen einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen sollen.
- **LoWi - Büro für Lokale Wirtschaft** von Beschäftigung und Bildung e.V. betreibt seit 2003 die Information und Beratung der lokalen Geschäfte und Betriebe, den erfolgreichen Aufbau der Interessengemeinschaft der Gewerbetreibenden im Reiherstieg, den Einstieg und Ausbau des Stadtteilmarketings sowie die Verbesserung des Branchenmix. Eine dauerhafte Finanzierung dieses Angebots ist nicht gesichert.
- In der Elbinselregion förderte **Unternehmer ohne Grenzen e.V.** seit 2003 mit verschiedenen Projekten die Ökonomie im Quartier mit dem Schwerpunkt ‚migrantische Ökonomie', vor allem durch Informations- und Beratungsangebote für BetriebsinhaberInnen und ExistenzgründerInnen sowie durch Seminar- und Netzwerkarbeit. Die immer nur kurzfristige Projektförderung ist ausgelaufen, das Angebot musste eingestellt werden.
- Als ein wichtiges Ankerprojekt zur Stärkung der lokalen Ökonomie ist der **Weltgewerbehof** als IBA-Projekt mit 35 Gewerbeeinheiten im breiten Branchenmix entstanden, Investor ist das städtische Unternehmen GMH Gebäudemanagement Hamburg GmbH[28], als Beratungseinrichtung für die Gewerbetreibende agiert erfolgreich das LoWi - Büro für Lokale Wirtschaft von Beschäftigung und Bildung e.V.
- **Grone Netzwerk gGmbH**: Die Grone Netzwerk gGmbH bietet seit 2010 mit dem Projekt NähGut im Veringhof 9 Beschäftigungsmöglichkeiten für langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mit 50 Beschäftigten. Im gleichen Gebäude befindet sich die erwerbswirtschaftlich ausgerichtete, für Designer produzierende freie Werkstatt mit insgesamt 13 MitarbeiterInnen, die u.a. Theater-, Chor- und Tanzkostüme produziert und Auszubildenden und Umschülern die Möglichkeit eines Berufsabschlusses als Maßschneider bietet. Ein weiteres Projekt ist der erste gemeinnützige Kostümfundus für Hamburger Schulen, Kindergärten und gemeinnützige Theatergruppen namens KostümGut.
- **Kunst macht Arbeit:** Die IBA Hamburg hat in neuer Form kreativwirtschaftliche Elemente auf die Elbinseln gebracht, die sich nicht auf die klassischen Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft beschränkt. In der Projektreihe „Kunst macht Arbeit" arbeiten Kreative und Künstler mit gemeinnützigen Einrichtungen oder Teilnehmern in beruflichen Integrationsprojekten zusammen. Dabei entstehen künstlerische oder kunsthandwerkliche Produkte und die Teilnehmer erhalten Einblicke in neue Arbeitsformen.
- **IBA-Projekt STOFFDECK - CO-WORKING Wilhelmsburg**: Der Co-Working-Space im Gewerbehof Am Veringhof ist durch die Initiative der IBA Hamburg in Kooperation mit Passage gGmbH entstanden. Hier können seit Mai 2013 Mode- und Textildesigner sowie Hobby-Kreative auf 263 qm stunden-, tage- oder monatsweise neun professionelle Arbeitsplätze, viele Spezialmaschinen sowie drei Arbeitsplätze in einer Siebdruckerei anmieten. Das Stoffdeck ist eine Schnittstelle für professionelle Designer; vier Einzelateliers sind langfristig an Designerinnen vermietet, die hier ihre selbstständige Arbeit verfolgen. Eine Zwischenmeisterei, die Aufträge von Designern realisiert und lokalen Kräften Arbeitsplätze bietet, ist im Aufbau.

[28] ehemals GWG Gewerbe GmbH

- **Textiler Werkhof Am Veringhof 9**: Die Nachfrage nach Dienstleistungen im Bereich Mode, Textil, Design ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, die Nachfrage nach Zwischenmeistereien, die flexibel auch kleine Stückzahlen produzieren können, hat spürbar zugenommen. Bedingt durch das Vorhandensein freier Gewerberäume und die strukturellen Veränderungen der Förderlandschaft der öffentlich geförderten Beschäftigung ist von einigen Akteuren in 2011 eine bislang nicht realisierte Idee aufgegriffen worden, gemeinsam einen erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Textilen Werkhof aufzubauen. Ziel dieses Ansatzes sind der Aufbau marktfähiger Beschäftigungsstrukturen, die Entwicklung eines lokalen Textil-Clusters und die Vollauslastung der Räumlichkeiten im Veringhof 9ff. Die fehlende Unterstützung der verschiedenen Fachbehörden und die marktferne Mietenpolitik der Sprinkenhof AG als Vermieter haben bislang eine mögliche Ausweitung verhindert.
- **IBA-Projekt KünstlerCommunity:** KUNST- UND KREATIVZENTRUM VERINGHÖFE: Das Programm ‚Räume für die Kunst' festigt künstlerische und kreative Strukturen und schafft Voraussetzungen für eine langfristige, lebendige Kulturszene auf den Elbinseln. Neben Ateliers und Ausstellungsräumen für Künstlerinnen und Künstler sind flexible (und inzwischen komplett vermietete) Produktionsplätze für ca. 35 lokale und überregionale Start-Ups sowie etablierte Unternehmen aus dem kreativwirtschaftlichen Sektor auf einer Fläche von 2.100 qm entstanden.
- **Das Geld hängt an den Bäumen gGmbH:** Äpfel, die überall an den Bäumen Hamburgs auf privatem und öffentlichem Grund hängen bleiben, werden durch eine gärtnermeisterlich betreute Gruppe von Beschäftigten mit Behinderung geerntet, bei einer Slow-Food-Mosterei zu Saft verarbeitet und im Direktvertrieb an Firmen, Privatkunden und Institutionen verkauft. Ziel der Firma ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen und andere benachteiligte Gruppen des allgemeinen Arbeitsmarktes. Das bisher in Wilhelmsburg ansässige Unternehmen hat auf der Suche nach bezahlbaren, entwicklungsfähigen Geschäftsräumen keine geeigneten Flächen vor Ort finden können. Die Zinnwerke im Gewerbeobjekt Am Veringhof 7 böten zwar genügend Flächenpotenzial, der unsichere Planungsstand – keine absehbare positive Vermietungsentscheidung der SpriAG – haben die Gesellschaft nun gezwungen, neue Geschäftsräume außerhalb Wilhelmsburgs anzumieten.
- **Zentrum für Lokale Ökonomie, Bildung und Qualifizierung:** Nicht realisiert werden konnte das Zentrum für Lokale Ökonomie, Bildung und Qualifizierung, das im Gebäudekomplex Am Veringhof 7 eingerichtet werden sollte. Zur Stärkung der lokalen Ökonomie, zur Bildung, Beschäftigung und Qualifizierung der Menschen auf den Elbinseln war vorgesehen, auf 4500 Quadratmetern kostengünstig neue Gewerberäume zu schaffen. Vorsichtig geschätzt könnten in den o.g. Bereichen des Zentrums schrittweise entstehen: 40 neue Arbeitsplätze im erwerbswirtschaftlichen Bereich, 100 neue Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, 40 berufsvorbereitende und Ausbildungsplätze sowie 40 Arbeitsplätze im Bereich der Existenzgründung (einschließlich des Cafeteria-Betriebs). Für 60 Prozent der Flächen lagen nach der Konzeptentwicklung durch Stattbau GmbH (im Auftrag der IBA Hamburg) bereits Mietzusagen vor, als sich 2009 durch den Wegzug eines städtischen Bildungsträgers aus dem nah gelegenen Gewerbehof Am Veringhof 9 der SpriAG/HAGG als Eigentümer eine zu große Finanzierungslücke für die Instandsetzung und Flächenausweitung auftat, die er nicht zu schließen bereit war.

- **Projekt Fahrradstadt:** Im Rahmen des AK Wirtschaft und Beschäftigung hat sich frühzeitig eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Trägern SBB Kompetenz gGmbH und Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg gGmbH intensiv mit Entwicklungsmöglichkeiten auf den Elbinseln befasst hat. Bei der SBB Kompetenz gGmbH waren im Projekt „AKTIV RAD" mit dem Tourenangebot für Schulklassen, den Fahrradspenden für Schulen und der Werkstatt, in der aus Fahrradschrott Kunst, Deko-Artikel, innovative Spezialräder und Fahrradständer zusammengeschweißt wurden, ca. 130 TeilnehmerInnen in Arbeitsgelegenheiten und 75 TeilnehmerInnen über §16e-Maßnahmen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei der AIW wurden im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten ein Fahrradverleih und die Werkstatt für Reparatur, Selbsthilfe und Verkauf gebrauchter Räder aufgebaut. 2010 wurde der Verein Fahrradstadt Wilhelmsburg e.V. gegründet, dem allerdings durch die Kürzungen in der Beschäftigungsförderung eine zentrale Säule seiner Arbeitsmöglichkeit entzogen wurde. Teile der AIW-Aktivitäten im Fahrradsektor sind in die erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Wilhelmsburger Arbeitsgenossenschaft eG übergegangen. Der politischen Botschaft, Wilhelmsburg zum Modellstadtteil für den Radverkehr zu machen, ist nach dem Kraftakt der Aufbauarbeit ziemlich schnell die Puste ausgegangen – ein weiteres Beispiel dafür, wie durch mangelnde Kooperation und Bündelung von Ressourcen sinnvolle Energien, die vor Ort entwickelt wurden, im Planungsprozess nicht genutzt wurden.
- **Fremdenverkehrsverein Wilhelmsburg - Tourismus im Fluss e.V.:** Die AG Tourismus des AK Wirtschaft und Beschäftigung hat seinerzeit Vorschläge für den nachhaltigen Aufbau eines lokalen Tourismusangebotes formuliert und die Gründung eines Fremdenverkehrsvereins Wilhelmsburg - Tourismus im Fluss e.V. vorbereitet. Wegen fehlender Beteiligung lokaler Gastronomiebetriebe konnte die Idee nicht realisiert werden. Gleichsam fehlte ein konzeptioneller Unterbau, der durch die Erarbeitung eines fundierten Tourismus-Konzeptes erstellt werden sollte. Für Wilhelmsburg und die Veddel sollten dabei im Prozess der IBA/igs-Entwicklung nachhaltige Beschäftigungsangebote in der Tourismus-Wirtschaft entstehen. Damit die Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mittel- und langfristig in dauerhafte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführt werden können, brauchen die Elbinseln ein professionelles, pfiffiges und einzigartiges Tourismus-Konzept. Die in den vergangenen Jahren neu entstandenen Gastronomieangebote auf den Elbinseln wie z.B. Kaffeeliebe, Restaurant Wasserwerk, Café auf dem Bunker, Restaurant Wilhelms im Wälderhaus, Mittenmang etc. weisen einen Weg. Da sich bei keiner Fachbehörde Fördermittel für die Erstellung eines derartigen Konzepts mobilisieren ließen, besteht diese Leerstelle noch heute - und Chancen für den systematischen Aufbau eines Lokaltourismus wurden verschenkt.

3. Problemlagen

„Wilhelmsburg ist mit seinen 50.500 Einwohnerinnen und Einwohnern nach wie vor ein von Arbeitslosigkeit besonders betroffener Stadtteil. 11,1 % aller Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind arbeitslos; das sind fast doppelt so viele wie im Hamburger Durchschnitt (6,1 %). In der Folge stehen über ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner (12.854) in Wilhelmsburg im SGB II-Leistungsbezug. Viele Arbeitslose beziehen schon seit Jahren Unterstützungsleistungen; eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder die Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung sind ihnen nicht gelungen. Dadurch drohen in Wilhelmsburg stärker als in den

meisten anderen Hamburger Stadtteilen soziale Ausgrenzung, Demotivation und Perspektivlosigkeit für viele erwerbsfähige Bewohnerinnen und Bewohner.“[29]

Eine systematische, verstärkte und nachhaltige berufliche Integration Langzeitarbeitsloser findet derzeit für die Region der Elbinseln noch nicht statt, obwohl hier ein ungleich größerer Bedarf als in anderen Quartieren Hamburgs besteht. Im Gegenteil, die Bundesmittel für die Qualifizierung Langzeitarbeitsloser sind für die kommenden Haushaltsjahre besonders stark gekürzt worden im Hinblick auf Leistungen und Angebote für die Stabilisierung der genannten Zielgruppen, bestehende Programme werden in Hamburg nicht konsequent und wirksam gebündelt. Auf diese Weise verstärkt sich angesichts sinkender Förderung für die berufliche Integration bei gleichzeitig hohen Investitionen in Gebäude und Infrastruktur die soziale Spaltung auf den Elbinseln. Dabei geht es heute darum, die zunehmende soziale Spaltung in den Metropolen, die sich prototypisch auf den Elbinseln zeigt, in spürbar relevantem Maße zu verringern – noch immer sind 24% der BewohnerInnen von Sozialhilfe abhängig.

Die im stadtweiten Vergleich niedrigeren formalen Qualifikationen bedeuten eine strukturelle Benachteiligung beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Im konjunkturellen Aufschwung profitieren Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit geringer Qualifikation und ältere Arbeitslose auf den Elbinseln nur unzureichend von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften – dies sind diejenigen sozialen Gruppen, die auf den Elbinseln überdurchschnittlich vertreten sind. Deshalb sind gezielte Aktivitäten gegen Armut, Verarmung und soziale Ausgrenzung durch Schaffung von existenzsicherndem Erwerbseinkommen auf den Elbinseln erforderlich.

„Von den Ende 2010 im Sozialraum noch vorhandenen 571 Arbeitsgelegenheiten (AGH) und 16e-Stellen waren Ende 2012 insgesamt noch 46 Stellen übrig. Wird der Rückgang der Trainings-, Ausbildungs-, Berufsvorbereitungs- und Qualifizierungsplätze im Reiherstiegviertel mitberücksichtigt, so sank diese Zahl in dem genannten Zeitraum von 1.101 auf 320, was einem Rückgang von 71 Prozent entspricht.“[30] Bezieht man die Kürzungen auf den gesamten Sozialraum Wilhelmsburg, steigt die Zahl der weggefallenen Stellen wahrscheinlich auf über 600. (Diese Aufzählung beinhaltet nicht den Ruf nach Wiederaufbau dieses problematischen Förderinstruments.) Dies trifft insbesondere diejenigen Arbeitslosen, die seit langem ohne Arbeit sind, mehrfach sog. vermittlungshemmende Merkmale aufweisen und nicht über eine marktfähige Berufsausbildung verfügen. Die massive Reduzierung der Arbeitsgelegenheiten und sozialversicherungspflichtigen § 16e-Stellen hatte im Juli 2012 die Insolvenz der Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg gGmbH zur Folge als auch von Arbeit und Lernen GmbH, die in Wilhelmsburg auf Initiative der IBA erfolgreich eine Bauhütte zur Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher im Veringhof 7 eingerichtet hatte.

---

[29] Abschlussdokument der Fachkonferenz ‚Qualifizierung und Beschäftigung auf den Elbinseln‘ - Chancen wahrnehmen, neue Wege gehen’, Hamburg 2012, S. 1

[30] Protokoll des Round-Table-Gesprächs zur Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung im Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S5, Südliches Reiherstiegviertel 27.8.2013, S.2

4. Potenziale

Nach dem Ende von IBA und igs sind weitere umfangreiche Entwicklungsschritte absehbar, die voraussichtlich eine weitere Milliarde Euro an Investitionen bis zum Jahr 2020 mit sich bringen werden.

Ein Zwischenstand: Die Nachfrage nach kostengünstigen Gewerbeflächen in Wilhelmsburg besteht nach wie vor. Gleichzeitig gibt es einen Leerstand im städtischen Gewerbehof Am Veringhof 9 wg. des starren Festhaltens an einer vergleichsweise hohen Einstandsmiete. Das Projekt Stoffdeck - Coworking Wilhelmsburg konnte nur realisiert werden, weil die Kulturbehörde die Miete aus einem Zwischenfinanzierungstopf befristet quersubventioniert. In den vergangenen Jahren konnten sich mehrere Interessenten im Gewerbehof Am Veringhof 9 nicht niederlassen, weil es seitens des Vermieters keine Bereitschaft gab, beginnend mit Einstiegsmieten unterhalb von 6,00 € netto kalt, schrittweise eine Anpassung nach oben vorzunehmen. Die Senkung von Einstiegsmieten macht eigentlich jeder Immobilienbesitzer, um seine leerstehenden Objekte in den Markt zu bringen. Es stellt sich die Frage, warum ein städtisches Unternehmen über Jahre hin lieber leerstandsbedingte Abschreibungen in großem Ausmaß vornimmt als die Zielsetzungen des RISE-Programms in Fördergebieten wie Wilhelmsburg aktiv zu unterstützen. Warum wird die FHH als Gesellschafter nicht aktiv, um aktiv eine wirkungsvolle lokale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung mit bestehenden städtischen Gesellschaften, Förderinstrumenten und aktiven Akteuren vor Ort zu gestalten?

Eines ist auf jeden Fall deutlich geworden: Es gibt inzwischen hinreichend Erfahrungen vor Ort, um kombinierte Gewerbehofkonzepte von privaten und öffentlichen Unternehmen (auch unter den Bedingungen geringerer Förderung als im IBA-Kontext) und Qualifizierungsvorhaben weiter zu entwickeln und zielgerichtet umzusetzen.

Als Zielsetzungen des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg sind formuliert, die „Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration“ zu ermöglichen (Hamburg 2012, S. 2); und zwar mit einem Ansatz, Fachpolitik sozialräumlich auszurichten, insbesondere Wohnen, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Berufsbildungspolitik, Soziales, Inklusion, Förderung der lokalen Ökonomie, Jugendgewaltprävention, Sport und Freizeit. So weit, so schön.

Die für die Region eingesetzten und nutzbaren Aktivitäten und Programme sind in der Vergangenheit immer zu stark nebeneinander gelaufen; es gab in den vergangenen 15 Jahren keine eindeutige Federführung im Rahmen der Fördermöglichkeiten von Wilhelmsburg als Sonderfördergebiet (Sanierungsgebiete, ESF, EFRE, etc.), kohärente Ansätze im Geist des RISE-Ansatzes sektoren- und zuständigkeitsübergreifend und mit abgestimmten Zielen und Erfolgskriterien versehen, in Gang zu setzen.

Nachhaltige Erfolge und das Scheitern neuer Ansätze im Kontext der angeschobenen Projekte der vergangenen Jahre liegen also dicht beieinander. Die Chancen, mit dem Investment im Kontext von IBA und igs systematisch die Lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung als gemeinsames Thema zu befördern, sind nicht hinreichend genutzt worden. Dies muss unbedingt im nächsten Schritt des weiteren Entwicklungsprozesses auf den Elbinseln nach 2013 geschehen, wenn bis 2020 wiederum ein geschätztes Investitionsvolumen von ca. 1 Mrd. Euro investiert werden wird.

5. Lösungswege

„Es ist wichtig, die Arbeitsmarktpolitik weiterhin mit der Stadtteilentwicklung zu verzahnen. Auch wenn stark auf Fortbildung und Qualifizierung gesetzt wird, sind niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose weiterhin notwendig“.[31]

Die anstehenden Veränderungen auf den Elbinseln können wirksam für neue Ansätze dauerhafter beruflicher Integration bei Bau, Unterhaltung und Betrieb von neuen Gebäuden und Anlagen genutzt werden. Dabei bietet das Investitionspotenzial, das nach 2013 u.a. durch erweiterten Wohnungsbau und den Ausbau von Schulen und Kitas weiterhin bestehen wird, eine unvergleichliche Chance, in den kommenden Jahren Ausbildungs-, Arbeits- und Qualifizierungsplätze insbesondere für Bewohner der Elbinseln zu schaffen, wenn alle Akteure (Betriebe, Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachbehörden, Qualifizierungsträger, Jugendhilfeeinrichtungen und Wohlfahrtsverbände) enger als bisher in systematischer Weise zusammenarbeiten.

Damit diese erheblichen Investitionen kurz-, mittel- und langfristig auch einen direkten Beschäftigungs- und Qualifizierungseffekt für die Bewohner der Elbinsel auslösen können, sind neue Konzepte, Absprachen und Abstimmungen zwischen unterschiedlichsten Akteuren erforderlich. Beide Momente des inneren Zusammenhangs – Stadtteilentwicklung schafft Arbeit und Arbeit fördert die Stadtteilentwicklung – müssen in den kommenden Jahren gezielt und kontinuierlich als permanente Querschnittsaufgabe betrieben werden.

„Es genügt nicht, die traditionelle Wirtschaftsförderung auf die lokale Ebene auszurichten, sondern es müssen Handlungskonzepte entwickelt werden, die sich auf die sozialen und kulturellen Kontexte der verschiedenen Arbeitswelten der lokal eingebetteten Ökonomie einlassen. Zugleich kommt es darauf an, im Rahmen solcher Förderungsstrategien verschiedene Politikfelder wie Wirtschaftsförderung, Beschäftigungs- und Qualifikationspolitik sowie Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik miteinander zu verzahnen zu sogenannten „cross over“-Konzepten.“[32]

Das heißt: Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in Abstimmung aller gesellschaftlicher Akteure zu bündeln, in dem die kohärente Förderung der lokalen Ökonomie, die Qualifizierung und die Beschäftigung kleinräumig und lokal ergänzt wird. Das kann durch angepasste Gewerbehofkonzepte wie mit dem in kostengünstiger Variante zu duplizierenden Weltgewerbehof oder dem Aufbau des Textilen Werkhofs erreicht werden. Dafür braucht es oft nicht mehr als einen wirksamen Mix von einfach zu beantragenden Investitionsmitteln, kostengünstig bereitgestellten Betriebsflächen und engagierten Projektmanagern.

Vor allem beim Betrieb der neu geschaffenen Einrichtungen auch über 2013 hinaus sollen deshalb möglichst unbefristete Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, die lokalen BewohnerInnen zugutekommen. Die bislang erreichten Erfolge sind erreicht worden über das Instrument sog. Sozialen Vergabekriterien[33]. Notwendig ist eine Vereinbarung mit den Fachbehörden und den städtischen Unternehmen, das Instrument der sozialen Vergabekriterien regelhaft zu nutzen, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, die lokalen BewohnerInnen zugutekommen.

---

[31] Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Jutta Blankau, Hamburg. Deine Perlen. Newsletter Ausgabe 4, Juni 2011, S. 5

[32] Dieter Läpple, Hamburg 2013, S. 198

[33] GWB § 97 Abs. 4

6. Maßnahmevorschläge

Zwei Drittel der Arbeitslosen auf den Elbinseln verfügen noch immer nicht über eine Berufsausbildung. In der Altersgruppe der 25 - 35jährigen SGB II-Empfänger sind es aktuell 75%, das sind 1.125 von 1.500 aus dieser Altersgruppe. Für Umschlungen, die zu einem anerkannten Abschluss führen, hat das Jobcenter Wilhelmsburg pro Jahr ca. 100 Bildungsgutscheine, für die o.g. Gruppe der Jüngeren nur ca. 30. Deshalb sind nachhaltige Anstrengungen erforderlich, um das unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau der lokalen Arbeitskräfte anzuheben, damit sich deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt realistisch vergrößern. Insofern ist auch die durchaus notwendige Gentrifizierungsdebatte oft in eine Verkürzungsfalle gestolpert, denn diejenigen Menschen, die seit Jahren arbeitslos und von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, sind bereits jetzt von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und haben nur durch systematische und nachhaltige Nachqualifizierungsangebote im Sozialraum der Elbinseln eine Chance, diese durch den Zugang zu Arbeit zu erreichen.

Es muss nicht alles neu gedacht werden – aber endlich gemacht werden: Es braucht für einen wirkungsorientierten integrierten Ansatz keinen neuen Masterplan, sondern es reicht, systematisch die lokal bestehenden und sich weiter entwickelnden Chancen zu nutzen und kontinuierlich die verbindliche Zusammenarbeit der Akteure weiter zu entwickeln und vor allem die Ressourcen zu bündeln. Dies setzt voraus, dass gemeinsam mittelfristige Ziele formuliert und mit einfach messbaren Erfolgsindikatoren versehen werden. Ein halbjährlich stattfindendes Fachgespräch des AK Wirtschaft und Beschäftigung mit den Fachbehörden, Kammern und ggf. weiteren Akteuren kann die Umsetzung der beschlossenen Aktivitäten und die Erreichung der vereinbarten Zielsetzungen konstruktiv begleiten. Es bietet sich an, zu diesen Themenbereichen im **Herbst 2014 eine Fachkonferenz** als Re-Start-Veranstaltung durchzuführen.

Integrierte Förderung der lokalen Ökonomie: Nach den Erfahrungen der letzten 10 Jahre gilt es ein sozialräumlich wirksames Förderprogramm zu formulieren, das kleinteilig die Existenzgründung, Neuansiedlung, Bestandsentwicklung und Verlagerung in Clustern wirksam unterstützt. Dies muss nach dem Auslaufen der Fördermöglichkeiten für das Sonderfördergebiet Wilhelmsburg einen wirksamen Mix von einfach zu beantragenden investiven Mitteln, Maßnahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und kostengünstig bereitgestellte Betriebsflächen auch und gerade durch städtische Unternehmen in kombinierbaren Varianten beinhalten.

Die **Arbeitsfähigkeit des AK Wirtschaft und Beschäftigung** muss gesichert werden, da die personellen IBA-Ressourcen in diesem Prozess wegfallen. Die IBA Hamburg trat in den vergangenen Jahren als Initiator, Katalysator und Moderator für diesbezügliche Entwicklungsprozesse im Kontext von Lokaler Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung auf. Der Auftrag der IBA Hamburg ist mit dem Jahresende 2013 beendet. Dadurch entfallen auch die in verschiedenen Handlungsfeldern, u.a. im AK Wirtschaft und Beschäftigung, übernommenen Koordinierungsaufgaben. Um aber die umfassenden Organisationsaufgaben im AK Wirtschaft und Beschäftigung angemessen leisten zu können (Aussendung der Einladungsschreiben, Raumorganisation, Pflege des Verteilers, Festlegung und Vorbereitung der Tagesordnung, inhaltliche Vorbereitung der Treffen und Sicherung konzeptioneller Inputs, Moderation, Protokollführung, Nachverfolgung der Vereinbarungen, Sicherung der Kommunikation, Infobeschaffung, Verfassen von Arbeitspapieren) wäre es sinnvoll, den Auftrag des vor Ort tätigen Sanierungsträgers, Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH, mit dieser Aufgabenstellung zu erweitern.

Seit 2011 stehen jedem Bezirk **Arbeitsmarktkoordinatoren z**ur Verfügung. Das Engagement der bezirklichen Arbeitsmarktkoordinatorin des Bezirks Hamburg-Mitte im AK Wirtschaft und Beschäftigung hat einen weiteren Schritt in Richtung auf eine systematischere Form der Kooperation der Akteure ermöglicht. Die bislang auf drei Jahre befristete Tätigkeit der Arbeitsmarktkoordinatorin sollte unbedingt entfristet werden.

Um die Fortsetzung der **Vermittlungsagentur Wilhelmsburg** zu sichern, sollte die Unterstützung des Integrationsamtes der BASFI für das BFW-Vermittlungskontor im Volumen einer halben Stelle fortgeschrieben werden.

Eine dauerhafte Finanzierung der **Informations- und Beratungsarbeit für die lokalen Geschäfte und Betriebe** durch LoWi muss in diesem Kontext endlich gesichert werden.

Von großer Bedeutung ist auch die **systematische Entwicklung von weiteren Gewerbehöfen** in Kooperation von privaten und öffentlichen Interessenträgern. So kann das Konzept des Weltgewerbehofs in veränderter, kostengünstigerer Variante dupliziert werden, die Zinnwerke können nach langen Jahren des Deinvestments und der unterlassenen Instandhaltung den kreativen Nutzern und Machern zur langfristigen Entwicklung überlassen werden, der Gewerbehof Am Veringhof 9 kann mit einem Anschub für den Textilen Werkhof (s.o.) und mit einer marktgängigen Einstandsmiete endlich aus dem Dornröschenschlaf geweckt und mit der Idee des Veringkanals als Kulturkanal verknüpft werden. Chancen über Chancen, wenn es gelingt, endlich wegzukommen von der immer nur kurzfristig angelegten Projektorientierung und einer verfehlten Mietenpolitik, die Leerstände bei bestehendem Gewerberaumbedarf erzeugt. Deshalb wird die **Einsetzung einer Arbeitsgruppe** zur Entwicklung weiterer Gewerbehöfe unter Leitung der IBA Hamburg zusammen mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, Handwerks- und Handelskammer, LoWi - Büro für Lokale Wirtschaft, BSU, BWVI und privaten Betreibern vorgeschlagen. Auf der Umsetzungsebene ist zu klären, wie als nächster Schritt beim Aufbau des Textilen Werkhofs Am Veringhof 9 die o.g. Zwischenmeisterei realisiert werden kann und weitere Betriebe in diesem Gewerk angesiedelt werden können. Die Dringlichkeit ergibt sich auch dadurch, dass SBB Kompetenz gGmbH weitere Flächen abmieten und sich der Leerstand in diesem zentral gelegenen Werkhof weiter vergrößern wird.

Die ehemalige Schule Neuhof, ein denkmalgeschütztes Gebäude am Rande des Stadtteils, steht seit längerer Zeit leer und soll einer neuen, dauerhaften Nutzung zugeführt werden. Das Gebäude eignet sich in hervorragender Weise zur integrierenden Ergänzung der sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Angebote im Stadtteil im Sinne eines ‚Zentrums für Bildung, Qualifizierung, Beschäftigung und Kultur (BIQ-K)'. Gesucht wird eine Konzeption für die zukünftige Gebäudenutzung, die eine langfristige Trägerschaft ermöglicht.

Die Chancen für die **Entwicklung und Umsetzung eines lokalen Tourismuskonzepts** in Kombination mit Beschäftigung fördernden und Arbeitsplätze schaffenden Radverkehrskonzepts (im Sinne des gedachten Modellstadtteils) für 2013+ könnten ebenfalls endlich systematisch genutzt werden.

Dahin gehen, wo die Menschen sind - Fortsetzung der lokal ausgerichteten Vermittlungsagentur Wilhelmsburg: Fortsetzung und Verbreitung einer geänderten Arbeitsweise, die vom Grundsatz her auf die Arbeitsuchenden zugeht. Eine derartige sozialräumliche Orientierung mit einer auf die Klienten und Kunden zugehenden Arbeitsweise ist bislang noch nicht die Regel, wird aber zukünftig notwendig sein, um Arbeitsuchende mit den sich vor Ort entwickelnden Angeboten

von Arbeitgebern und Betrieben wirksam zu erreichen. Auf den Elbinseln ist es eigentlich besonders einfach, die Arbeitsangebote bei den Einrichtungen im Stadtteil vorzustellen, die direkt mit Menschen vor Ort arbeiten, welche die klassischen Suchstrategien nach Arbeit nicht verfolgen: Integrationszentren, Elternschulen, Bildungszentrum Tor zur Welt, Bücherhallen, Kitas, Schulcafés und Türkischer Elternbund. Die Offenheit der Einrichtungen für solche Ansätze ist vorhanden.

Ansetzen, wo die Menschen Qualifizierung brauchen - Systematische Nachqualifizierung organisieren:[34] Die fehlenden Berufsabschlüsse der Mehrheit der Arbeitslosen auf den Elbinseln bilden eine große Barriere für deren berufliche Integration. Allerdings muss die derzeitige Situation nicht stillschweigend hingenommen werden. Im Rahmen der auslaufenden ESF-Förderperiode ist in Bremen zwischen der Hansestadt und den Sozialpartnern ein Vorhaben vereinbart worden, eine systematische Prüfung und Vorauswahl von Hilfeempfängern bei den Jobcentern Bremen und Bremerhaven und bei der Agentur für Arbeit Bremen/Bremerhaven durchzuführen, ungelernte Arbeitslose zu beraten und in Abhängigkeit von beruflichen Vorerfahrungen und Kompetenzen mindestens 100 Arbeitslose über Qualifizierungsmaßnahmen zu einem anerkannten Berufsabschluss zu führen. Ein derartiger flächendeckender Ansatz ließe sich – so denn gewollt – auch auf den Elbinseln in Kooperation der Arbeitsagenturen mit den verschiedenen vor Ort aktiven und engagierten Qualifizierungsträgern organisieren. Notwendig ist auch eine Überprüfung, welche beruflichen Integrations- und sozialen Stabilisierungsmaßnahmen sich in den vergangenen Jahren als wirksam erwiesen haben und an welcher Stelle unbeabsichtigt immer noch eine Drehtür-Integration für Arbeitslose organisiert wird.

Pflege, lokale Beschäftigung und Qualifizierung im Wilhelmsburger Inselpark: Im Rahmen der igs 2013 ist der Wilhelmsburger Inselpark entstanden. Nach Ende der Ausstellung wird er ein umfangreiches Freizeit- und Sportangebot bereithalten, so dass die etwa 100 Hektar großen Grünflächen in Zukunft auch eine große Chance für dauerhafte Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen aus dem Stadtteil bieten. Die erforderlichen Reinigungs-, Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen ermöglichen es, in Kooperation von beauftragten Gartenbaubetrieben mit Trägern der Jugendberufshilfe, Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Bildungsträgern neue Ansätze zu entwickeln. Fünf solcher Träger, die im Garten- und Landschaftsbau tätig sind, können ihre aus öffentlichen Mitteln finanzierten Ressourcen wirksam in das Vorhaben der Parkpflege einbringen. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat ab 2014 die Verantwortung für die Pflege- und Instandhaltungsarbeiten des Elbinselparks übernommen. Für die langfristigen Reinigungs-, Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen bietet es sich an, neue Ansätze zu entwickeln, um qualitätvolle Pflege und lokale Beschäftigung und Qualifizierung zu sichern. Die Reinigung, Pflege und Instandhaltung vorhandener Anlagen können genutzt werden, praxisnah Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung zu organisieren. Dazu haben sich einige Akteure zu einer ARGE Public Gardening verabredet.

Im September 2013 wurde durch die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg ein neuer Leitfaden für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (außer Bauleistungen) veröffentlicht, der leider keine **Nutzung von sozialen Vergabekriterien** im Sinne des o.g. § 97 Absatz 4 GWB vorsieht. Dies ist bedauerlich, da der 1. Bürgermeister Olaf Scholz als seinerzeitiger Bundesarbeitsminister eine Handreichung zur Nutzung eben dieser Regelungen herausgegeben hat. Die Bezirksversammlung Altona hat am 27.2.2014 beschlossen, die BSU möge die inklusiven

[34] s.a. Kapitel B. Bildung, 4. Punkt 5

Empfehlungen des Forums Eine Mitte für Altona einschließlich der Anwendung der sozialen Vergabekriterien in den städtebaulichen Vertrag Altona aufnehmen. Dieses Instrument sollte nun auch bewusst im weiteren Entwicklungsprozess auf den Elbinseln insbesondere vom Bezirksamt Hamburg-Mitte als auch den hier tätigen städtischen Gesellschaften regelhaft eingesetzt werden.

Gottfried Eich

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Dieser Text ist nicht das Ergebnis der Arbeit einer Gruppe, sondern wurde von einer einzelnen Person erstellt und in den laufenden Perspektiven-Prozess zur allgemeinen Diskussion eingespielt.

F. Nachbarschaft – Miteinander Leben[35]

1. Vorbemerkung

Bei unseren Überlegungen haben wir uns als Gruppe „Nachbarschaft – Miteinander Leben“ von einigen Grundüberlegungen leiten lassen, die wir hier voranschicken wollen. Mit der Weitergabe unserer Gedanken und Arbeitsergebnisse im Rahmen des Perspektivenprozesses möchten wir dazu beitragen, dass respektvolle Übernahme von Verantwortung in der Nachbarschaft ermöglicht wird.

Bereits in der Namensgebung der Gruppe – „Nachbarschaft“ und „Miteinander Leben“ – stehen zwei Aspekte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens eng nebeneinander. Die Diskussionen hatten in den vergangenen Monaten jeweils unterschiedliche Schwerpunkte, um Defizite, Potenziale, Lösungsansätze und Maßnahmen für ein gelingendes Miteinander zu beschreiben und zu bewerten.

Wir erachten in unseren Vorstellungen ein respektvolles, solidarisches und nachbarschaftliches Miteinander für existentiell notwendig, um das Potenzial an Kulturen, Ethnien, Lebensstilen auf den Elbinseln fruchtbar werden zu lassen. Unsere Debatte konzentrierte sich zunehmend auf die Nutzung und Unterstützung des vorhandenen kreativen Potenzials

2. Unser Verständnis von Nachbarschaft für die Elbinseln

Was Menschen unter Nachbarschaft verstehen, ist vielfältig. Erfahrungen, kulturelle Prägungen und jeweilige Haltungen spielen dabei eine Rolle.

Wir haben uns auf folgendes Leitbild von Nachbarschaft verständigt:

Nachbarschaft entsteht durch ein gemeinsames (erlebtes) Verortet-Sein.

Dies begründet sich zunächst durch gemeinsame Nutzung eines Ortes, wie z.B. Haus, Straße, Quartier, Stadtteil. Menschen nehmen Nachbarschaft dann als positiv wahr, wenn sie diesen gemeinsamen Ort auch als **ihren** Ort erleben. Sehen und gesehen werden spielt dabei eine Rolle. Damit schafft Nachbarschaft ein gemeinsames Bewusstsein und auch (lokale) Identität. So versteht man sich z.B. vielleicht nicht als Deutscher, aber als Wilhelmsburger.

Nachbarschaft entsteht unabhängig von individueller Herkunft (z.B. ethnischer, sozialer, kultureller Herkunft). Wir lassen uns bei unseren Überlegungen von einem Nachbarschaftsbild leiten, das die Heterogenität respektiert und nutzt.

Gelingendes Miteinander auf den Elbinseln wird wesentlich auch davon abhängen, wie und in welchem Maße Nachbarschaft erfahren / erlebbar wird.

„Nachbarschaft“ ist nicht nur ein Qualitätsfaktor, sondern auch ein Standortvorteil und schafft Bindung an den Wohnort.

Unsere Problembeschreibungen, Lösungsansätze und Maßnahmenvorschläge resultieren aus den hier kurz skizzierten Leitgedanken.

Es gibt bereits vielfache positive Voraussetzungen und Erfahrungen auf den Elbinseln, auf die aufgebaut werden kann.

---

[35] s. ergänzend hierzu Kapitel J. Veddel, 2.

Es gibt dabei natürlicherweise sehr viele Schnittstellen zu anderen Themengruppen und zu den Ergebnissen aus den Stadtteilgesprächen. Insbesondere sehen wir wichtige Schnittpunkte zu Ergebnissen der Gruppe „Wohnen und mehr“, „Natur, Gärten, Wasser“ und „Partizipation“. Dazu geben wir im Folgenden noch einige Erläuterungen.

Die Leitfrage unserer Debatte lautete: Wie kann das gemeinschaftliche Leben gefördert und gestaltet werden?

3. Defizite und Hürden im nachbarschaftlichen Miteinander

- Durch die Veränderungen in der Bewohnerschaft sind bestehende Gruppen und Milieus in Bewegung, fühlen sich in ihrer Identität bedroht, fühlen sich daher oft überrollt oder doch mindestens verunsichert.
- Neben dem guten Miteinander gibt es auch anonymes Nebeneinander ohne interkulturelle Berührungspunkte, es fehlen Brücken zwischen den Kulturen. Das kann zu einem Nährboden für Vorurteile und mangelnde Toleranz werden.
- Es fehlen Orte für spontanes gemeinschaftliches Tun[36] und es besteht daher ein Mangel an Übungsfeldern. So ist die Konkurrenz um öffentlichen Raum groß, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen konkurrieren um geringer werdende Ressourcen. Die Inanspruchnahme von Flächen und bezahlbaren Räumen ist an vielen Stellen erschwert durch Nutzungen, die wiederum andere Gruppen in ihrer Entfaltung behindern (z.B. durch Lärm oder massives Auftreten). Flächen, an denen diese Nutzungen nicht stören, werden wiederum beschränkt durch Genehmigungsverfahren oder staatliche Eingriffe. [37] Obwohl die Gruppe hier keinen einheitlichen Lösungsansatz entwickeln konnte, waren wir uns doch einig, dass dieses Problem durch Verdrängung bzw. Privatisierung von Flächen zuungunsten von Gruppierungen mit wenig Durchsetzungsmacht verschärft wird.
- Planrecht und eine restriktive Verwaltung behindern z.B. durch unnötige Auflagen neue Nutzungen von Orten und Räumen. Dies wird verstärkt durch die behördliche Fixierung auf konventionelle Betreibermodelle, z.B. den Verein.
- Engagement für Aktivitäten und Projekte, die gemeinschaftliches Tun befördern, kostet unter den gegebenen administrativen und behördlichen Voraussetzungen Zeit. Insbesondere die Suche nach möglichen Unterstützern – im Sinne von Geldgebern oder Vermittlern von vorhandenem Wissen und vorhandenen Erfahrungen – kostet Zeit[38]. Da viele Menschen auf den Elbinseln diese Zeit neben ihrem normalen Alltag von bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht aufbringen können, müssen manche gute Ideen für gemeinsame Projekte bereits beerdigt werden, bevor sie eigentlich begonnen werden.
- Es gibt zwar Strukturen, die relativ unkompliziert kleinere Summen bereitstellen können, z.B. den Sanierungsbeirat oder den Stadtteilbeirat, aber vielen Bewohnern der Elbinseln

---

[36] s.a. Kapitel D. Kultur, 2. und 3.

[37] Wipedia nach Garret Hardin, The Tragedy of the Commons, Science, 162 (1968) Die *Tragik der Allmende* (*the tragedy of the commons*) führt zur Übernutzung einer Ressource, wenn zu viele Eigner das (faktische) Recht haben, die Ressource zu nutzen, keine wirksamen Nutzungsregeln bestehen und keiner das (faktische) Recht hat, andere von der Nutzung auszuschließen

[38] s.a. Kapitel C. Inklusion, 2. sechster. Spiegelstrich

sind diese Strukturen unbekannt. Außerdem stellen diese Strukturen Finanzmittel nur dann zur Verfügung , wenn es zusätzliche Geldgeber gibt.

- Der erforderliche Umgang mit der Verwaltung zur Realisierung von Projektideen, z.B. in Form von Genehmigungsverfahren, scheitert an bürokratischen Anforderungen. Verwaltung ist nicht barrierefrei, der Zugang zu Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten ist durch kulturelle, sprachliche und bauliche Hindernisse erschwert oder für viele verwehrt, die Verwaltungssprache ist umständlich und ungewohnt.
- Freiheitsdrang stößt auf Bürokratie, kreatives und initiatives Handeln wird durch Auflagen, unterschiedliche Auffassungen und unterschiedliche Kommunikationsformen erschwert oder verhindert.
- Es gibt nur wenige migrantische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das erschwert den Zugang für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ganz besonders.
- Es sollte überlegt werden, wie Bürokratie dezentraler organisiert werden kann. Der Umstand, dass viele Anträge im Bezirksamt, also nicht auf der Elbinsel, zu stellen sind, erhöht für viele Menschen die Hürde. Besonders betrifft das nach unserer Beobachtung Menschen mit geringer Mobilität und viele Menschen aus migrantischen Millieus.

Anhand der Auflistung wird ein Grundproblem deutlich: Wenn sich die vorhandenen Potenziale, die im Folgenden benannt werden, auf Grund der Hürden nicht entfalten können, führt dies nach unserer Auffassung zu Ängsten, Abgrenzungen und dem Gefühl, nicht beheimatet und verortet zu sein. Unser Ziel ist es jedoch, Potenziale freizusetzen und verstärkt das Entstehen eines Teufelskreises zu verhindern.

Wir wollen dazu beitragen, dass die Wahrnehmung der eigenen Position als Opfer einer als nicht funktional erlebten Nachbarschaft weitgehend der Vergangenheit angehört und ermutigen und ermöglichen, aktiv an den Möglichkeiten für eine gelingenden Nachbarschaft und ein solidarisches Miteinander im Sinne der oben erwähnten respektvollen Verantwortungsübernahme mitzuwirken.

Der Mangel an Ressourcen in Form von Zeit, Geld, Durchsetzungskraft und politischer Repräsentanz zur Verwirklichung gesellschaftlicher Teilhabe stellt dabei ein großes Hindernis dar.

4. Potenziale

- Auf den Elbinseln gibt es Einzelpersonen und in langen Jahren gewachsene Strukturen und Zusammenschlüsse von Menschen, die sich aktiv auf den Elbinseln engagieren.[39] Weiter gibt es viele neue Bewohner auf den Elbinseln, die sich ebenfalls gern auf den Elbinseln mit ihren Ideen einbringen wollen – einerseits um sich in die vorhandenen Strukturen mit ihren Ideen zu integrieren, andererseits auch, um ganz eigene neue Ideen zu verwirklichen und das Leben auf den Elbinseln zu bereichern.
- Diversität und Heterogenität führen zu einem reichen kulturellen Erfahrungsschatz, kreativen Formen von Lebensbewältigung, Ausdrucksformen, Problemlösungen, Protest und Erfahrung in der Aneignung von Räumen, Neugier und Erfahrungen im Umgang mit „anderen“ (unabhängig von der Bewertung der Andersartigkeit im nachbarschaftlichen Kontext).

[39] s.a. Kapitel C. Inklusion, 3. zweiter Spiegelstrich und Kapitel I. Sport 2. erster Spiegelstrich und Kapitel H. Partiziaption, 3.

- Ein liberales Grundverständnis vieler Bewohnergruppen – langjährig beheimateter und neu hinzugezogener – trifft sich mit der mentalen Offenheit, neue Formen der aktiven Zivilgesellschaft zu erproben und zu verstetigen.
- Viele Jahre wurden nicht-kommerzielle Stadtteilfeste durchgeführt, das Wissen und die Kompetenzen zur Durchführung von kleinteiligen, niedrigschwelligen und kostengünstigen Formen gemeinschaftlicher kultureller Aktivitäten sind vorhanden und können abgerufen und nutzbar gemacht werden. Allerdings bedarf es dazu Ressourcen in Form stabiler Netzwerke und der Zeit, diese Wissensschätze aufzuspüren (s. Defizite).

5. Lösungsansätze

- Neben den von der Projektgruppe Partizipation geforderten Rahmenbedingungen fordern wir eine Stärkung der Potenziale (Empowerment der Akteure) zur Absicherung der Teilhabe. Diese umfasst u.a. Kommunikationswege, Informationsflüsse, administrative Gegebenheiten und Partizipation an Raum. Dabei sollten das kreative Potenzial der Bewohnerschaft aufgegriffen werden und neue, innovative Ideen zur Umsetzung eingeführt und gefördert werden.[40]
- Verfügbarmachung von Räumen und Orten für solidarische Gestaltung. Diese Forderung richtet sich an unterschiedliche Akteure, konkrete Beispiele finden sich vor allem bei der Aufzählung von möglichen Maßnahmen. Sie setzt allerdings voraus, dass der Grundsatz und die Bedeutung der Partizipation an öffentlichem Raum für das Gemeinwohl von nicht-staatlichen Akteuren wie Immobiliengesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften und solchen aus Verwaltung und Politik anerkannt wird. [41]
- Nachbarschaftliches Leben braucht eine Plattform für die Anliegen (virtueller Ort)[42]. Dies betrifft vor allem die Kommunikationswege, die niedrigschwellig und barrierefrei sein müssen und viele Menschen in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung erreichen. Vorhandene kreative Verfahren und Maßnahmen wie z.B. internetbasierte Verfahren oder Zettelwände sind hier gute Beispiele, die auch durch staatliche Instanzen stärker und niedrigschwelliger zur Erreichbarkeit genutzt werden könnten.
- Eine dezentralisierte, wertschätzende Verwaltung und Politik, die Kreativität nicht behindert, würde es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, Ängste abzubauen, ihre Anliegen zu vertreten und ihre Ideen und Potenziale im Sinne eines konstruktiven Umgangs nutzbar zu machen. Dazu gehört auch die verstärkte Einstellung von Vertretern von Minderheitskulturen.
- Zulassen von evolutionären und sukzessiven Prozessen der Organisationsentwicklung, d.h. Gruppe von Gleichgesinnten findet im Laufe der Startphase eines Projektes (z.B. Etablierung eines neuen kulturellen Ortes) zu Träger- und Organisationsstruktur. Nicht immer ist ein Verein die beste Lösung. Auch gemeinnützige Unternehmensgesellschaften (Haftungsbeschränkt) oder Genossenschaften können sehr wohl gute Trägerformen sein.
- Vor allem solche Menschen, die bisher keiner Gruppierung angehört haben und wenig geübt sind, im öffentlichen oder halböffentlichen Raum aktiv zu werden, brauchen Unterstützung und Ermutigung (Empowerment).[43] Empowerment bezeichnet dabei sowohl

[40] Ergänzend zu Kapitel H. Partizipation, 4. Spiegelstriche

[41] s.a. Kapitel J. Veddel, 2.1.3 und 2.3.3

[42] s.a. Anhang H. 1

[43] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.4

den Prozess der Selbstbemächtigung als auch die professionelle Unterstützung der Menschen, ihr Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit (*powerlessness*) zu überwinden und ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen und zu nutzen. Dabei hilft das Aufsuchen, das Aussprechen von Einladungen und das Anregung zu aktiver Mitgestaltung, auch unter dem Motto „sich einmischen". Ein Beispiel dafür waren die Stadtteilgespräche.

- Einfach mal wieder mehr wagen und Lust auf Experimente

6. Maßnahmen

- Alle Prozesse und Maßnahmen müssen grundsätzlich inklusiv gestaltet werden.[44] Darunter verstehen wir, dass in Verfahren über entsprechende Grundsätze, Regelungen und Methoden die Beteiligung aller Betroffenen sichergestellt wird, unabhängig von Herkunft, Bildung, Sprachbarrieren, Geschlecht, finanziellen Ressourcen, Religion, Behinderungen und was es an Barrieren sonst noch geben mag. Die Verantwortung für die Umsetzung tragen jeweils alle Prozessbeteiligten, allerdings kann von der Verwaltung erwartet werden, dass sie ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme hier ausschöpft und verstärkt.
- Räume für spontane und oder regelmäßige Gruppenaktivitäten[45] können auf vielfältige Weise entstehen. So können Wohnungsbaugenossenschaften Nachbarschaftsraum (in-house und außen) vorsehen (Die Saga stellt solche Räume z.T. zur Verfügung. Wichtig ist hier der unbürokratische Zugang, die gemeinschaftliche Verwaltung, Einflussnahme auf die Nutzungsbedingungen). Die Schaffung solcher Gegebenheiten kann durch Auflagen an mögliche Investoren verstärkt werden. Ein Beispiel ist auch der Pavillon des Weltquartiers, dessen Bestand aus unterschiedlichen Gründen bedroht ist – hier fordern wir Maßnahmen, die den Fortbestand sichern.
- Gemeinschaftlich genutzte Räume zum Arbeiten: Besonders für Studierende und Selbstständige ist es oft reizvoll, sich Infrastruktur zu teilen. Die SAGA kann z.B. hierfür zu vernünftigen Konditionen Läden zur Verfügung stellen.
- Solche Räume sind auch öffentliche Frei- und Parkflächen. Je nach den Gegebenheiten wird dadurch ein Image und damit auch eine Nachbarschaftsidentität geprägt. Durch ansprechende Grünflächen und einen offenen Park kann die Verwaltung Einfluss darauf nehmen, wie Anwohnende sich und andere wahrnehmen. Wir fordern daher die freie 24-stündige Zugänglichkeit des Inselparks.[46] Dies könnte ergänzt werden durch die Einrichtung einer temporären Sommer-Bühne für kurzfristig planbare, interkulturelle Aufführungen, und die Errichtung eines Lesecafés (2 Container + Außenbestuhlung) als soziokulturellen Treffpunkt sowie die Einrichtung einer Toilettenanlage am Kuckucksteich, wie versprochen. Hierzu gehört auch die Anhandgabe weiterer öffentlicher Grünflächen zur gemeinsamen nicht kommerziellen Nutzung (z.B. weitere interkulturelle Gärten, Unterstützung bei der Anlage von Kleinstgrünflächen rund um Straßenbäume, z.B. durch Vergabe von Saatgut, Anschluss an Wasserentnahmestellen, Einbeziehung von Anwohnern, Schulen, Kindergärten).

---

[44] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt VII Nr. 29.

[45] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.2.3.2

[46] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 achter Spiegelstrich, vgl. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.5, 2.3, 4.3.4

- Grundsätzlich unterscheiden sich Behördenmitarbeiter von den Bürgerinnen und Bürgern, für die sie Dienstleister sein sollen, nicht. Dennoch führen unterschiedliche Kommunikationsstile und eine möglicherweise unterschiedliche Auffassung der Aufgabe zu Barrieren und zur Erfahrung mangelnder Wertschätzung bei den Antragstellern. Dies gilt es zu verändern. Mögliche Maßnahmen sind z.B.
- Fortbildungskurse in „Bürgernähe" für Mitarbeitende in der Bürokratie.
- Fortbildungskurse in interkultureller Kompetenz für Mitarbeitende in den Verwaltungen
- Mehr Mitarbeitende mit Migrationskompetenzen und Erfahrungen in öffentlichen Funktionen und in den Verwaltungen Die Vielfalt der Kulturen sollte auch in der Mitarbeiterschaft der Ämter und Behörden wiederzufinden sein.
- Engagierte Menschen zeigen Behördenmitarbeitenden ihre Welt.
- Auch der Wegfall von Gebühren und komplizierten Anmeldeverfahren führt zur Entlastung im Umgang, Vereinfachung von Verfahren und damit nicht nur zu mehr Bürgernähe, sondern letztlich zu größerer gegenseitiger Wertschätzung und last but not least zu Einspareffekten.

7. Schlussbemerkungen

Wenn wir von einer lebendigen Nachbarschaft sprechen, nehmen wir auch uns in die Pflicht.

Um anschaulich zu machen, wie aus der Bewohnerschaft ein gutes Miteinander und Nachbarschaft gestaltet werden kann, fügen wir als Anhang F. 1 eine Reihe von großenteils schon erprobten Ideen an. Dabei handelt es sich um eine Sammlung, die wir nicht im Einzelnen diskutiert und bewertet haben. Sie stehen für viele weitere Möglichkeiten und Ideen, die hier nicht genannt werden.

Chila Chakrabarti, Juliane Chakrabarti, Judy Engelhard, Klaus Lübke, Mark Möller (hoffnungsorte hamburg – Bereichsleitung Gemeinschaftsdiakonie KK HH Ost), Andreas Schwarz

Textredaktion: Juliane Chakrabarti, Jörg Ehrnsberger, Matthias Lintl, Mark Möller, Andreas Schwarz

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Auf der Auftaktveranstaltung wurden viele Impulse rund um das Thema „Miteinander leben – Vielfalt, Nachbarschaft, Ressourcen" genannt. Die Themengruppe hat sich am 04. November 2013 das erste Mal getroffen und dann langsam entwickelt. Insgesamt waren 30 Personen beteiligt, davon 15 Frauen. Die Themengruppe hat sich im Prozess 10 Mal mit durchschnittlich 6 Personen getroffen.

G. Naturschutz, Wasser, Gärten[47]

„Visionen zu haben, bedeutet, die Anstrengungen der Menschen zu bündeln und ihre Tatkraft langfristig auf ein gemeinsames Ziel zu verpflichten. Dadurch gewinnen Visionen ihre besondere Bedeutung als vielleicht wichtigster Motor des Fortschritts.“[48]

1. Vision

Die Perspektiven der Elbinseln werden im gegenseitige Vertrauen, einem offenen, konstruktivem Dialog zwischen Behörden, Institutionen und Bürgern entwickelt.[49]

Das durch Umfragen ermittelte Meinungsbild (Statistik) der Bewohner zu Stadt- und Hafenplanungen wird nach demokratischer Abstimmung umgesetzt.

Die Lebensqualität vielfältiger Kulturlandschaft mit Naturräumen wie Wasserflächen, Parks, Gärten und Biotopen sind als wesentliche Werte einer Stadt mit Zukunft als schützenswert anerkannt.

Die wachsende Stadt Hamburg sichert dauerhaft diese „grünen Lungen“ als grundsätzlich wichtige Natur- und Erholungsräume der Wilhelmsburger Elbinsel.

2. Potenziale

Wasser- und Grünflächen wie Hafenbecken, Binnenkanäle, Wettern, Biotope, Parks und auch Kleingärten sind Brut- und Laichgebiete, bieten Rückzugsräume für Fische, Vögel, Amphibien und sogar Fledermäuse. Diese vielfältige Flora und Fauna bezeugt den Artenreichtum der Elbinsel Wilhelmsburg.

[47] Ergänzend s.a. Kapitel J. Veddel, 2.3

[48] Hans-Olaf Henkel (*1940), dt. Topmanager, 1985-93 Deutschland-, 1993-94 Europa-Chef IBM, 1995-2000 Präs. Bundesverband d. Dt. Industrie (BDI), AfD-Poltiker
Anmerkung zum Zitat: Generell halten wir uns in diesem Themenpapier von der Meinung politischer Parteien frei.

[49] s.a. Kapitel H. Partizipation, 1. dritter Absatz

Landschaftsräume leisten einen wichtigen Beitrag zum Stadtklima, bieten Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten für die Anwohner und Besucher.

Zusammenhängende Grünzonen am Wasser mit altem Baumbestand verbinden Wilhelmsburg von Norden nach Süden vom Spreehafen über die Kanäle, weiter über den Inselpark bis zur Süderelbe.

In grundsätzlicher Tradition haben sich Kleingarten-, Ruder- und Kanuvereine am und auf dem Wasser der Kanäle angesiedelt. Ebenso typisch für Hamburg sind die historischen Hamburger Hafenlieger im Spreehafen. (s. Abb. oben, Foto: privat)

Entlang der Assmannkanals bilden die Kleingartenvereine zusammen mit dem Ruderclub und der Sportanlage einen bedeutenden Erholungsraum für die Menschen im Reiherstiegviertel. Das dortige Areal ist historisch gewachsen. Es werden dort unterschiedliche Freizeitaktivitäten gelebt, z.B. Rudern, Gärtnern oder Rasensport.

Die früher übliche Verkehrsanbindung auf dem Wasser nach Wilhelmsburg ist in ersten Schritten seit 2013 durch die Fähre 73 von den Landungsbrücken bis zum Anleger Ernst-August-Schleuse wieder aufgenommen. Auch der Assmannkanal ist nun bis zum Bürgerhaus schiffbar.

Durch die Auflösung der Freihafenzone und den Spazier- und Fahrrad-Rundweg um den Spreehafen bieten sich auch hier weitere Entwicklungspotenziale im Sinne einer Wasserstadt.

3. Defizite

Stadt- und Hafenentwicklung darf nicht auf Kosten intakter Natur- und Erholungsräume stattfinden.

Die „grüne Lunge“ am Assmannkanal droht durch Wohnungsbau überplant zu werden.[50]

Obwohl in direkter Nachbarschaft und dadurch für die Lebensqualität in Wilhelmsburg so wichtig, gibt es die Bewohner keine Informationen[51] über Hafenplanungen wie über den Bestand und die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbeunternehmen und deren Immissionen (BIMSCH-Betriebe).

Alle Hafenflächen, selbst verschlickte Hafenbecken wie der Spreehafen und andere „Brachen“, sind nach Aussagen der HPA langfristig planungsbetroffen.

Weitere Hafenbecken wie der Travehafen sollen zugeschüttet werden. Sie dienen aber u.a. als Ausdehnungsflächen für das Wasser bei Sturmfluten, erhalten den Durchfluss (Sauerstoffanreicherung) und sind die „Kinderstube“ von vielen Fischarten.

Die grundsätzliche Transparenz ist erforderlich, damit Wasserflächen und Grünzonen der Hafenentwicklung nicht weiter zum Opfer fallen.

Im Gegensatz zu früher, als die Elbinsel eng mit dem Wasser durch viele Fähranleger mit Gasthäusern – z.B. am Reiherstiegkanal „ Zum Volksgarten“ – verbunden war, gibt es heute bisher nur einen Fähranleger (EAS 73) von der City nach Wilhelmsburg-Nord.

---

[50] siehe Anhang G. 1: „Kleingartenvereine am Assmannkanal – Konzept und Leitfaden“ und Kapitel N. Wohnen, 3.4.5

[51] s.a.Kapitel M. Wirtschaft, 3.1 zweiter Absatz

4. Maßnahmen

1. Bessere ÖPNV-Anbindung der Elbinsel über Wasser – Entlastung des Straßen- und Bahnverkehrs.[52]
   - Fähre 73 an Anleger Ernst-August-Schleuse auch am Wochenende
   - Wasserbus zu HVV-Tarif im Ernst-August-Kanal fußläufig über Schleuse durch ausgebauten Kanal Rathauswettern zum Anleger Mitte/Bürgerhaus
2. Erweiterung der Anlege-Möglichkeiten für Freizeit- und Sportboote[53]
   - Erschließung von Zugängen AUF das Wasser, z.B. Spreehafen[54]
3. Auswidmung des Südufers (Potsdamer/Berliner Ufer) des Spreehafens aus dem Hafen-Industriegebiet zur besseren Nutzung als Wohn-, Freizeit- und Naherholungsgebiet auch auf dem Wasser (BSU-Planungen[55])
   - Investitions- und Planungssicherheit für Hafenlieger (Erhalt des historischen Hafenbilds)
4. Transparenz von Hafenplanungen, Rücksicht auf Lebensqualität der Bewohner – HPA Gebiet darf für Wohnungsbau nicht Tabu sein.[56] Auswidmung ist wie in Hafencity oder Harburger Schlossinsel möglich. Hafengebiet wurde mehrfach auf Kosten von Wohnstadtteilen wie Altenwerder, Moorburg etc. erweitert
5. Belastete Hafenflächen müssen dringend saniert werden und dürfen nicht aus der „Entwicklung“ herausgenommen werden.[57]
6. Ertüchtigung bestehender und Einrichtung neuer Wanderwege, z.B. der Anbau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke an die Autobahn A1 nach Billwerder würde die beiden Naherholungsgebiete Kaltehofe und Kreetsand miteinander verbinden.
7. Gewachsene Struktur der Kleingartenvereine wie im Assmannkanal dürfen nicht durch Wohnungsbau verdrängt oder verlagert werden.[58]
8. NOW - stinkt gewaltig! Eine Verlagerung der Norddeutschen Ölwerke würde die Lebensqualität der Menschen im Stadtteil verbessern.[59]
9. Es gibt beiderseits des Assmannkanals einen Wanderweg am Wasser mit Sitzmöglichkeiten, da braucht man keinen weiteren.
10. Eingriffe auf Natur und Umwelt werden auf den Elbinseln ausgeglichen.
11. Wenn für eine Bebauung ein Bebauungsplan eingeleitet wird, darf der § 13a Baugesetzbuch (BauGb) keine Anwendung finden. Es darf nur der normale Bebauungsplan aufgestellt werden.
12. Weitere Ermittlung des Meinungsbildes der Bewohner, z. B. auch zum Zaun des Inselparks. Offener Dialog zwischen Behörden, Institutionen und Bürgern [60]

---

[52] s.a. Kapitel L. Verkehr, 4.2 dritter Spiegelstrich

[53] s.a. Kapitel I. Sport, 5. letzter Spiegelstrich und Anhang I. 6

[54] siehe Anhang I. 6: Konzept „Bootsstege für die Elbinseln – Rudern und Paddeln in Wilhelmsburg und Veddel“

[55] davon abweichend (dav. abw.) Kapitel M. Wirtschaft, 5.1 zweiter Absatz

[56] dav. abw. Kapitel M. Wirtschaft, 5.1 zweiter Absatz

[57] s.ergänzend Kapitel N. Wohnen, 6.6.

[58] siehe Anhang G. 1: „Kleingartenvereine am Assmannkanal – Konzept und Leitfaden“ und s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6

[59] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6

Kritische Auseinandersetzung, um gemeinsame Ziele/ Perspektiven von wirtschaftlichen und ökologischen Werten zu entwickeln und umzusetzen

Shila Chakrabarti, Detlef Klug (Kleingartenverein 716 „Unsere Scholle" 1. Vorsitzender), Klaus-Dieter Rakowski, Michael Wickenbrock (Kleingartenverein 716 „Unsere Scholle" Fachberater)

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Naturschutz Wasser Gärten" hat sich am 06. November 2013 das erste Mal in einer großen Gruppe mit ca. 60 Personen getroffen. In die Teilnehmerliste haben sich zum Start 37 Personen eingetragen. Insgesamt hat sie die Themengruppe 10 Mal getroffen, es waren 72 Personen beteiligt, davon 29 Frauen.

Behördenbeteiligung: Ein Besuch einer Mitarbeiterin des Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG).

[60] s.a. Kapitel H., 5. dritter Spiegelstrich

H. Partizipation und Mitwirkung[61]

1. Vorbemerkung

Die Arbeit der Gruppe Partizipation & Mitwirkung knüpft an die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den zahlreichen vorangegangenen Beteiligungsprozessen und den unterschiedlichsten Beteiligungsformaten an. Das Verfahren, das am ehesten der Vorstellung von echter Beteiligung entsprach, war die Zukunftskonferenz 2001/2002. Vor allem die als gescheitert empfundenen Verfahren haben dabei noch heute Nachwirkungen. Die am wenigsten im Stadtteil akzeptierten Verfahren werden dabei als „Akzeptanzbeschaffungsmaßnahmen" wahrgenommen. Gleichzeitig haben sie dazu beigetragen, eine Vorstellung von Anforderungen und Kriterien zu entwickeln, die „gute" Verfahren ausmachen.

Partizipation ist die gemeinsame Gestaltung von und die Mitwirkung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Grundsätzliches Ziel muss es dabei sein, die bestmögliche Lösung und damit den bestmöglichen Kompromiss für alle Beteiligten und zu Beteiligenden zu erarbeiten, wobei ein Kompromiss immer bedeutet, dass jeder Gesprächspartner etwas von den eigenen Positionen zum Wohle des Ganzen opfern muss. Partizipation ist nicht das Durchsetzen von Positionen und das Ausleben von Gegnerschaft zu Personen. Sie kann nur dann funktionieren, wenn die vermeintlichen „Gegner" beginnen, sich als Partner zu verstehen. Vermeintliche „Gegner" sind in diesem Zusammenhang alle Akteure auf allen Gestaltungsebenen, die im Rahmen der bisher stattgefundenen Beteiligungsverfahren über viele Jahre um die Ausgestaltung der Weiterentwicklung auf den Elbinseln gerungen haben.

Der Beteiligungsprozess muss als Dialog auf Augenhöhe und als Kooperation zwischen lokalen Akteuren wie zum Beispiel Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung stattfinden.[62] Dazu müssen stadtteilbezogene Akteure definiert und auch erreicht werden. Die Beteiligung bisher nicht oder nur wenig beteiligter Bevölkerungsgruppen muss gefördert werden. Um möglichst viele Menschen zu erreichen muss die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in den Stadtteil daher niedrigschwellig und intensiv sein.

2. Defizite oder „Warum es bisher nicht richtig funktioniert hat"

Bisherige Beteiligungsverfahren sind meist in „Abhängigkeit" von staatlichen Akteuren und ihren Planungen entstanden. Mit „Abhängigkeit" meinen wir, dass von ihnen als „Herren des Verfahrens" die Themen gesetzt und über Verfahrensablauf und -dauer bestimmt wurde. Zu den Verfahrensformen und -inhalten konnte man sich dabei höchstens positiv oder negativ positionieren. Raum zur Diskussion von alternativen Themen und Lösungsansätzen, zur Entwicklung angemessener Verfahren oder auch für Experimente gab es dabei in der Regel nicht. Gleichzeitig fehlte ihnen die Kontinuität. Andersartige Prozesse fanden bisher generell nur auf Druck der Bürgerinnen und Bürger statt.

Vor allem auf Grund der bisher als gescheitert empfundenen Verfahren haben viele der im Stadtteil Aktiven das Gefühl „die Wilhelmsburger werden belogen", dienen höchstens als „Alibi" und zur „Akzeptanzbeschaffung", denn „die da oben machen ja doch was sie wollen". Zudem fehlt es häufig an Transparenz, insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen und der Verwendung der Verfahrensergebnisse. Daraus resultieren zum Teil Ohnmachtsgefühle und ein

---

[61] s.a. ergänzend Kapitel J. Veddel, 2.5; Kapitel O. Stadtteilgespräche, 4.3.5

[62] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 1.

fehlendes Vertrauen gegenüber dem Handeln von Politik und Verwaltung, sowie festgefahrene Positionen und Konflikte, die ein Problem für zukünftige Prozesse darstellen können. Gleichzeitig wird auch fehlendes Vertrauen und eine gewisse Skepsis von Politik und Verwaltung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen.

Viele Beteiligungsformen oder -formate bedienen in erster Linie Einzelinteressen und ignorieren dabei das „große Ganze". Die mangelnden Verschränkungen von Themen, Problemlagen, Anforderungen und Bedürfnissen untereinander sowie das Denken in Hoheitsgebieten – sowohl räumlich als auch inhaltlich – behindern eine Entscheidungsfindung in ganzheitlicher Sichtweise und somit eine positiven Entwicklung des Stadtteils in seiner Gesamtheit. Das gilt für Vereine, Initiativen und sonstige Stadtteilzusammenschlüsse, darunter auch solche, die ihre „festgemauerten" Ideen und Ziele kompromisslos durchsetzen wollen, ebenso wie für die staatlichen Akteure wie Behörden oder ihnen assoziierte Institutionen (wie z.B. IBA, igs oder DEGES), die bereits im Vorfeld festgelegte Planungsideen durchsetzen wollen oder sollen. Grundsätzlich ist das Vertreten von individuellen Interessen legitim, sie dürfen die Verfahren jedoch nicht dominieren. Einige Vereine und Initiativen haben den Anspruch als „NGOs" (Nicht-Regierungs-Organisationen) für den Stadtteil zu agieren oder werden als solche wahrgenommen. Deshalb werden sie von Politik und Verwaltung häufig als Stellvertreter der breiten Bürgerschaft oder Multiplikatoren angesprochen. Dies ersetzt aber keine breite Beteiligung.

Hinzu kommt, dass die Beteiligungsverfahren in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen in der Regel nicht strukturell inklusiv waren und eine breite Beteiligung der Menschen im Stadtteil am Verfahren nicht sicherstellen konnten. So wurde zwar beklagt, aber dennoch hingenommen, dass sich so „immer nur dieselben" bzw. die „üblichen Verdächtigen" an den Verfahren beteiligten. Dazu beigetragen haben die Wahl und die Struktur der Beteiligungsformate ebenso wie die Art der Diskussions- und Streitkultur im Stadtteil und das mangelnde Wissen darum, wie es gelingen kann, andere Zielgruppen anzusprechen und zur Teilnahme einzuladen.[63] Mit dem Perspktiven!-Prozess wurde jetzt ein wichtiger Schritt zur Verbesserung dieser Situation getan. Daran muss kontinuierlich von allen Stadtteilakteuren weitergearbeitet werden.

Bisher gab es auch keine Evaluation der Beteiligungsprozesse oder einen Dialog, um die genannten Defizite zu beheben. All dies ist im Sinne von Partizipation, wie sie Eingangs bereits als gemeinsame Gestaltung von und die Mitwirkung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beschrieben wurde, nicht zielführend. Dennoch…

3. Potenziale oder „Warum es funktionieren könnte"

… sind das Engagement und der Wunsch zu gestalten bei vielen Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil weiterhin ungebrochen vorhanden. Das zeigt auch die Beteiligung am Perspektiven!-Prozess. Es besteht eine hohe Identifikation mit dem Stadtteil, seinen (Lebens-)Qualitäten und den Möglichkeiten, die er den Menschen, unabhängig von Herkunft, Bildung und finanzielle Ressourcen, bietet. Die befürchtete Ghettoisierung und Gentrifizierung konnte so bisher allen Unkenrufen zum Trotz verhindert werden. Das dies auch in Zukunft so bleibt, ist die entscheidende Motivation zum Engagement vieler im Stadtteil aktiver Einzelpersonen und Initiativen.

[63] Ergänzend hierzu: Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.2

Auf den Elbinseln gibt es bereits Strukturen wie temporäre Aktionsgruppen, lose Zusammenschlüsse, Vereine, Institutionen und Beiräte, die etabliert und stark sind,[64] die zu einzelnen Themen miteinander den Schulterschluss üben, sich vernetzen, kooperieren und eine größere Vielfalt zu initiieren versuchen. Ohne einen solchen Schulterschluss – hier sogar mit der Regionalpolitik – wäre beispielsweise der Opernfundus auf den Elbinseln nicht verhindert worden. Gleichzeitig garantieren sie ein kontinuierliches Engagement für den Stadtteil. Diese Strukturen – insbesondere die Beiräte, die langjährig engagierten Bürger, Bürgervereine und Initiativen – finden auch immer wieder Anerkennung durch Politik und Verwaltung.

All die Bürgerinnen und Bürger sowie die unterschiedlichen Gruppierungen, seien es Beiräte, Initiativen oder Vereine, verfügen über einen gemeinsamen Erfahrungsschatz, lokale Kompetenz und oft hohe Sachkenntnis in vielen Themenbereichen. Hinzu kommt noch die kulturelle Vielfalt auf den Elbinseln – eines ihrer größten Potenziale überhaupt. Diese Potenziale, die sich auch immer wieder in einer lebendigen Diskussions- und Streitkultur äußern, gilt es zu nutzen.

Wie Eingangs bereits gefordert müssen Beteiligungsprozesse als Dialog auf Augenhöhe und als Kooperation zwischen allen lokalen Akteuren, zum Beispiel Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung, stattfinden. Die stadtteilbezogenen Akteure müssen definiert und auch erreicht werden. Auch die Beteiligung bisher beteiligungsferner Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, muss gefördert werden. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, muss die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in den Stadtteil daher niedrigschwellig und intensiv sein. Ein Beispiel dafür sind die Stadtteilgespräche im Rahmen des Perspektivenprozesses, bei der es durch das Aufsuchen vor Ort gelang, wertvolle Beiträge für das Verfahren verfügbar zu machen.

[64] s.a. Kapitel C. Inklusion, 3. zweiter Spiegelstrich und Kapitel F. Nachbarschaft, 4. erster Spiegelstrich und Kapitel I. Sport 2. erster und zweiter Spiegelstrich

4. Lösungsansätze oder „Wie es funktionieren soll“

Eine positive Stadtteilentwicklung kann nur unter Nutzung lokaler Kompetenzen, des sozialen Fachwissens sowie der vorhanden Vernetzungsstrukturen gelingen. Vor allem die Vernetzung muss dazu weiter vorangetrieben werden.

Gleichzeitig müssen Beteiligungsprozesse verstetigt und mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Sie sollen dabei vor allem so angelegt sein, dass sie ergebnisoffen sind und ein gemeinsames und gleichberechtigtes Erarbeiten von Lösungen sowie die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen zulassen.

Zentrale Herausforderung sind dabei die aktive Einbeziehung von bisher nicht oder nur wenig beteiligten Bevölkerungsgruppen und die Gestaltung inklusiver Beteiligungsformate.[65] Dazu müssen entsprechende Grundsätze, Regelungen und Methoden gefunden werden, die die Beteiligung aller „Betroffenen“, unabhängig von Herkunft, Bildung, Sprachbarrieren, Geschlecht, Alter, finanziellen Ressourcen, Religion, Behinderungen etc., sicherstellt. Dass dies gelingt, ist Aufgabe aller am Prozess beteiligten Akteure.

Für die künftigen Herausforderungen bei der Entwicklung der Elbinseln gibt es kein einheitliches „Muster-Beteiligungsverfahren“. Die einzelnen Beteiligungsformate müssen jeweils spezifisch unter Berücksichtigung der u.g. Anforderungen entwickelt werden und dabei möglichst so flexibel sein, dass sie an veränderte Realitäten angepasst werden können. Dabei sollten sie so wenig wie möglich, aber so viel wie nötig Struktur bieten, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Ansprüche an „gute“ Beteiligungsverfahren sind dabei generell:[66]

- ehrlicher Umgang aller Akteure sowie eine offene Haltung,
- frühzeitige Einbindung, d.h. dann, wenn noch alles offen und nichts entschieden ist,
- klare und ehrliche Kommunikation aller Akteure: Dazu zählt die Kommunikation des tatsächlichen Gestaltungsspielraums, d.h. es muss zu Prozessbeginn erläutert werden, in welchem Rahmen Einfluss auf Planungen genommen werden kann bzw. wo die Gestaltungsmöglichkeiten in den Beteiligungsprozessen liegen.
- Transparenz, d.h. Zugänglichkeit zu allen Informationen im Rahmen der Gesetze sowie eine klare Aussage dazu, wer letztendlich welche Entscheidungen trifft,
- keine Tabu-Themen,
- Gleichberechtigung im Sinne von Mitwirkung, Mitentscheidung und Ko-Kreation,
- ergebnisoffene Diskurse, in denen auch alternative Optionen gedacht und diskutiert werden können. Unterschiedliche Meinungen müssen auch dargestellt werden.
- Kompromissbereitschaft aller Akteure, um möglichst viele akzeptable Lösungen zu finden, denn diese können nicht immer im Konsens erzielt werden.
- Rückkopplung der Ergebnisverwendung,
- Evaluation aller Beteiligungsprozesse und Formate.

5. Maßnahmen oder „Diese Wege führen zum Erfolg“

- Schaffung stabiler und sinnhafter Beteiligungsstrukturen, ggf. durch Nutzung, Weiterentwicklung und langfristige Sicherung vorhandener Strukturen wie den Beiräten, dem

[65] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1 Abschnitt VII Nr. 29

[66] s. ergänzend Kapitel F. Nachbarschaft, 5. erster Spiegelstrich

Initiativen-Netzwerk oder dem Bürgerhaus. Wie diese Strukturen in Zukunft aussehen können, soll von allen Akteuren gemeinsam diskutiert und erarbeitet werden.

- Beteiligungsgremien müssen die Bevölkerungsstruktur repräsentieren. Sie dürfen kein Ort für Partikularinteressen sein und nicht von einzelnen Akteuren dominiert werden.
- Ko-Kreation: Dazu müssen alle Seiten in einen Dialog treten,[67] frühzeitig Konflikte und mögliche Alternativen identifizieren und diese zum Gegenstand einer breiten Erörterung machen.
- Einrichtung eines Haushaltstitels für Beteiligung um personelle Ressourcen abzusichern und auszubauen.
- Diversität und Inklusion ausbauen, stärken und strukturell absichern. Dazu müssen niedrigschwellige Angebote geschaffen und die Verfahren einladend gestaltet werden. Dies kann zum Beispiel durch die Verwendung einfacherer Sprache, Mehrsprachigkeit, Übersetzungsservice, das Entwickeln nonverbaler Kommunikationsformen, aufsuchende Gesprächsformate, Web-gestützte Formate o.ä. geschehen. Prozessergebnisse werden auch über die Anzahl und Diversität der Beteiligten legitimiert.[68]
- Strukturen entwickeln, die aufgaben- und fallorientiert alle relevanten Akteure und Interessengruppen, d.h. alle hier lebenden Bürger, Investoren, Wirtschaft, Vertreter von Kammern und Verbänden, Vertreter von Initiativen, Politik und Verwaltung, Architekten und Planer, etc. mit einbeziehen,[69] denn die Entwicklung der Perspektiven für die Elbinseln ist ein interdisziplinärer Prozess. Dazu zählt auch die Einbeziehung und verpflichtende Teilnahme aller zuständigen Fachbehörden. Aufgabe des Bezirks ist es, diese verbindlich zu organisieren.
- Anpassung der Verfahren an Themen und Vorhaben: Es wird und muss sowohl themenorientierte als auch konfliktorientierte Verfahren geben. Konträre und komplexe Themen müssen divers besetzten temporären Arbeitsgruppen übergeben werden. (Bereits bestehende) Konflikte müssen mit passenden Verfahren, beispielsweise durch Mediation, gelöst werden.
- Evaluation aller Prozesse sowie zeitnahe Rückkopplung über die jeweilige Verwendung der Prozessergebnisse. Dazu gehört es auch, Erfolge sichtbar zu machen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen fordern wir vertrauensbildende Maßnahmen von Bezirk und Behörde. Dies sind vor allem ein offener, wertschätzender Umgang mit den Bürgern, sowie das ehrliche Bemühen um die gemeinsame Gestaltung aller relevanten Prozesse und Vorhaben. Dazu gehört auch, dass die Einschätzung zur Relevanz der Prozesse und Verfahren gemeinsam getroffen wird, das Politiker sich nicht nur im Wahlkampf, sondern kontinuierlich in verabredeten Verfahren mit Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung verständigen. Politik und Verwaltung sollen ihren Einfluss nutzen, um die Teilnahme an entsprechenden Verfahren bei Investoren und anderen Interessenvertretern durch geeignete Maßnahmen abzusichern, wie es z.B in der HafenCity oder in Altona möglich war. Kontraproduktiv ist es hingegen, wenn Bürgerinnen und Bürger von Plänen der Verwaltung über Presseberichte oder –mitteilungen erfahren müssen.

---

[67] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 4. Nr. 12

[68] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1 Abschnitt VII Nr. 29

[69] s.a. Kapitel I. Sport, 4. neunter Spiegelstrich

Ziel muss es sein, eine langfristige Beteiligungskultur zu entwickeln, die alle im Stadtteil aktiven Akteure verbindet. Dies ist die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen und sollte zum Markenzeichen der Elbinseln werden.

In der Arbeitsphase der Themengruppe konnten wir nicht alle Fragen, die uns beim Thema Partizipation bewegen, (aus-)diskutieren.[70] Wir verstehen unser Papier als Etappenbericht und Aufforderungen zu einem stetigen Diskussions- und Gestaltungsprozess gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, der Politik, dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und den Fachbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg.

Lutz Cassel, Juliane Chakrabarti, Bettina Kiehn, Kesbana Klein, Jutta Kodrzynski, Christian Schulz, Andreas Schwarz

Textredaktion: Juliane Chakrabarti, Lutz Cassel, Bettina Kiehn, Christian Schulz, Andreas Schwarz

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Das erste Treffen fand am 05. November 2013 statt. Insgesamt hat sich die Gruppe 8 Mal getroffen. Es waren 31 Personen beteiligt, davon 15 Frauen.

Behördenbeteiligung: Ein Mitarbeiter der Stadtwerkstatt/BSU

[70] Ein Beispiel hierfür ist das als Anhang H. 1 beigefügte Papier: „Technik sinnvoll nutzen – internetbasierte Information UND Beteiligung der Bürger_Innen massiv ausbauen“

I. Sport – Die Elbinseln bewegen sich[71]

1. Vorbemerkung

„Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft. Ihm kommt eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl in Deutschland und – angesichts eines beschleunigten sozialen Wandels – eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion zu. Gemessen am Kriterium der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Organisationen sind die Sportvereine die wichtigste Quelle sozialen Kapitals in Deutschland – der Sport integriert in Deutschland weit mehr Menschen als vergleichbare Freiwilligen- Vereinigungen. Dies gilt insbesondere für den Jugendbereich. Kein anderer gesellschaftlicher Bereich aktiviert zudem eine solch große Zahl von freiwillig Engagierten.“[72]

In der **Dekadenstrategie HAMBURGmachtSport** werden in den Dekadenzielen 1 (Stadtteilentwicklung durch Sport und Bewegung) und 2 (Investition in die Zukunft der Sportanlagen) unter den wichtigsten Maßnahmen genannt:

- die rechtliche Absicherung des Sportflächenbestands, um Sport- und Bewegungsflächen im Bestand zu sichern, den Wegfall von Flächen quartiersbezogen zu kompensieren und deren Neubau im Rahmen von Wohnungsbau qualitativ und quantitativ zu garantieren;
- Fortsetzung der Sanierungsoffensive der staatlichen Sportanlagen;
- Festsetzung von energie-, umwelt- und kosteneffizienten Sanierungszielen für Sportstätten;
- Erhöhung der staatlichen Mittel für Erhalt und Ausbau der vorhandenen Sportanlagen einschließlich der vereinseigenen, wenn deren Kapazitäten ausgelastet sind;
- strategische Verknüpfung der Sportstättenplanung mit Schulstandortplanung und -entwicklung.

Die Erhaltung, Sanierung/ Instandsetzung und Erweiterung bestehender Sportflächen und Bewegungsräume hat höchste Priorität – dies auch hinsichtlich des Einwohnerzuwachses in allen Altersbereichen durch den avisierten Wohnungsneubau!

Zu berücksichtigen sind dabei die unterschiedlichen Anforderungen, die organisierter Sport, Schul-, Betriebs-, Freizeit- und Individualsport an diese stellen.

2. Potenziale

- bestehende Strukturen und Angebote der Sportvereine, die auf den Elbinseln komplett auf ehrenamtlichen Strukturen basieren;[73]
- Zusammenarbeit/Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen, Schulen und Trägern der Öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit;
- Vereinshäuser auf staatlichen Sportanlagen sind Orte der Tradition und Vereinskultur, gleichzeitig sind sie Treffpunkte für Menschen aus dem jeweiligen Sozialraum und dem Stadtteil;
- vielfältige Formen von Gruppen- und Bewegungsangeboten im Bereich Freizeitsport (Indoor und Outdoor, z. B. Angebote in Häusern der Jugend);

---

[71] s.a. ergänzend Kapitel J. Veddel, 2.4 und Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.6, 2.2.1.1, 2.2.2.2, 2.2.3.1, 3.2.2

[72] Kooperationsvertrag DOSB, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund

[73] s.a. Kapitel C. Inklusion, 3. zweiter Spiegelstrich und Kapitel F. Nachbarschaft, 4. erster Spiegelstrich und Kapitel Kapitel H. Partiziaption, 3.

- ehrenamtliches/bürgerschaftliches Engagement und dessen Erfahrungsschatz;
- bestehende freie Spielfelder (Bolzplätze) und deren intensive Nutzung durch Kinder und Jugendliche;
- Elbinseln als idealer Standort für Wassersport;
- neue, dauerhafte Sportstätten im Inselpark – Kletterhalle, Hochseilgarten, Skaterbahn, Schwimmhalle mit Landesleistungszentrum Wasserball, Multifunktionsspielfeld;
- derzeitiger Umbau der ehemaligen Blumenhalle als Dreifeld-Basketballhalle für sportliche Sozialarbeit, für Heimspiele zukünftiges Bundesligateam „Hamburg Towers“ und Bundesligateam „BG Baskets Hamburg“ (Rollstuhlbasketball);
- Sport- und Mitmachangebote der zukünftigen ParkSport Genossenschaft im Inselpark;

3. Defizite

3.1 Zustand der Sportanlagen und dazugehörende Hochbauten/ Lagerflächen:

- Ergebnisse der Untersuchung und Bewertung des baulichen Zustandes von öffentlichen Sportplätzen – „Bauzustandsbericht 2012“ (http://www.hamburg.de/mitte/bezirklicher-sportstaettenbau/3902528/sportplaetze-in-hh-art.html);
- Untersuchung erfolgte nicht für Hochbauten an öffentlichen Sportplätzen;
- Sportplatz Fährstraße nicht mehr nutzbar (17%);
- nur eine eingeschränkt nutzbare Leichtathletikanlage (Dratelnstraße) vorhanden – 400 m Laufbahn Tenne, Weitsprunganlage in sehr schlechtem Zustand (kaum noch nutzbar), Hochsprunganlage fehlt;
- zu kleine Kabinen (z. B. Dratelnstraße/Perlstieg) und auf vielen Plätzen nur zwei Kabinen, dadurch Probleme bei Nutzung, dies auch hinsichtlich der Nutzung durch beide Geschlechter;
- veraltete Sanitärtrakte und Heizungsanlagen bei Plätzen und Hallen (Funktionseinschränkungen bei Nutzung);
- Ausrichtung der Planungen bei Sporthallen nur nach schulischen Anforderungen, die anderer Nutzer bleiben unberücksichtigt;
- Zustand Boxerhalle Rotenhäuser Straße;
- fehlende Barrierefreiheit;[74]

3.2 Lage/ Erreichbarkeit der Sportanlagen:

- Anbindung Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV);
- ersatzloser Wegfall von Parkmöglichkeiten (z.B. ehemaliger Großparkplatz vor den Regionalsporthallen Dratelnstraße);
- fehlende Parkmöglichkeiten für Besucher des Inselparks (nur kostenpflichtige)
- Schulen, auch Gewerbeschulen, versehen die auch durch Sporttreibende genutzten Parkflächen mit Schranken;
- Zugangswege zu Sportanlagen teilweise dunkle, abgelegene und unbeleuchtete Wege (z.B. Sportplatz Rahmwerder Straße, Sporthalle/Sportplatz Fährstraße, schlechte Zufahrt Karl-Arnold-Ring);

[74] Ergänzt Kapitel C. Inklusion, 2.1. erster Spiegelstrich

3.3 Öffentliche Sportplätze/ Sporthallen (bezirkliche Sportanlagen):

- Berechnungsgrundlagen (Art der Sportfläche und Anzahl der Mannschaften, die auf der Anlage ihren Punktspielbetrieb austragen) liefern falsches Bild der tatsächlichen Gegebenheiten und führen in Folge zu Planungsfehlern;
- fehlende oder funktionseingeschränkte Flutlichtanlagen (nur teilweise Eignung für Trainings- und Spielbetrieb), dadurch Einschränkung der Nutzungszeiten (Anlagen in der Regel vereinseigen, nur eine staatliche Fluchtlichtanlage – Veddel);
- dauerhaft eingeschränkte Nutzung von Sportanlagen und -hallen durch bauliche Mängel (z.B. Kaninchen/Maulwurf K-A-Ring – dauerhaft eingeschränkte Nutzung, Dachschäden – Wassereintritt in Gebäudeteile – z.B. Sporthalle Fährstraße);
- Auslastungsgrad der Sporthallen liegt weit über 90 %, die Restzeiten sind weder für den organisierten noch für den Freizeitsport nutzbar;
- es fehlen geschlossene Bewegungsräume für Sportarten, die nicht explizit eine Sporthalle benötigen (z. B. Tanzen, Budo, Gymnastik, Rückenschule, Yoga etc.);

3.4 Wassersport:

- fehlende Zeiten für Schwimmabteilung des SV Wilhelmsburg in der Schwimmhalle im Inselpark (Aufnahmestopp für Mitglieder, da kein Angebot möglich);
- zu wenige Anlegemöglichkeiten[75] (Ist-Zustand), je ein Bootsteg:
    - an der Ernst-August-Schleuse (4,7 km von den Wikingern entfernt)
    - des Wilhelmsburger RC e.V. (1,6 km von der Ernst-August-Schleuse entfernt)
    - am Bürgerhaus Wilhelmsburg (1,7 km vom Wilhelmsburger RC entfernt)
    - des RC Phoenix e.V. (8,7 km von der Ernst-August-Schleuse entfernt)
    - des RC Süderelbe e.V. (8,3 km von der Ernst-August-Schleuse entfernt);
- Funktionalität bestehender Anlegemöglichkeiten;
- barrierefreier Zugang für Wassersportinteressierte (ganzheitlich);

3.5 Freizeitsport und frei zugängliche Sport- und Bewegungsräume

- fehlen im Zukunftsbild Elbinseln 2013+ komplett;
- Beleuchtung freier Spielfelder (Bolzplätze) nur teilweise und eingeschränkt (bis 17.00 Uhr) vorhanden, dadurch Nutzung nur eingeschränkt möglich;
- Limitierung von Nutzungszeiten, aber großer Andrang von Kinder und Jugendlichen;
- Park „Rotenhäuser Feld“ sehr dunkel und unbeleuchtet, dadurch nur eingeschränkte Nutzung möglich;
- vorhandene Manpower im Bereich Öffentliche Kinder- und Jugendarbeit (Überbelastung der Angestellten), dadurch teilweise Einschränkung der Öffnungszeiten und der Angebote (z. B. Skaterrampe und Kletterturm HdJ Kirchdorf);
- Müllproblematik;

3.6 geändertes (minimiertes) Zeitfenster der Sporttreibenden

- von Kindern und Jugendlichen durch Ganztagsschule;
- von Erwachsenen durch Veränderungen in der Arbeitswelt (Arbeitszeiten etc.);

[75] s.a. Kapitel J. Veddel, 2.4.1

4. Lösungsansätze

- Sportflächen für Wohnungsbau nur im Ausgleich mit Flächen im direkten Umfeld;
- langfristige Sicherung des DFB Stützpunktes Sportanlage Dratelnstraße als Leistungssportstützpunkt Fußball im Hamburger Süden;
- Schaffung einer funktionsfähigen Leichtathletikanlage in der Wilhelmsburger Mitte (Sportanlage Dratelnstraße);
- Entwicklungskonzept für bestehende Tennensportplätze;
- Analyse der Effektivität der Nutzungszeiten in Sporthallen;
- Berücksichtigung der veränderten Anforderungen an die Funktionalitäten von Sportanlagen, Sport und Bewegungsräumen durch demografischen Wandel;
- Berücksichtigung der Anforderungen aus Inklusions- und Integrationskonzept der Hansestadt Hamburg;[76]
- für bestehende Vereinshäuser, die dem Wohnungsbau zum Opfer fallen, müssen entsprechende Ausgleichsräumlichkeiten angeboten und Ausgleichszahlungen an die betroffenen Vereine geleistet werden;
- aktive und zeitnahe Einbindung der Vereine und Sportanbieter in detaillierte Planungen (Nutzung des Fachwissens wie Sport funktioniert, was dieser braucht);[77]
- neue Anlagen und Bootsanleger müssen fertig sein, bevor bestehende geschlossen werden (keine Provisorien), keine Wiederholung alter Fehler wie bei Schwimmhalle (Abriss alte Halle und Neubau noch nicht da, keine Ausweichmöglichkeiten);
- Bootsstegekonzept;[78]
- Anlagen für Freizeitsport wie Rotenhäuser Feld für gesamten Bereich der Elbinseln entwickeln mit der Möglichkeit, weitere offene Angebote zu kreieren;
- Sicherung der regelmäßigen Betreuung von Freizeitsportanlagen;
- Radwegekonzept;
- Emissionsschutz;
- Barrierefreiheit;

5. Maßnahmen

- Planung und Entwicklung von drei zentralen multifunktionalen Sportzentren (s. Abb. nächste Seite), für den organisierten Sport und den Schulsport – Nord (Stenzelring), Mitte (Dratelnstraße) und Süd (Kirchdorf), in denen ausreichend Kabinen, Bewegungs- und Lagerräume vorhanden sind und die auch Schulen ermöglichen, wieder Leichtathletik in verschiedenen Formen auszuüben [79]

---

[76] Ergänzend zu Kapitel C. Inklusion, 4.

[77] s.a. Kapitel H. Partizipation, 5. sechster Spiegelstrich

[78] s. Anhang I. 6

[79] s. Anhang I. 1 – 4 und 7

Sportzentrum Wilhelmsburg Nord
Schienzigstraße
Hamburg-Georgswerder
6
A252
A25
B4/75
Georg-Wilhelm-Straße
Wilhelmsburger Reichsstraße
Nedergeorgswerder Deich
Sportanlage
Rotenhäuser Damm
Sportzentrum Wilhelmsburg Mitte
Dratelnstrasse
Mengestraße
Wilhelmsburg
Neuenfelder Straße
Kirchdorfer Straße
Inselpark
Kukenbrack
Mahlbusen
Kuckucksteich
Papenbrück
Sportzentrum Wilhelmsburg Süd
Karl-Arnold-Ring
Otto-Brenner-Straße

- in den Sportzentren sind entsprechende Ausgleichsflächen für Vereinshäuser (Ersatzflächen) und Vereinsräume (Büros, Jugendräume u. ä,) zu integrieren;
- Ansiedlung einer modernen, attraktiven, auch für den Wettkampfsport geeigneten, zentralen Leichtathletikanlage im Sportzentrum Mitte mit 400 m Tartanbahn, Hoch- und Weitsprunganlage, Wurfanlagen (Kugelstoß- und Diskusring; Speerwurf);
- Implementierung einer neuen Dreifeldhalle im Sportzentrum Mitte zur Entlastung der Regionalsporthallen Dratelnstraße und für Aufwertung des DFB Stützpunktes;
- Hochbauten und Lagermöglichkeiten für Sportmaterialien sind planerisch so zu gestalten, dass verschiedene Sportangebote (Fußball, Leichtathletik, Tennis etc.) harmonierend funktionieren können – Schaffung von Pilotprojekten für interdisziplinäre Nutzung von Sportzentren;
- Umbau des Sportplatzes Rotenhäuser Damm (Tennenplatz, hohe Auslastung, Kabinen- und Sanitärtrakt veraltet – befinden sich auf Schulgelände auf anderer Straßenseite, hervorragende Anbindung an ÖPNV) zu einer attraktiven Sportanlage im Reiherstiegviertel mit modernen Bewegungs-, Funktions- und Lagerräumen, Kabinen und Vereinsräumen[80]
- Entwicklung eines Pilotprojektes zur gemeinsamen Nutzung der Bewegungsräume durch organisierten Sport und Haus der Jugend Wilhelmsburg;
- Ansiedlung einer Soccerhalle im Sportbereich des Inselparks (hohe Nachfrage im Stadtteil);
- Schaffung durchgängig nutzbarer Wasserwege im Inselpark;
- Verleihstation für Ruder- und/oder Tretboote im Inselpark (Kuckucksteich);
- gemeinsame Workshops (u.a. Planer, Sportanbieter) für die Planung und Entwicklung der Sportzentren und der vorhandenen Tennenplätze;
- Vergleichsanalyse Sportangebote und welche Hallen werden dafür genutzt (effektive Nutzung) – Entwicklung eines Fair Play Kodex zwischen allen Sportanbietern für effektive Nutzung der Sporthallenkapazitäten;
- notwendige Lärmschutzanlagen mit Unterstützung der lokalen Wirtschaft errichten;
- Einrichtung einer Ideenwerkstatt für die Vernetzung von organisiertem Sport und Freizeitsport mit dem Ziel der Entwicklung gemeinsam nutzbarer Ehrenamtsstrukturen, der effektiven Nutzung verschiedener Angebote, auch unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen finanziellen Ressourcen;
- Verlagerung der Flutlichtmasten der alten Anlage Krieterstraße an das freie Spielfeld am HdJ Kirchdorf;
- Beleuchtung Park „Rotenhäuser Feld“ durch Strahler am HdJ Wilhelmsburg;
- Zeitgesteuertes Licht an freie Spielfelder (Verantwortung für Einhaltung der Zeiten übernehmen Einrichtungen Öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit);
- funktionsfähige und sichere, beleuchtete Radwege zu Sportstätten/Bewegungsflächen als Anfahrtswege zu Sportstätten/Bewegungsflächen nutzen;
- sichere Stellplätze für Fahrräder an/in Sportstätten/Bewegungsflächen schaffen (Boxen);
- Zugangsmöglichkeiten für Sportangebote innerhalb und außerhalb des organisierten Sports über Netzwerke und Online Plattformen bekannt machen;
- Einrichtung eines dichtmaschigen Netzes von Bootsstegen im Zusammenhang

[80] s. Anhang I. 5

mit bereits bestehenden oder geplanten Schiffsstegen (Soll-Zustand), je ein Bootssteg:[81]

- am IBA-Dock (1,9 km von den Wikingern entfernt)
- am Hafenmuseum/Schuppen 50 (1 km vom IBA-Dock entfernt)
- im Spreehafenknie (2 km vom IBA-Dock entfernt)
- an der Ernst-August-Schleuse (0,8 km vom Spreehafenknie entfernt
- des Wilhelmsburger RC e.V. (1,6 km von der Ernst-August-Schleuse entfernt)
- am Rathaus Wilhelmsburg (1,7 km vom Wilhelmsburger RC entfernt)
- am Reiherstiegknie (3,8 km von der Ernst-August-Schleuse: entfernt)
- an der Honigfabrik (1,8 km vom Reiherstiegknie entfernt)
- des RC Phoenix (5 km vom Reiherstiegknie entfernt)
- des RC Süderelbe e.V. (4,6 km vom Reiherstiegknie entfernt).

ESV Einigkeit Wilhelmsburg e. V., SV Wilhelmsburg e. V., 1.FFC Elbinsel Hamburg Wilhelmsburg e. V., SG Wilhelmsburg e. V., Wanderrudergesellschaft „Die Wikinger“e. V., Sport ohne Grenzen e. V., Zweikampfverhalten e. V., Haus der Jugend Wilhelmsburg, Haus der Jugend Kirchdorf, Haus der Jugend Veddel, Cafésl - Kinder-Jugend-Familienzentrum Kirchdorf

Die Themengruppe Sport wurde unterstützt von:

ARGE Sport Mitte, Hamburger Sportbund

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Initiierung der Themengruppe „Sport – die Elbinseln bewegen sich“ basierte auf der Idee, die auf den Elbinseln engagierten Sportvereine zu vernetzen. Das erste Treffen fand am 15. Januar 2014 statt. Insgesamt hat sich die Gruppe 7 Mal getroffen. Es waren 31 Personen beteiligt, davon 6 Frauen. Es handelt sich um Vertreter_innen von Sportverbänden, aber auch von z.B. Häusern der Jugend von den Elbinseln. Die Treffen waren mit durchschnittlich 10 Personen besetzt.

Behördenbeteiligung: Ein Mitarbeiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte, Dezernat Soziales, Jugend, Gesundheit, Fachamt Sozialraummanagement, war von Anfang an wichtiger Gesprächspartner in der Themengruppe regelmäßig dabei und wurde von der Themengruppe sehr geschätzt.

[81] s.a. Kapitel J. Veddel, 2.4.3

J. Hier kommt die Veddel

1. Vorbemerkung

Die Veddel ist eine Insel, nicht nur geographisch. Das Wohngebiet ist eine Insel umgeben von anderen Nutzungen, insbesondere von Industrie und Verkehrsinfrastruktur, eine Insel der kurzen Wege, überschaubar in der Größe. Die Themengruppe Veddel spannt einen breiten Bogen über alle Themen und wurde mit New Hamburg, einem Projekt des Schauspielhauses Hamburg (s. folgender Abschnitt), durchgeführt. In diesem Kapitel wird die Arbeitsweise beschrieben. Das Ergebnis gliedert sich in Teilhabe (Kapitel 2, mit den Unterkapiteln Allgemeiner kultureller Ort, Gastronomie, Grünflächen und Vernetzung, Freizeit und Sport, Partizipation, Bildung), in Nahversorgung (Kapitel 3), Wohnen auf der Veddel (Kapitel 4, mit Prekäre Wohnverhältnisse aufgrund der Verwahrlosung von Wohnraum und Überbelegung von Wohnungen, Sozialbindung und Belegungsbindung, Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfeldes) sowie Veddeler Norden (Kapitel 5). Eine Zusammenfassung mit den wichtigsten Aussagen beschließt den Beitrag der Veddel zu Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln (Kapitel 6).

1.1 New Hamburg

Seit jeher war Hamburg Ausgangspunkt für die Suche nach einem neuen, besseren Leben. Unzählige Auswanderer gründeten von hier aus neue Städte auf der Welt: Hamburg, New Hamburg, Novo Hamburgo. Mittlerweile ist Hamburg selbst zu einer multikulturellen Ankunftsstadt geworden. Daran anknüpfend gründen wir in Hamburg eine neue Stadt inmitten der alten: NEW HAMBURG. Die Stadt der Ankommenden. NEW HAMBURG will eine Stadt sein, in der die Anforderungen und Chancen der Einwanderungsgesellschaft untersucht, neu verhandelt, gestaltet und verändert werden können.

Auf der Veddel leben seit der Gründung dieses Stadtteils Menschen unterschiedlichster Herkunft und gestalten ihre neue Welt. Das künstlerische Team von New Hamburg verbindet sich mit diesen Menschen, mit Initiativen und Institutionen auf der Veddel, um Initiale und Ideen zur Gestaltung von Stadtgesellschaft gemeinsam auf den Weg zu bringen.

New Hamburg ist ein Projekt des Deutschen Schauspielhauses, gefördert von der Kulturbehörde Hamburg, der Hamburgischen Kulturstiftung und der Berenberg Bank Stiftung.

2. Teilhabe und Nachbarschaften[82]

Die Veddel ist geprägt von einer geringen Einwohnerzahl, was positiv zu bewerten ist hinsichtlich der Möglichkeit, schnell Dinge in Bewegung zu setzen, was aber auch negative Auswirkungen hat, indem oftmals die Mindestkennzahlen bestimmter Infrastrukturen nicht erreicht werden. Sie ist geprägt von einer besonderen Nähe zu Verkehr und Industrie, was zahlreiche räumliche Beschränkungen mit sich bringt, und es als unterprivilegierten Stadtteil trotz der direkten Nachbarschaft zur Innenstadt erscheinen lässt.

Im Bereich der Teilhabe, also der Frage, inwieweit man auf der Veddel Anteil am öffentlichen Leben nehmen kann, zeichnet sich trotz der Anstrengungen der letzten Jahre nach viel Positivem und mancherlei Rückschlägen ein durchwachsenes Bild.

[82] Ergänzt Kapitel F. Nachbarschaft

2.1 Allgemeiner kultureller Ort

2.1.1 Defizite

Von entscheidender Bedeutung ist das Fehlen eines neutralen Kulturortes,[83] der zugänglich und von allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Geschlecht, Religion oder Ethnizität akzeptiert ist. Bisher gibt es fast nur Cafés, die nur jeweils von bestimmten Einzelgruppen betreten werden.

2.1.2 Potenziale

In Ansätzen gab es als Lösungsansatz das Café uNmut, das studentisch geprägt war, aber auch langsam eine Öffnung in Richtung der Jugendlichen und der Nachbarschaft verzeichnete. Sein Schließen wird als Defizit gewertet.

Weiterhin bemüht sich die evangelische Kirchengemeinde um eine kulturelle Öffnung im Rahmen der "Veddeler Musikirche", doch kann man hier nicht von einem neutralen Ort sprechen.

Gleiches gilt für die moslemische Moscheegemeinde, die im Übrigen seit einigen Jahren ein Stadtteilfest organisiert.

2.1.3 Lösungsansätze

Gewünscht ist ein tagsüber wie auch in den Abendstunden betriebener Raum für vielfältige kulturelle Veranstaltungen (z.B. Konzerte, Lesungen, Kunstaustellungen, Theatervorführungen, Stadtteilbeiratssitzungen) mit einer gemütlichen, informellen Atmosphäre im Übergang zum Charakter einer Kneipe, also ein Ort wo man sich "einfach mal so treffen kann". Hier ist die Idee eines "islamisch-christlichen Klönschnacks" auf breites Interesse gestoßen, eine Idee, die kulturelle Barrieren bewusst aufgreift, um sie im Nachhinein zu überwinden.

Wichtig ist, dass dieser Ort nicht kommerziell betrieben wird, da hierfür die Finanzkraft im Stadtteil nicht vorhanden ist. Ein Verein könnte hier die richtige Antwort sein. Um jugendliche Bedürfnisse aufzugreifen, wäre additiv auch eine Jugendkulturgenossenschaft denkbar. Eine Schülerfirma betreibt bereits erfolgreich die Veddeler Sporthalle.

Als weiterer Ort für kulturelle Veranstaltungen kommen der Ballinpark und die Veddeler Promenade infrage.

2.1.4 Maßnahmen

Findet sich kein Träger, der dieses Konzept alleine umsetzen will und kann, müsste vonseiten der Veddeler ein Verein und möglichst auch eine Jugendkulturgenossenschaft gegründet werden.

Unabdingbar, weil sonst nicht kostendeckend, wäre ein Ladenlokal, das die SAGA GWG zu einem sehr niedrigen Zins vermietet.

Der Ballinpark eignet sich für Freiluftkonzerte, wobei ein Ausgleich mit den Interessen mit dem Lärmschutz gesucht werden muss. Hier ist die Bezirksregierung gefragt.

Außerdem muss zuvor eine entsprechende Übereinkunft mit dem Besitzer der Flächen, die Ballinstadt GmbH, gesucht werden.

Unproblematischer ist die Nutzung der Veddeler Promenade. Konzepte wie die eines Flohmarktes sind in Ansätzen bereits umgesetzt worden. Hier kommt es auf die Eigeninitiative der Veddeler an, solche Veranstaltungen diesen Ort insbesondere im Sommer umzusetzen. Der

---

[83] s.a. Kapitel D. Kultur, 2.

Verfügungsfonds des Stadtteilbeirates hat sich hier bisher als sehr hilfreich erwiesen, ist also ein geeignetes und fortzuführendes Instrument vonseiten des Bezirks. Es setzt überdurchschnittlich viel ehrenamtliches Engagement in diesem Stadtteil frei.

2.2 Gastronomie

2.2.1 Defizite

Eng mit dem Problem eines fehlenden kulturellen Zentralortes ist die gastronomische Versorgung verbunden. Es gibt zwar zahlreiche Restaurants, doch sind diese kulturell eindeutig geprägt. Außerdem haben sie typischerweise einen eingeschalteten Großbildfernseher; es fehlt also an entsprechend ruhigen Räumlichkeiten.

Auch fehlt eine gediegene Kneipe. Die Bar Tapitas war ein solcher Ort, der sich nicht halten konnte, weil er als "deutsches" Café wahrgenommen wurde. Der Nachfolger Pikasa funktioniert nicht als ein solcher Ort, da der Wirt keine erkennbaren Anstrengungen zum Erwerb einer Schanklizenz unternimmt.

Die bisherige einseitige gastronomische Ausrichtung auf türkische und albanische Küche wird negativ beurteilt.

2.2.2 Potenziale

Es gibt zurzeit zwei Orte, die erkennbar von allen Bevölkerungsschichten akzeptiert werden: die Pizzeria Piccola sowie das Café Scotland Jard. Das Scotland Jard hat jetzt seine Öffnungszeiten in den Nachmittag ausgedehnt; von einem Abendbetrieb kann man aber nach wie vor nicht sprechen. Ein kleines Ladenlokal mit dem Potenzial einer gemütlichen Cocktailbar ist im Immanuelstieg vorhanden und steht leer.

Die Veddeler Fischgaststätte ist etabliert und wirtschaftlich erfolgreich, da sie nicht nur in den Stadtteil, sondern auch in den Hafen hineinwirkt. Sie ist Teil der veddelschen Identität. Andererseits ist sie von den Stadtteilerweiterungsplänen der Veddel-Nord tendenziell bedroht.

Das IBA-Dock bietet als schwimmendes Haus eine besondere Aufenthaltsqualität, da hier auch bei Niedrigwasser immer das Wasser in unmittelbarer Reichweite ist. Zurzeit ist es eine offene Betriebskantine mit eingeschränkten Öffnungszeiten.

2.2.3 Lösungsansätze

Es muss eine Kneipe/Bar mit Schanklizenz eingerichtet werden. Dies fällt weitgehend zusammen mit dem oben geforderten kulturellen Ort.

Die Veddeler Fischgaststätte muss in seiner Art und Gestalt vollständig erhalten bleiben.

Bei Neuvermietungen gastronomischer Ladenlokale ist auf eine größere Vielfalt zu achten. Die Pizzeria Piccola ist hier ein Lichtblick.

Das IBA-Dock muss eine Langfristperspektive mit kundenfreundlicheren Betriebszeiten über die Existenz als Bürogebäude der IBA hinaus erhalten. Es kommt auch für die oben angeregte kulturelle Nutzung in Frage.

2.2.4 Maßnahmen

Der Bezirk und der Senat müssen beim Stadtteilerweiterungsverfahren Veddel-Nord auf die auch bauliche Erhaltung der Veddeler Fischgaststätte achten.

Die SAGA GWG muss bei der Neuvermietung auf die Einhaltung der Vertragspflichten (Schanklizenz) dringen und bei Nichteinhaltung der Auflagen den Vertrag rückgängig machen.

Die SAGA GWG muss bei der Neuvergabe gastronomischer Ladenlokale auf eine größere Vielfalt der Konzepte achten.

Für das IBA-Dock muss ein Nutzungsplan erarbeitet werden. Hier sind neben dem Eigentümer des Docks auch die Einwohner der Veddel gefragt.

2.3 Grünflächen und -vernetzung[84]

2.3.1 Defizite

Die Veddel als Hafenstadtteil hat wenig Grün aufzuweisen als Aufenthaltsflächen, aber auch als Spazier- und Verbindungswege.

Der ehemalige Rundweg um den Zollhafen ist im östlichen Bereich an der Kupferhütte aufgrund maroder Fußgängerbrücken unterbrochen.

Man kommt kaum unmittelbar an das Wasser heran.

2.3.2 Potenziale

Auf der Veddel gibt es viele von der SAGA GWG einfach gestaltete Vorgärten. Diese kämen als aufwendiger gestaltete Grüninseln infrage.

Die Neugestaltung der Spundwandvorfläche am nördlichen Zollhafen sowie die Errichtung des Ballinparks als auch der Rundweg um den Spreehafen weisen in die richtige Richtung. Außerdem steht das Grün in Veddel-Nord zwischen den Elbbrücken zur Gestaltung an.

Die Brücken über den östlichen Zollhafen sind noch vorhanden, die Industriebahn wird nicht mehr genutzt. Insofern ist eine Umnutzung möglich.

Generell ist Wasser auf der Veddel das Thema schlechthin, da sie als Insel überall davon umrahmt ist.

Am Vordeichgelände der Veddel-Nord besteht die einzige Möglichkeit, unmittelbar und ohne Hilfsmittel bis an das Wasser zu kommen. Einen Strand wie in Finkenriek zu haben, war ein lebhaft geäußerter Wunsch.

2.3.3 Lösungsansätze

Die Vorgärten der SAGA GWG könnten den Mietern zur Eigenbepflanzungen zur Verfügung gestellt werden. Versuche dazu hat es gegeben, sie haben bisher zu schönen, aber nur sporadischen Ergebnissen geführt. Der Ansatz des urban gardening mit einer Art Gemeinschaftsscholle zum Anpflanzen von Gemüse und Kräutern könnte hier ein Ansatz sein.

Der ehemalige Rundweg um den Zollhafen ist wieder herzustellen. Dies ist ein dringender Wunsch der Veddeler. Erst dadurch werden die südlichen Grün- und Wasserflächen zu einem Netz.

Beim Umbau der Veddel-Nord ist ein unmittelbarer Zugang zum Wasser für Fußgänger zu erhalten. Gedacht ist dabei an einen Strand.

---

[84] s. ergänzend Kapitel G. Naturschutz

2.3.4 Maßnahmen

Die SAGA GWG bietet die Vorgärten den Mietern zur eigenverantwortlichen und -finanzierten Nutzung an.

Der Senat muss die Brücken am östlichen Spreehafen sanieren und wieder für Personen betretbar machen.

Die Idee eines Strandes ist bei den anstehenden Maßnahmen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Veddel-Nord, Niederfelder Deich) unbedingt zu berücksichtigen. Sollte wegen der Strömungsverhältnisse im Veddeler Norden kein Platz sein, dann muss unbedingt eine solche Stelle im Veddeler Süden/Spreehafen gefunden werden. Dies ist die Aufgabe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

2.4 Freizeit und Sport

2.4.1 Defizite

Die Sportmöglichkeiten haben sich auf und an der Veddel zwar sehr verbessert, doch sind einige dieser neuen Möglichkeiten (z.B. die Kletterhalle im Inselpark) für viele Veddeler nicht bezahlbar.

Obwohl die Veddel eine Insel ist, wird ihr WassersportPotenzial immer noch nur unvollständig ausgenutzt.[85] Zur Hebung dieses Potenzials fehlt ein Ruder- und Paddelsteg im Zollhafen, der bei jedem Wasserstand von Land und von Wasser zugänglich ist.

2.4.2 Potenzial

Es gibt zahlreiche Sportgruppen und -vereine auf der Veddel (u.a. Fußball auf dem Schulplatz, diverse Hallensportarten und Kampfsportarten in der Sporthalle, Rudern im Veddeler Norden, Paddel und Segeln im Zollhafen, Wandern in Hamburg und im HVV-Bereich den Winter über), die ein dem Stadtteil angepasstes Angebot machen.

2.4.3 Lösungsansätze

Die Möglichkeiten kostenlosen Kletterns, wie es sie zuvor im Haus der Jugend gegeben hat, sind wiederherzustellen.

Im Zollhafen muss ein Ruder-und Paddelsteg eingerichtet werden. Der bestgeeignete Ort ist dafür das IBA-Dock.[86]

2.4.4 Maßnahmen

Get the Kick e.V. errichtet zusammen mit dem Bezirk die alte Innenraumkletterwand im Haus der Projekte "Mügge".

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt errichtet als übergeordnete Behörde der IBA am IBA-Dock einen Steg. Erfahrung mit der Umsetzung gibt es bereits am Anleger Ernst-August-Schleuse.

Die Sportgruppen und -vereine kümmern sich um eine verstärkte Bewerbung ihrer Angebote in den Stadtteil hinein.

---

[85] s.a. Kapitel I. Sport, 3.4 zweiter Spiegelstrich

[86] s.a. Kapitel I. Sport, 5. letzter Spiegelstrich

2.5 Partizipation[87]

2.5.1 Defizite

Das Stadtteilleben ist auf der Veddel ungewöhnlich lebhaft, doch gehen viele dieser Veranstaltungen und Initiativen noch wegen mangelnder Vernetzung der sehr verschiedenen Bevölkerungsgruppen nebeneinander her, ohne sich ausreichend zu berühren.

Der Veddeler Beirat wird zu sehr noch als ein Ort der akademischen, "deutschen" Elite gesehen, und die Hemmschwelle für eine Beteiligung ist noch zu hoch.

2.5.2 Potenziale

Das große Plus ist ein außerordentlich starkes Wir-Gefühl. Die Identität als Veddeler ist in der gesamten Bevölkerung sehr stark ausgeprägt und ist der Grund für das große Engagement.

Aufgrund der Überschaubarkeit der Veddel können hier Probleme als Ganzes betrachtet und eine Lösung schnell gefunden werden.

Aufgrund des Verfügungsfonds kann der Stadtteilbeirat zahlreiche Veranstaltungen fördern, die Gelder werden anders als in anderen Stadtteilen jedes Jahr auch fast zur Gänze ausgeschöpft.

2.5.3 Lösungsansätze

Als Lösungsansatz fand das Schlagwort "Freie Republik Veddel" schnell Anklang bei allen Beteiligten. Dieses Wort lässt viel Raum für Interpretation und ist damit offen und attraktiv für viele Gruppen auf der Veddel.

Ein konkreter Schritt zu dieser "Freien Republik Veddel" ist der Ausbau des Stadtteilbeirates zu einem echten Veddelrat, in dem alle Gruppen zusammenkommen.

Dafür ist ein wesentlich besserer Informationsfluss zu gewährleisten, der möglichst alle erreicht und anspricht. Genannt wurde hier ein Informationsaufsteller, verkehrsgünstig im Bereich des Bahnhofs, wo die zahlreichen Veddelinformationen gebündelt werden.

Bleibt noch die Frage der besseren Integration der Gruppen untereinander. Hierfür sind Maßnahmen wie der bereits erwähnte "Moslemisch-christliche Klönschnack" ein geeigneter Ansatz.

2.5.4 Maßnahmen

Die Maßnahmen (Moslemisch-christlicher Klönschnack, Stadtteilzeitung, Informationsaufsteller) hierfür sind weitgehend von den Veddelern selbst zu betreiben. Engagierte Interessenten gibt es hierfür bereits. Mit dem Verfügungsfonds steht ein ausreichendes Instrument zur Verfügung.

Vonseiten der Politik sind die Rahmenbedingungen herzustellen. Das ist sehr wichtig, womit wir wieder bei der Frage eines kulturellen Zentrums wären.

Außerdem wären die Kosten für die Aufstellung und den Betrieb des Informationsaufstellers im Bahnhofsbereich zu übernehmen.

Der Bezirk muss zulassen, dass der Stadtteilbeirat ein hohes Maß von Selbstorganisation übernimmt. Insbesondere müssen in den neuen Stadtteilbeirat auch die zahlreichen bisher unbeteiligten Gruppen mit Stimmrecht eingebunden werden, die bisherigen Einschränkungen durch eine zu enge, vorgegebene Zusammensetzung mit Schwerpunkt auf die institutionellen Vertreter

[87] s.a. ergänzend Kapitel H. Partizipation

aufgegeben werden. So, wie der Beirat zurzeit noch besetzt ist und zu besetzen ist, spiegelt er nicht die Bevölkerung und ihre Interessen wider.

2.6 Bildung[88]

2.6.1 Defizite

Das strukturelle Problem der Veddel ist der geringe Bildungsstand. Dabei gibt es gerade hier einen besonderen Bedarf an Lernmöglichkeiten zur Alltagsbewältigung, da diese hier schwieriger als in anderen Stadtteilen ist.

2.6.2 Potenziale

Anderseits gibt es viele Bildungseinrichtungen wie die Beschäftigungsinitiative, Veddel-Aktiv, die evangelische Kirche, die Mutter-Kind-Schule etc. mit Angeboten genau in diese Richtung.

Die Schule auf der Veddel ist in diesem Bereich schon seit langem tätig.

2.6.3 Lösungsansätze

Diese Ansätze müssen zunächst einmal stärker vernetzt werden und eventuell auch koordiniert werden. Wo außerdem noch Angebote fehlen, zum Beispiel bei der schon erwähnten Jugendkulturgenossenschaft, müssen sie erweitert werden. Im Plenum ist dazu das Stichwort einer selbstorganisierten Volkshochschule Veddel gefallen.

Außerdem müssen die Informationen dazu verbreitet werden, was dem Informationsaufsteller zusätzliche Bedeutung zukommen lässt.

2.6.4 Maßnahmen

Die tatsächlichen und potenziellen Anbieter von Hilfe und Bildung müssen sich zusammensetzen und ein Konzept der selbstorganisierten Volkshochschule Veddel erarbeiten.

Die Schule auf der Veddel sollte sich auch an diesen Überlegungen beteiligen. Immerhin wäre sie ein potenzieller Ort für die Hochschule, analog zu dem Modell des Tores zur Welt auf Wilhelmsburg.

Der finanzielle Bedarf wird wegen der Ehrenamtlichkeit dieser Arbeit gering sein, müsste aber vom Bezirk übernommen werden. Der Mehrbedarf wird aber nicht groß ausfallen, da die Institutionen bereits seit Jahren staatliche Gelder beziehen.

Zum Informationsaufsteller ist oben bereits alles gesagt worden.

3. Nahversorgung

In 2012 lebten auf der Veddel 4.856 Menschen. Aufgrund einer Arbeitslosenquote von 10,8 Prozent und 27,0 Prozent SGB-II-Beziehern sowie Anwohnern mit eher niedrigeren Einkommen weist die Veddel insgesamt keine hohe Kaufkraft auf. Aufgrund der Insellage und der in sich geschlossenen Bebauungsstruktur, der Verkehrsführung und wenig besucherintensiven Geschäften und Gewerbe kommen nur wenig Personen auf die Veddel, die als Laufkundschaft die Kaufkraft der Insel ergänzen und den Betrieb von Läden und Geschäften tragfähiger machen könnten.

[88] s. a. Kapitel B. Bildung

3.1 Defizite

Vor diesem Hintergrund deckt die Versorgungsstruktur auf der Veddel zwar den nötigsten alltäglichen Bedarf, weist aber in vielerlei Hinsicht Defizite auf.[89] Dies stellt insbesondere für weniger mobile Anwohner wie Senioren, Alleinerziehende und Menschen mit geringen Einkommen, welche charakteristisch für die Veddeler Sozialstruktur sind, ein Problem und eine deutliche Einschränkung der Lebensqualität dar. Dies zeigt sich vor allem bei der Ärzteversorgung sowie der fehlenden Bank- und zurzeit auch Postfiliale. Hier müssen zum Teil weite Wege unternommen werden, die vor allem für ältere und kranke Menschen nicht zumutbar sind.

Im Bereich der Nahversorgung bestehen ein Penny-Markt im Veddeler Norden sowie zwei Gemüsehändler mit einem überschaubaren und in der Qualität schwankenden Sortiment. Ein Drogeriemarkt existiert seit der Schließung der Schleckerfiliale nicht mehr. Neben dem Back-Shop wurde eine weitere Backfiliale im Gemüseladen eingerichtet; diese erweitert das bestehende Angebot der Bäckerei jedoch kaum. Ein Vollsortimenter, der das begrenzte Discounter-Sortiment ergänzen könnte, ist nicht vorhanden. Die Auswahl an frischem Obst und Gemüse sowie vollwertigem Brot oder Wein ist daher eingeschränkt. Der nächste größere Supermarkt oder eine Drogerie befinden sich in Wilhelmsburg und sind nur mit dem Bus oder der Bahn zu erreichen.

Während die Versorgung mit Produkten des alltäglichen Bedarfs zwar eingeschränkt, aber möglich ist, lässt sich das Fehlen von Ärzten[90] oder einer Bankfiliale vor Ort jedoch nicht kompensieren und stellt so ein besonderes Defizit dar. Nach der Aufgabe eines Allgemeinmediziners in 2011 sind lediglich ein Hausarzt (praktiziert halbtags) und ein Zahnarzt auf der Veddel vorhanden. Bei einer Bevölkerungszahl von knapp 5.000 Anwohnern stellt dies eine erhebliche Unterversorgung dar, die auf der Veddel als großer Mangel wahrgenommen wird. Dementsprechend ist die vorhandene Hausärztin deutlich überlastet. Insbesondere bei einem kinderreichen und jungen Stadtteil wie der Veddel – mit 21,1 Prozent an unter 18-Jährigen – fehlt es vor allem an einem Kinder- und Frauenarzt in angemessener Erreichbarkeit. Eine Ansiedlung von Ärzten ist aufgrund des Systems der Kassenärztlichen Vereinigung, in dem ganz Hamburg als ein Versorgungsgebiet gesehen wird, schwierig zu steuern. Aufgrund der geringen Anzahl an Privatpatienten auf der Veddel ist eine Niederlassung für Ärzte zudem wenig attraktiv.

3.2 Potenziale

In den letzten Jahren hat sich die Bevölkerungsstruktur der Veddel diversifiziert. So sind auch einkommensstärkere Haushalte auf die Veddel gezogen, die die Kaufkraft des Stadtteils erhöhen. Diese weisen zudem eine Nachfrage auf, die über die Angebote des Stadtteils bisher nicht vollständig gedeckt werden. Das Einkommen wird daher nicht vor Ort, sondern außerhalb des Stadtteils ausgegeben. Diese potenzielle Kaufkraft kann für den Stadtteil noch deutlich besser genutzt werden.

Der Gebäudebestand sowie die Laden- und Gewerbeflächen auf der Veddel gehören größtenteils dem städtischen Wohnungsunternehmen SAGA GWG. Da die SAGA GWG ebenfalls ein deutliches Interesse an einer Verbesserung der Infrastruktur und einer Erhöhung der Lebensqualität auf der Veddel hat, würde die die Ansiedlung von Ärzten und Geschäften, die die vorhandene Infrastruktur sinnvoll ergänzen, durch eine entsprechende Mietpreisgestaltung (wahrscheinlich) unterstützen.

---

[89] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 3.1, 4.1.1 fünfter Spiegelstrich

[90] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 4.1.1 letzter Spiegelstrich, 4.2.1 zweiter Spiegelstrich

Ein weiteres Potenzial zur Ansiedlung eines Vollsortimenters sowie ergänzender Gewerbe- und Geschäftsflächen bestehen auf den ehemaligen Zollflächen im Veddeler Norden (□ s. Veddeler Norden). Im Rahmen der Entwicklung der Fläche wäre die Einrichtung eines Geschäftszentrums mit Ärzten, Anwälten und Steuerberatern von Seiten der Bewohnerschaft wünschenswert.

3.3 Lösungsansätze

Für die aufgezeigten Defizite sind unterschiedliche Lösungsansätze vorstellbar, die sich teilweise relativ unkompliziert und aus dem Stadtteil selbst heraus lösen lassen könnten. Andere Defizite sind wiederrum schwer lösbar und auch von Seiten der Stadt nur eingeschränkt steuerbar. Dies betrifft vor allem die Ärzteversorgung.

Die Defizite in der Nahversorgung, insbesondere die Versorgungslücken bei bestimmten Produkten, könnten durch eine Ergänzung des Sortiments der bestehenden Geschäfte behoben werden. So könnte z.B. im bestehenden Back-Shop auch Bio-Brot angeboten werden. Die Gemüsehändler könnten ebenfalls ihr Sortiment um eine Auswahl an Bio-Obst und Gemüse ergänzen oder die Qualität ihrer Waren im Allgemeinen verbessern. Der Italiener könnte sein Weinsortiment erweitern und auch Weine außer Haus verkaufen, wie es die Tapas-Bar vor ihrer Schließung praktiziert hat.

Eine weitere Möglichkeit, die Nahversorgung punktuell zu ergänzen, wäre die Gründung einer Food-Kooperative. Hier gibt es unterschiedliche Möglichkeiten und Modelle, wie eine solche Kooperative organisiert sein kann (Abhol- oder Lagerkooperative; Mitglieder- und/oder Quartiersladen). Hier hat sich bereits eine Arbeitsgruppe zusammengefunden, die sich mit der Wilhelmsburger Food-Kooperative hinsichtlich einer Zusammenarbeit austauschen möchte. Mittel- bis langfristiges Ziel wäre die Einrichtung eines Quartiersladens auf der Veddel, der auch am Abend für kleine kulinarische oder kulturelle Veranstaltungen punktuell genutzt werden kann.

Eine weitere Möglichkeit zur Ansiedlung eines Vollsortimenters besteht neben der aufgezeigten Flächenentwicklung im Veddeler Norden am Südausgang der S-Bahnstation Veddel. Hier wurde bereits zur Zeit der IBA die Projektidee entwickelt, die zusätzliche Kaufkraft der Einpendler aus dem Hamburger Süden zu nutzen und einen Vollsortimenter am Park+Ride-Parkhaus einzurichten. Damit könnte nicht nur die Veddeler Infrastruktur sinnvoll ergänzt, sondern auch der unattraktive Bereich des südlichen Bahnhofs städtebaulich aufgewertet werden. Die zusätzliche Ansiedlung eines Drogeriemarkts (Budnikowsky) wäre hier ebenfalls wünschenswert.

Um die Qualität und Vielfalt der Angebots- und Versorgungsstruktur auf der Insel weiter zu verbessern, sollten zudem Initiativen, Selbsthilfeorganisationen und Vereine aus der Bewohnerschaft wie die ehemalige Fahrradwerkstatt und der Computerladen z.B. durch geringe Mieten für Ladenflächen unterstützt werden.

Wie bereits skizziert sind die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Ärzten auch für die Akteure aus Politik und Verwaltung deutlich geringer. Hier besteht jedoch von Seiten der SAGA GWG die Idee, in Kooperation mit der Uniklinik Eppendorf (UKE) ein Modellvorhaben umzusetzen. Hier ist angedacht, dass eine Arztpraxis mit tageweise wechselnden jungen Fachärzten (Kinderarzt, Frauenarzt, Internist) betrieben wird, die auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, Praxiserfahrungen zu sammeln und dass so der Insel eine breite medizinische Versorgung bereitgestellt werden kann.

Um das Fehlen einer Bank- oder Sparkassenfiliale zu kompensieren, besteht die Idee, eine genossenschaftlich organisierte Veddel-Bank einzurichten.

4. Wohnen auf der Veddel[91]

4.1 Prekäre Wohnverhältnisse aufgrund der Verwahrlosung von Wohnraum und Überbelegung von Wohnungen[92]

4.1.1 Defizite

Rückblickend ist das Thema Verwahrlosung von Veddeler Wohnraum und der Umgang mit prekären Wohnverhältnissen nicht neu im Bewusstsein der Veddeler Bevölkerung aufgetaucht.

In unterschiedlichen Gremien, unter anderem der Arbeitsgruppe Wohnen (AG Wohnen) des Stadtteilbeirats Veddel, wurde in den letzten Jahren verstärkt thematisiert, dass AnwohnerInnen der Veddel sich an Beratungsstellen wie die BI Hamburg Süd gGmbh (Beratungsstelle Veddel), die Familienhelden und den Internationalen Bund (IB) gewandt haben, um Unterstützung bei Wohnungsproblemen zu erhalten.

Im Zentrum der Beschwerden und Hilfegesuche stand immer die Kritik an dem schlechten Umgang von (insbesondere privaten) Vermietern gegenüber ihrem Wohneigentum und ihren MieterInnen. AnwohnerInnen berichteten von dem Eindruck, dass einige Vermieter die Wohnungen und gesamten Wohnanlagen systematischen verfallen lassen. Es werden in den Wohnräumen der Vermieter keine Instandsetzungen oder Reparaturen vorgenommen, zu denen der Vermieter jedoch verpflichtet wäre. Die betroffenen MieterInnen fühlen sich mit dieser Problematik oftmals alleine gelassen und ohnmächtig, dem Vermieter gegenüberzutreten und ihre Rechte einzufordern.

Ganz konkret äußern sich der Verfall und die Verwahrlosung von Veddeler Wohnraum in den Wohnanlagen, die diverse Mängel aufweisen. Hierzu gehören beschädigte Türen, der übermäßige und stark gesundheitsgefährdende Befall von Schimmel in den Wohnungen der MieterInnen, defekte Schließmechanismen von Fenstern in den Wohnungen, die „Vermüllung“ von Kellerräumen und Treppenhäusern, sowie fehlenden Türschlössern an den Eingangstüren. Zudem wurde von Hinterhöfen berichtet, die durch unverschlossene Zwischentüren durch das Treppenhaus einen Durchgang zu Dächern bieten, die sich ohne Absperrung in mehreren Metern Höhe befinden und Regenrinnen, die einfach freiliegend auf diese Dächer gelegt wurden.

Ein weiteres Merkmal und Ursache von Verfall ergibt sich aus den stark überbelegten Wohnungen, was insbesondere von den privaten Wohnungsanbietern durch zu geringe Aufmerksamkeit für ihre Wohnanlagen gefördert wird. Eine Zwei-Zimmer-Wohnung, die von fünf bis sechs Personen bewohnt wird, ist in Veddel daher keine Seltenheit.

Die BewohnerInnen dieser Häuser sind vor allem um die Sicherheit ihrer Kinder besorgt und wünschen sich dringend eine Verbesserung der allgemeinen Wohnsituation. Viele betroffene MieterInnen sind zudem aufgrund der grundsätzlich angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt und ihres geringen Einkommens darauf angewiesen ihre jetzige Wohnung weiter anzumieten und in Folge dessen dazu bereit teilweise sehr hohe Mieten in Kauf zu nehmen, solange sie nicht durch den Vermieter gekündigt werden. Dadurch haben sie gegenüber den Vermietern von vornherein eine schlechtere Position und keine Verhandlungsbasis.

Auffällig bei den betroffenen MieterInnen ist, dass sie gehäuft bestimmte Wohnblöcke der Veddel bewohnen, die von privaten Vermietern verwaltet werden. Die mit übermäßigen Mängeln be-

[91] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen

[92] s.a. Kapitel N. Wohnen, 3.1.7

sehenen Wohnungen befinden sich insbesondere an der Straße Am Gleise, an der Wilhelmsburger Straße und am Veddeler Damm.

4.1.2 Potenziale

Hierzu verfassten die „Selbsthilfegruppe für Wohnungssuchende“[93] und der IB am 19.06.2012 eine Beschlussvorlage für den Stadtteilbeirat Veddel, in der auf die schwierigen Wohnbedingungen hingewiesen und gefordert wurde, dass sich der Ausschuss für Stadtteilentwicklung und Wohnen der Bezirksversammlung dieses Themas annimmt sowie erneute Begehungen durch die Wohnungspflege vorgenommen werden und sich die zuständigen Fachämter konsequent für die dauerhafte Gewährleistung menschenwürdiger Wohnbedingungen auf der Veddel einsetzen. Diese Beschlussvorlage wurde am 19.06.12 einstimmig, mit 11 Fürstimmen, positiv verabschiedet[94].

4.1.3 Lösungsansätze

Da es diese Auffälligkeiten auch schon in den letzten Jahren gegeben hat, wurde, beginnend am 25.05.2013, von der AG Wohnen gemeinsam mit dem Mieterverein zu Hamburg eine Fragebogenaktion durchgeführt. Dabei wurden über 300 Fragebögen an Veddeler Haushalte verteilt, die sich insbesondere in den oben genannten Wohnblöcken befinden. Dieser Fragebogen beinhaltete die Frage nach der Zufriedenheit der MieterInnen über die aktuelle Wohnung und den Wusch nach Unterstützung durch die BI Hamburg Süd gGmbH und den Mieterverein zu Hamburg bei Problemen mit der Wohnung oder dem Vermieter.

16 Fragebögen wurden im Laufen der folgenden zwei Monate beantwortet. Sieben Personen gaben an, dass sie mit ihrer Wohnung unzufrieden sind und neun weitere AnwohnerInnen wünschten sich Unterstützung bei Wohnungsproblemen.

Daraufhin wurden von dem Mieterverein zu Hamburg vier Begehungen in unterschiedlichen Wohnhäusern (ausschließlich Wohnungen von privaten Vermietern) durchgeführt und der oben beschriebene Eindruck der betroffenen MieterInnen ließ sich bei diesen Begehungen bestätigen. Drei von vier der besichtigten Wohnungen waren in einem sehr schlechten Zustand und es hatte in der Vergangenheit bereits diverse Probleme zwischen den betroffenen MieterInnen und Vermietern gegeben, besonders wenn die MieterInnen um Reparaturen oder Schimmelentfernung gebeten hatten. Dann reagierten die Vermieter in der Regel entweder gar nicht oder die MieterInnen wurden direkt abgemahnt und im schlimmsten Fall gekündigt.

Einige Verbesserungen konnte der Mieterverein zu Hamburg individuell mit den betroffenen MieterInnen nach den Begehungen durch den schriftlichen Kontakt zu den Vermietern durchsetzen und vor allem die bereits durch den Vermieter gekündigten Wohnraum für die MieterInnen erhalten, aber viele weitere grundsätzliche Renovierungs- und Sanierungsbedarfe blieben unberücksichtigt.

Es ist daher kaum verwunderlich, dass auch im Rahmen des Perspektivenprozesses (Perspektiven – Miteinander planen für die Elbinseln) der Wunsch nach Verbesserung der Wohnbedingungen auf der Veddel laut wird.

---

[93] Ein Beratungsangebot für Wohnungssuchende auf der Veddel, durchgeführt von den Familienhelden, in Kooperation mit der BI Hamburg Süd gGmbH.

[94] Der Beschluss des Stadtteilbeirates befindet sich im Anhang J. 1.

4.1.4 Maßnahmen

Im Folgenden wurden bei den Treffen der Arbeitsgruppe für die Veddel im Rahmen des Perspektivenprozesses (Perspektiven – Miteinander planen für die Elbinseln) zwei wesentliche Forderungen herausgearbeitet.

1. Zunehmende Aufmerksamkeit für prekäre Wohnverhältnisse durch verstärkten Einsatz der Wohnungspflege
2. Konkret gegen Verwahrlosung vorgehen, wobei hierzu der Druck auf die Vermieter erhöht werden muss, indem Bußgelder verhängt werden und sie dadurch aufgefordert sind, Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse durchzuführen.

4.2 Sozialbindung und Belegungsbindung

4.2.1 Begrifflichkeiten

Als erstes muss ich hier die Unterschiede der Begrifflichkeiten für die im Folgenden befindlichen Zitate klarstellen:

4.2.1.1 Sozialbindung:

In Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes lautet der entsprechende Passus: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

In der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist neben der Bekräftigung des Eigentums als eines elementaren Grundrechts vor dem Hintergrund einer freiheitlichen Ordnung die Sozialbindung verschiedentlich konkretisiert worden, auch in dem Sinne, dass nicht jedes Eigentum einer solchen Bindung unterliege, sondern nur solches, das soziale Relevanz habe. Darüber hinaus hat das Verfassungsgericht festgelegt, dass Regelungen im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 nicht allein aufgrund von Verwaltungsakten und Rechtsprechung zulässig sind, sondern der Gesetzgebung bedürfen.

Aus dem Grundgesetz leitet sich beispielsweise eine soziale Verantwortung der Eigentümer von Häusern, Firmen, aber auch sehr wohlhabenden Privatpersonen ab. So sind Immobilienbesitzer verpflichtet, ihr Eigentum instand zu halten und nicht verkommen zu lassen. Dies besagt für mich, dass Verwahrlosung der Häuser und sich nicht um den Zustand der Häuser zu kümmern, verfassungswidrig ist und dementsprechend von der Verwaltung mit Bußgeldern und allen Möglichkeiten des Verwaltungsrechts zu bestrafen ist. Mieten sollten dem Einkommen der Bevölkerung angepasst sein.

4.2.1.2 Belegungsbindung

Die Belegungsbindung besagt, dass Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, nur an berechtigte Personen nach dem Wohnungsbindungsgesetz vermietet werden dürfen.

Berechtigt sind Personen, die die Einkommensgrenze nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz eine festgelegte Einkommensgrenze nicht überschreiten bzw. nur minimal überschreiten und über einen Wohnberechtigungsschein verfügen.

Des Weiteren wird bei der Ermittlung des Gesamteinkommens auch das Einkommen bei der Person berücksichtigt, die mit in die Wohnung einzieht.

4.2.2 Defizite

Hier kommen wir zu einer Veddeler Problematik, leider konnte ich keine konkreten aktuellen Zahlen ermitteln, wie viele Wohnungen aus der Belegungsbindung gefallen sind und wie viele Sozialwohnungen auf der Veddel noch vorhanden sind. Für die Perspektive aber muss der Bestand dieser Sozialwohnungen auf der Veddel konstant bleiben und erhöht werden.

Denn das Problem ist, dass sich der Mietenspiegel an den Neuvermietungen orientiert und nicht an den Bestandsmieten, also jede Wohnung die aus der Belegungsbindung fällt, führt bei der entsprechenden Mieterhöhung zu einem höheren Mietenspiegel.

4.2.3 Potenziale

Zusammengefasst hängt die Zukunft der Veddel davon ab, dass die Verwaltung und zuständigen politischen Gremien mit größter Härte gegen Miethaie vorgehen und das die SAGA GWG keine weiteren Wohnungen aus der Belegungsbindung nimmt.

4.2.4 Lösungsansätze

Außerdem sollten auf der Veddel nur Wohnungen nach dem ersten Förderweg gebaut werden, bei dem die Belegungsbindung gewährleistet ist.[95]

4.3 Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfeldes

4.3.1 Potenziale

Wir haben bei den Gesprächen im Rahmen des Perspektivenprozess für die Veddel immer wieder festgestellt, dass trotz der im Vorwege genannten Probleme bei den AnwohnerInnen der Veddel eine hohe Identifikation mit der Veddel besteht. Viele wohnen gerne und seit vielen Jahren auf der Veddel. Sie genießen, dass es sich bei dem Quartier um ein geschlossenes überschaubares Viertel handelt, das einen fast dörflichen Charakter hat. Daher gibt es auf der Veddel eine gut funktionierende Nachbarschaft. Möglichkeiten für neue Wohnbebauung ergeben sich durch die Freigabe von HPA Flächen.[96] Ganz neue Ideen wären denkbar, wenn man auch über Wohnen auf dem Wasser nachdenken würde. Dabei ist es wichtig, die Sozialverträglichkeit und die Höhe der Mieten im Blick zu behalten.

4.3.2 Maßnahmen

Während des Perspektivenprozesses wurden dann auch Ideen gesammelt, die die im Vorwege genannten Probleme vielleicht verbessern oder ändern können. Aber darüber hinaus sind auch Ideen gekommen, die die allgemeine Wohnsituation auf der Veddel ansprechen. Im Folgenden werde ich die gemäß unserer in den Gesprächen festgestellten Wichtigkeit aufzählen.

Zuerst die Vorschläge und Ideen, für die wir dringlich die Unterstützung der Politik und der Verwaltung benötigen: Es ist in den Perspektiven-Gesprächen deutlich geworden, dass es auf jeden Fall mehr Wohnungen auf der und für die Veddel geben müsste und dass der bestehende Wohnraum in bester Weise vor Emissionen (Lärm, Feinstaub, Stickstoffdioxid etc.) geschützt werden muss. Daher wünschen wir uns wohngerechte Lösungen zum Beispiel im Veddeler Norden. Wichtig ist, wie schon weiter oben im Text gesagt, dass Wohnungen mit günstigen Mieten entstehen und erhalten bleiben. Schön wäre es, wenn die privaten Vermieter, die sich nicht angemessen um ihr Eigentum kümmern, die Häuser an Vermieter wie z.B. die SAGA GWG abge-

[95] vgl. Kapitel N. Wohnen, 5.2.2

[96] dav. abw. Kapitel M. Wirtschaft, 4.1

ben müssten. Wünschenswert ist auch eine erhöhte Aufmerksamkeit für die auf der Veddel vorkommende Wohnungsverwahrlosung und die Unterstützung der Mieter, wenn sie sich gegen die schlechte Behandlung der Vermieter wehren wollen. Denn dabei ist eine Unterstützung der Verwaltung unumgänglich.

Großes Interesse gab es auch, über andere Wohnformen nachzudenken, wie z.B. über Mehrgenerationenhäuser oder andere autonome Lebensformen.[97]

Dazu gab es auch Vorschläge für allgemeine Verbesserungen im Stadtteil, zum Beispiel Vorschläge, gegen den Müll bzw. Sperrmüll vorzugehen und sich möglicherweise auch privat um den Zustand von Beeten und Grünflächen zu kümmern. Außerdem gibt es den Wunsch wieder mehr Spielplätze zu bauen bzw. die vorhandenen Spielgeräte instand zu setzen[98] und eine Beleuchtung am Fahrradständer am Nordausgang der S-Bahn zu schaffen.

Zur Verbesserung des ÖPNV werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:[99]

- eine Fahrverbindung von Veddel-Ballinstadt innerhalb des HVV
- bessere Anbindung an S/U-Berliner Tor (Bus 154 fährt alle 10 Minuten oder Metrobus 13 wird bis Berliner Tor verlängert)
- ein Nachtbus, der nicht so selten fährt

5. Veddeler Norden

5.1 Ausgangslage

Auf der Veddel bestehen eine ganze Reihe von verkehrstechnischen Konfliktpunkten, und zwar in den Bereichen Am Zollhafen, Am Gleise/Am Saalehafen sowie Tunnelstraße/Am Bahndamm. Für all diese Bereiche sind wohnverträgliche Lösungen notwendig (für die Straße Am Zollhafen wird eine Lkw-Maut, eine Straßensanierung und Tempo 30 gefordert), die allen Belangen – auch den verkehrsbezogenen – gerecht werden. Dieses Kapitel befasst sich mit dem Veddeler Norden.

Bis zum 31.12.2012 war an den Wochenenden und nachts im Veddeler Norden nichts los: das Gelände war unattraktiv und für den Verkehr gesperrt. Mit der Zollöffnung am 1.1.2013 verschlechterte sich die Situation dramatisch. Im Schreiben des Stadtteilbeirates Veddel an den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz vom 16.7.2013 heißt es dazu: *Erst wird willentlich eine drastische Zunahme der Belastungen für das Wohnen herbeigeführt, um anschließend eine vierspurige Stadtstraße mit der höchsten LKW-Belastung in ganz Hamburg als Schutz der Anwohner zu verkaufen. Das ist zynisch und eine Missachtung der Gesundheit der Veddeler Bevölkerung, die ohnehin in einem durch Industrie und Verkehr hoch belasteten Standort lebt.*[100]

---

[97] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt II 10 und Kapitel N. Wohnen, 5.3.1

[98] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 4.2.1 vierter Spiegelstrich

[99] s.a. Kapitel L, 4.1 erster Spiegelstrich

[100] Das Schreiben des Stadtteilbeirates befindet sich im Anhang J. 2. Daraus resultierte ein Schriftwechsel mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (Senator Horch, Staatsrat Rieckhof), der auf der Website des Perspektivprozesses dokumentiert ist.

Der werktägliche LKW-Verkehr – beide Fahrtrichtungen zusammengerechnet – betrug im Norden der Veddel im Jahr 2011 2.653 Fahrzeuge. Laut der Prognose der Hamburg Port Authority werden dies im Jahr 2025 13.000 Fahrzeuge sein[101]. Dies ist eine Zunahme der Belastungen um fast 400% – bei aller Skepsis gegenüber Prognosen ist eine dramatische Zunahme der Lkw-Verkehre fest eingeplant. Wenn dies so kommen soll (und es gibt hierfür nachvollziehbare Gründe), braucht dieses beste Lösungen, keine Verlagerung von noch mehr Verkehr hierher und die Gesundheit der Anwohner schützende Maßnahmen – und die Bereitstellung auskömmlicher finanzieller Mittel, um die Maßnahmen, die die Größenordnung eines Großprojektes haben, tatsächlich zeitnah umsetzen zu können.

Es ist höchste Zeit, sich die Frage nach den Folgen von Verkehrsplanungen zu stellen (mit furchtbaren Folgen für die Menschen auf der Veddel), die nur den Verkehrsfluss im Blick haben und Lösungen zu wollen, die alle Belange – selbstverständlich auch die Verkehrs- und Rahmenbedingungen und des Wohnens – respektieren.

5.2 Defizite

Die Wohn- und Lebenssituation ist für die Veddeler Bevölkerung durch die starke Verkehrsbelastung (Lkw- und Bahnverkehre) stark belastet,[102] für die direkten Anwohner der Tunnelstraße unerträglich.

Ohne Übergangszone befindet sich das Wohngebiet Veddel direkt neben der Hafenfläche im Veddeler Norden, wie das Foto (aufgenommen in der Tunnelstraße[103]) geradezu sinnlich wahrnehmbar verdeutlicht. Dort möchte die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation eine Lkw-Vorstaufläche realisieren. Eine Realisierung dieser Planung würde das Wohnen auf der Veddel aktiv infrage stellen.

Wilhelmsburger Aktivisten, allen voran der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., fordern seit vielen Jahren die Verlagerung von in Wilhelmsburg unerwünschten Lkw-Verkehren auf die Veddel und – leider – erneut die Themengruppe Wohnen. Eine Umsetzung dieser Forderungen würde die Lebensqualität auf der Veddel weiter belasten. Eine mögliche Antwort ist es, umgekehrt die Verlagerung von auf der Veddel störenden Lkw nach Wilhelmsburg zu fordern. Dies ist aber nicht zielführend. Der Interessengegensatz zwischen Wilhelmsburg und der Veddel besteht objektiv, ist nicht ausräumbar und braucht eine gerechte Lastenverteilung auf die beiden Stadtteile.

---

[101] Siehe hierzu Prognose der Hamburg Port Authority vom 28.6.2012, s. Anhang J. 3)

[102] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 4.2.1 letzter Spiegelstrich

[103] Die Urheberrechte der Fotos in diesem Kapitel hält Jens Hardel.

Wenn es zu Störungen im übergeordneten Netz (A1, A255, Wilhelmsburger Reichsstraße) kommt, staut sich der Verkehr auf allen Straßen auf der Veddel[104] – wie z.B. in der Straße Am Zollhafen bei einer Störung auf der Reichsstraße (s. vorangehendes und nachfolgendes Foto). Dies führt zu erheblichen Luftbelastungen. Halten und Anfahren verursacht mehr Lärm und Schadstoffe – und sollte daher vermieden werden.

[104] s.a. Kapitel M. Wirtschaft, 3.2

5.3 Potenziale

Der Veddeler Norden hat sowohl für den Verkehr – als Teil der Haupthafenroute – als auch für das Wohnen auf der Veddel eine große Bedeutung. Für den Verkehr besteht die Chance einer verbesserten Anbindung an das östlich gelegene übergeordnete Straßennetz. Für die Veddel besteht die Chance, der Insellage des Wohngebietes entgegenzuwirken und einen Zugang zur Norderelbe zu schaffen. In der Themengruppe Veddel wurde ein Strand an der nördlichen Uferkante als besonders wichtig gefordert. Weiterhin sollten im Veddeler Norden Stadtteilnutzungen (etwa zur Verbesserung der Nahversorgung) realisiert werden. Dies setzt voraus, dass der Veddeler Norden aus dem Hafengebiet entlassen wird, was deutlich gefordert wird, um die Planungen für den Veddeler Norden mitbestimmen zu können.

Eine zentrale Herausforderung und ein großes Potenzial ist das Finden einer intelligenten Gesamtlösung für den Veddeler Norden, die die Verkehre städtebaulich integriert und zu einer ganzheitlichen, wohnverträglichen Gesamtentwicklung zusammenführt. Hierbei kann auf die respektvollen, von gegenseitiger Anerkennung der z.T. gegensätzlichen Belange geprägten Gespräche mit der Hamburg Port Authority aufgebaut werden.

Von der Themengruppe wurde eine Deckelung des Verkehrs gefordert. Dies ist im doppelten Sinn zu verstehen. Zum einen sollte das Verkehrsvolumen gedeckelt werden. Andererseits sollten die Verkehre unter einem Deckel verschwinden, mindestens im Bereich östlich der Unterführungen der Bahn.

Zur Deckelung des Verkehrsvolumens hat der Stadtteilbeirat Veddel am 4.12.2012 einstimmig beschlossen[105], dass der Stellenwert der Wilhelmsburger Reichsstraße im Verkehrsnetz auch bei einer Verlegung zu erhalten ist[106]. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass der Verkehr der künftigen A26 auf dem kürzesten Weg, d.h. im Süden von Wilhelmsburg, auf einer leistungsfähigen, vierspurigen Straße zur A1 geführt wird.[107] Mit der in der Vorbereitung befindlichen Hafenquerspange im Umfeld der Kornweide (das Planfeststellungsverfahren soll noch in 2014 beginnen) wurde eine mögliche Lösung formuliert[108]. Falls diese, aus welchen Gründen auch immer, nicht unterstützt wird, werden Vorschläge erwartet, die nicht dem Sankt-Florians-Prinzip gehorchen und dem Nachbarn die Lasten aufbürden.

5.4 Lösungsansätze

Eine Lösung, die den Namen verdient, setzt voraus, dass von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation jede Absicht, im Veddeler Norden eine Lkw-Vorstaufläche zu schaffen, endgültig aufgegeben wird.

---

[105] Der Beschluss des Stadtteilbeirates Veddel befindet sich im Anhang J. 4.

[106] Das Gesamtmobilitätskonzept Süderelbe weist nach, dass – neben den Straßen auf der Veddel – eine deutliche Belastungszunahme in der Harburger Chaussee und der Georg-Wilhelm-Straße bei einem Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße zu einer Stadtstraße zu erwarten sind.

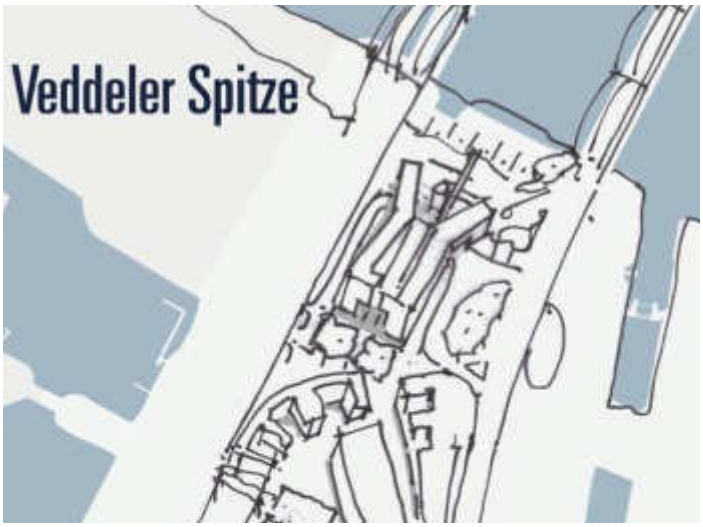
[107] s.a. Kapitel M. Wirtschaft, 6.2 und dav. abw. Kapitel N. Wohnen, 3.5.2 Kasten

[108] Laut Gesamtmobilitätskonzept Süderelbe hat die Hafenquerspange eine starke Bündelungswirkung der Verkehrsströme – und entlastet somit die Wohngebiete – nicht nur der Veddel. Dort heißt es: *Insbesondere sind beim LKW-Verkehr auch deutliche Entlastungen auf der Wilhelmsburger Reichsstraße sowie im gesamten untergeordneten Straßennetz in Wilhelmsburg festzustellen, was die positive verkehrliche Wirkung der Hafenquerspange hervorhebt (S. 102).*

Lösungsansätze für den Veddeler Norden, die den stark zunehmenden Verkehr der Haupthafenroute städtebaulich integriert und zu einer ganzheitlichen, wohnverträglichen Gesamtentwicklung zusammenführt, liegen bereits mit den Ergebnissen der Planungswerkstätten Elbinseln 2013+ und dem darauf aufbauenden Deichparkverfahren vor.

In der Zwischenbilanz der Planungswerkstätten Elbinseln 2013+ wurde die Skizze der „Veddeler Spitze" präsentiert und diskutiert.

Im Prinzip sieht dieses Konzept den Bau von mächtigen Baukörpern parallel zur Bahntrasse im Westen und Straße im Osten vor, den Zugang zur Norderelbe zwischen den Baukörpern sowie eine Verkehrsführung mit möglichst großem Abstand zur bestehenden Wohnbebauung und abgesenkt in der Prielstraße im Norden. Im Grundsatz wurde dieses Konzept von Seiten der Veddel für gut befunden. Deutlicher Präzisierungsbedarf besteht im Übergang der bestehenden Wohnbebauung zur Neubebauung, da in dem Konzept der Veddeler Spitze keine Ideen für einen Lärmschutz für den Bestand erkennbar sind[109].



Das von der IBA GmbH und dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer ausgelobte Deichparkverfahren hat die Ergebnisse der Planungswerkstätten weiter konkretisiert.

Vorzüge des Siegerentwurfs von West 8 (s. Abbildung unten[110]) sind die Zuwegung zur Elbe innerhalb von Bebauung, der Erhalt der Fischgaststätte, die gute Erschließung des bestehenden gebietes, die neuen Baukörper mit

[109] s. hierzu Protokoll der Zwischenbilanz der Planungswerkstätten Elbinseln 2013+

[110] s. Erläuterungsbericht zum Deichparkverfahren, hier zum Siegerentwurf von West 8

einer hermetischen Schale als Rand (guter Lärmschutz), die überbreite Fußgängerbrücke zum Deich, den Erhalt der grünen Ausgleichsflächen und die gute Fahrradanbindung zu den Elbbrücken.

Unter der Vorgabe des bisher stets auf der Veddel abgelehnten – gut begründet! – Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur im Veddeler Norden wurde im Deichparkverfahren eine Lösung gefunden, die verspricht, auch wohnverträglich zu sein – mit ausdrücklicher Zustimmung von Wolfgang Hurtienne von der Hamburg Port Authority, der als Preisrichter am Deichparkverfahren teilgenommen hat.[111]

Weitere Einzelheiten zu den Ergebnissen des Deichparkverfahrens sind dem Erläuterungsbericht zu dem Wettbewerb zu entnehmen.

5.5 Maßnahmen

Das Ergebnis des Deichparkverfahrens, der Siegerentwurf von West 8, integriert die Erfordernisse des Verkehrs und stellt für das Wohnen eine zufriedenstellende Lösung dar – und sollte verbindliche Grundlage für die Entwicklung des Veddeler Nordens werden, zur Umsetzungsreife gebracht und so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die Realisierung der Ergebnisse des Deichparkverfahrens schafft eine Win-Win-Situation für den Verkehr und das Wohnen. Und ist kostengünstig, wenn die Folgekosten (wie bisher von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) nicht ignoriert werden. Das großartige dieser Lösung ist es, dass sie dem Hafen dient und eine langfristige Perspektive mit Lebensqualität für die Veddel schafft.

6. Schwerpunkte

Zusammengefasst ist für eine lebenswerte Veddel wichtig:

- die Verfügbarkeit von (interkulturellen) Treffpunkten (s. Kapitel 2),
- der Ausbau der kulturellen Angebote (s. Kapitel 2),
- die Verbesserung der Nahversorgung und wohnungsnahen Infrastruktur, z.B. die ärztliche Versorgung (s. Kapitel 3),
- in einer guten Lösung für den Veddeler Norden einschließlich der Reduzierung der Lärm- und Luftbelastungen (s. Kapitel 5),
- in gesunden Wohnverhältnissen in allen Wohnungen auf der Veddel (s. Kapitel 4),
- in einer Verbesserung der Teilnahmemöglichkeiten (s. Kapitel 2).

.

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Auf dem Stadtteilfest am 16.9.2013 wurden mit verschiedenen Besuchern des Festes, nicht nur von der Veddel, Interviews aufgezeichnet, die einen Eindruck davon vermitteln, wie gut es sich auf der Veddel leben lässt, wobei die zahlreichen Probleme nicht ausgeblendet werden[112]. Die hohe Identifikation der Veddelerin, des Veddelers mit seiner Insel, seinem Dorf, findet sich in allen Bevölkerungsgruppen.

[111] s.a. Kapitel M. Wirtschaft, 6.1

[112] diese sind auf der Website des Perspektiven!-Prozesses hinterlegt.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Veddel wurde eine räumlich auf die Veddel bezogene eigene Themengruppe gegründet. Wie bereits in den Planungswerkstätten Elbinseln 2013+[113] auch, wurde mit dem Format „Themengruppe im Bürgerhaus Wilhelmsburg“ die „normale“ Veddelerin, der „normale“ Veddeler nicht erreicht. Auch schon lange auf der Veddel aktive Personen konnten kaum gewonnen werden.

Teilweise bereits auf dem Stadtteilfest im September 2013 vereinbart, wurden auf der Veddel von Anfang an Stadtteilgespräche geführt, und zwar mit Personengruppen, bei denen absehbar war, dass sie auch das Format „Themengruppe auf der Veddel“ nicht attraktiv finden. Stadtteilgespräche wurden u.a. mit der Frauengruppe der Islamischen Gemeinde Veddel, mit Frauen mit migrantischem Hintergrund (Integrationskurse bei der BI Bildung und Integration Veddel) und auf Einladung des Imans mit Kindern und Jugendlichen der Islamischen Gemeinde. Diese Gruppen waren stets dankbar dafür, dass das Bürgerhaus Wilhelmsburg zu ihnen gekommen ist.

Aufgrund parallel gelagerter Anliegen wurde die Themengruppe Veddel in Zusammenarbeit mit New Hamburg durchgeführt, wodurch künstlerische Elemente die Arbeit der Gruppe geprägt haben. Auffallend war, dass in der Arbeit ganz viel gelacht wurde. Die Themengruppe Veddel hat sich dreimal getroffen, und zwar am 23.1.2014, am 19.2.2014 und am 31.3.2014. An der ersten Gruppensitzung haben 17 Personen teilgenommen, die dritte war mit 21 Teilnehmern die am besten besuchte. Unter dem Dach von New Hamburg wird die Themengruppe Veddel auch nach dem Ende des Prozesses Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln fortgesetzt werden.

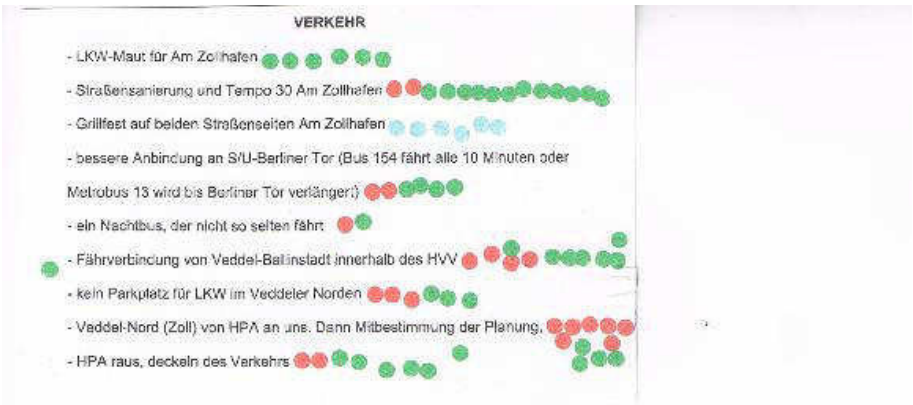
Holztorten bildeten das Gerüst der Arbeit der Gruppe. Zur ersten Runde hatte Michael Grässner 16 Torten mitgebracht, aufgeschnitten in unterschiedlich große Stücke und jeweils eine Torte zu den Themen Kultur, Arbeit, Bildung, Drogen/Alkohol, Langeweile, Sprache, Gastronomie, Wohnraum, Verwahrlosung, Verkehr, Arbeitslosigkeit, Natur, Einkauf, Gewalt/Kriminalität, Kinder, Religion. Von verschiedenen Veddelern wurden nun eigene Torten kreiert, z.B. ein großes Stück Verkehr, ein Stück Wohnraum und ein kleines Stück Religion, und erläutert, warum. Im ersten Schritt wurde der Ist-Zustand beschrieben, im zweiten dann der Ziel-Zustand.

Auf der zweiten Themengruppe stand das Finden von Lösungsansätzen und Maßnahmen-Ideen im Fokus der Arbeit. Strukturierend war wieder die aufgeschnittene Torte. Dieses Mal wurden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Claudia Plöchinger eingeladen, ihre Wünsche und Ideen für die Veddel auf Post-its zu schreiben, diese den einzelnen Themenbereichen zuzuordnen und den anderen Teilnehmern und Teilnehmerinnen kurz etwas zu der Idee zu erzählen. Dadurch entstand eine lebhafte Diskussion zwischen den Anwesenden, deren Inhalt direkt in neue Impulse, die auf den Postits festgehalten wurden, mündete. Das folgende Fotoprotokoll gibt einen sinnlichen Eindruck von dem Ergebnis der Arbeit:

[113] bereits für die Planungswerkstätten Elbinseln 2013+ hatte der Stadtteilbeirat für den Teilraum Veddel eine eigene Vorbereitungsgruppe gefordert. Der Beschluss befindet sich im Anhang. J.5

Mit den Lösungsansätzen der zweiten Themengruppe wurde in der dritten Runde weiter gearbeitet. Alle Post-its wurden in der Zwischenzeit wortwörtlich abgetippt, zu Themenblöcken zusammengefasst und bei der dritten Runde ausgelegt. Claudia Plöchinger verteilte an alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen acht farbige Punkte, mit denen sie die bei der letzten Runde gesammelten Ansätze unterstützen konnten. Zunächst wurden die besonders wichtigen Maßnahmen herausgearbeitet (rote Punkte), im zweiten Schritt wurden die Maßnahmen markiert, um die sich Politik und Verwaltung kümmern sollen (grüne Punkte) und schließlich die Projekte benannt, deren Realisierung auf einem ersten Initial der Veddeler selbst aufbauen (blaue Punkte). Exemplarisch findet sich unten das Ergebnis für das Handlungsfeld Verkehr,

das Gesamtergebnis befindet sich im Anhang J.6



Auf dieser Grundlage sind die vorangehenden Kapitel entstanden, geschrieben von verschiedenen auf der Veddel lebenden oder arbeitenden Menschen *(André Gesche, Anna Becker, Annika Christiansen, Stefan Teddy Dührkop, Uschi Hoffmann, Jens Hardel)* – mit vielen kleinen und großen Projekten, denen gemeinsam ist, dass sie alle zur Verbesserung der Lebensqualität auf der Veddel beitragen.

K. Veringkanal – die Transformation eines Raumes

1. Ausgangslage

Der Veringkanal bildet seit knapp 120 Jahren den Übergangsraum von Wohnen – Gewerbe – Hafen. In den vergangenen Jahrzehnten prägten ökonomische Nutzungsänderungen diesen Raum: Vom einstigen Industriekanal, an dem beidseits Fabriken wie die Zinnwerke produzierten, wandelte sich der Kanal zu einer deutlich vielschichtigen Nutzung. Nicht zuletzt durch die qualitative Aufwertung des östlichen Weges entlang des Kanals durch das von Bund und EU geförderte Programm Stadtumbau West & b-sure wurde die Aufenthaltsqualität deutlich gesteigert. Der Sanitaspark wurde von einem dunklen, feuchten Ort zu einer beliebten Grünanlage, die wiedererrichtete Brücke am Krankenhaus Groß-Sand verknüpft alte Wegebeziehungen Richtung Alte Schleuse und der Interkulturelle Garten entstand als ein sozialer Gegenentwurf zu traditionellen Kleingärten. Zahlreiche Bildungsträger siedelten sich am Kanal an, ob nun im Veringhof aus den 90er Jahren oder in historischen Werken wie an der Industriestraße.

Der Ausbau des Kultur- und Kommunikationszentrums Honigfabrik mit Ateliers und Wasserliegeplätzen für verschiedene Nutzungen (Freie Schule für Gestaltung, Kunstschute Maknete), die Realisierung des Atelierhauses 23 im ehemaligen Merkel-Betriebsgebäude im Zuge der IBA Hamburg, die Besiedelung der ehemaligen Zinnwerke durch Akteure der Kreativökonomie und die Nutzung der sog. Soulkitchenhalle als nicht-kommerzieller Kulturort zeigen die Dynamik der Veränderung und Wiederentdeckung des Kanals.

1928 : Blick von Norden bei einem Brand. Links vermutlich Teile der damaligen Zinnwerke

Die Beurteilung der Lagegunst hat sich geändert, der Veringkanal wird nun mehr als stadtentwicklungspolitisches Kleinod gesehen, als nur dreckiges Wasser und Stellplatz für Lkw, Reifenhalden und Container.

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Der Kanal und viele benachbarte Flächen harren weiterhin einer Sanierung. Und obgleich im Sommer dort auch geschwommen wird, ist es dennoch derzeit nicht ratsam, dieses zu tun – Wenngleich dies langfristig die Vision aufzeigt von einem Kanal, der Badewasserqualität hat und zu vielfältigen Freizeitvergnügen einlädt.

Feiern am Kanal

Spätestens seit der intentionalen Entwurfswerkstatt „Sprung über die Elbe“ vor knapp 10 Jahren, auf der auch visionäre Entwicklungsszenarien ersonnen wurden, ist dieser Raum auf der Agenda von Politik, Verwaltung und Planern. Damals wurde allerdings noch ein deutlich weiterer Bogen gespannt: Alles östlich des Reiherstiegs bis zur Wohnbebauung entlang der Veringstraße stand auf dem Prüfstand. Neue, umwelt- und nachbarschaftsfreundliche Industrie und Gewerbe, ein großer Deichpark und Wohnlandschaften entlang auch neuer Wasserwege waren dabei tragende Elemente.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass im Rahmen des Perspektiven!-Prozesses sich Menschen zusammengefunden haben, um daran anknüpfend die Zukunft dieses spannenden Raumes zu denken. Forciert wird dies durch die Debatte, inwieweit der Veringkanal sich aufgrund der Häufung der vielgestaltigen kulturellen Nutzungen an den Ufern zu einem „Kulturkanal“ entwickeln kann. Und dass es in einer breit angelegten Kampagne gelang, die Errichtung der Opernwerkstätten zulasten der entstandenen ökonomischen und sozialen Kultur zu verhindern, zeugt davon, das großvolumige Planungen von oben keine Chance auf Realisierung haben.

So kamen im März 2014 über 30 Interessierte, Anrainer und Ideenträger zusammen, um zu beratschlagen, ob und wie in Zukunft mit diesem Raum umgegangen werden kann. In der Diskussion und einem Nachfolgetreffen in kleiner Runde ergaben sich Leitlinien, die im Folgenden dargestellt werden.

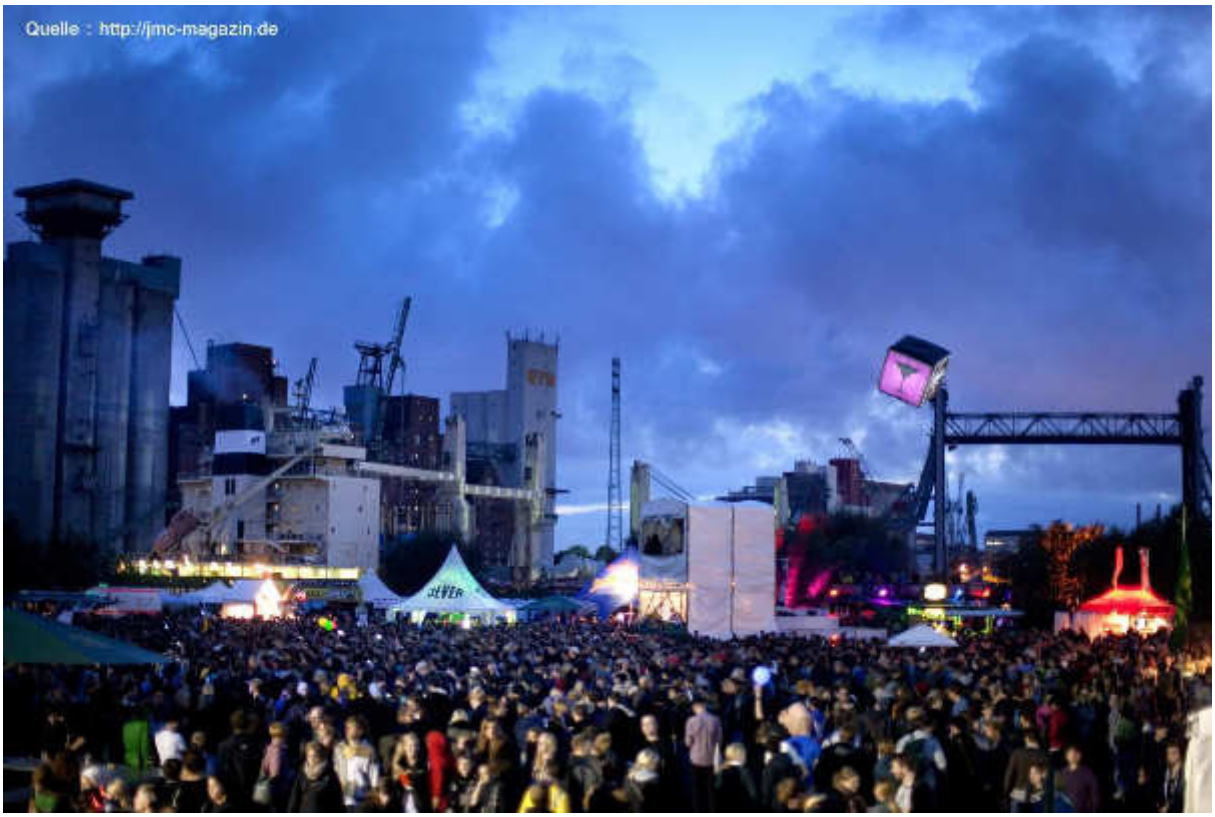
2. Nutzungsvielfalt – Spiegelbild einer sich ändernden Stadtgesellschaft und Ökonomie

Die Bandbreite der Nutzungen ist groß. Hier eine kleine Auswahl :

- Freizeit (z.B. Grillen, Fußball, Spielen mit Kindern, Tanzkurse in Hofa und Tanzstudio Scheinwerfer, Fitness-Oase),
- Naherholung und Sport (z.B. Joggen, Chillen, Gärtnern, Sauna, jonglieren, paddeln & flößen, musizieren und feiern)
- Bildung (z.B. Freie Schule für Gestaltung, Freie Schule Hamburg e.V., Ausbildungswerkstätten der BI, Angebote von SBB, Kita Kiddies Oase am Sanitaspark)
- Gesundheit (kath. Krankenhaus Groß-Sand, Geriatriezentrum, Reha)
- kreative Produktion (z.B. Textil Co-Working Space Stoffdeck, Siebdruck in der Hofa, Ateliers in der „KünstlerCommunity“, Werkstätten, Proberäume und Studios Puhst-Hof)
- Kreativwirtschaft (z.B. Film und Kulturformate durch „Hirn&Wanst“, Webdesign/Marketing, Dienstleister für Veranstaltungstechnik)

- Gastronomie (Café Pause in der Honigfabrik, Bar Tonne)
- Präsentation kulturellen Schaffens – Musik, Kunst, Theater etc. (z.B. Honigfabrik, Soulkitchenhalle, Dockville, Tonne)
- Sicherung kulturellen Erbes und Geschichte (z.B. Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg & Hafen > u.a. „Pfad der Entdeckungen“, Bootsbauwerkstatt Honigfabrik, denkmalgeschützte Veringkanalschleuse, Wasserturm...)
- temporäres Wohnen und Architektur: Dockville Zeltplatz und Kunstcamp
- gewerbliche Dienstleister (z.B. industrieller Vollsortimenter für Werkzeug u.v.m. Otto Meyer, Container Trucking Meyrose, Hellmann Logistic, Baustraßen Wittrock)
- handwerkorientiertes Gewerbe (z.B. Autohandel und Reparatur)
- industrielle Produktion (z.B. Nordische Ölwerke)
- gewerbliche Lagerung und Verwertung (z.B. von Altreifen)
- Hafenbezogene Nutzungen (z.B. großflächige Containerlager)

Die Nutzungsintensität der Angebote, die die Wohnbevölkerung wahrnehmen kann, ist hoch. Nicht ungewöhnlich sind bei gutem Wetter über 200 Personen zeitgleich im Sanitaspark und Indoor-Kulturangebote wurden von weit mehr als 20.000 Personen im Jahr wahrgenommen. Eine vergleichbare Zahl an Musik- und Kunstliebhabern besuchte Dockville und das Kunstcamp.



Jedes Jahr im August : Dockville Höhepunkt

An einigen Punkten zeigt sich die immanente Verzahnung von Sektoren. So kann man z.B. die Textilwerkstatt „Stoffdeck“ nicht nur dem produzierenden Sektor zuordnen, sondern auch dem kreativwirtschaftlichen Bereich. Oder auch die Zunderbüchse – die mobile Saune mit aktuellem Standort an den Zinnwerken. Dies ist natürlich auch eine Sauna, doch auch viel mehr: die Möglichkeit, aktiv und mit wenig Aufwand von Seiten der Zivilgesellschaft auf den Wegfall der Sauna im neuen Schwimmbad Wilhelmsburg zu reagieren. Diese konkrete Intervention zeigt, dass die Sphären Kunst – Freizeit – Politik miteinander eng in Verbindung stehen und Engagement

Einzelner das Zeug hat, gemeinschaftlich erkannten Missständen abzuhelfen und einen gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, der zudem mehr als nur den vor Ort Wohnenden zugutekommt.

Der Betrachtungsraum Veringkanal schließt ausdrücklich auch den Süden bis zum Reiherstieg ein. Unstrittig erscheint, dass das weit über Hamburg hinaus bekannte und etablierte Dockville Festival dauerhaft zu sichern ist. Die Ausdehnung von Nutzungszeiträumen und die Zugänglichmachung und Nutzung der Freiflächen außerhalb der Kernbetriebszeit können zur Entlastung von intensiv genutzten Räumen wie dem Sanitaspark beitragen und mehr Menschen mehr Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bieten. Vor diesem Hintergrund wird eine maßlose Überplanung der ehem. Pkw-Stellplätze (geschaffen für die IGS an der Wollkämmerei) und Verwendung als Hafenbetriebsfläche kritisch gesehen.

„Reiherstiegpark“ Sommer 2003

„Reiherstiegpark“ Frühjahr 2014

Auch die 3 Jahre der Nutzung der Soulkitchenhalle durch aktive Menschen aus dem Stadtteil machen deutlich, dass monofunktionale Zuweisung einzelner Orte und Objekte am Kanal nicht zeitgemäß ist: Dort wurden Kunst und Kultur produziert und präsentiert und Geselligkeit, Eigenengagement und Kommunikation täglich gelebt. Über 30.000 Besucher genossen den Charme eines Ortes, der stetig in Veränderung war und viele Freiheiten ließ – ohne finanzielles Dazutun der Stadt. Die Stadt war einzig Nutznießer, weil Wilhelmsburg in dieser Zeit endlich einen überregional bekannten Ort mit sprühender Kreativität hatte – abseits von ökonomischen Verwertungsinteressen. Nach Schließung vor einem Jahr wird solch ein Ort von Vielen

vermisst.[114] Noch besteht die Chance, dort zusammen mit wesentlichen Anliegern und Akteuren aus der Wirtschaft und Gesellschaft einen Ort wieder zu etablieren, der moderne Co-Working-Arbeitsplätze mit Flair, einen „forschenden Salon“ mit Schwerpunkt auf sustainable urban logistic, einen Ort zur Pflege des interdisziplinären kulturellen Austausches und innovative Freiraumnutzung bietet. Dies wäre ein Gewinn für den Stadtteil, förderlich für die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige und würde zeigen, wie Nutzungsdurchmischung auch verstanden werden kann.

Kanal Höhe Soulkitchenhalle / Frühjahr 2014

Kultur, Naherholung, Bildung und Produktion können die tragenden Elemente einer zukunftsweisenden Entwicklung des Veringkanals sein und dazu beitragen, eine „Versöhnung“ des Wohngebietes Reiherstiegviertel mit der westlichen Flanke zum Hafen zu erreichen. Dabei kann an das Leitthema „Metrozone“ der IBA angeknüpft werden. Das Gebiet entlang des Veringkanals kann zu einem Modell für kooperative Planung und Qualifizierung von Wohn-, Freizeit-, Grün-, Gewerbe- und Industrieflächen werden.

3. Potenzialanalyse Veringkanal – ein erster Schritt[115]

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat dankenswerterweise die geänderten Nutzungen des Ortes wahrgenommen und durch das Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt / Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung eine Potenzialanalyse „Kulturkanal“ Veringkanal erstellen lassen, die in der Sitzung des Stadtplanungsausschuss des Bezirks Hamburg-Mitte am 04.12.2013 vorgestellt wurde.

[114] s.a. Kapitel D. Kultur, 2.

[115] vgl. Kapitel N. Wohnen, 3.3.5

Leitgedanke der Analyse war:

- Bestehende Kultur- und Kreativwirtschaft soll erhalten und gestärkt werden („Kulturkanal“).
- Die vorhandenen wichtigen Gewerbe- und Industriebetriebe sind ebenfalls zu sichern und deren Entwicklungsperspektiven in die Gesamtplanung einzubeziehen.
- Gemengelagen und heute bestehende Zielkonflikte sind in den weiteren Planungsprozess konzeptionell einzubeziehen.

Nach der Bestandsaufnahme wurden drei Entwicklungsszenarien dargestellt:

- „Null-Option“ – Sicherung der bereits vorhandenen Kultur- und Kreativwirtschaft
- Szenario 1 – Ermittlung weiterer Potenzialfläche auf Grundlage des geltenden Planungsrechts
- Szenario 2 – Darstellung möglicher Potenzialerweiterungen durch Änderung des geltenden Planungsrechts

Dabei wurde festgehalten, dass das derzeit geltende Planungsrecht östlich des Veringkanals grundsätzlich eine Erweiterung kultureller und kreativ-gewerblicher Nutzungen mit Gebäude- und Flächenpotenzialen ganz überwiegend ermöglicht. Der Ansatz „Die bestehenden Industrie- und Gewerbenutzungen sollen gesichert und ein konfliktfreies Nebeneinander mit den kulturell/kreativen Nutzungen ermöglicht werden“ ist verständlich, doch müssen sie vor dem Hintergrund gestiegener Ansprüche an das Wohnumfeld und die Umweltqualität auf den Prüfstand gestellt werden. Ein Ausufern von Containerlagern, störende Emittenten oder Schwerlastverkehr produzierende Gewerbeansiedungen sind der Bevölkerung nur schwer vermittelbar. Und dass ein Containerlager und Reparaturbetrieb in nächster Nähe zu einem Krankenhaus deplatziert ist, bedarf wahrscheinlich keiner weiteren Ausführung. Auch die Geruchsbelästigungen durch die Nordischen Ölwerke sind ein schwerwiegendes Manko bei der Sicherung eines attraktiven Wohnquartiers.[116] Natürlich geht es auch immer um den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Ausbau gewerblicher Aktivität. Beides miteinander zu ermöglichen ist die Aufgabe der kommenden Jahre.

Vor über 100 Jahren : Wiesen, Industrie, Wohnen

[116] s.a. Kapitel N. Wohnen, 3.2.1

Unmöglich scheint dies nicht zu sein. So können z.B. auf den Flächen des ehemaligen igs-Busparkplatzes Flächen für Gewerbetreibende geschaffen werden, um etwaige Verlagerungswünsche vom Veringkanal und langfristige Investitionssicherheit zu befördern, um Flächen für eine Entwicklung zu mobilisieren, die insbesondere an der östlichen Kanalseite denkbar ist, nämlich die Forcierung einer gewerblichen Nutzung, die flächensparsam, wohnverträglich und im besten Fall auch dem Gemeinwohl dienlich ist.

Der ehemalige igs-Bussparkplatz : Nur wieder ein weiterer Lkw-Stellplatz? Werktags stehen über 50 Lkw & Trailer abends auf diesem Platz.

Da gemäß § 8 und 9 der Baunutzungsverordnung – BauNVO ausnahmsweise auch Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke zugelassen werden können, besteht womöglich bei Anwendung dieser Möglichkeit nicht die Notwendigkeit, das geltende Planrecht zu ändern. Die strikte Haltung des Bezirksamts Hamburg-Mitte / Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt / Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, das westlich des Veringkanals kulturelle Nutzungen nur denkbar sind, wenn das bestehende Planungsrecht geändert wird, ist daher nicht nachvollziehbar. Dass betroffene Grundeigentümer bei Änderungen des Planrechts frühzeitig in die Beratungen involviert werden müssen, versteht sich von selbst.

Die Aussage in der Potenzialanalyse – „Zwischenzeitlich deutliche Bestandserweiterungen. Diese führen zu einer Konkurrenz der Standorte (beispielsweise Veringhöfe, HaGG-Gewerbehof, Puhst-Hof, Weltgewerbehof) untereinander. Zukünftige Entwicklungen müssen diese heutigen Rahmenbedingungen berücksichtigen“ – gilt es genauer zu betrachten. Der KünstlerCommunity – nun „Atelierhaus 23“ – gelang es binnen weniger Monate, eine Vollvermietung der über 40 Ateliers und Werkstätten zu erreichen, wohingegen die Vollvermietung im ehemaligen HaGG Gewerbehof auf sich warten lässt. Stellt sich die Frage, warum: vielleicht weil die Mietkonditionen insbesondere für Unternehmensgründer nicht attraktiv sind (Mietpreis) oder weil sich Arbeitszeiten und Kundenorientierung geändert haben. Werk- und Arbeitsräume dienen nicht mehr nur der Produktion, sondern auch der Präsentation und Kommunikation. Und für viele fängt Nachmittags erst die Phase produktiven Schaffens an. Zu prüfen wäre, ob durch bauliche Veränderungen (Zugang auch von Süden/Norden) und Neuzuschnitt der Freiflächen (Reduktion der umzäunten, geschützten Bereiche) eine größere Nutzungsvielfalt ermöglicht werden kann.

„Eine Wohnnutzung muss entlang des Veringkanals ausgeschlossen werden“. Tatsächlich lässt das geltende Planungsrecht dieses aktuell nicht zu. Doch ist dies nicht für alle Ewigkeit in Stein gemeißelt und der technologische Fortschritt kann dazu beitragen, eine Vereinbarkeit verschie-

denen Nutzungen zu bewirken. Spätestens das postfossile Zeitalter wird den kompletten Transportsektor verändern. Automatisierung und neue (städtische) Logistikkonzepte werden ebenfalls Auswirkungen haben. Und ob die Lagerung und das Umpacken von Containern innerhalb von Hamburgs Stadtgrenzen ein zukunftsweisendes Modell ist, steht zu mindestens zur Disposition. Auch kann zwischen Gerd-Schwämmle-Weg und dem Krankenhaus begonnen werden, über die Nachverdichtung der gewerblich geprägten Hinterhöfe mit Wohngebäuden nachzudenken.

Containerlager und Gewerbe im Süden

4. Ausblick : kooperativ Veränderungen denken und einleiten

Die Potenzialanalyse dient als Basis von Erörterungen im weiteren Verfahren. Hiermit sei nunmehr angefangen, auch wenn von Seiten des Bezirks ein koordiniertes Verfahren derzeit nicht erkennbar ist. In informellen Treffen lernen sich „die Kanalarbeiter“ kennen, tauschen sich aus und entwickeln Verständnis für Wünsche und Sachzwänge. Die Stadt und der Bezirk wären gut beraten, diese „Strukturen“ zu fördern und sich mit einer Beplanung aus den Amtsstuben zurückzuhalten.

Bei den Beratungen der Gruppe kristallisierte sich heraus, dass die oben beschriebene Nutzungsvielfalt entlang des Kanals Chance und Herausforderung ist. **Eine Beplanung und qualitative Weiterentwicklung des Raumes kann nur mit allen Anrainern, Grundstückseigentümern, Nutzern und Nutzungsinteressierten erfolgen.** Insbesondere der Stadt, vertreten durch die Liegenschaft und Sprinkenhof AG, fällt durch großflächiges Grundstückseigentum eine besondere Verantwortung zu. Ob allerdings die Teilung der Verantwortung (auf der einen Seite die Stadt, auf der anderen Seite die städtische Sprinkenhof AG) auf Dauer zielführend ist oder ob dieser Zustand nicht Teil des Problems ist, steht zur Diskussion. Es darf daher auch darüber nachgedacht werden, ob eine Zusammenführung der Flächen unter einem Regime, das sich verstärkt der Kooperation und Entwicklung verpflichtet sieht, nicht sinnvoller wäre.

Die industrielle Hinterlassenschaft birgt auch mögliche Bodenkontaminierungen, die ggf. Sanierungen notwendig machen. Nach Möglichkeit sollten diese aber behutsam vorgenommen werden, um noch bestehende (bauliche) Strukturen, die einer Neunutzung harren (Ex-Lidl, Hallen der Zinnwerke, Soulkitchenhalle) nicht unnötig zu beseitigen und damit den Charme des Kanals als Standort früherer industrieller Produktion zu zerstören.

In Gesprächen der aktuellen Anrainer und Nutzer zeigte sich, dass eine große Offenheit besteht, die einzelnen Wünsche und Nutzungsansprüche anzuerkennen. Verständnis füreinander ist der erste Schritt zu einer kooperativen Entwicklung dieses Raums. Ein Verfahren, das maßgeblich mit den Akteuren vor Ort Entwicklungsszenarien und Umsetzungsstrategien beschreibt, kann als ein gutes Beispiel für gemeinschaftliche Planung sein, bei der die Stadt sich eher zurückhält und die Aktiven erst einmal machen lässt. Vielleicht können auf diesem Wege auch Lösungen für Nutzungskonflikte gefunden werden, auf die die Stadt, würde sie alleine planen, so nicht kommen würde.

Zusammengefasst von Mathias Lintl

Die historischen Aufnahmen wurden von der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg & Hafen zur Verfügung gestellt. Andere Fotos: Privat

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Perspektiven für den Bereich Veringkanal“ hat sich auf Initiative von Perspektiven-Teilnehmern am 11. März 2014 getroffen. Von den Anwesenden haben sich in die Teilnehmerliste 31 Personen, davon 7 Frauen, eingetragen. Beim Treffen wurde eine Redaktionsgruppe bestimmt, die das Ergebnis ausgearbeitet hat.

L. Verkehr

1. Vorbemerkung

Es geht uns vor allem um den innerstädtischen Verkehr. Das bisherige Verkehrskonzept einer autogerechten Stadt, das dem Auto den Vorrang auf den Straßen einräumt und Fußgänger und Fahrradfahrer an den Straßenrand verbannt, soll zugunsten eines Konzeptes überwunden werden, in dem Fußgänger, Fahrradfahrer und Autoverkehr gleichberechtigt sind.

2. Defizite

- -Der Autoverkehr verstopft zunehmend die Straßen.
- -Kaum noch Parkplätze zu finden
- -Abgas- und Lärmbelästigung für die Anwohner steigt
- -Fahrradwege auf den Bürgersteigen: Radfahrer und Fußgänger behindern sich gegenseitig. Dazu sind die Fahrradwege oft in schlechtem Zustand (u.a. durch sich hebende Wurzeln der Bäume)
- -Unfallgefahr für Radfahrer an Kreuzungen durch rechts abbiegende Autos.
- -Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zur Schule oder in den Kindergarten. Keine Erziehung zur Selbständigkeit. Staus vor den Kitas
- Zu wenig oder unzureichende Abstellplätze oder Aufbewahrungsräume für Fahrräder in Wohnblocks und vor Geschäften und Einrichtungen
- Defizite des ÖPNV: Überlastung der Busse und S-Bahnen bei Berufsverkehr (vor allem die Linien S3/31 und Bus 13 und 154[117]
- Fähre an der Erst-August-Schleuse fährt nur an Wochentagen. Ist mit dem ÖPNV schlecht verbunden

3. Potenziale

- Das Radverkehrskonzept für Wilhelmsburg[118], das neben ausgewiesenen Velo- und Bezirksrouten die Verlegung des Radverkehrs auf die Straße bei einer Temporeduzierung auf 30km/h vorsieht. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag im Sinne eines gleichberechtigten Verkehrskonzeptes.[119] Mehr Verkehrsteilnehmer würden auf das Fahrrad umsteigen. Die Straßen würden vom Verkehr entlastet. Eltern könnten ihre Kinder zu Fuß oder per Fahrrad zur Schule oder in die Kita schicken.

Wilhelmsburg soll Modellstadt für den Fahrradverkehr werden!! – so die Ansage des Senats.

- Ein weiteres Konzept: shared space. Hier ist ein Mischverkehr von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern für bestimmte Plätze oder Straßenabschnitte vorgesehen.
- Zwei Fahrradwerkstätten
- Der Verein „Fahrradstadt Wilhelmsburg e.V.“

---

[117] s.a. Kapitel N. Wohnen, 3.2.4 und Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.7, 3.2.6

[118] s. Anhang L.1; beschlossen seit zwei Jahren

[119] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt III Nr. 18

4. Lösungsansätze

- Zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes müsste die Stadt mehr Mittel und Personal zur Verfügung stellen. Andre Städte (z.B. München) handeln hier sehr viel entschlossener.[120]
- Umsetzung des Konzepts einer Werbung zum Umstieg auf das Fahrrad (wurde bereits ausgearbeitet).
- Planung eines jährlichen Fahrradfestes („Insel auf zwei Rädern“)
- Mehr polizeiliche Kontrollen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer
- Freigabe der Busspur über die Veddeler Elbbrücke für Radfahrer
- Keine Maut für die Fahrradnutzung des alten Elbtunnels!
- Infrastruktur Fahrradreparatur stärken. Fahrradstation mit Fahrradverleih an der bisherigen Zollstation Ernst-August-Kanal einrichten. Wilhelmsburgbesucher, die mit der Fähre kommen, sollten sich dort ein Fahrrad leihen können.
- Fahrradverleihsystem insgesamt weiter ausbauen
- Bessere – oder überhaupt – Fahrradständer vor Geschäften und Einrichtungen (z.B. Bürgerhaus , Rathaus, Sportplätze und Kirchen) aufstellen
- Fahrstuhl am Bahnhof Veddel (Ausgang Nord) einrichten

[120] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 zweiter Spiegelstrich

4.1 Für den Bus- und Lkw-Verkehr:

- Verstärkung des ÖPNV[121]
- Verringerung der Wartezeiten am S-Bahnhof Veddel
- Einbeziehung der Elbinseln in den innerstädtischen HVV-Tarif
- Besseres Leitsystem für Fernfahrer, damit sie sich nicht auf Nebenstraßen verirren.[122]
- Ausweisung von Parkplätzen für Fernfahrer mit entsprechenden sanitären Einrichtungen und Abfalltonnen.
- Keine Autobahn durch Wilhelmsburg![123] Wenn Verlegung der Reichsstraße, dann als Bundesstraße mit Tempo 50 km/h
- Verhinderung der Autobahnquerverbindung im Süden der Elbinsel
- Fahrverbot für Fernlaster auf der Georg-Wilhelm-Straße. Die Ampel allein, die den Verkehr über den Pollhorner Weg ableitet, reicht nicht

4.2 Intensivere Nutzung der Wasserwege

- Fähranleger Dockville erhalten!
- Fährverbindung Ernst-August-Schleuse auch am Wochenende und Feiertagen offen halten!
- Alternative Verkehrskonzepte auf dem Wasser entwickeln (Wassertaxi)[124]

4.3 Im Wohnbereich

- Aufbewahrungsräume für Fahrräder schaffen
- Vermieter sollten Carsharing anbieten, um Stellplätze für Autos einzusparen – s. Carsharing-Modell der SAGA.

5. Maßnahmen

- Forderung nach baldiger Umsetzung der schon beschlossenen Konzepte aufrecht erhalten! Gespräch mit bestimmten Vertretern der Behörde oder der Parteien suchen
- Aktuelle Defizite sammeln und der Behörde melden (z.B. Gefahren an bestimmten Kreuzung auf dem Loop, lange Wartezeiten an Ampeln)
- Online Dialog-Portal einrichten, um mit der Behörde über aktuelle Mängel zu kommunizieren[125]

6. Synergien und Konflikte

6.1 Synergien:

Mit der Gruppe Wohnen: Bewohner vom Straßenlärm und Abgasen entlasten! (Neuplanung der Harburger Chaussee – Verlegung der Straße zum Deich hin und Schutz der Wohnungen durch Fahrradstraße und Grünstreifen)

Mit der Gruppe Miteinander leben: Gemeinsame Planung eines Fahrradfestes

---

[121] s.a. Kapitel J. Veddel, 4.3.2 und s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 dritter Spiegelstrich

[122] s.a. Kapitel M. Wirtschaft, 6.2

[123] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.6 vierter und fünfter Spiegelstrich

[124] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 4. Nr.1

[125] s.a. Anhang H. 1

Mit der Gruppe Sport: Sport und Fahrrad fördern die Gesundheit. Sportstätten sollten besser mit dem Fahrrad erreichbar sein.

6.2 Konflikte:

Konflikt um Parkplätze, wenn sie zugunsten des Fahrradverkehrs abgebaut werden (s. Planung Veringstraße)

Hildebrand Henatsch

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Verkehr – Auto, Fahrrad und öffentlicher Nahverkehr“ hat sich seit dem 23. Oktober 2013 zehn Mal getroffen. Insgesamt waren an der Themengruppe 32 Personen beteiligt, davon 13 Frauen. Die Gruppe tagte zum Schluss in kleiner Gruppe von zwei bis fünf Teilnehmern.

Behördenbeteiligung: Im Februar gab es ein Gespräch mit einem Vertreter von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sowie mit einer Vertreterin vom Bezirk Hamburg-Mitte zum Thema "Fahrradverkehr auf den Elbinseln" und ein Gespräch mit einer Vertreterin des LSBG zur Verkehrsentwicklung in der Nachverlegungszeit.

M. Wirtschaft

1. Zentrale Aussage:

- Bestandsschutz und Sicherung der weiteren Entwicklungsmöglichkeit der auf den Elbinseln ansässigen Unternehmen und ihrer gewerblichen Tätigkeit
- Schaffung von attraktiven und vor allem international wettbewerbsfähigen Standortbedingungen für Unternehmen, damit Sicherung von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Wohlstand auf den Elbinseln

2. AUSGANGSLAGE

Die Elbinseln sind durch eine Mischung extrem gegensätzlicher Nutzungen gekennzeichnet. Diese reichen von weitläufigen Hafen-, Industrie- und Landwirtschaftsflächen bis hin zu Wohnquartieren. Bereits vor mehr als hundert Jahren haben sich zahlreiche Unternehmen auf den Elbinseln angesiedelt, die direkt, aber auch indirekt mit dem Umschlag im Hamburger Hafen verbunden sind. Viele der Unternehmen wurden nach der Sturmflutkatastrophe von 1962 mit dem Versprechen eines langfristig gesicherten Standortes vor allem im Wilhelmsburger Westen angesiedelt. Insbesondere auf Flächen am seeschifftiefen Wasser, wie beispielsweise auf dem Kleinen Grasbrook, Steinwerder oder am südlichen Reiherstieg, sind zahlreiche Unternehmen ansässig, die auf den Umschlag von Seegütern und Waren unterschiedlichster Art spezialisiert sind. Dabei bilden das Laden und Löschen von Seeschiffen nur einen Teil der Logistikkette ab, denn daran schließen sich zahlreiche weitere Dienstleistungen an, zum Beispiel Lagerung, Veredelung, Kommissionierung und Distribution per Lkw, Bahn oder Binnenschiff.

Die Unternehmen investieren regelmäßig und dauerhaft in ihre Anlagen, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und zahlen Steuern. Damit sind sie ein wichtiger Bestandteil von Wilhelmsburg und Veddel und prägen die Entwicklung der Elbinseln. Darüber hinaus gehören zahlreiche Flächen der Elbinseln zum Hafengebiet und unterstehen damit planungsrechtlich der Hamburg Port Authority (HPA). Im Hafengebiet gilt das Hafenentwicklungsgesetz, welches die Entwicklung des Hamburger Hafens als Universalhafen regelt. Darüber hinaus ist dort verankert, dass das Hafengebiet für Hafenzwecke bestimmt und damit Gegenstand einer Sonderplanung im Sinne des § 5 Absatz 4 Baugesetzbuch – BauGB ist.

Es ist höchste Zeit, sich die Frage nach den Folgen der verschiedenen städtebaulichen Planungen auf den Elbinseln und den damit verbundenen Einschränkungen der Betriebe und für die Beschäftigten zu stellen.

3. Defizite

3.1 Flächennutzung

Die Nähe zum Wasser, zur Innenstadt und die gute verkehrliche Anbindung der Elbinseln wecken bei verschiedenen Akteuren – insbesondere beim Oberbaudirektor Prof. Walter und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie bestimmten Wilhelmsburger Aktivisten – Begehrlichkeiten und Visionen, scheinbar freie Flächen in unmittelbarer Nähe von Gewerbeflächen durch Wohnungsbau zu verdichten. In Wahrheit befinden sich diese Flächen z.B. in der Störfallzone eines Störfallbetriebes (etwa die Georg-Wilhelm-Höfe) oder sind in anderer Weise planungsbefangen. Hafenbetrieb, Industrieproduktion und Logistikunternehmen erzeugen zwangsläufig Lärm-, Licht- und Geruchsemissionen. Hinzu kommt, dass in diesen Betrieben

i.d.R. rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche gearbeitet wird, was Emissionen auch in den Nachtstunden zur Folge hat. Bei einer räumlichen Annäherung von Gewerbe und Wohnen sind deshalb Konflikte vorprogrammiert. Dies ist offensichtlich und setzt von Anfang an bei stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen einen zu respektierenden Rahmen voraus. Da der Hafen im Herzen der Freien und Hansestadt Hamburg liegt, sind geeignete und adäquate Ausweichflächen nicht vorhanden. Flächen am seeschifftiefen Wasser sind für die Hafenunternehmen aber für den wasserseitigen Umschlag unentbehrlich, d.h. die Unternehmen sind an den jetzigen Standort gebunden und können nicht umgesiedelt werden.

Bereits die in der Öffentlichkeit diskutierte etwaige Verlagerung von Gewerbebetrieben führt bei den betroffenen Unternehmensführungen, bei den Beschäftigten, aber auch bei den Kunden zu Irritation und Verunsicherung mit womöglich irreversiblen Folgen. Teilweise haben die Unternehmen noch nicht einmal Kenntnis von den Planungsabsichten und erfahren dies erst aus den Medien.[126] Verunsicherung ist keine optimale Voraussetzung für unternehmerische Aktivitäten und für weitere Investitionen in den Wirtschaftsstandort. Die Unternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit und dies über Jahrzehnte!

Einerseits werden auf den Elbinseln Gewerbe- und Industrieflächen überplant und es wird eine gewisse „Flexibilität“ von den Unternehmen erwartet, andererseits werden mit der Ausweisung eines 720 ha großen Landschaftsschutzgebietes „Wilhelmsburger Elbinsel“ im Osten der Wilhelmsburger Elbinsel Fakten geschaffen, die kaum reversibel sind. Damit wurde mitten im Planungsprozess ein Planungsrecht geschaffen, wodurch diese Flächen dem Wohnungsneubau entzogen werden, weil dort Wohnen (wie auch in Gewerbe- und Industriegebieten) nicht zulässig ist.

3.2 Verkehr

Ferner sind die Elbinseln auch durch große Verkehrsinfrastrukturachsen geprägt – die Autobahnen A1 und A7, die (noch) zentral in Nord-Süd-Richtung verlaufende Wilhelmsburger Reichsstraße B4/75 sowie die parallel verlaufenden Bahntrassen. Die Elbinseln haben somit einen sehr guten Anschluss an das überregionale Straßen- und Schienenverkehrsnetz. Es liegt allerdings keineswegs im Interesse der Unternehmen, dass Lkw durch Wohngebiete fahren. Leider fehlt es im Hafen selbst und auf dem Weg zu den Autobahnen an Alternativrouten für den Lkw-Verkehr, sodass sich der Verkehr bei Störungen im Verkehrsablauf oder Sperrungen von Straßen seinen Weg sucht.[127] Hier gilt es, durch eine intelligente Führung und Bündelung von Verkehr Lösungen zu finden.

4. Potenziale

4.1 Flächennutzung

Der Hafen Hamburg hat nicht nur für die Freie und Hansestadt Hamburg insgesamt eine hohe Bedeutung für Beschäftigung (rund 133.000 hafenabhängige Arbeitsplätze) und Steuereinnahmen (jährlich rund 750 Mio. Euro), sondern die ansässigen Betriebe sind auch für die Elbinseln das Rückgrat des lokalen Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Die in diesem Bereich der Stadt angesiedelten Hafen- und Industrieunternehmen beschäftigten viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in Wilhelmsburg oder auf der Veddel wohnen. Deshalb spielen die ortsansässigen

[126] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 3.

[127] s.a. Kapitel J. Veddel, 5.2 letzter Absatz mit Fotos

Unternehmen und Betriebe für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Wilhelmsburg/Veddel eine große Rolle. Vor diesem Hintergrund muss einer Standortpolitik im Sinne der Unternehmen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Damit Hamburg einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte und ein wichtiges industrielles Zentrum bleibt, müssen die Unternehmen wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen vorfinden und nicht zuletzt auch geeignete Gewerbeflächen.

Diese vorhandene und gelebte Mischung von Wohnen und Gewerbe sorgte bislang dafür, dass der Wohnraum auf den Elbinseln bezahlbar blieb und sich kein sozioökonomischer Strukturwandel vollzog. Eine Entwicklung in Wilhelmsburg und auf der Veddel zu einem Luxusquartier mit steigenden Mietpreisen ist weder im Interesse der ansässigen Unternehmen noch kann es im Interesse der dort lebenden Bevölkerung sein.

4.2 Verkehr

Die Elbinseln sind sehr gut an die Autobahnen A1 und A7 und somit an das überregionale Straßennetz angeschlossen. Dies ist für den landseitigen Seehafenhinterlandverkehr von enormer Bedeutung, da der Zu- und Abfluss zum Hafen sehr schnell und auf kurzem Weg erfolgen kann. Darüber hinaus ist die sehr gute Bahnanbindung ein besonderes Qualitätsmerkmal des Hafens. Der Hamburger Hafen wird aufgrund seines überdurchschnittlichen Bahn-Anteils im Seehafenhinterlandverkehr als „Eisenbahn-Hub“ bezeichnet. Es ist erklärtes Ziel, den Bahnanteil im Vergleich zum Lkw sukzessive zu erhöhen.

5. Lösungsansätze

5.1 Flächennutzung

In Wilhelmsburg und auf der Veddel sind zahlreiche Unternehmen angesiedelt, die hafen- und logistikbezogene Dienstleistungen wie Transport, Lagerei und Großhandel anbieten. Hinzu kommen zahlreiche große Industrieunternehmen. Die hohe Dichte von Unternehmen in der Nachbarschaft zu Wohngebieten führt zwangsläufig in Teilbereichen zu einer Belastung der Bevölkerung durch Verkehrslärm, Schall-, Schadstoff- und Geruchsemissionen. Bei einer künftigen städtebaulichen Entwicklung der Elbinseln muss dies berücksichtigt werden. Neues Konfliktpotenzial durch Wohnungsbau darf nicht geschaffen werden. Eine Verlagerung von Unternehmen aufgrund fehlender adäquater Ausweichflächen oder Einschränkung des Betriebes durch höhere Auflagen wird abgelehnt. Vielmehr sollte versucht werden, diesen Nutzungskonflikt von Beginn an zu vermeiden und entsprechende „Puffer“, d.h. einen räumlichen Übergang zwischen Wohnen und Gewerbe, zu schaffen.

Darüber hinaus gehören einige Flächen zum Hafengebiet und unterliegen damit der Zuständigkeit der Hamburg Port Authority (HPA). Die Hafengebietsgrenze ist bei der weiteren Planung uneingeschränkt anzuerkennen.[128]

5.2 Verkehr

Eine Belastung von Wohngebieten durch Lkw-Verkehr ist zu vermeiden. Hier sind die zuständigen Behörden aufgefordert, nach akzeptablen Lösungen zu suchen, wie dies durch Aus-, Um- oder Neubaumaßnahmen von Straßen und Kreuzungsbereichen sowie durch intelligente Verkehrslenkung vermieden werden kann. Allerdings sollte ein Lkw-Führungskonzept für die

[128] dav. abw. Kapitel G. Naturschutz, 4. Nr. 3 und 4; dav. abw. Kapitel J. Veddel, 4.3.1

Elbinseln nicht isoliert vom restlichen Hafen betrachtet werden, da Ziel und Quelle des Lkw-Verkehrs überwiegend im Hafen liegen. Darüber hinaus können weitere Verbesserungen im Schienennetz zu einer Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schienen führen. In den vergangenen Jahren sind bereits hohe Investitionen in das bestehende Hafenbahnnetz getätigt worden und weitere Netzverdichtungen sind geplant. Dies schließt auch einen verbesserten Anschluss der Hafenbahn an das DB-Netz im Bereich Wilhelmsburg ein.

6. Maßnahmen

6.1 Flächennutzung

Die Nutzungskonflikte zwischen Gewerbe und Wohnen sind hinreichend bekannt und müssen bei einer weiteren städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden.[129]

Dabei gilt dem Erhalt der Unternehmen am Standort höchste Priorität! Um Nutzungskonflikte zu vermeiden, sollte vielmehr zwischen Hafen-, Industrie- und Wohngebieten ein gewerblicher Nutzungsbereich, wie zum Beispiel Lagergewerbe, eingerichtet werden, der die Emissionen gegenüber dem Wohngebeiten abschirmt bzw. reduziert.

6.2 Verkehr

Für die Unternehmen ist eine reibungslose landseitige Erreichbarkeit per Lkw und/oder auf der Schiene existenziell.

Das Strategische Netz bildet im Hafen die oberste Straßenhierarchie und enthält gleichzeitig die wesentlichen Alternativrouten zur Verkehrslenkung. Allerdings liegen die Unternehmen nicht immer direkt an dem Strategischen Straßennetz, d.h. sie müssen über das nachgeordnete städtische Straßennetz erreichbar sein. Im Idealfall sollten die Unternehmen auf dem kürzesten Weg und auf zwei Routen von den Bundesautobahnen erreichbar sein. Dies schließt Großraum- und Schwerlastverkehre mit besonderen Anforderungen an die Infrastruktur mit ein. Der Neubau der A26 Ost (Verlängerung der A26 von der A7 zur A1) wird eine deutliche Verbesserung bewirken, weil diese die Verkehre auf dem kürzesten Weg bündelt und somit aus Wohngebieten heraushält.[130] Die Wirtschaft begrüßt, dass mit dem Planfeststellungsverfahren noch in 2014 begonnen werden soll. Eine Bündelung der Hafenverkehre und eine schnelle Abführung zu den Bundesautobahnen A1 und A7 würde zu einer verkehrlichen Entlastung für Wilhelmsburg, Veddel und teilweise Harburg führen. Damit verbunden wäre eine deutliche Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastungen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es absolut sinnvoll und notwendig, den Schienenverkehr weiter zu entwickeln. In diesem Zusammenhang müssen die an die Hafenbahn angeschlossenen Unternehmen ebenfalls rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche ihren Bahntransport abwickeln können.

Neben erforderlichen Ausbaumaßnahmen sind auch Maßnahmen zur Kapazitätssteigerung in der bestehenden Infrastruktur notwendig, die den Verkehrsfluss optimieren und zu einer effizienteren Nutzung des Straßennetzes im Hafen führen. Hierzu zählen telematische Steuerungsansätze,[131] wie z.B. das Port Road Management Center der HPA. Da auch im Schienenbereich dem

---

[129] s.a. Kapitel J. Veddel, 5.4 vorletzter Absatz

[130] s.a. Kapitel J. Veddel, 5.3 und dav. abw. Kapitel N. Wohnen, 3.2.5 Kasten

[131] s.a. Kapitel L. Verkehr, 4.1 vierter Spiegelstrich und Kapitel N. Wohnen, 6.6 erster Spiegelstrich

Ausbau von Kapazitäten natürliche Grenzen gesetzt sind, müssen die Bahnabläufe noch effizienter werden. Mit einem neu in Betrieb genommenes IT-System „TransPORT Rail“ können Abläufe optimiert, die Durchfahrtszeiten verringert und letztendlich die Umschlagskapazität auf der Schiene erhöht werden.

7. FAZIT

Im Interesse und zum Wohl der in dieser Region lebenden und arbeitenden Menschen muss alles dafür getan werden, dass Hamburg ein starkes Wirtschaftszentrum und ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt und nicht zuletzt der Hafen Hamburg seine bedeutende Rolle als Wirtschafts- und Jobmotor auch in Zukunft beibehält. Voraussetzung dafür sind optimale Bedingungen für unternehmerische Aktivitäten sowie der Erhalt und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur.

Konkret für die auf den Elbinseln seit vielen Jahrzehnten angesiedelten Unternehmen bedeutet dies das Vorliegen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, sowie ein „ungestörter“ Ablauf der gewerblichen Aktivitäten und eine uneingeschränkte Erreichbarkeit per Schiff, Bahn oder Lkw.

Weitere Details sind dem Positionspapier des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg „Anforderungen der Hafenwirtschaft im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung auf den Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel“ vom 04.12.2013 zu entnehmen.[132]

Der Inhalt dieses Papieres wird von folgenden Unternehmen und Institutionen unterstützt:

C. Steinweg (Süd-West-Terminal) GmbH & Co. KG, HaBeMa Futtermittel GmbH & Co. KG, K+S Transport GmbH, Lagerhaus Harburg Spedition GmbH, Land- & See- Transport Komm.-Ges. Robert Leinweber (GmbH & Co.), Leinweber Lagerei & Spedition GmbH & Co. KG, UNIKAI Lagerei- und Speditionsgesellschaft mbH, Unternehmensverband Hafen Hamburg e.V., Verein Hamburger Spediteure e.V., Wallmann Co. (GmbH & Co. KG)

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen und Verbände (Unternehmensverband Hafen Hamburg e.V., auf Wunsch der Betriebe nahmen ab der zweiten Sitzung auch der Industrieverband Hamburg und die Handelskammer an der Themengruppe teil) wurden von uns direkt zur Mitarbeit im Prozess eingeladen. Daraus entstand die Themengruppe Wirtschaft, die zu ihrer dritten Sitzung auch Behörden eingeladen hat. Es waren insgesamt 23 Personen beteiligt, davon 12 Wirtschaftsvertreter_innen.

Behörden: VertreterInnen von HPA, BW VI, BSU und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte nahmen auf Einladung an der dritten Sitzung der Gruppe teil.

[132] s. Anhang M.1

N. Wohnperspektiven für die Menschen auf den Elbinseln: „Inklusiv statt Exklusiv“[133]

1. Einleitende Zusammenfassung

Das Motto unserer Themengruppe „Wohnen und mehr…“ Im Rahmen von „Perspektiven für die Elbinseln“ orientiert sich am Bedarf und den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen und fordert ausdrücklich eine Kurskorrektur der mit der IBA Hamburg in den letzten Jahren eingeschlagenen Aufwertungsstrategie, die sich vornehmlich am Interesse privater Immobilieninvestoren orientiert.

Auch im „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ der Stadtentwicklungsbehörde – das sich derzeit in behördlicher Abstimmung befindet – geht es in erster Linie um die Entwicklung der Potenzialflächen in der Wilhelmsburger Mitte im Interesse privater Immobilieninvestoren.[134] Eine integrierte Gesamtstrategie für eine nachhaltige Entwicklung der Elbinseln im Interesse der hier lebenden Menschen ist in dem Entwurf nicht zu erkennen. Wir stellen ausdrücklich fest: Dieser Entwurf erfolgte nicht in unserem Namen. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Chance für eine Einflussnahme durch die Bevölkerung.

Im Gegensatz zur IBA, die auf den Elbinseln Flächen mit „unglaublichem Potenzial“[135] für die wachsende Stadt identifizierte und dienstbar machte, ist unser Ausgangspunkt die bedarfsgerechte Wohnraumversorgung der örtlichen Bevölkerung, die mit ihrer weit überdurchschnittlichen Wachstumsdynamik die eigentliche Herausforderung darstellt. Allein Wilhelmsburg hatte von 2000 bis 2011 einen Bevölkerungszuwachs von 4600 Einwohnern zu verzeichnen.[136] Wilhelmsburg und Veddel sind sehr junge Stadtteile mit überdurchschnittlichen Geburtenraten und großem Kinderreichtum. Es ist davon auszugehen, dass bis 2025 hier mehrere Tausend Menschen mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden müssen.

Dass die schematische Anwendung des sog. Hamburger „Drittelmix“ dafür keine taugliche Grundlage darstellt, liegt auf der Hand. Stattdessen fordert unsere Themengruppe „Wohnen und mehr“ bezahlbaren Wohnraum auf der Grundlage einer empirischen und prospektiven Bedarfsanalyse.
Neben dem erforderlichen Neubau gibt es auf den Elbinseln weiterhin einen eklatanten Sanierungsstau im Bestand.

Das Wohnumfeld und die Lebensbedingungen der Menschen auf den Elbinseln liegen immer noch deutlich unter dem Hamburger Durchschnitt. Ein sozialräumliches und sozialpolitisches Gesamtkonzept steht aus. Wohnen und Arbeiten, lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung müssen wir zukünftig gemeinsam entwickeln. Verkehrsplanung, Nahversorgung, soziale Infrastruktur, Bildung und Sport müssen als integrierte Bestandteile der Stadtentwicklung

---

[133] s.a. ergänzend Kapitel J. Veddel

[134] Seite 7ff im Entwurf der BSU- Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Zukunftsbild Elbinseln 2013+Zwischenbilanz -- Erläuterungsbericht Entwurf (September 2013)

[135] s. Artikel Hamburger Abendblatt vom 24.8.2013- IBA "Wilhelmsburg hat ein unglaubliches Potenzial" „Experten ziehen eine Bilanz zur Internationalen Bauausstellung – und loben die Entwicklung des lange vernachlässigten Stadtteils.“ Von Matthias Iken

[136] von 46125 auf 50731 Einwohner*innen; Bevölkerungsentwicklung Wilhelmsburg, Quelle: http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php

gemeinsam gedacht und realisiert werden. Mitreden, Planen und Mitentscheiden auf allen Ebenen und durch alle Bevölkerungsgruppen ist unabdingbar. Stadtentwicklung Inklusiv statt Exklusiv.

Zentrale Forderungen bezogen auf das Wohnumfeld sind: Verbesserung von Luftqualität und Lärmminderung durch Lärmschutzmaßnahmen an den großen Verkehrstrassen, Verkehrslenkung mit dem Ziel, Hafenverkehre um die Wohngebiete herum zu führen, Verzicht auf Bau und Planung weiterer Autobahnprojekte, Umsetzung des Modells „Fahrradstadt Wilhelmsburg", Verlagerung wohnunverträglichen Gewerbes (vor allem der Nordischen Oelwerke als wesentlichem Geruchsemittenten im Westen), Erhalt von Grün- und Naherholungsflächen, wie am Assmannkanal und uneingeschränkte Zugänglichkeit des Inselparks in der Wilhelmsburger Mitte.

Die Elbinseln sind Hafen und Stadt zugleich. Das bedeutet Wohnen und Arbeiten in direkter Nachbarschaft, aber auch Nachbarschaftskonflikte durch Emissionen und Verkehr. Die Konkurrenz um die Flächen – so alt wie Hamburgs historischer „Sprung über die Elbe" mit der Entwicklung des Hamburger Hafens auf der südlichen Seite der Elbe – erfordert immer wieder Kompromisse.

Entsprechend den Erfahrungen in der Hafencity und im Harburger Binnenhafen erwarten wir auch auf den Elbinseln eine Weichenstellung zugunsten von Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Solange im Hafen genügend Platz für riesige Autoparkplätze vorhanden ist – im Rahmen der Pläne für ein weiteres Kreuzfahrtterminal im mittleren Freihafen soll auch dort demnächst ein Parkplatz für 1500 PKW entstehen – klingt die Klage über eine Verknappung der Flächenressourcen im Hafen wenig glaubwürdig.

Dementsprechend darf es auch auf den Elbinseln keine Tabus für mögliche Flächenkonversion geben. Das gilt für Industrie und Hafenflächen in der Wilhelmsburger Mitte, das gilt im Norden für die Veddel und den Spreehafen ebenso wie für die großen FlächenPotenziale im Westen und die Quartiere Süden bis zur Süderelbe.

Gegenüber von Wasserturm und Rehaklinik des Krankenhauses Groß Sand liegt die Alte Schleuse zum Veringkanal. 2013 befanden sich beiderseits die großen Busparkplätze für die Gartenschau igs. Warum müssen hier demnächst wieder Container gestapelt oder Lkw geparkt werden? Im Rahmenkonzept des Senats vom Sprung über die Elbe 2005 war hier auch städtebauliche Entwicklung angedacht worden! Fotos: privat

Diese Forderungen sind nicht neu. Im Gegenteil – sie stehen im Einklang mit der aktuell noch gültigen Beschlusslage des Senats: Im Rahmenplan zum „Sprung über die Elbe" von 2005[137] ist

[137] Sprung über die Elbe - Hamburg auf dem Weg zur Internationalen Bauausstellung – IBA Hamburg 2013 -- Hrsg. von der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt-- 2005

z.B. eindeutig städtebauliche Entwicklung am Veringkanal – inklusive Wohnungsbau bis zum Bereich Alte Schleuse – in Auftrag gegeben worden. Ebenso am „Goldküste“ genannten Nordufer der Süderelbe und auf dem Kleinen Grasbrook. Verwundern muss allerdings – aller Sonntagsreden und Bemühungen der IBA zum Trotz – wie gründlich die Stadtentwicklung in Hamburg an diesen Frontlinien zum Hafen in den letzten Jahren wieder in die Defensive geraten ist.

Für den Westen – für den gesamten Raum entlang des Kanals zwischen Fährstraße im Norden, über die Bereiche rund um den Wasserturm, der Veringkanal-Schleuse, dem Äußeren Veringkanal bis zum Reiherstieg-Knie – fordern wir eine partizipative Stadtteilwerkstatt „Zukunftsbild Veringkanal/Reiherstieg“. Auch der Wilhelmsburger Süden muss im Sinne einer Sicherung von Naherholung, Elbzugang und Grün neben Arbeiten und neuem Wohnen neu geordnet werden, wenn die dortige Entwicklung nicht mehr von unsinnigen Autobahnplänen blockiert wird.

Als wirksames lokales Handlungsinstrument schlagen wir die Einrichtung einer Agentur für Inklusives Wohnen auf den Elbinseln vor. Sie soll als Schnittstelle für alles rund um das Thema Wohnen fungieren: Wohnungs-Tauschbörse, Mitwohnzentrale/Migranten und Baugemeinschaften/Förderung von Mieter-Selbstorganisation// Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt//Transparente Wohnungsvergabe// Unterstützung bei Wohnungsnotfällen//Mitwirkung an den laufenden Bedarfsanalysen// Unterstützung bei der Verbesserung von Wohnumfeld und Infrastruktur auf den Elbinseln …

Eine Liste von Potenzialflächen für Wohnungsneubau liefert dieser Ergebnisbericht nicht. Zu groß ist die Gefahr, beim Kampf um die Flächen auf den Elbinseln für die eine oder andere Seite funktionalisiert zu werden. Zusätzlich sind Nachbarschaftskonflikte vorprogrammiert, die ohne sorgfältige Abwägungen und ernsthafte Mitsprache der Anwohner*innen nicht zu lösen sind. Unser Papier versucht vielmehr, qualitative Anforderungen für den Wohnungsneubau darzustellen. Dazu zählen die Orientierung am tatsächlichen Bedarf der Menschen vor Ort nach bezahlbarem Wohnraum, die Qualität von Wohnumfeld, Infrastruktur, Naherholung und Grün. Daraus ergeben sich allerdings eindeutige Empfehlungen, auf die weitere Versiegelung von Grün- und Kleingärtenflächen, z.B. am Assmannkanal, zu verzichten und da zu bauen, wo heute noch wertvolle Flächen durch Containergebirge, Lkw-Stellplätze oder unrealistische Verkehrsprojekte wie die Hafenquerspange blockiert sind.

Wo es einen breiten Konsens gibt, wie in Georgswerder mit dem „Zukunftsbild 2025“, sollte es aber auch zügig losgehen. Das scheint auch für die Neubaupläne im Korallusviertel und an der westlichen Sanitasstraße zu gelten.

Im Analyseteil beschreibt unser Bericht die bestehenden Problemlagen und das entscheidende Potenzial der Elbinseln, um danach einige Lösungsansätze und Maßnahmen vorzuschlagen. Abschließend empfehlen wir 12 Kernforderungen zur zügigen Umsetzung und laden die Verantwortlichen darüber zum Dialog ein.

2. Ausgangslage

Auch wenn die IBA-Hamburg 2013 als eine zeitlich und thematisch begrenzte Großveranstaltung nicht als generelle Projektionsfläche für sämtliche Erwartungen oder Enttäuschungen taugt – zum Thema: **Lösungen für das Wohnen in der Stadt des 21. Jahrhunderts** hatte sie einen hohen programmatischen und strategischen Anspruch. Hier hat sie in den letzten Jahren für die Elbinseln gewissermaßen den Takt vorgegeben.

Auf die Frage nach den Flächenpotenzialen für die wachsende Stadt hat sie mit ihrem Konzept von den „Metrozonen“ die „Inneren Peripherien“ als Orte für weiteren Wohnungsbau identifiziert. Bildung wurde als zentrale Aufgabe der internationalen Stadtgesellschaft definiert. Auf die Kritik an Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten durch ihre Image- und Aufwertungsstrategien hat sie mit Thesen wie „Aufwertung ohne Verdrängung“ und „Wohnen heißt Bleiben“ reagiert.

Im Bereich Wohnen, Bauen, Infrastruktur bilanziert die IBA 1208 neue Wohnungen, 516 Modernisierungen, 3 neue Kitas, 8 Bildungs- und Sporteinrichtungen, 2 Seniorenheime etc.

Zur IBA-Bilanz gehört die Geburtshilfe für die beiden ersten Baugemeinschaften auf den Elbinseln (Open House und Schlöperstieg) und die energetische Sanierung der maroden 30iger Jahre Häuser in der Weimarer Straße. Hier konnte bei Reduktion der Kosten für Wärme, eine Kaltmiete von unter 6 Euro (mit einer jährlichen Steigerung von 0,14 Cent pro m²) und eine Sozialbindung von 30 Jahren gesichert werden. Die Veränderung der Wohnungsgrößen und eine Rückkehrerquote ins jetzt neue „Weltquartier“ von unter 40 Prozent der während der Umbauten ausquartierten Bewohner werden allerdings kontrovers diskutiert und bewertet.

Die entscheidenden Impulse und Maßstäbe zum Thema Wohnen hat die IBA jedoch mit ihren Projekten in der Wilhelmsburger Mitte gesetzt und mit den damit verbundenen attraktiven Wohnungsangeboten in erster Linie für neue, zahlungskräftige Bevölkerungsgruppen.

Während die Ergebnisse des mehrjährigen IBA-„Ausnahmezustandes“ in der Bevölkerung auf ein geteiltes und differenziertes Echo zwischen Aufbruchsstimmung und Befürchtungen vor Mietsteigerungen und Verdrängung trifft – bei Investoren und Immobilienwirtschaft herrscht allgemeine Begeisterung vor, insbesondere was diese im Zentrum der Insel gelegene „Bauausstellung in der Bauausstellung“ angeht.

Auf einer großen Bilanz-Konferenz zum Ende der IBA am 23.8.2013 mit dem Thema „Wege des Wohnungsbaus im 21. Jahrhundert“ zeigten sich die Experten jedenfalls begeistert: „Wilhelmsburg hat ein unglaubliches Potenzial“. Mit der IBA als „Teilchenbeschleuniger“ sei aus „der Ödnis von einst“ eine neue Mitte entstanden. Das sei „erst der Anfang der Aufwertung des lange vernachlässigten Stadtteils“. „Alle Prognosen sagen Hamburg weiteres Wachstum voraus“. „Dieses Wachstum erfolgt in Wilhelmsburg“. „Richtung Norden zum Spreehafen bietet der Stadtteil noch viel Raum“. Senatorin Blankau sieht hier unglaubliches Potenzial für 5000 neue Wohnungen. Und Uli Hellweg beschreibt genau diesen Raum als „innere Peripherie“: Viertel „mit schlechter Infrastruktur, Industriebrachen, Kleingärten oder Großparkplätzen“. „Hier müssen wir qualitätsvolle Quartiere entwickeln“. „Die IBA war für die Hansestadt erst der Anfang“[138]

Dass es sich hierbei nicht nur um bloße Kongress-Rhetorik handelt, zeigt der Entwurf für das „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“, der derzeit in der Stadtentwicklungsbehörde (BSU) in Arbeit ist und demnächst dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

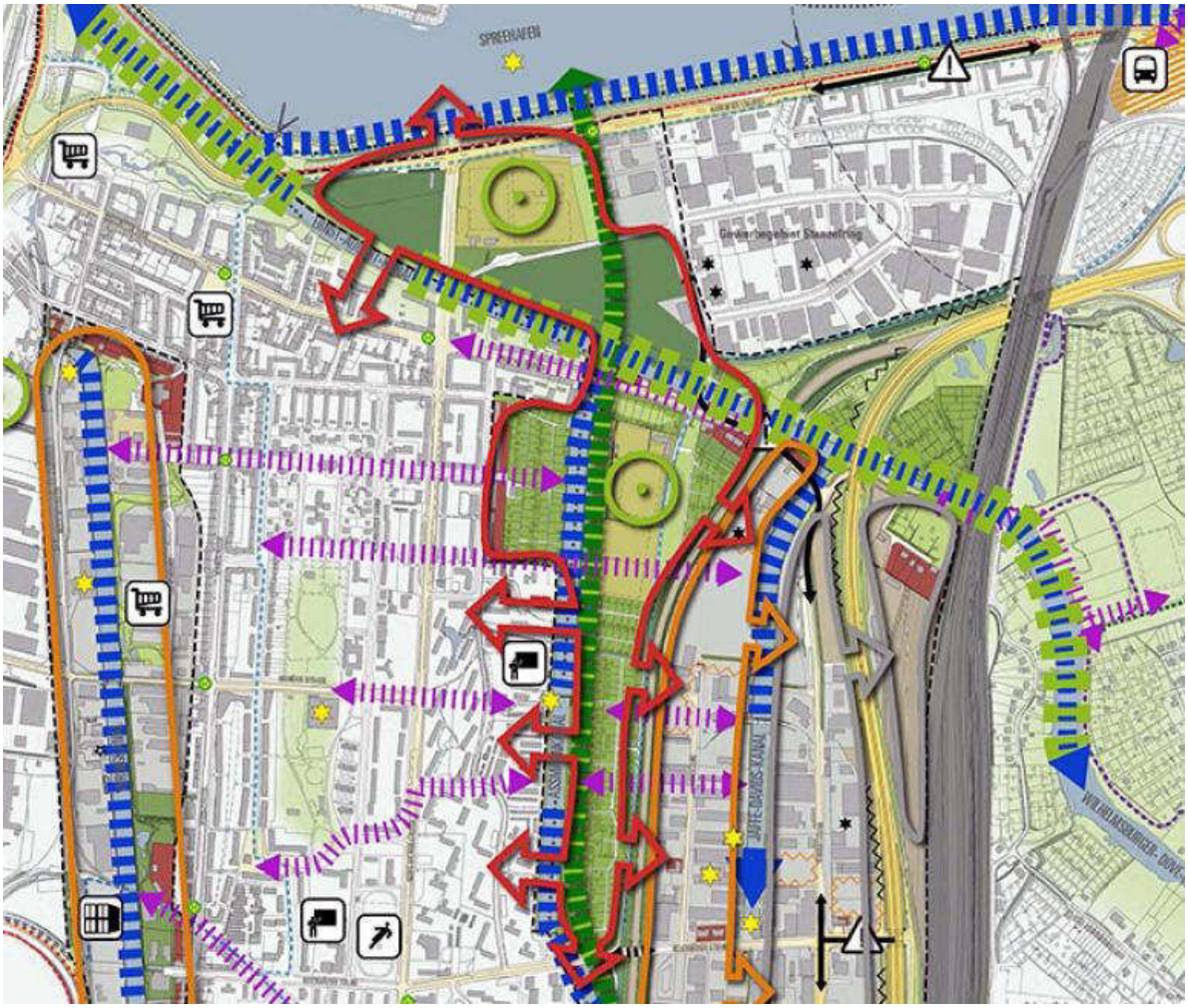
Schon in der Zusammenfassung werden die „wichtigen Entwicklungsimpulse“ durch IBA und igs vor allem in „Wilhelmsburg Mitte“ gewürdigt.[139]. Weiter heißt es dann: Das *„erregt zunehmend das*

---

[138] Alle Zitate aus Hamburger Abendblatt vom 24.8.2014, Artikel: „Wilhelmsburg hat ein unglaubliches Potenzial“

[139] Seite 7, Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zukunftsbild Elbinseln 2013+, Zwischenbilanz - Erläuterungsbericht Entwurf (September 2013)

Interesse privater Immobilieninvestoren. An diese positiven Entwicklungen gilt es nun anzuknüpfen: Zentrale Aufgaben sind dabei die Weiterentwicklung des Wohnungsbaus...“



Der Entwurf zum Zukunftsbild Elbinseln 2013+ aus der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ist auf die Potenzialflächen für den Bau von 3100Wohnungen in der Wilhelmsburger Mitte fokussiert, Grafik BSU

Von einem Investitionsvolumen in Höhe einer weiteren Milliarde Euro ist die Rede. Eine IBA-Nachfolgegesellschaft wurde mit der Projektentwicklung beauftragt.

Was besonders auffällt an diesem Entwurf zum „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“, ist: An keiner Stelle sind Ziel und Charakter des geplanten Wohnungsbaus näher definiert. Ein Bezug der geplanten Investitionen zum Bedarf der Bevölkerung in Wilhelmsburg und auf der Veddel an einer adäquaten Wohnraumversorgung wird nicht hergestellt.

In der Planungsphase zum Sprung über die Elbe (ab 2003) war viel von Wilhelmsburg als der „Schatzinsel“ im Herzen der Stadt und ihren „Goldküsten“ die Rede. Was damals inspirierend für eine allgemeine Aufbruchsstimmung wirkte, sorgt jetzt nach der IBA unter den im Konzeptentwurf der BSU umworbenen „privaten Immobilieninvestoren“ offenbar für Goldgräberstimmung. „Betongold“ ist derzeit bekanntlich die lukrativste Form der Kapitalinvestition.

War mit der „Internationalen Bauausstellung“ für Teile der Öffentlichkeit die Hoffnung auf einen Aufbruch im jahrelang vernachlässigten Hinterhof der Hansestadt verbunden, droht diese jetzt in ihrer neuen Rolle als Projektentwickler für Wohnungsbau vollends zu einer IBA =„Investoren- Beglückungs-Agentur“ zu werden.

Die Leerstellen und Problemlagen, die die IBA hinterlässt, erfordern jedenfalls andere Ziele, andere Strategien und andere Handlungsansätze.

Wir, die AG „Wohnen und mehr …“ des Perspektiv Planungsprozesses, wenden uns gegen eine an Gewinnmaximierung ausgerichtete Stadtteil- und Bauplanung. Wir fordern eine an den konkreten Bedarfen der Menschen auf den Elbinseln ausgerichtete, sozial verträgliche und zukunftsträchtige Strategie für Wohnen und Stadtteilentwicklung.

3. Bestandsaufnahme/Problemlagen

3.1 Große Not, großer Bedarf

3.1.1 Bevökerungsentwicklung auf den Elbinseln

Allein in Wilhelmsburg gab es eine Bevölkerungszunahme von 46125 (im Jahre 2000) auf 50731[140]. Das ist ein Mehr von 4600 Menschen = 10 Prozent. Dieses Wachstum liegt weit über dem Hamburger Durchschnitt. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht den IBA-Faktor, d.h. den zusätzlichen Zuzug aufgrund der im Rahmen der IBA gebauten neuen Wohnungen.

Was sind die Ursachen dieser enormen Bevölkerungsdynamik auf den Elbinseln? Neben überdurchschnittlichen Zuzügen/Zuwanderung sind es vor allem endogene Faktoren: Wilhelmsburg ist ein besonders junger Stadtteil: 21,2% sind unter 18 (HH:15,6%), in 23,7% der Haushalte leben Kinder (HH:17,4%), Alleinerziehende: 7,1 % (HH:5,4%).[141]

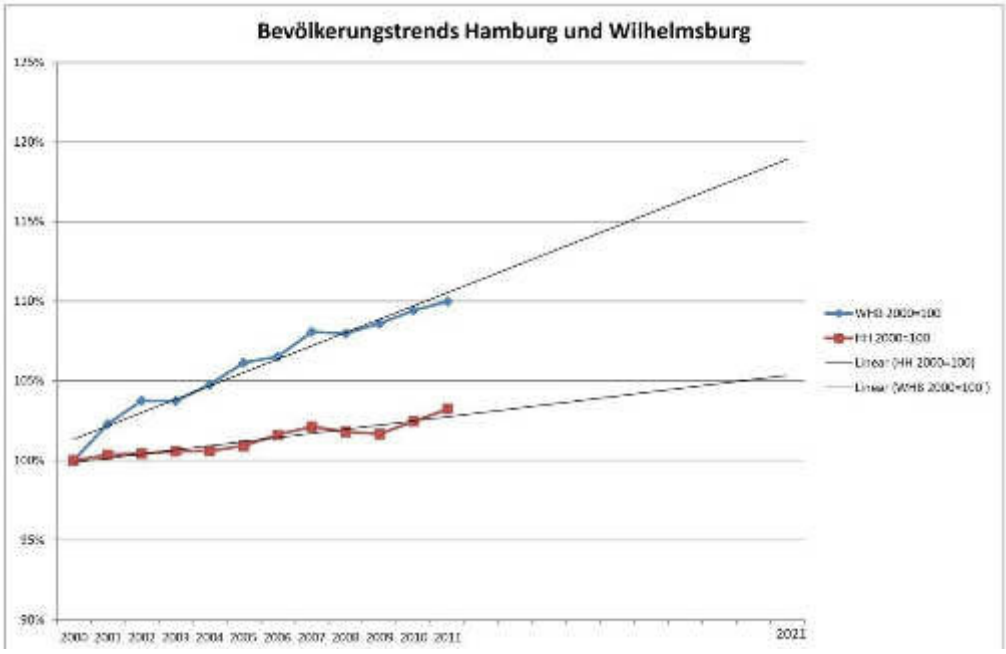
Dieser Bevölkerungszunahme steht eine unzureichende Zahl von neuen Wohnungen gegenüber: Die IBA hat nach eigenen Angaben 1208 neue Wohnungen gebaut, die meisten davon im eher hochpreisigen Segment.

Es ist damit zu rechnen, dass die Dynamik der Bevölkerungszunahme auf den Elbinseln anhält. Im Vergleich zu 2000 könnte im Jahre 2025 eine Zunahme um 10 000 neue Bewohner erreicht sein. Selbst eine Stagnation der Einwohnerzahlen würde angesichts der demografischen Entwicklungen voraussichtlich einen zunehmenden Bedarf an Wohneinheiten bedeuten, da die Anzahl der Single-Haushalte voraussichtlich weiter steigt.

---

[140] im Jahre 2011 - Bevölkerungsentwicklung ,
Quelle: http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php

[141] Hamburger Stadtteil-Profile 2013 - NORD.regional - Band 15



Fazit: Schon jetzt besteht eine gravierende Unterversorgung mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum. Bis 2025 müssen auf den Elbinseln mehrere Tausend Menschen bedarfsgerecht mit Wohnraum versorgt werden.

3.1.2 Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung

„Wilhelmsburg ist nach wie vor ein von Arbeitslosigkeit besonders betroffener Stadtteil. 11,1 % aller Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind arbeitslos; das sind fast doppelt so viele wie im Hamburger Durchschnitt (6,1 %). In der Folge stehen über ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner (12.854) in Wilhelmsburg im SGB II-Leistungsbezug. Viele Arbeitslose beziehen schon seit Jahren Unterstützungsleistungen; … dadurch drohen in Wilhelmsburg stärker als in den meisten anderen Hamburger Stadtteilen soziale Ausgrenzung, Demotivation und Perspektivlosigkeit für viele erwerbsfähige Bewohnerinnen und Bewohner.“ ..Auf diese Weise verstärkt sich …die soziale Spaltung auf den Elbinseln…- noch immer sind 24% der BewohnerInnen von Sozialhilfe abhängig.“[142]

Fazit: Die Unterversorgung mit Wohnraum trifft in erster Linie die Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen. Sie sind die ersten Verlierer und in hohem Maße von Verdrängung bedroht.

3.1.3 Wohnungsbestand in Wilhelmsburg

In Wilhelmsburg gibt es insgesamt 21000 Wohneinheiten, wovon 6463 Sozialwohnungen sind. Die Wohnfläche pro Person beträgt 25 m² und weist damit einen deutlich geringeren Wohnflächenanteil auf im Gegensatz zum Hamburger Durchschnitt, der bei 35 m² liegt.

[142] Übernommen als Auszug aus dem Papier der Themengruppe „Lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung“ von Gottfried Eich, s. Kapitel E.

Das weitaus größte Problem stellen allerdings die zukünftig entfallenden Sozialbindungen dar. „Die Zahl der derzeit gebundenen Sozialwohnungen wird bis 2018 stark zurückgehen (um 64% von 6.463 auf 2.335)“ berichtet das Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung am 8.4.2014.[143]

Damit droht ein Verlust von 4128 Sozialwohnungen in Wilhelmsburg bis 2018, wenn nicht gegen gesteuert wird!

3.1.4 Mietentwicklung auf den Elbinseln

In Hamburg hat der Bestand an Wohnungen mit Mieten unter 6 Euro pro m² rapide abgenommen: Von 45 % im Jahre 2009 ist er auf 24% im Jahre 2013 gesunken. Mit dem Sprung über die Elbe hat es auf den Elbinseln bei den Mieten eine zunehmende Angleichung an das Hamburger Mietniveau gegeben.

Bei der Auswertung von 5000 im Februar und März 2014 erschienenen Wohnungsanzeigen fanden Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Ohmoor heraus, dass auf der Elbinsel für Neuvermietungen durchschnittlich derzeit rund zehn Euro pro Quadratmeter gefordert werden. Im Jahr 2010 waren es in den Wohnungsinseraten noch 7,50 Euro pro Quadratmeter. Damit haben die Mieten den Sprung über die Elbe geschafft.

Mit dem Titel: „Wohnen: Wilhelmsburg teurer…“ berichtet das Hamburger Abendblatt vom 2. April 2014 über diese diesjährige Studie und resümiert: „ Die These, nach der im Stadtteil Wilhelmsburg infolge von Gartenschau und Bauausstellung das Wohnen deutlich teurer geworden ist, dürfte durch eine am Dienstag vorgestellte Untersuchung neue Nahrung bekommen“.

Laut dieser Studie liegt Wilhelmsburg bei den Preisen für Eigentumswohnungen inzwischen auf dem Niveau von Stadtteilen wie Niendorf, Sasel und Rissen. Zwischen 3000 und 3500 Euro pro Quadratmeter werden in den Inseraten gefordert.

(Die gymnasiale Oberstufe Ohmoor untersucht seit 28 Jahren anhand von Wohnungsanzeigen die Entwicklung auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Berücksichtigt wurden nur Inserate aus dem Hamburger Abendblatt und dem Internetportal Immonet für diese Untersuchung.[144])

3.1.5 Wohnungsnotfälle

Es gibt auf den Elbinseln dringenden Wohnungsbedarf für Wohnungsnotfälle. Beratungsstellen, Ämter und Wohnungsgesellschaften sind damit täglich konfrontiert. Besonders empörenden Bedingungen sind aus Bulgarien stammende Wanderarbeiter ausgesetzt. Hier gibt es in größerem Umfang sogar illegale Praktiken bei der Vermietung von Schlafplätzen und Zimmern.[145]

---

[143] Soziale Erhaltungsverordnung und Umwandlungsverordnung, Sondertermin mit Vertretern der Kommunalpolitik Dienstag, 08.04.2014 um 18.00 Uhr, Michael Mathe, Amtsleiter Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Ursula Groß, Abteilungsleiterin Integrierte Stadtteilentwicklung

[144] Hamburger Abendblatt 2.4.2014, Wohnen: Wilhelmsburg teurer, HafenCity billiger, Schüler des Gymnasiums Ohmoor haben 5000 Inserate ausgewertet., Hamburger Mieten steigen seit 2010 deutlich - OLIVER SCHIRG

[145] Broschüre: Zuwanderung von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Bulgarien in das Reiherstiegviertel, Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH - Jörg Penning unter Mitarbeit von Dirk Lampe, im Auftrag und in Abstimmung mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung - Angela Hellenbach - Oktober 2013

3.1.6 Erheblich angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt

Aus der Summe der genannten Faktoren resultiert eine erhebliche angespannte Situation auf dem Wohungsmarkt Wilhelmsburg und Veddel. Der lokale Wohnungsmarkt ist dicht.

Gleichzeitig sind Verbundenheit und Identifikation mit den Wohnorten Wilhelmsburg bzw. Veddel groß. Es gibt ein hohen „Heimatfaktor" für die Eingesessenen der Elbinseln: Das gilt nicht nur für die Bewohner, die seit vielen Jahren hier leben, sondern auch für ihre Kinder, die sich mit diesen Stadtteilen verbunden fühlen. Auch ist dabei ein entscheidender Faktor, dass man die nun älter gewordenen Eltern bzw. Familienmitglieder nicht „verlassen" möchte und deshalb bevorzugt eine nahe gelegene Wohnung anmieten möchte.

So sind die Zeiten von Leerstand in Kirchdorf-Süd und anderswo längst vorbei und die Wartelisten bei den Wohnungsunternehmen und die Schlangen bei Neuvermietungen werden länger. Die Verlierer dieser Entwicklungen sind vor allem die unteren Einkommensgruppen, die es auch schwerer haben, überhaupt an Sozialwohnungen zu kommen. Die These, dass „Aufwertung ohne Verdrängung" möglich sei, erweist sich unter diesen Bedingungen schnell als Illusion. „Die Armut wandert durch die Stadt". Auch kommt es deshalb angesichts des generellen Wohnungsmangels in Hamburg nicht selten vor, dass Vier-Zimmer-Wohnungen von zwei oder drei und manchmal sogar vier Familien gleichzeitig bewohnt werden. Am meisten trifft es dabei die neu zugewanderten EU-BürgerInnen, insbesondere bulgarische Einwanderer, denen oft keine anderen Auswege bleiben.

3.1.7 Schimmel neben Hochglanz: Dramatischer Sanierungsbedarf im Bestand

Die Zustände bei den GAGFAH Wohnungen im Korallusviertel werden von Bewohnern und Mietergruppen seit Jahren skandalisiert, ohne dass es bisher zu substantiellen Verbesserungen gekommen ist. Der Zustand der Häuser am Ernst-August-Deich kann nicht als menschenwürdig bezeichnet werden. Auch bei den Häusern in der Harburger Chaussee scheint es erheblichen Sanierungsbedarf zu geben. Bei den Stadtteilgesprächen haben Bewohner*innen von der Veddel mehrfach auf die erheblichen Defizite im Veddeler Wohnungsbestand hingewiesen.[146]

3.2 Schwierige Rahmenbedingungen für Wohnen auf den Elbinseln

3.2.1 Im Westen stintkt's gewaltig[147]

200 Meter von den Wohnungen in der Veringstraße entfernt – im Industriegebiet am westlichen Ufer des Veringkanals – produziert die Firma Nordische Oelwerke Walther Carroux GmbH & Co. KG (NOW) vor allem Öle und Fette als Grundstoffe für diverse Endprodukte. Die Firma NOW ist einerseits wichtiger Produzent und Arbeitgeber, andererseits klagen Anwohner in weiten Teilen des Reiherstiegviertels über eine erhebliche, Ekel erregende Geruchsbelästigung, die eindeutig den NOW zugeordnet werden muss.

Im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde hatte der TÜV Nord im Jahre 2008 umfangreiche Geruchsmessungen im Wilhelmsburger Westen durchgeführt.[148] Das Ergebnis: In der Hälfte der gemessenen Zeiträume stinkt es – vor allem im Bereich Veringstraße/Weimarer Straße. Die

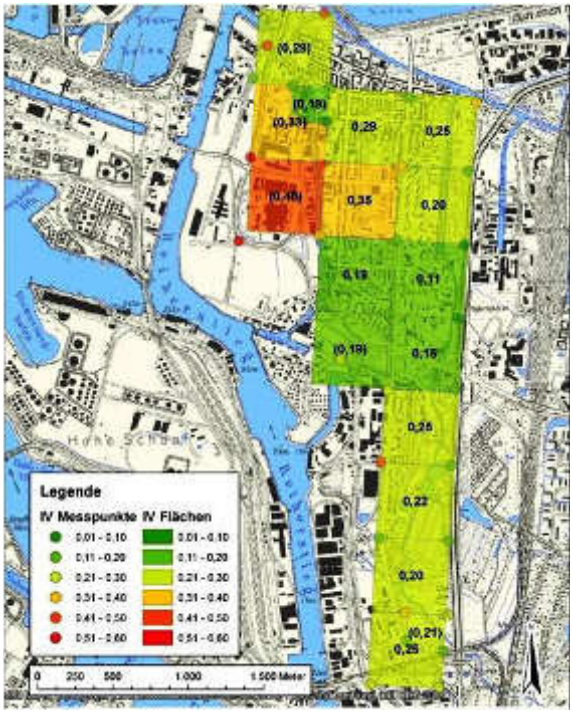
---

[146] s. Kapitel J. Veddel, 4.1.1

[147] s.a. Kapitel K. Veringkanal, 3.

[148] TÜV- Nord Umweltschutz – Hamburg, 2.3.2009, Geruchsmessung nach der Geruchsimmissions-Richtlinie im Stadtteil Wilhelmsburg, Bericht im Gesamtbegehungszeitraum 14. Januar bis 30. Dezember 2008, Auftraggeber: Freie und Hansestadt Hamburg, BSU, Amt für Landes und Landschaftsplanung

„Geruchs-Immissions-Richtlinie“ (GIRL) sieht gerade mal 10 % (Geruchshäufigkeit in % der Jahresstunden) für Wohngebiete als noch vertretbar an.



TÜV NORD Umweltschutz, 2. Graphische Ergebnisdarstellung, Abbildung 3:Relative Überschreitungshäufigkeit der anlagenspezifischen Gerüche auf der Beurteilungsfläche (Kenngröße 4) im 1. Halbjahr 2008, Auftraggeber: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, TÜV Auftragsnummer: 80000619736/107PGU155, Seite 21 von 32. Die Beurteilungsfläche war der gesamte Wilhelmsburger Westen bis zur Wilhelmsburger Reichsstraße – Das rot eingefärbte Raster entspricht dem Standort der NOW.

Während für die Realisierung von Wohnungsbau in der Hafencity die dortige geruchsintensive Kaffeerösterei kurzerhand weit in den westlichen Hafen verlagert wurde, hat die IBA in Wilhelmsburg mit den NOW einen Deal gemacht, der diesen problematischen Standort in Wohnnähe längerfristig stabilisieren dürfte: Mit 17,9 % trägt die industrielle Abwärme der NOW zur Wärmeproduktion des nahen „Energiebunkers” bei.

Überwacht und genehmigt vom „Amt für Immissionsschutz und Betriebe“ der BSU wurden im Gegenzug von den Nordischen Oelwerken umfangreiche Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Im Auftrag der NOW (unter Beteiligung der IBA) hat der TÜV die Wirksamkeit der Maßnahmen bewertet: Bei konsequenter Umsetzung sei mit einem Rückgang der Geruchs-EMISSIONEN um 55% zu rechnen.

Das wesentliche Kriterium der Geruchsbelästigung ist gemäß GIRL aber die IMMISSIONSSEITE. Diese nimmt laut TÜV „nicht im gleichen Maße ab“. „Im Nahbereich der NOW ist der Transportweg …zu den Immissionsorten zu gering, um die Geruchsemissionen bis unter die Geruchsschwelle zu verdünnen. An weiter entfernten Orten … dagegen „ergibt sich eine geringere Geruchsbelastung im Sinne der GIRL”.[149]

Für die IBA sind damit „die Voraussetzungen für den Abschluss eines Wärmelieferungsvertrages zwischen Nordische Oelwerke und Hamburg Energie als Betreiber des Energiebunkers” erfüllt.

Mittlerweile sind die Filter längst installiert. Übereinstimmend berichten Anwohner und Passanten weiterhin von massiven Geruchsbelästigungen. Zumindest subjektiv ist keine Verbesserung der Lage feststellbar. Mancher empfindet das Ausmaß des Gestanks als Körperverletzung.

[149] TÜV-Nord Umweltschutz – Hamburg 2011, im Auftrag der IBA GmbH – Dokumentiert: www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/GIRL/girl.htm

Objektiv gefährlicher dürfte bei den NOW allerdings weiterhin die Explosionsgefahr eingeschätzt werden. Erinnern wollen wir in diesem Zusammenhang an den Großbrand im Sommer 2001 nach der Explosion einer der Öltanks in der Industriestraße.[150]

So wünschenswert eine enge Verzahnung von Wohnen und Arbeiten im Grundsatz ist: Wohnunverträgliches Gewerbe, wie die Nordischen Oelwerke, sind dauerhaft an diesem Standort nicht zu verantworten.

3.2.2 Luftqualität – Bald wieder dramatisch schlechter

Demnächst geht das Kohlekraftwerk Moorburg ans Netz. Dies verhagelt mit seinem CO2-Ausstoß von 8 Millionen Tonnen jährlich (das ist doppelt so viel wie der CO2-Ausstoß des gesamten Hamburger Straßenverkehrs) nicht nur die Hamburger (und die Wilhelmsburger) Klimabilanz, sondern beschert den Wohnstandorten auf den Elbinseln 400 Tonnen Feinstaub jährlich, sowie Schwefeldioxid, Ozon, Stickoxide und Schwermetalle dazu.

Die Wilhelmsburger Ärzteschaft hatte bereits 2008 eindringlich vor den damit verbundenen Gesundheitsgefahren gewarnt: Eine Erhöhung der Feinstaubkonzentration schon um 10ug/m³ im Jahresmittel führt zu einer steigenden Zahl von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, zu einer erhöhten Rate an Lungenkrebs und allgemeiner Sterblichkeit!

„Leider sind es gerade kinderreiche Stadteile wie Wilhelmsburg, Veddel, Rothenburgsort, Billstedt, die gesundheitsschädigenden Umweltfaktoren in besonderer Weise ausgesetzt sind. Neben den Folgen sozialer Faktoren wie Armut, schlechte Ernährung, geringere Bildungschancen, gehören dazu Lärm, Verkehr und Luftbelastung. Hier haben die Menschen eine geringere Lebenserwartung und ein größeres Risiko an Krebs oder Herzinfarkt zu sterben als anderswo. Wir befürchten, dass ein Kohlekraftwerk in Moorburg zu einer erheblichen Steigerung dieser Risikosituation führt und in unverantwortlicher Weise die Gesundheit vor allem unserer Kinder auf´s Spiel setzt.“[151]

Aktuell hat die Weltgesundheitsorganisation eine umfangreiche Studie vorgestellt (25.3.2014), nach der Luftverschmutzung das weltweit größte Gesundheitsrisiko darstellt. Nach ihren Angaben starben im Jahr 2012 etwa 7 Millionen Menschen an Luftverschmutzung. (http://www.unep.org/ccac/). Am dramatischten ist die Lage in China und Indien. Aber auch in Europa führt die Luftverschmutzung zu massenhaften Todesfällen. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass in Deutschland 2013 über 47.000 Menschen wegen schlechter Luft, hauptsächlich durch Feinstäube in Großstädten, gestorben sind.[152]

---

[150] Aus dem Feuerwehrbericht vom 29.7.2001:

29.07.2001 13:24 Uhr **Nordische Ölwerke GmbH & Co. KG, Industriestraße 61 – 65, FEUER 3**
Auf dem Firmengelände der Nordischen Ölwerke kam es nach der Explosion eines Glycerintanks mit einem Durchmesser von ca. 4 m - 6 m und einer Höhe von ca. 8 m bis 10 m zu einem umfassenden Feuer im Produktionsgebäude "Block E1" (Abmessungen etwa 25 m x 25 m). Durch die Wucht der Explosion flog das gesamte Dach weg und es stürzten Teile der Gebäudewände ein. Trümmerteile wurden im Umkreis von 50 Metern gefunden. Durch einen gezielten und umfassenden Löschangriff konnte das Feuer um 13:54 Uhr unter Kontrolle gebracht werden. Kontaminierte Löschwasser wurde eingeschlengelt und in vorhandene Auffangbecken geleitet. Ein Betriebsangehöriger erlitt einen Schock und wurde mit einem RTW in ein Krankenhaus befördert.

[151] Erklärung der Wilhelmsburger Ärzteschaft zum geplanten Kohlekraftwerk Moorburg, Januar 2008 – dokumentiert: www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/WAe/index.htm

[152] Hintergrund // Februar 2014 – Umweltbundesamt: Luftqualität 2013 - Vorläufige Auswertung

Dabei ist mittlerweile eindeutig geklärt, dass Feinstäube nicht nur zu chronischen Lungenerkrankungen führen; die Mikropartikel gelangen auch in die Gefäßbahnen, so dass die häufigsten Todesursache Schlaganfälle und Herzerkrankungen sind.

3.2.3 Lärm wohin man hört

Die Elbinseln sind flächendeckend verlärmt.

Besonders dramatisch ist es auf der Veddel neben der Bahn.[153] Während die A7 im Westen der Stadt gedeckelt wird, hat die A1 nicht mal einfachen Lärmschutz. Die Harburger Chaussee gehört zu den lautesten Straßen in Hamburg – seit der Zollöffnung jetzt auch rund um die Uhr. An der Wilhelmsburger Reichsstraße wurde Tempo 50 wieder aufgehoben und der Lärmschutz soll wieder abgebaut werden, nachdem er recht effektiv die Gartenschau geschützt hatte.

Hafenlärm überall.

An der Bahn in Wilhelmsburg wird derzeit neuer Lärmschutz gebaut. Das ist sehr zu begrüßen, zumal dies unabhängig davon erfolgt, ob die Wilhelmsburger Reichstraße (WRS) später verlegt wird oder nicht. Mit dem zwischenzeitlichen Abbau der bisherigen Lärmschutzwände ist die Lage zwischen Neuenfelder Straße und Süderelbe dort derzeit allerdings unerträglich (an temporären Lärmschutz ist offenbar nicht gedacht).

3.2.4 Bus und Bahn über dem Limit

Busse und S-Bahn sind vor allem im Berufsverkehr hoffnungslos überfüllt.[154] Neben dem preisgekrönten Loop ist Radfahren hier weit von den Zielen einer alltagstauglichen Fahrradinsel entfernt. Der Radweg über die Elbe in die Stadt ist eine Zumutung, die Busspur dort weiterhin tabu.

Auf einen erfolgreichen „Seitensprung“ über die A1- Autobahnbrücke über die Elbe in die Vier- und Marschlande warten wir seit der Zukunftskonferenz. Die neue Fähre 73 ist ein großer Gewinn, aber keineswegs langfristig gesichert und weiterhin schlecht an den Bus getaktet. Auch fährt sie nicht am Wochenende.

3.2.5 „Achillesferse Verkehr“

Noch 2008 hatte die IBA den Versuch unternommen, Stadt und Verkehr in der Wilhelmsburger Mitte mit einem integrierten Planungsansatz zu entwickeln. Im IBA-Blick vom März 2008 wurde unter der Überschrift „Boulevard statt Bollwerk“ ein Rückbau der Wilhelmsburger Reichsstraße im Rahmen einer Neuordnung der Wilhelmsburger Mitte empfohlen.[155] Dieser Vorschlag fand damals im gesamten Stadtteil große Zustimmung. Dann aber übernahmen das „Amt V“ und die DEGES die Verkehrsplanung, untersagten der IBA jede Einmischung in ihr Fachgebiet und leiteten die Ära einer autistischen Fernstraßenplanung ein. Auch Uli Hellweg äußerte mittlerweile Bedauern über die Auswirkungen und spricht von der „Achillesferse Verkehr“.

Die Wilhelmsburger Reichsstraße (WRS)

Das Für und Wider einer Verlegung wurde in unserer Themengruppe nicht erneut zum Thema gemacht. Seit Jahren wird darüber gestritten – zwei sogenannte „Beteiligungsverfahren“ sind ge-

---

[153] s. Kapitel J. Veddel, 5.1

[154] s.a. Kapitel L. Verkehr, 2. letzte beide Spiegelstriche

[155] IBA-Blick, März 2008, Leitartikel: „Boulevard statt Bollwerk“

scheitert.[156] Nach dem zuletzt am Veto des Senats gescheiterten – auf Bezirksebene gemeinsam ausgearbeiteten – Kompromiss, stehen sich die Verkehrsbehörde und kritische Bürgergruppen, die weiterhin eine Verbreiterung der WRS auf Autobahnniveau ablehnen, jetzt vor Gericht gegenüber – mit ungewissem Ausgang. Auch ohne dieses juristische Verfahren wäre nicht vor 2018 mit dem Baubeginn zu rechnen gewesen. Die Chance für eine integrierte Planung von Stadtentwicklung und Verkehr in der Wilhelmsburger Mitte ist damit vorerst vertan. Die IBA-Nachfolgegesellschaft, die dort jetzt die Möglichkeiten für Wohnungsbau ausloten soll, hat es mit unterschiedlichen Szenarien zu tun – mit oder ohne Verlegung der Straße.

Im Falle einer Verlegung gerät der dort geplante Wohnungsbau massiv unter Druck: durch ein zu erwartendes vermehrtes Verkehrsaufkommen, durch erhöhte Lärm- und Luftbelastung und durch das dortige Industrie- und Gewerbegebiet, dass mit der neu geplanten Auffahrt in Höhe Rotenhäuser Straße eine direkte Fernstraßenanbindung erhält und damit in ihrem Bestand erheblich gestärkt wird. Im Einzelnen:

Die Planung sieht weiterhin einen Ausbau der verlegten WRS auf doppelte Breite vor. Eine Planung, die in „ihren Trassierungselementen allen Ansprüchen einer Vollautobahn entspricht“, wie es der Wiener Gutachter, Verkehrsexperte Prof. Knoflacher formuliert hatte.[157]

Mit der neuen Auffahrt in Höhe der Rotenhäuser Straße erhält das dortige Industrie- und Gewerbegebiet einen direkten Fernstraßenanschluss, was vor allem für Logistik- und Transportgewerbe einen wichtigen Standortvorteil darstellt. Eine Umwandlung in auch für Wohnen geeignetes Mischgebiet wird dadurch nicht wahrscheinlicher. Auch der in diesem Bereich vorgesehene Lärmschutz erfüllt mit 2 Metern Höhe lediglich die Anforderungen für Gewerbegebiete.

Als Zubringer zur neuen Auffahrt Rotenhäuser Straße würden in Zukunft von Norden die Rubbertstraße und von Süden die Dratelnstraße fungieren. Dratelnstraße und Rubbertstraße – im Schnittpunkt des neuen Fernstraßenanschlusses Rotenhäuser Straße – werden damit zur Schlüsselstelle eines „Inneren Wilhelmsburger Ringes“, der im Norden über die Hafenrandstraße, im Westen über Reiherstieg Hauptdeich und im Süden über die Straße „Bei der Wollkämmerei“ die Verkehre aus Hafen und den großen Logistikgebieten aufnimmt, diese durch die Wilhelmsburger Mitte führt und an Schulen und neuen Wohngebieten vorbei dem neuen zentralen Fernstraßenanschluss zuführt. Damit ist eine vermehrte Verkehrsbelastung auch in der Wilhelmsburger Mitte vorprogrammiert. Nach Osten wird vor allem die Neuenfelder Straße zusätzlichen Verkehr aufnehmen müssen.

Zusammenfassend sind diese Verkehrsaussichten keine rosigen Rahmenbedingungen für Wohnungsbau in der Wilhelmsburger Mitte. Eine integrierte Planung stellen wir uns anders vor.

Die Hafenquerspange – jetzt als Verlängerung der A-26 geplant

„*Die Hafenquerspange – wäre eine Katastrophe für Wilhelmsburg*“, hatte einst Hamburgs ehemalige Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk formuliert – das war allerdings im Wahlkampf vor ihrer Amtszeit.[158]

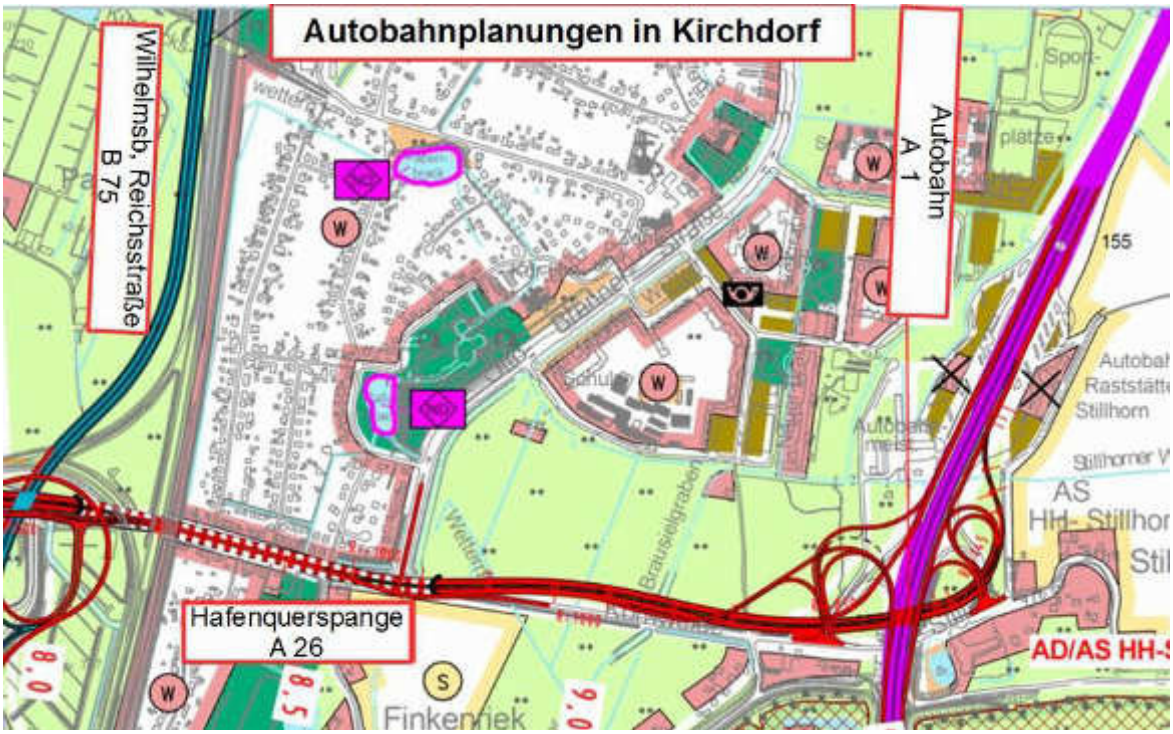
---

[156] Siehe: www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/Planen-im-Dialog/index.htm, Umfangreiche Dokumentation über die gescheiterte „Kooperative Verkehrsplanung im Hamburger Süden“ 2009

[157] TU- Wien: GUTACHTEN WILHELMSBURGER REICHSSTRASSE, Sachbearbeiter: Univ. Prof. Hermann Knoflacher, Dr. Harald Frey, DI Michael Schumich, 3.1.2013

Und die IBA Hamburg argumentierte in einer Stellungnahme vom 9.8.2012: „*Es ist verkehrsplanerisch anerkannte Praxis, überregionalen Autobahnverkehr nicht durch Stadtgebiete, sondern um diese herum zu führen.*“ Und weiter: „*Wilhelmsburg trägt die Hauptlast des Hafenverkehrs, sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Die Elbinsel leidet unter den Barrieren und Zäsuren aus Hafen, Industrie und Verkehr. Weitere ...verträgt die Elbinsel nicht. Im Gegenteil: Es muss um den Abbau von Barrieren gehen...In keinem Fall darf zusätzliche Verkehrsinfrastruktur die Insel weiter zerteilen und von ihren Uferbereichen trennen*“... Und zur jetzt favorisierten Südtrasse: „*Dabei bleibt die grundsätzliche bauliche Crux, dass diese Trasse den – jetzt noch freien – Zugang Wilhelmsburgs zum Natur-, Landschafts- und Erholungsraum an der Süderelbe in diesem Bereich zumindest einschränkt.*“ Und „*Lückenschlüsse im Autobahnnetz dürfen nicht im besiedelten Gebiet gesucht werden und erst recht nicht in einem so vorbelasteten Gebiet*“.[159]

Allein in **Kirchdorf Süd** wohnen über 6000 Menschen. Die Siedlung feiert in diesem Jahr ihr 40-Jahre-Jubiläum. Kirchdorf-Süd liegt direkt an der A1. Einen Lärmschutz an der A1 sucht man vergebens. Das wäre ein schönes Geburtstagsgeschenk gewesen. Stattdessen meldet Hamburg eine weitere Autobahn für den Bundesverkehrswegeplan an und beschert Kirchdorf Süd damit eine weitere Autobahn im Süden. Lärm, Feinstaub, Stickoxide, Schwefelbelastung inklusive.



Die linienbestimmte Hafenquerspange – geplant als Verlängerung der A 26 bis zur Anschlussstelle Stillhorn – im Abschnitt Kirchdorf – Ausschnitt bearbeitet von Michael Rothschuh. Die A1 im Osten – ohne jeden Lärmschutz – ist schon da. Die neue Wilhelmsburger Reichsstraße im Westen wird autobahngleich ausgebaut. Die Pläne für die Hafenquerspange im Süden sehen u.a.vor: Verlauf im Tunnel zwischen Bahn und Otto-Brenner Straße, Verlauf nördlich der Kornweide, Anschlüsse an die A1 in Stillhorn – die jetzige Kornweide bleibt unverändert bestehen.

---

[158] Die Hafenquerspange ist ... "...viel zu teuer und wäre eine Katastrophe für Wilhelmsburg", Anja Hajduk in einem Interview vor der Wahl am 24.2.08. , Link auf der Startseite von www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/Planen-im-Dialog/index.htm

[159] Stellungnahme der IBA Hamburg GmbH, zur geplanten A 252 -Südvariante Hafenquerspange (HQS) vom 12.8.2009, Dokumentiert in: www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/HQS/09-08-12_HQS%20Stellungnahme_IBA.pdf

10 Kritikpunkte an den Plänen zur Hafenquerspange [160]

Die geplante Hafenquerspange als A 26 durch Moorburg und Wilhelmsburg

- ...ist eine Katastrophe für die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau in Wilhelmsburg
- Der Stadtteil ist schon jetzt gebeutelt von Verkehrstrassen. Eine zusätzliche Autobahn entlastet keine Wohnstraßen, sondern führt mehr Verkehr in den Stadtteil. Die Hafenquerspange schneidet den Süden der Insel geradezu ab, verschlechtert massiv die Wohnbedingungen in Kirchdorf und verhindert schon mit ihrer Planung neue Wohngebiete…
- ist – ausgerechnet im IBA Jahr 2013 – ein Affront gegen die IBA Hamburg
- Von der IBA geplante Wohngebiete im Süden Wilhelmsburgs (Hauland) können nicht neben einer Dreifachtrasse von Eisenbahn, Autobahn und Kornweide verwirklicht werden. Der Stadtteil verträgt keine Zerschneidung, sagt die IBA. Die Autobahn aber zerstückelt die Insel und schreckt neue Bewohner ab.
- …entlastet nicht die Hamburger Innenstadt
- Die Hoffnung, die Innenstadt und die Stresemannstraße würden durch eine Hafenquerspange entlastet, war einmal das zentrale Motiv für Hamburgs Planung gewesen. Lebenserfahrung und Gutachten haben bewiesen: Südlich der Elbe kann man Hamburgs Innenstadt nicht entlasten. Eine Autobahn durch Wilhelmsburg reduziert auch den Verkehr auf der B 73 nur sehr begrenzt, so dass die Doppeltrasse von Bahn und Hauptstraße durch Harburg bestehen bleibt.
- …hat für den Hafen keinen relevanten Nutzen
- Der Hafen braucht eine sichere Anbindung an die A7. Die Köhlbrandbrücke hält den Schwerverkehr nur noch begrenzte Zeit aus. Deshalb braucht der Hafen für die Köhlbrand-Querung eine zukunftsfähige Lösung (am besten ein Straßentunnel für Schwerlastverkehr und Erhaltung der Köhlbrandbrücke für PKW und Kleinlaster) – eine Autobahn, die man vom Hafen erst über eine Hubbrücke (Rethe-Hubbrücke) erreichen kann, ist nicht zukunftsfähig.
- …schließt keine „Lücke“ im Autobahnnetz
- Um Hamburg gibt es künftig, nach Weiterbau der A20, den Autobahnring A1 – A21 – A20 – A7 Maschener Kreuz - Bad Segeberg – Bad Bramstedt – Maschener Kreuz. Nach Überzeugung der IBA-Fachleute ist die Hafenquerspange kein Lückenschluss sondern ein Kurzschluss. Man baut keine Autobahnen mitten durch Städte.
- …holt vor allem Pendlerverkehr von der Bahn auf die Straße
- Die geplante Hafenquerspange verläuft exakt parallel zur S-Bahn und Metronom-Linie Stade – Buxtehude – Hamburg. Hamburg muss endlich dafür sorgen, dass diese Linien bedarfsgerecht bedient werden. Es ist unerträglich, dass für viele Millionen die Infrastruktur auf der Schiene hergestellt wurde, nun aber zu wenig Fahrzeuge vorhanden sind, so dass Gedränge in den Zügen viele potentielle Fahrgäste abschreckt.
- …verhagelt die Klima- und Umweltbilanz Hamburgs
- Die Europäische Union hat Hamburg scharf gerügt, weil Hamburg nicht die verbindlichen Verordnungen zur Luftreinhaltung einhält und keine konkreten Verkehrskonzepte zur Reduzierung der Schadstoffe vorlegt. Die Hafenquerspange erhöht nach den Gutachten der DEGES die Verkehrsmenge und den CO2-Ausstoß. Hinzu

[160] dav. abw. Kapitel J. Veddel, 5.3 und dav. abw.. Kapitel M. Wirtschaft, 6.2

kommen großflächige Versiegelungen und Umweltschädigungen. Für eine „Umwelthauptstadt“ ist die Autobahnplanung eine Blamage.

- …verletzt grundlegend den Artenschutz
- Das Bundesverkehrsministerium selbst hat in seiner Linienbestimmung warnend darauf hingewiesen, dass der Artenschutz erheblich verletzt wird und ein artenschutzrechtliches Ausnahmeverfahren erforderlich ist.
- …wird vom Bund nicht bezahlt werden
- Der Bund war 2003 nicht bereit, die Hafenquerspange (damals im Norden über den Spreehafen geplant) in den vordringlichen Bedarf aufzunehmen. Sie hatte ein schlechtes Nutzen-Kosten-Verhältnis. Die jetzige Planung ist erheblich teurer als die damals angepeilten 475 Mio. Euro. Alle Bürgermeister und Verkehrssenatoren der verschiedensten Parteien sind in den letzten 40 Jahren mit der Forderung nach einer Finanzierung durch den Bund gescheitert. Wollen Herr Scholz und Herr Horch ihnen folgen?
- …kostet Hamburg bereits in der Planung jedes Jahr mehrere Millionen Euro
- Die Planung der immer wieder veränderten Trassen ist umsonst gewesen, aber für Hamburg nicht kostenlos. Es wäre eine lohnende Aufgabe für den Rechnungshof zu prüfen, wie viel Geld mit Planungen verschwendet wird, von denen man vorher wissen kann, dass diese fehlschlagen.[161]

Wie Stadtentwicklung im Süden Wilhelmsburgs allein von der Planung einer Autobahn schon heute blockiert wird, zeigt das **Beispiel Haulander Weg**:

Schon jetzt genießen die Wohnhäuser südlich des Haulander Wegs lediglich Bestandschutz. Würden die Planungen zur HQS Trasse Süd umgesetzt, hätte dies weitere Gewerbeansiedlungen in der südlichen Georg-Wilhelm-Strasse zur Folge. Speziell bedroht sind die Haulander Pferdewiesen. Diese liegen im sogenannten Außenbereich und dürfen eigentlich nicht bebaut werden. Trotzdem gibt es immer wieder Begehrlichkeiten, diese Wiesen für weitere Gewerbeansiedlungen freizugeben. Beispielsweise sollten die Wiesen während der IGS 2013 zu temporären Parkplätzen umgewandelt werden.

Die Eigentümer der Wiesen wollten die Flächen jedoch nur dann als Parkplätze zur Verfügung stellen, wenn diese nach der IGS – quasi als Belohnung – komplett in Gewerbeflächen konvertiert würden. Glücklicherweise konnte dies durch eine konzertierte Aktion von BewohnerInnen, Regionalpolitikern und der IGS GmbH verhindert werden.

Wir verlangen die Erhaltung und die Stärkung der Wohngebiete in der südlichen Georg-Wilhelm-Straße als Gegenwicht zu der bestehenden industriellen und gewerblichen Nachbarschaft. Dazu gehört auch die Ausweitung des Wohngebietes auf den Bereich aller Wohnbauten südlich des Haulander Wegs.

3.2.6 Störfall als Nachbar

Nicht nur die NOW, wo 2001 ein Öltank 200 Meter von den Wohnhäusern in die Luft flog, ist ein problematischer Nachbar. Störfallbetriebe blockieren derzeit geplanten Wohnungsbau an der Georg Wilhelm Straße und am Haulander Weg.

Ein weiteres Beispiel: Am Fähranleger 73 darf unter Hinweis auf einen Störfallbetrieb in der Nähe kein Kaffee verkauft werden. Alle gemeinsamen Bemühungen von Bezirk, BSU und IBA, dort

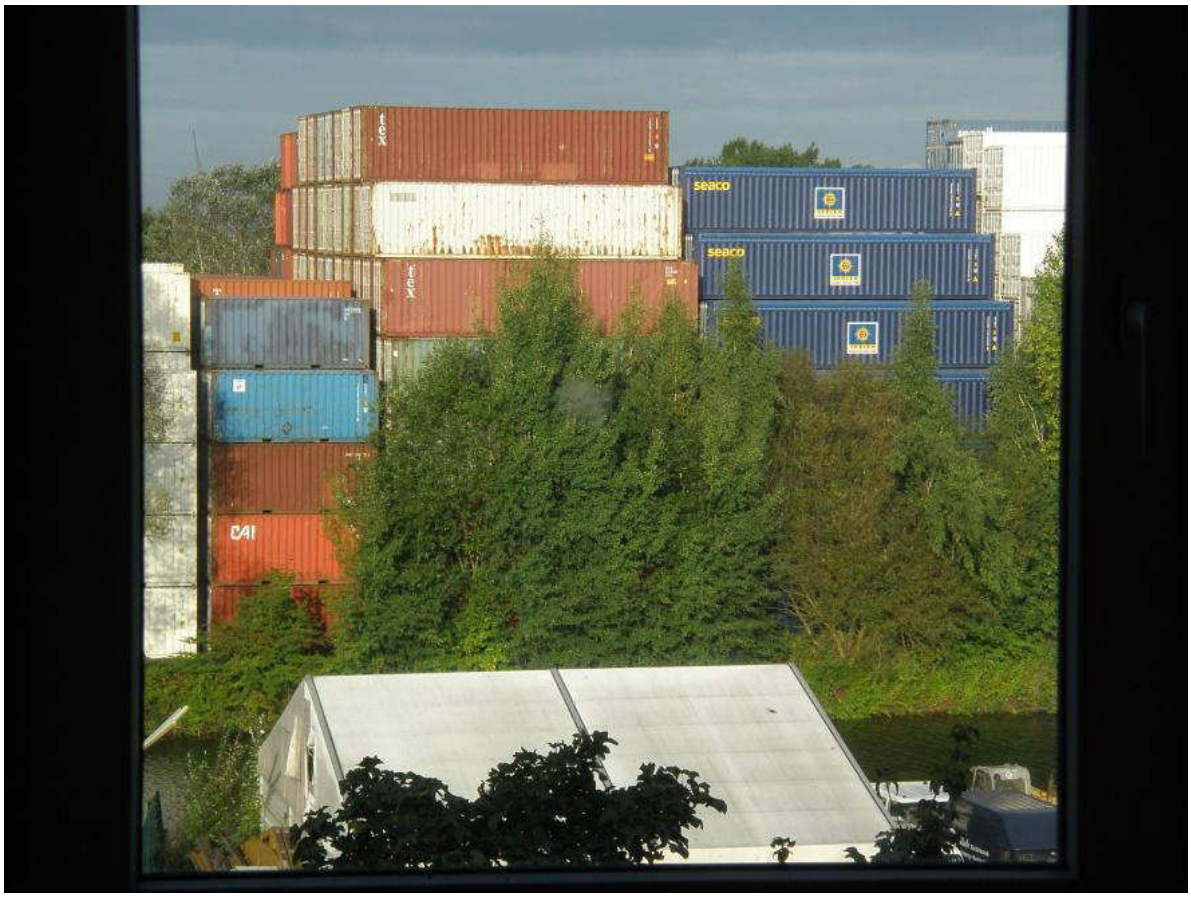
[161] Michael Rothschuh, dokumentiert auf Startseite von: www.hafen-quer-spange.de

den Hafenlieger Cäsar als „Willkommensort“ mit Kaffeeklappe, Informationsmaterial etc. an dem Ponton zu verankern, sind mit Hinweis auf einen südlich gelegenen Störfallbetrieb bisher gescheitert. Was auch deshalb erstaunt, weil noch näher Wohnhäuser existieren.

3.2.7 Gebirge in der Marsch

Container versperren nicht nur die Sicht, sondern verhindern Stadtentwicklung und produzieren Containertransporte mitten durch die Wohngebiete. Containergebirge gibt es am Reiherstieg und Bei der Wollkämmerei.

Am Westufer des Veringkanals, gegenüber der Rehaklinik Groß-Sand, wurde noch im Jahre 2007 eine Containerlagerei inklusive Containerreparatur („Containerklopperei“) eingerichtet. Am Jaffekanal vollzieht sich derzeit allerdings eine Sensation: Die Container verschwinden und werden in den Hafen gelagert. Da gehören auch die anderen hin!



Containerlager Westufer Veringkanal – gegenüber der Rehaklinik Groß Sand – errichtet während der IBA im Jahre 2007, Foto aus Fenster Wohnhaus Veringstraße 2013, Foto: privat

3.2.8 Grenzerfahrungen

Durch die Preisgabe von großen Flächen an Anstalten öffentlichen Rechts wie die Hafenbehörde HPA sind auch große Flächen Hamburgs demokratischer Willensbildung und Bürgerbeteiligungsprozessen entzogen. Auch dadurch entstehen Interessenswidersprüche, Konkurrenzen und Konflikte zwischen Stadtplanung und Hafenplanung.

Wohnumfeld und Nahversorgung

Hinsichtlich der diesbezüglichen Defizite auf der Veddel und in Wilhelmsburg verweisen wir vor allem auf diverse „Stadtteilgespräche“.[162] Besonders auf der Veddel werden wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, eine Bank und Treffpunkte vermisst. Eine einzige halbtags besetzte Arztpraxis deckt nicht annähernd den Bedarf an medizinischer Versorgung vor Ort.[163]

3.3 Horch, der kommt von draußen rein: Wirtschaftsbehörde und Unternehmensverband Hafen bestimmen den Takt

3.3.1 Auf den Elbinseln wurde bisher kein Quadratmeter Hafen für Wohnungsbau und Stadtentwicklung rausgerückt

Es ist schon erstaunlich: Für das Projekt Hafencity hat der Hamburger Hafen riesige Flächen für Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt. Auch der Harburger Binnenhafen wird zunehmend zum Wohngebiet. Für Stadtentwicklung und Wohnen auf den Elbinseln haben Wirtschaftsbehörde und HPA bisher keinen einzigen Quadratmeter aus ihrem Hoheitsbereich zur Verfügung gestellt – allen Bekenntnissen vom „Sprung über die Elbe“, vom neuen attraktiven Wohnen auf der größten Flussinsel Europas, vom Wachsen der Stadt an ihren „Inneren Peripherien“ zum Trotz. So stehen diese Forderungen im Einklang mit der aktuell noch gültigen Beschlusslage des Senats: Im Rahmenplan zum „Sprung über die Elbe“ von 2005 Quelle ist z.B. eindeutig städtebauliche Entwicklung am Veringkanal – inklusive Wohnungsbau bis zum Bereich Alte Schleuse – in Auftrag gegeben worden. Ebenso am „Goldküste“ genannten Nordufer der Süderelbe und auf dem Kleinen Grasbrook. Verwundern muss allerdings – aller Sonntagsreden und Bemühungen der IBA zum Trotz – wie gründlich die Stadtentwicklung in Hamburg an diesen Frontlinien zum Hafen in den letzten Jahren wieder in die Defensive geraten ist.

Nach dem Auftrag des Rahmenkonzepts von 2005 zum Sprung über die Elbe sollten vor allem die Grenzbereiche von Hafen Stadt neu geordnet werden, mit dem Ziel einer verträglichen Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten. So hieß es zum Bereich Veringkanal – hier Visualisierung der Flächen bis zum Reiherstieg: „Wohnen und Arbeiten am Ostufer des Veringkanal“

[162][162] s.a. Kapitel O Stadtteilgespräche, 2.1.1, 3.1

[163] s. Kapitel J. Veddel, 3.

Kurz vor Jahreswechsel 2013/14 bläst der „Unternehmensverband Hafen“ noch einmal zum Sturm auf die „Begehrlichkeiten und Visionen“, „insbesondere bei Stadtplanern und Architekten“[164] und Anfang 2014 unterzeichneten Bürgermeister, Wirtschaftssenator und Gewerkschaften die Neuauflage von Hamburgs Masterplan Industrie, in dem ein jährlicher Zuwachs von Hamburgs Flächen zur Verfügung von Industrie und Gewerbe festgeschrieben wird.[165]

3.3.2 In der nördlichen Wilhelmsburger Mitte

In der nördlichen Wilhelmsburger Mitte (gemeint ist der der Raum zwischen Assmannkanal im Westen und Bahntrasse im Osten, zwischen Neuenfelder Straße im Süden und dem Spreehafen im Norden) hatte die ehemalige Stadtentwicklungssenatorin Hajduk seinerzeit ein Szenario mit 8000 Wohnungen als Begründung für ihre Pläne zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße entworfen. Die jetzige Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau sah im August 2013 hier noch das Potenzial für 5000 Wohnungen.[166] Im „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ aus ihrem Hause hofft man auf Platz für 3100 Wohnungen in diesem Raum.[167] Z.Zt. ist die IBA-Hamburg mit dem Realitätscheck befasst: Einerseits steht demnächst ein großes Areal am Westufer des Jaffe-David-Kanal im städtischen Besitz zur Verfügung, wo die Firma Progeco ihre letzten Container in den Hafen verlagert. In anderen Gewerbeflächen, z.T. in privatem Besitz, gibt es derzeit intensive Bautätigkeit und auch gewerbliche Neuansiedlungen. Insgesamt sind in der Wilhelmsburger Mitte 90 verschiedene Gewerbe- und Industriebetriebe zu Hause mit über 600 Arbeitsplätzen. Wohnungsbau setzt baurechtliche Umwandlungen voraus und erfordert Sanierung kontaminierter Flächen in diesem traditionellen Industriegebiet. Mit der geplanten Verlagerung der WRS verbindet das dortige Transportgewerbe die Aussicht auf einen direkten Fernstraßenanschluss (s.o.). In der Bilanz ist mit den Plänen zur WRS eine Stabilisierung des dortigen Industriegebietes statt neuer Potenzialflächen für den Wohnungsbau verbunden.

Man darf gespannt sein, wie sich der Bürgermeister in diesem Konflikt zwischen seinem Wirtschaftssenator und dem Hamburger Bündnis für Wohnungsbau positionieren wird. Zu befürchten ist ein zunehmender Druck auf die Kleingärten und den Naherholungsraum am Assmannkanal.

3.3.3 Im Süden

Der Süden bleibt für Wohnungsbau tabu – dort droht eine Autobahn als Verlängerung der A 26 mit Anschluss an die A1 in Stillhorn. Näheres siehe Kapitel „Achillesferse Verkehr“. Auch hier gibt die Verkehrsbehörde, die seit 2011 zur Wirtschaftsbehörde gehört, gemeinsam mit den

Lobbyisten aus Hafen- und Logistikwirtschaft, den Takt vor. Stadtentwicklung ist in Hamburg in der Defensive.

---

[164] Unternehmensverband Hafen e.V., Anforderungen der Hafenwirtschaft im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung auf den Elbinseln „Wilhelmsburg“ und „Veddel“ – 4.12.2013, s. Anhang M.1

[165] Hamburger Abendblatt 12.2.2014, Ein Pakt für Hamburgs Industrie, Senat, Wirtschaft und Gewerkschaft verlängern Masterplan zur Stärkung des Produktionsstandorts – von Martin Kopp

[166] 24.08.13 Hamburger Abendblatt: IBA "Wilhelmsburg hat ein unglaubliches Potenzial", Jutta Blankau: „5000 neue Wohnungen sollen entstehen“

[167] Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zukunftsbild Elbinseln 2013+//Erläuterungsbericht Entwurf (September 2013)

3.3.4 Auch im Norden

Auch im Norden sind im Konflikt zwischen Stadt und Hafen bisher keine Kompromisse erkennbar. Nach der Öffnung der Zollstationen sind die anliegenden Wohngebiete auf der Veddel, an der Harburger Chaussee und im nördlichen Reiherstiegviertel einer erheblichen Zunahme von Hafenverkehr ausgesetzt – und dies jetzt rund um die Uhr – 7 Tage die Woche.

Trotz konzertierter Bemühungen von Oberbaudirektor, IBA-Chef und Bezirksamtsleiter wird das südliche Spreehafenufer von HPA für weitere Nutzungen blockiert. Im Norden der Veddel sieht die BSU ein Potenzial für 500 Wohnungen. HPA reklamiert die dortigen Flächen weiterhin als „PreGate" – also LKW-Stellplatz vorm Sprung an die Kai-Kante.

3.3.5 Im Westen

2007 scheiterte der **Bebauungsplan 88** (er versuchte beide Ufer im Bereich des südlichen Veringkanals – zwischen Gert-Schwämmle-Weg und Rehaklinik – im Sinne einer verträglichen Nachbarschaft von Wohnen und Gewerbe neu zu ordnen[168]). Stattdessen wurde am Westufer ein Containergebirge aufgetürmt und Containerreparatur genehmigt.

Containerreparatur am Westufer des Veringkanals – fotografiert aus dem 4. Stock der Rehaklinik Groß-Sand. Hier sollte mit dem B-plan 88 eine gute Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten organisiert werden. 2007 kamen die Container dazwischen. Foto: privat

Die Vorgänge um den **Opernfundus** offenbaren, welche Prioritäten die Entscheidungsträger dieser Stadt für Wilhelmsburg sehen – allen Sonntagsreden vom „attraktiven Wohnstandort" zum Trotz: Der Opernfundus sollte in Barmbek für Wohnungsbau weichen. In Wilhelmsburg hätte

[168] Planentwurf und Text zum Bebauungsplan Wilhelmsburg 88 vom 5.3.2007:http://zukunft-elbinsel.de/wp-content/uploads/2013/09/bp-wi88-plan-2000.pdf,,
http://zukunft-elbinsel.de/wp-content/uploads/2013/09/bp-wi88-entwurf-2007-text.pdf

dieses 18-Meter-Hochregallager in einer Dimension von zwei Fußballfeldern an seinem angedachten Standort am Ostufer des Veringkanals in gleicher Weise die urbane Entwicklung blockiert.

Anwohner- und Stadtteilprotest konnte diesen Schildbürgerstreich verhindern. Aber auch die Pläne, die hinter dem so vielversprechend wie nebulösen **„Kulturkanal“**[169] des Bezirks erkennbar werden, scheinen nicht am Status quo rütteln zu wollen: Planungsrechtliche Änderungen und Wohnungsbau bleiben tabu. Etwas mehr Kreativgewerbe: Ja gerne – sofern sich keiner über den Gestank der Oelwerke beschwert und weiterhin genügend freie Flächen für neue Lkw-Parkplätze freigehalten werden.

3.4 Grüne Insel im Fluss: Träume und Albträume für öffentliche Räume

3.4.1 Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Osten

Viele Jahre hat es gedauert – aber Anfang 2014 hat der Senat den Weg für das Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Osten freigemacht. Damit wird die dortige Landwirtschaft stabilisiert, der Naturschutz gestärkt und der Osten der Elbinsel als Naherholungsraum gesichert. Allerdings wurde in die aktualisierten Pläne ein Korridor für eine mögliche Verlängerung der A26 im Wilhelmsburger Süden bis zur Anschlussstelle Stillhorn aus dem Landschaftsschutzgebiet ausgestanzt. Der Albtraum von einer Zerschneidung des Südens mit Kirchdorf-Süd im Autobahndreieick und einer Barriere vor der Süderelbe bleibt.

3.4.2 Am Nordufer

Anfang 2013 wurde ein Traum wahr: Der Zollzaun ist gefallen. Über 10 Jahre haben die Anwohner für die Öffnung des Spreehafens gekämpft. Dieser uneingeschränkt öffentliche Raum am Nordufer der Insel ist ein riesiger Gewinn für die Bevölkerung.

3.4.3 Wilhelmsburger Mitte

Dafür drohen in der Wilhelmsburger Mitte dauerhaft neue Barrieren: Der nach Abschluss der Gartenschau zuständige Bezirk Mitte scheint fest entschlossen, das Versprechen eines nach der igs wieder uneingeschränkt offenen Wilhelmsburger Inselparks zu brechen. Der Zaun soll bleiben und nachts geschlossen werden. Security inklusive. Zaun statt öffentlicher Raum.

Nach dem Willen des Bezirks Mitte sollen die Zäune bleiben und die Tore nachts geschlossen werden

Fotos: privat

[169] vgl. Kapitel K. Veringkanal, 3.

3.4.4 Westufer

Das **Westufer** der Insel ist jetzt mit einem **Fuß-und Radweg, der bis ans Reiherstiegknie führt,** erreichbar. Neue Bewegungsräume eröffnen neue Horizonte. Leider hört man, dass es dafür nur einen begrenzten Pachtvertrag gibt, dass der Fähranleger am Reiherstiegknie wieder verschwinden soll und auch Dockville nicht langfristig gesichert ist.

Am Veringkanal ist am Ostufer ein wunderbarer Wanderweg entstanden. Seine Fortsetzung bis zum Krankenhaus ist 2007 leider gescheitert und ein Wanderweg am Westufer steht noch aus.

3.4.5 Die Grüne Lunge am Assmannkanal ist in Gefahr[170]

Gärten, Sportplätze, der Ruderclub, der Rundwanderweg zwischen den Wohngebieten am Vogelhüttendeich im Norden und den Wohnanlagen an der Rotenhäuser Straße (darunter die Altenwohnanlagen Carsten Stift und Hermann-Westphal-Straße) sind von zentraler Bedeutung für das Kleinklima im Reiherstiegviertel und der wichtigste Naherholungsraum für die dort lebenden 20 000 Menschen. Hier werden die Wohngebiete gegen die Wilhelmsburger Reichsstraße und die dahinter liegenden Industriegebiete abgeschottet.

Die erheblichen Belastungen der Wohngebiete durch Lärm, Verkehr, Luftschadstoffe – zu erwarten ist eine weitere Zunahme durch das neue Industriegebiet in Obergeorgswerder, durch das geplante Kreuzfahrt-Terminal im mittleren Freihafen, durch den geplanten Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße und vor allem durch die baldige Inbetriebnahme von Moorburg – erfordern den Erhalt und den weiteren Ausbau von öffentlichem Grün und frei zugänglichen Erholungsflächen auf den Elbinseln.

Eingang zum Rundweg am Assmannkanal, Foto: M. Rothschuh

Die grüne Lunge am Assmannkanal ist im Visier der Immobilienwirtschaft. Hochwertige Wasserlagen locken Investoren und Käuferschichten oder Mieter in höheren Preissegmenten. Im „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ der BSU werden verschiedene Szenarien bereits durchgespielt.[171] Wohnungsbau in der Wilhelmsburger Mitte steht in der Flächenkonkurrenz zu Industrie und

[170] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 3.

[171] Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zukunftsbild Elbinseln 2013+//Erläuterungsbericht Entwurf (September 2013)

Gewerbe und wird durch die zu erwartenden Verkehrsströme zur geplanten Auffahrt Wilhelmsburger Mitte begrenzt. Was liegt da näher, als den vollen Zugriff auf die hochattraktiven Flächen am Wasser zu versuchen? Die IBA-Nachfolge soll es richten. Sie ist geübt im Spiel mit Investoren und Öffentlichkeit.

4. Potenziale

Einzig die Menschen, die hier leben, sind das Potenzial, mit dem wir uns an dieser Stelle befassen wollen.

56 000 Menschen leben auf der Veddel und in Wilhelmsburg, vor allem junge Menschen – viel mehr als anderswo in der Stadt – Menschen mit Wurzeln in über 100 Ländern unserer Erde. Die ganze bunte Vielfalt in einem einzigartigen Schmelztiegel. Ein globales Dorf. Wir müssen uns nicht lieben – aber wir kommen miteinander klar. Eine erstaunliche und alles andere als selbstverständliche Leistung in alltäglicher Inklusion.[172]

Hier auf den Inseln ist einer der Orte in der Freien und Hansestadt Hamburg, wo sich entscheidet, ob Integration, ob internationale Stadtgesellschaft gelingt, ob Hamburg die offene Weltstadt sein kann, als die sie sich gerne präsentieren möchte.

Diese Menschen mit ihren Wurzeln, ihren Träumen, mit ihren Fähigkeiten und ihrem Engagement – trotz schwieriger Ausgangslage und unter schwierigen Rahmenbedingungen – sie sind das Potenzial. Dieses Engagement hat jede erdenkliche Form von Unterstützung verdient.

Wir werden hier nicht den (historisch verständlichen) Ansatz der Zukunftskonferenz wiederholen und erneut die Elbinseln als eine „Schatzinsel“ mit großen Potenzialen und einzigartiger Lagegunst preisen, nur um damit letztlich überwiegend externe Begehrlichkeiten zu wecken.

Die zentrale Forderung im Weissbuch der Zukunftskonferenz war die nach einem grundlegenden Paradigmenwechsel für der Elbinseln (Überwindung der Rolle als „Unterstadt“, als „Raum für den Rest“, ihrer Dienstbarkeit für die reiche Metropole nördlich der Elbe), sowie eine integrierte ganzheitliche Entwicklungsstrategie – mit und für die Menschen, die hier leben.

Was wir in den letzten Jahren erlebt haben, waren zwei Großveranstaltungen mit internationalem Anspruch auf „unserem“ Territorium: Eine Gartenschau und eine Leistungsschau von Architektur und Stadtplanung. Dabei wurde auch immer mal auf die hier erneut skizzierten Grundprobleme Wilhelmsburgs Bezug genommen und es sind eine Reihe eindrucksvoller und nützlicher Projekte entstanden, die z.T. auch in die richtige Richtung weisen.

[172] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.3, 4.3

Aber: Weder die sozialökonomischen Problemlagen noch das für die Entwicklung der Elbinseln grundlegende Spannungsfeld zwischen Stadt und Hafen standen im Zentrum der Anstrengungen von IBA und igs.

5. Lösungswege/Ziele

5.1 Sanierung und Bau von neuen Wohnungen auf den Elbinseln muss sich an den Bedarfen und Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren

Ziel muss sein, vor allem Wohnungen zu bauen, die die Menschen hier brauchen. Ziel ist nicht, mit den Mitteln des Wohnungsbaus einen „Austausch" der Bevölkerung zu induzieren, weil eine „andere Bevölkerungsstruktur" wünschenswert wäre. Bevölkerungsgruppen, oder ganze Quartiere als „sozial schwach" zu stigmatisieren, ist wissenschaftlich nicht haltbar und längst obsolet. Und welche Instanz sollte definieren, wie eine „Verbesserung der Bevölkerungsstruktur" auszusehen hätte?

In dem Maße, wie die Anstrengungen für eine Verbesserung im Bereich Bildung und Beschäftigung greifen, werden sich auch die Wohnbedürfnisse weiter differenzieren. Entsprechend differenzierte Wohnangebote sollen verhindern, dass Menschen gezwungen sind, die Elbinseln zu verlassen, weil sie entweder keinen preiswerten Wohnraum hier finden oder keine Wohnungen verfügbar sind, die auch höhere Ansprüche an Größe, Ausstattung oder Lage erfüllen.

Natürlich gibt keine lokale, isolierte Wohnungsbewirtschaftung. Jede neue Wohnung steht dem allgemeinen, „weltweiten" Wohnungsmarkt zur Verfügung. Daraus ergibt sich eine „natürliche" Fluktuation von Abwanderung und Zuzug; und alle, die gerne ein neues Zuhause auf den Elbinseln suchen, sind herzlich willkommen.

5.2 Gebraucht wird eine Wohnungsmarktanalyse der Elbinseln, die jetzige Nachfrage und zukünftige Bedarfe ermittelt

Dabei ist die Bevölkerungsentwicklung ebenso zu berücksichtigen wie die zu erwartende Verbesserung von Bildung, den Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der perspektivischen Einkommenssituation. **Einige Eckpunkte einer solchen Analyse können schon benannt werden:**

5.2.1 Anspruch auf Sozialwohnungen

Wenn hamburgweit 41% der Bevölkerung einen Anspruch auf eine Wohnung im 1. Förderungsweg (bis 6 Euro pro m²) haben und weitere 15 % Anspruch auf eine Wohnung im 2. Förderungsweg (bis 8,10 Euro) – zusammen also 56 % eine Sozialwohnung beziehen könnten, dann dürfte der entsprechende Prozentsatz auf den Elbinseln noch deutlich höher liegen. Hinzu kommt der vorprogrammierte weitere Wegfall zahlreicher Sozialwohnungen in Hamburg (allein in Wilhelmsburg sollen bis 2018 4218 der noch vorhandenen 6463 Wohnungen ihre Sozialbindung verlieren), was den Mangel und entsprechend großen Bedarf an neuen Sozialwohnungen noch einmal erhöht!

5.2.2 Der sog. „Drittelmix" wird dem realen Bedarf nicht gerecht

Das Wohnungsbauprogramm des Senats sieht generell den sog. „Drittelmix" vor. Es ist offensichtlich, dass dieses Wohnungsangebot den realen Bedarfen nicht gerecht wird, weder in Hamburg insgesamt noch insbesondere in Stadtteilen wie Wilhelmsburg und Veddel (Zahlen s. o.).

Der Mix muss sich am Bedarf orientieren und nicht an der kurzfristigen Renditeerwartung der Investoren. Ein Mix von mindestens 50/25/25 kommt dem realen Bedarf vermutlich schon nä-

her.[173] Soll heißen: 50 % sozialer Wohnungsbau, 25 % bezahlbares Wohneigentum, 25 % höherpreisiger Wohnungsbau.[174] Präzisere Daten müssen aus der oben geforderten Wohnungsmarktanalyse abgeleitet werden. U.a. muss die Marktfähigkeit der von der IBA bisher im Hochpreissegment realisierten Angebote evaluiert werden.

5.2.3 Bedarf an Wohneigentum

Gerade unter jungen Menschen/Familien mit Migrationshintergrund gibt es offenbar auch eine größere Nachfrage nach bezahlbarem Wohneigentum. Dies zeigt zum einen das große Interesse bei den Neubauprojekten der letzten Jahre: Zeidlerstraße (ehem. Freibadgelände), Solarsiedlung bei der Windmühle und in der Kirchdorfer Straße, zum anderen die Untersuchung von Zeynep Adanali über „Türkischstämmige Migranten auf dem Hamburger Wohnungsmarkt – am Beispiel Wilhelmsburgs".[175]

5.2.4 Wohnen in Baugemeinschaften

Aus dieser Arbeit geht auch hervor, dass Wohnen in Baugemeinschaften bei türkischstämmigen Migranten bisher wenig bekannt ist; hier ist ein erhebliches Potenzial zu vermuten.

5.2.5 Genossenschaftlicher Wohnungsbau

Wilhelmsburg hat hier eine lange Tradition. Die Nachfrage nach Genossenschaftswohnungen ist erkennbar anhaltend hoch.

5.2.6 Wohnraum für Studierende[176]

In den vergangenen Jahren sind zudem zahlreiche Studierende auf die Elbinseln gezogen. Auch für diese Gruppe, i.d.R. auch einkommensschwach, gilt es geeigneten und nachgefragten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, also z.B. für WGs, die gerne auch mal größer als 200qm sind.

5.2.7 Wohnungsbedarf für Wohnungsnotfälle

Besonders empörenden Wohnbedingungen sind derzeit vor allem aus Bulgarien stammende Wanderarbeiter ausgesetzt. Auch Flüchtlinge zählen wir zu den Wohnungsnotfällen. Ihre Unterbringung in Containern erfüllt nicht die Bedingungen menschenwürdiger Wohnverhältnisse.

5.2.8 Begegnungs- und Treffpunktorte[177]

Damit Menschen sich wohl fühlen und Nachbarschaft gefördert wird, sind bei der Bebauungsplanung Begegnungs- und Treffpunktorte (z.B. Gemeinschaftsräume, Grillplätze, gemeinsames Gärtnern) zu befördern.

---

[173] s. a. Kapitel B. Bildung,, 4. Punkt 4

[174] vgl. Kapitel J. Veddel, 4.2.4

[175] Masterthesis – Zeynep Adanali – 20.2.2014, Türkischstämmige Migranten auf dem Hamburger Wohnungsmarkt, Am Beispiel des Stadtteils Wilhelmsburg, edoc.sub.uni-hamburg.de/hcu/frontdoor.php?source_opus=101&la=de

[176] s. a. ergänzend hierzu: Kapitel B. Bildung, 4. Punkt 5 und Kapitel O. Stadtteilgespräche – Stichwort: große Wohnungen für Familien, 2.3 letzter Spiegelstrich:, 4.1.1, 4.2.1 letzter Spiegelstrich, 4.3.1 vorletzter Spiegelstrich

[177] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt IV Nr. 21 und Kapitel F. Nachbarschaft, 5. zweiter Siegelstrich und Kapitel J. Veddel, 2.1

5.3 Ressourcenschonende Aspekte, Architektur und Ästhetik, experimenteller Wohnungsbau

Eine der großen Herausforderungen der Zukunft ist es, unsere Städte so umzubauen, das der Verbrauch von Energie und Umwelt deutlich reduziert wird. Auf dem Weg zu einem Erneuerbaren Wilhelmsburg ist es mit Blick auf kommende Generationen geboten, weiter massiv den Ausbau regenerativer Energien zu fördern, energetische Optimierungen zu veranlassen und Baumaterialien zum Einsatz zu bringen, die umweltschonend, am besten umweltfreundlich hergestellt wurden und nach ihrer Nutzung auch entsprechend wieder entsorgt oder recycled werden können.

Zugleich gilt es neue Wege zu beschreiten, um dem stetig steigenden Flächenverbrauch pro Kopf Einhalt zu gebieten. Eine zunehmend größere Gruppe von Menschen ist sensibel für diese Themen und fordert z.B. mehr und besser geeigneten gemeinschaftlich genutzten Raum. Der individuell genutzte Raum verliert nicht an Bedeutung, sondern wird auf seinen Kern zurückgestuft. So können Wohngemeinschaften mit 5 und mehr Menschen oder ganze Wohnprojekte mit deutlich verringerten Flächenbedarf bei weniger individueller Fläche einen Mehrgewinn an Wohnqualität durch intensivere Nutzung gemeinschaftlicher Flächen erzielen, die auch der Allgemeinheit (zum Teil) zur Verfügung stehen.

Die Optimierung von Lager- und Arbeitsmöglichkeiten, gemeinschaftlich betriebene Werkstätten oder Büros, ganzheitliche Transport- und Mobilitätskonzepte, sowie moderne, kommunikationsfördernde Gemeinschaftsräume sollten Architekten verstärkt beachten und Vorschläge entwickeln.

Da der Reiz des Urbanen auch immer im Neuen, Provokativen, Außergewöhnlichen besteht, freuen wir uns auf unkonventionelle Lösungen, die auch ein Genuss für die Sinne sind und zur architektonischen Vielfalt auf den Elbinseln beitragen.[178]

5.3.1 Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

Sowohl der technologische Fortschritt als auch die Orientierung auf differenzierte Nutzeransprüche eröffnet stetig neue Chancen. Es gilt die Elbinseln weiterhin auch als Ort für Experimente zu verstehen und Flächen und Mittel für solche Vorhaben zur Verfügung zu stellen.[179]

Beispiele wären u.a. ein ökologischer Bauwagenplatz, teilmobile Modulhäuser zum Wohnen und Arbeiten, die sich wandelnden Nutzeransprüchen anpassen, co-working spaces (in Anlehnung an das Betahaus Hamburg), Mehrgenerationenhäuser, autoreduziertes/autofreies Wohnen, Geschosswohnungsbau mit (teil-) öffentlichen Gründächern, Strohballenhäuser im Wilhelmsburger Osten, Nachverdichtungen in den Kirchdorfer Eigenheimsiedlungen, Amphibisches Bauen an Deichen...).

6. Maßnahmen/Vorschläge

6.1 Weitere Sanierungen im Bestand

Zur Verbesserung der Wohnqualität in Wilhelmsburg brauchen wir vorrangig weitere Sanierungen im Bestand[180] mit besonderer Dringlichkeit im Korallusviertel, in der Harburger Chaussee und am Ernst-August-Deich.

---

[178] ergänzend zum Thema siehe Anhang N2

[179] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt II Nr. 10 und . Kapitel J. Veddel, 4.3.2

[180] s.a. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.3

Seit Jahren werden die unhaltbaren Zustände bei den **GAGFAH-Wohnungen im Korallusviertel** von den dortigen Mieter*innen und von Mietergruppen angeprangert und in der Öffentlichkeit diskutiert. Jüngst hat die börsennotierte GAGFAH noch in diesem Jahr umfangreiche Maßnahmen für Instandhaltung und Modernisierung ihrer Wohnungsbestände in der Korallusstraße angekündigt.[181]

Das wäre ein erster großer Erfolg für den Protest. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Sollte auch diese Ankündigung ohne substantielle Verbesserungen für die Mieter*innen im Korallusviertel bleiben, erwarten wir energisches Eingreifen von Politik und Verwaltung: Nach dem Baugesetzbuch gibt es die Möglichkeit der **Festsetzung einer Vorkaufssatzung nach §24 ff** und den Erlass eines **Modernisierungsgebotes nach §177**, um den Druck auf die Eigentümer zu erhöhen und unkontrollierten und spekulativen Weiterverkauf der Bestände zu verhindern.

6.2 Beim Wohnungsneubau fordern wir einen höheren Anteil an öffentlich gefördertem Wohnungsbau

Der im Bündnis für Wohnen Hamburg weit angepeilte sog. „Drittelmix“ wird dem örtlichen Bedarf zur Wohnraumversorgung nicht annähernd gerecht. Die Befürchtung, dadurch würden ‚Sozialghettos‘ entstehen, teilen wir nicht, angesichts der Tatsache, dass 60-70% der hiesigen Wohnbevölkerung unter die Einkommensgrenzen des ersten und zweiten Förderwegs fallen.

Deshalb schlagen wir für anstehenden Wohnungsbau bedarfsgerechte **Festsetzungen nach dem Baugesetzbuch vor:**

- Zum einen Flächen, auf denen überwiegend Wohngebäude, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen;
- Zum anderen einzelne Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind;
- Die Vergabe der Grundstücke soll so erfolgen, dass städtische Wohnungsgesellschaften wie SAGA GWG, Genossenschaften und Baugemeinschaften vorrangig zum Zuge kommen. So soll sichergestellt werden, dass ein möglichst hoher Anteil an sozialgebundenen Miet- und Eigentumswohnungen entsteht.

Private Investoren, die Wohnungsbau ausschließlich unter Renditegesichtspunkten betreiben und Eigentumswohnungen errichten, nur um sie gewinnbringend weiter zu veräußern, sind nicht erwünscht.

Als Hinweis von Planern fordern wir bei größeren Wohnungsbauprojekten **die Anwendung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (§ 165 Bau BG)**. Sie verhindert die Bodenspekulation, deckelt die Entwicklung der Bodenpreise, erlaubt ein geregeltes Vergabeverfahren der Grundstücke und sieht die kontinuierliche Beteiligung der Bürger an der Entwicklung des Gebietes vor.

6.3 Verlängerung der Sozialbindung für die 4.218 Sozialwohnungen, die in Wilhelmsburg bis 2018 aus der Belegbindung fallen

6.4 Menschenwürdige Wohnbedingungen für Wanderarbeiter aus Osteuropa

Wir erwarten unverzügliche Maßnahmen für menschenwürdige Wohnbedingungen für Wanderarbeiter aus Osteuropa und anderswo. Wilhelmsburg ist aus verschiedenen Gründen einer der wichtigsten Ankunftsorte in dieser Stadt. Die Wilhelmsburger Bevölkerung leistet dabei eine

[181] Der neue Ruf vom 12.4.2014: GAGFAH: Endlich Sanierung?

bewunderungswürdige Willkommens- und Integrationsarbeit. Wir unterstützen den Vorschlag, eines der Hybridhäuser in der neuen Wilhelmsburger Mitte kurzfristig zur Linderung der größten Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen. Vorteile: Zentrale Lage, integratives Wohnumfeld, schnelle Verfügbarkeit.

6.5 Agentur für inklusives Wohnen auf den Elbinseln

Eine zentrale Forderung unserer Themengruppe „Wohnen und mehr…" ist die nach einer Agentur für inklusives Wohnen auf den Elbinseln

Eine Schnittstelle und Beratungsstelle für Alles rund um das Thema Wohnen

- Wohnungs-Tauschbörse, Mitwohnzentrale
- Förderung von Baugemeinschaften, Wohnprojekten und innovativem Wohnungsbau
- Migrantisches Wohnen, Migranten und Baugemeinschaften
- Förderung von Mieter-Selbstorganisation
- Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
- Transparente Wohnungsvergabe
- Unterstützung bei Wohnungsnotfällen
- Verbesserung von Wohnumfeld und Infrastruktur auf den Elbinseln
- Mitwirkung an den laufenden Bedarfsanalysen

In den Thesen von Zeynep Adanali[182] finden sich wichtige Anregungen zur Professionalität einer solchen Agentur, die im Rathaus Wilhelmsburg angesiedelt sein sollte, sowie für eine mögliche Struktur und Arbeitsweise. (wichtig sind u.a. stadtplanerische, sozialpädagogische und juristische Kompetenzen und vielfältige Kooperationen und Vernetzungen).

Unabdingbar ist eine Konstruktion, die sicher stellt, dass die Belange der Menschen vor Ort im Mittelpunkt stehen und die Mitwirkung lokaler Akteure gewährleistet, z.B. durch Anbindung an Regionalausschuss oder Beirat für Stadtteilentwicklung, ein Kuratorium mit Vertretern lokaler Initiativen, Gremien und Einrichtungen, o.ä.

Aufgrund der Kürze der Zeit und Komplexität des Themas konnten die Ideen zum Thema „Agentur für inklusives Wohnen" bisher nicht abschließend durchdacht und formuliert werden.

6.6 Dringende Maßnahmen für Wohnumfeld und Infrastruktur

- **Entlastung der Wohngebiete von LKW und Durchgangsverkehr** durch ein Verkehrslenkungskonzept,[183] **Lärmschutzmaßnamen** an Bahn und an der A1 in Wilhelmsburg, auf der Veddel vor allem an der Westseite zur Bahn, an der Harburger Chaussee, Verlängerung von Lärmschutzwänden, Tempo 50 und lärmmindernden Asphalt auch für die nördliche Wilhelmsburger Reichsstraße.
- **Fahrradstadt Wilhelmsburg** – Zügige Umsetzung[184] der lange angekündigten Maßnahmen zur Weiter-Entwicklung der Elbinseln zu einem Modellstadtteil für Radverkehr im Alltag und für Freizeitnutzungen. Freigabe der Busspur über die Elbbrücken für den Radverkehr
- Dringende **Verbesserungen im ÖPNV** [185]durch Erhöhung der Kapazitäten für S3/S31 und einige Buslinien. Allem voran eine bessere Taktung für die Busse 13 und 154, die zu den

[182] Abstract Masterthesis – Zeynep Adanali – 20.2.2014, Türkischstämmige Migranten auf dem Hamburger Wohnungsmarkt, Am Beispiel des Stadtteils Wilhelmsburg – Abstracts s. Exkurs im Anhang N.1

[183] s.a. Kapitel M. Wirtschaft, 6.2. letzter Absatz

[184] s.a. Kapitel L. Verkehr, 4. erster Spiegelstrich

Stoßzeiten von Beruf und Schule so sehr überfüllt ist, dass teils die Fahrgäste nicht mehr in den Bus passen und auf den nächsten Bus warten müssen.

- Ein Abschied von allen Plänen für eine **Hafenquerspange** als weitere Autobahn über die Elbinsel, egal in welcher Trassenführung[186].
- Wir erwarten eine **stadtverträgliche und umweltverträgliche Lösung für die Wilhelmsburger Reichsstraße** in Anlehnung an den Beschluss der Bezirksversammlung oder die Umgestaltung der WRS in eine anwohner- und umweltverträgliche Stadtstraße in jetziger Lage.
- **Verlagerung von wohnunverträglichem Gewerbe**. Höchste Priorität hat hier die Verlagerung der Nordischen Oelwerke.
- Die **Verteidigung der grünen Lunge am Assmannkanal**[187] ist unabdingbar wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Naherholung und das Kleinklima im Reiherstiegviertel.
- **Eine Mitte für Alle** – Umsetzung des Versprechens für eine uneingeschränkte öffentliche Zugänglichkeit des Wilhelmsburger Inselparks.[188] Öffentliche Räume vertragen keine Zäune!
- **Eine Insel braucht Ufer**: Freie öffentliche Zugänglichkeit von Ufern und Wasserwegen – Ausbau von Stegen und Infrastruktur für Wassersport und Naherholung am Wasser.
- **Sanierung von kontaminierten Boden- und Wasserflächen** [189]wie z.B. dem Veringkanal und Verteilung der Kosten nach dem Verursacherprinzip.
- **Die Themengruppe Wohnen und mehr unterstützt die Pläne für den Bau einer attraktiven Moschee in Wilhelmsburg**[190] und orientiert sich dabei an der Untersuchung von Marion Koch und Joachim Reinig zur Situation von Moscheen und Gebetsräumen in Hamburg: „In der Untersuchung wird deutlich, dass der Bau und die Planung von Moscheen genau wie Kirchen in neue Bauvorhaben inkludiert werden muss. Die Moscheen müssen aus den Hinterhöfen herauskommen. Es ist auch nicht zumutbar, dass Menschentrauben sich vor Moscheen bilden müssen bei den zentralen Gebeten, Teppiche auf Morast und Schnee im Regen ausgebreitet werden müssen um die Praxis des eigenen Glaubens zu vollziehen. Moscheen müssen auch würdige Räume sein, um in einen Dialog auf Augenhöhe zu treten zu können“[191].
- Langfristige Sicherung der **Bildungsoffensive Elbinseln** durch Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen[192]
- **Erhalt, Ausbau und Qualifizierung der Sportstätten** und ihrer wohnortnahen Erreichbarkeit. Sport hat eine Schlüsselrolle für die inklusive Stadtentwicklung, besonders in unseren Stadtteilen mit ihren sozialen und integrativen Herausforderungen.[193]

---

[185] s.a. Kapitel L. Verkehr, 4.1 dritter Spiegelstrich

[186] s.a. Kapitel L. Verkehr, 4.1 sechster und 7. Spiegelstrich; dav. abw. Kapitel J. Veddel, 5.3 letzter Abs. und dav. abw. Kapitel M. Wirtschaft, 6.2

[187] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 4. Nr. 7

[188] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. fünfter Spiegelstrich und vgl. Kapitel O. Stadtteilgespräche, 2.1.5, 2.3

[189] s.a. Kapitel G. Naturschutz, 4. Nr. 5

[190] s.a. Kapitel C. Inklusion, 4.1. Abschnitt IV Nr. 23

[191] Marion Koch und Joachim Reinig „zur Situation von Moscheen und Gebetsräumen in Hamburg“

[192] s.a. Kapitel B. Bildung, 4. Punkt 1

[193] s.a. Kapitel I. Sport

7. Gute Perspektiven für Wohnen und mehr - 12 Kernforderungen zur zügigen Umsetzung

1. Sanierungen im Bestand:

Zur Verbesserung der Wohnqualität in Wilhelmsburg brauchen wir vorrangig weitere Sanierungen im Bestand – hier sehen wir besondere Dringlichkeit im Korallusviertel (GAGFAH), in der Harburger Chaussee (Norderelbe GmbH), der Zeidlerstraße (SAGA GWG) und am Ernst-August-Deich. Auch im weiteren Altbestand außerhalb der jetzigen Sanierungsgebiete S5 und S6 darf es keinen Sanierungsstau geben. Nach einer Bestandsanalyse sollen jährlich mindestens 100 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA GWG saniert werden.

Korallusviertel: Sollte die GAGFAH als Eigentümerin der Wohnungen im Korallusviertel weiterhin ihrer Sozialverpflichtung nicht nachkommen, erwarten wir von den zuständigen Stellen die Festsetzung einer Vorkaufssatzung nach § 24 ff Baugesetzbuch und den Erlass eines Modernisierungsgebotes nach § 177 BauGB. (Ob hier auch die Einrichtung eines Sanierungsgebietes sinnvoll ist, wurde in der Gruppe kontrovers diskutiert)

2. Soziale Erhaltungsverordnung:

Angesichts des anhaltenden Aufwertungsdruckes, vor allem im Reiherstiegviertel, erwarten wir dort unverzüglich die Anwendung der Bestimmungen einer Sozialen Erhaltungsverordnung, um Umwandlungen im Wohnbestand, Abwanderungen und Verdrängung entgegenzuwirken. Diese Maßnahme muss noch vor Ablauf des derzeitigen Sanierungsverfahrens (2015) eingeführt werden. Die letzte Plausibilitätsprüfung von 2011/12 hat die Einführung insgesamt negativ bewertet, jedoch werden 3 von 4 Kriterien erfüllt und es wird ausdrücklich eine erneute Prüfung nach der IBA empfohlen – dies muss jetzt geschehen.

Auch die neuesten Daten der Ohmoor-Studie zu den Angebotsmieten in Wilhelmsburg Februar/März 2014 sind jedoch alarmierend (Steigerung von 7,50 Euro in 2011 auf derzeit 10,00 Euro!); dafür werden in der Studie vor allem auch die Sondereffekte durch die IBA verantwortlich gemacht. Dazu kommt der drohende Verlust eines großen Teils der noch vorhandenen Sozialwohnungen in den nächsten Jahren. Außerdem wird der Wohnungsneubau in den bezahlbaren Segmenten nicht annähernd dem wachsenden Bedarf gerecht (Daten zur demographischen Entwicklung – s. o.).

Die aktuelle Bewertung der Situation durch das Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung (siehe Vortrag bei dem Sondertermin mit Vertretern der Kommunalpolitik am Dienstag, 08.04.2014) lässt neueste Daten außer Acht und verkennt damit den Ernst der Lage. Vor allem im Reiherstiegviertel besteht dringender präventiver Handlungsbedarf!

3. Dringlichste Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes:

Entlastung der Wohngebiete von LKW und Durchgangsverkehr durch ein Verkehrslenkungskonzept sowie Lärmschutzmaßnahmen an Bahn und A1.

An der jetzigen Trasse der Wilhelmsburger Reichsstraße müssen die für die Gäste der Gartenschau ergriffenen Einrichtungen und Maßnahmen auch den Bewohner*innen dauerhaft zu gute kommen: Das gilt für die barrierefreie Brücke; das gilt ebenso für die Lärmschutzwände, für Tempo 50 und den lärmmindernden Asphalt. Das hat sich bei der igs bewährt und sollte auf den nördlichen Abschnitt der WRS verlängert werden. Für den Fall, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße verlegt wird, darf es – entsprechend dem im Bezirk Mitte erarbeiteten Kompromissvorschlag – keine Verbreiterung auf Autobahnniveau geben.

Verlagerung der Nordischen Oelwerke bis 2018 – Was in der Hafencity mit einer dortigen Kaffeerösterei möglich war, muss auch in Wilhelmsburg zum Schutz der hiesigen Wohnbevölkerung durchsetzbar sein!

4. Wohnungsneubau:

Angesichts der überdurchschnittlich wachsenden Bevölkerung auf den Elbinseln sind erhebliche Anstrengungen auch im Wohnungsneubau unabdingbar. Ziel muss vor allem eine bedarfsgerechte Versorgung der örtlichen Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum sein. Voraussetzung ist eine aktuelle und prospektive Bedarfsanalyse noch in dieser Legislaturperiode – also bis Februar 2015. Weitere Analysen müssen den weiteren Prozess kontinuierlich begleiten.

Wir fordern damit ausdrücklich eine Abkehr vom Ansatz der IBA, die sich mit ihren Strategien zur Aufwertung vor allem an den Interessen von Investoren in der Immobilienwirtschaft orientiert hat.

Wir halten dabei die Einhaltung folgender Mindeststandards für unabdingbar:

Die Zahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung darf in Wilhelmsburg nicht unter die Grenze der derzeit vorhandenen 6463 fallen. Deshalb muss es für die bis zum Jahr 2018 aus der Sozialbindung fallenden 4128 Wohneinheiten eine Verlängerung der Sozialbindung geben. Weitere Wohnungen, die aus der Mietpreisbindung fallen, müssen durch entsprechenden Neubau ersetzt werden oder ebenfalls eine Verlängerung erfahren. Für Wohnungsneubau in Wilhelmsburg muss – abweichend vom Hamburger sog. „Drittelmix“ – eine Quote von über 50 % Wohn-Finanzierung im 1. und 2. Förderungsweg erreicht werden. Laufzeiten der Sozialbindung von 30 Jahren wie im Weltquartier müssen wieder zum Standard werden.

Darüber hinaus brauchen wir eine Quotierung für Wohnungsnotfälle in allen neuen Wohnprojekten von mindestens 10 %.

Auch Wanderarbeiter und Flüchtlinge haben Anspruch auf menschenwürdige Wohnverhältnisse und müssen als Wohnungsnotfälle behandelt werden. Unterbringung in Containern zählen wir nicht dazu.

5. Einrichtung einer Agentur für Inklusives Wohnen auf den Elbinseln:

Diese Agentur soll Schnittstelle für Alles rund um das Thema Wohnen sein: Wohnungs-Tauschbörse, Mitwohnzentrale/Förderung von Wohnprojekten, migrantischer und interkultureller Baugemeinschaften/Förderung von Mieter-Selbstorganisation// Maßnahmen gegen Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungsmarkt// Transparente Wohnungsvergabe// Unterstützung bei Wohnungsnotfällen// Mitwirkung an den laufenden

Bedarfsanalysen// Unterstützung bei der Verbesserung von Wohnumfeld und Infrastruktur auf den Elbinseln

In den Thesen von Zeynep Adanali[194] finden sich wichtige Anregungen zur Professionalität einer solchen Agentur sowie für eine mögliche Struktur und Arbeitsweise. Unabdingbar ist eine Konstruktion, die sicher stellt, dass die Belange der Menschen vor Ort im Mittelpunkt stehen und die Mitwirkung lokaler Akteure gewährleistet, z.B. durch Anbindung an Regionalausschuss oder Beirat für Stadtteilentwicklung, ein Kuratorium mit Vertretern lokaler Initiativen, Gremien und Einrichtungen, o.ä.

[194] s. Exkurs im Anhang N.2

Aufgrund der Kürze der Zeit und Komplexität des Themas konnten die Ideen zum Thema „Agentur für inklusives Wohnen“ nicht abschließend durchdacht und formuliert werden. Es ist gemeinsamer Wunsch, an diesem Thema weiter zu arbeiten und zusammen mit Bezirk, BSU und anderen Trägern/Akteuren dieses Vorhaben zeitnah zu realisieren.

6. Erhalt und weiterer Ausbau von Grün- und Erholungsflächen:

Die erheblichen Belastungen der Wohngebiete durch Lärm, Verkehr, Luftschadstoffe – die baldige Inbetriebnahme von Deutschlands größtem Kohlekraftwerk in Moorburg wird zu einer dramatischen Zunahme vor allem der örtlichen Feinstaubbelastung führen – erfordern den Erhalt und den weiteren Ausbau von Grün- und Erholungsflächen auf den Elbinseln. Dazu gehören aktuell:

Die Verteidigung der grünen Lunge am Assmannkanal ist unabdingbar wegen ihrer zentralen Bedeutung für die Naherholung und das Kleinklima im Reiherstiegviertel.

Eine Mitte für Alle – Umsetzung des Versprechens für eine uneingeschränkte öffentliche Zugänglichkeit des Wilhelmsburger Inselparks. Öffentliche Räume vertragen keine Zäune!

7. Keine Tabus für Flächenkonversion:

Wie in der Hafencity und im Harburger Binnenhafen erwarten wir auch beim Sprung über die Elbe einen neuen strategischen Ausgleich zugunsten der Stadtentwicklung. Dementsprechend darf es auch auf den Elbinseln keine Tabus für mögliche Flächenkonversion von Industrie- und Hafenflächen geben. Das gilt für die Wilhelmsburger Mitte, das gilt im Norden für die Veddel sowie den Spreehafen und für große Flächenpotenziale im Westen und Süden der Insel.

Neue Zukunftsbilder für den Wilhelmsburger Westen und den Wilhelmsburger Süden. Sowohl im Westen als auch im Süden Wilhelmsburgs müssen die derzeitigen starren Fronten zwischen Hafen und Stadt überwunden werden. Auch hier darf mögliche urbane Entwicklung nicht dauerhaft von Unternehmensverbänden, Wirtschaftsbehörde und einer autistischen Verkehrsplanung blockiert werden.

Sowohl in den Bereichen Innerer und Äußerer Veringkanal/Reiherstieg als auch Süderelbe, Finkenriek, Hauland, Georg-Wilhelm Straße müssen – im Spannungsfeld zwischen Industrie und Hafenwirtschaft einerseits und den Bedürfnissen von Wohnen, Stadtentwicklung, Naherholung und Grün andererseits – neue verträgliche Nachbarschaften organisiert werden. In Anlehnung an die positiven Erfahrungen mit der Stadtteilwerkstatt für Georgswerder schlagen wir – noch in dieser Legislaturperiode – partizipative Planungsprozesse für diese Teilräume im Westen und Süden der Insel vor.

8. Stärkung der Veddel als qualitätsvollem Ort zum Wohnen

durch unverzüglichen Bau von Lärmschutzwänden an der Bahn, eine städtebauliche Entwicklung im Norden der Veddel bis zum Elbufer mit Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum sowie einer Stärkung von Nahversorgung, medizinischer und sozialer Infrastruktur.

9. Wichtige Rahmenbedingungen für gutes Wohnen:

Die Bildungsoffensive Elbinseln muss durch Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Ressourcen langfristig gesichert werden.

Fahrradstadt Wilhelmsburg – Zügige Umsetzung der lange angekündigten Maßnahmen zur Weiter-Entwicklung der Elbinseln zu einem Modellstadtteil für Radverkehr im Alltag und für Freizeitnutzungen (Förderung nicht-fossiler Mobilität).

Die neue Fähre 73 muss durch bessere Taktung (auch an den Wochenenden) und Abstimmung an die Busfrequenzen langfristig gesichert werden.

Erhalt, Ausbau und Qualifizierung der Sportstätten und ihrer wohnortnahen Erreichbarkeit. Sport hat eine Schlüsselrolle für die inklusive Stadtentwicklung, besonders in unseren Stadtteilen mit ihren sozialen und integrativen Herausforderungen.

Moschee: Wir unterstützen die Initiativen für den Bau einer attraktiven Moschee in der Wilhelmsburger Mitte. In einer demokratischen Gesellschaft sind alle Glaubensgemeinschaften in der Ausübung ihrer Religion frei und gleichberechtigt. Der großen Gruppe der Muslime auf den Elbinseln fehlt bisher ein würdevolles Gebetshaus.

10. Hamburg verzichtet auf die Anmeldung der sog. Hafenquerspange

als Verlängerung der A26 über Moorburg bis an die Anschlussstelle Stillhorn für den Bundesverkehrswegeplan – im Sinne der Forderung der IBA Hamburg vom 9.8.2012: „Es ist verkehrsplanerisch anerkannte Praxis, überregionalen Autobahnverkehr nicht durch Stadtgebiete, sondern um diese herum zu führen.“ Dies muss ein besonders wichtiges Signal für die Bewohner*innen der Großwohnsiedlung Kirchdorf-Süd sein, die in diesem Jahr ihr 40 jähriges Jubiläum feiert.

11. Ressourcen-schonende Aspekte, experimenteller Wohnungsbau, Architektur und Ästhetik

Auf dem Weg zu einem Erneuerbaren Wilhelmsburg müssen der Ausbau regenerativer Energien weiter gefördert werden, energetische Optimierungen veranlasst werden und umweltfreundliche Baumaterialien zum Einsatz kommen.

Zugleich muss dem steigenden Flächenverbrauch pro Kopf Einhalt geboten werden. Z.B. kann in Wohnprojekten bei deutlich verringertem Flächenbedarf ein Mehrgewinn an Wohnqualität durch intensivere Nutzung gemeinschaftlicher Flächen erzielt werden:

Gemeinschaftlich betriebene, kommunikationsfördernde Werkstätten oder Büros, ganzheitliche Transport- und Mobilitätskonzepte etc.

Wir freuen wir uns auf unkonventionelle Lösungen, die auch ein Genuss für die Sinne sind und zur architektonischen Vielfalt beitragen.

Es gilt die Elbinseln weiterhin auch als Ort für Experimente zu verstehen und zu fördern. Einige Beispiele: Ein ökologischer Bauwagenplatz, teilmobile Modulhäuser zum Wohnen und Arbeiten, Mehrgenerationenhäuser, autofreies Wohnen, Geschosswohnungsbau mit (teil-) öffentlichen Gründächern, Strohballenhäuser im Wilhelmsburger Osten, Nachverdichtungen in den Kirchdorfer Eigenheimsiedlungen, Amphibisches Bauen an Deichen, ...

12. Stadtentwicklung inklusiv statt exklusiv

Wir lehnen die bisher als „Zukunftsbild Elbinseln 2013 +“ bekannt gewordenen Pläne der BSU ab, weil es die Elbinseln auf ihre Dienstbarkeit für Hamburg im Sinne von Potenzialflächen für die Interessen von Investoren der Immobilienwirtschaft verengt.

Wir fordern dagegen ein integriertes, sozialräumliches und sozialpolitisches Gesamtkonzept mit einem inklusiven Ansatz: Wohnen und Arbeiten, lokale Ökonomie, Qualifizierung und Beschäftigung zukünftig gemeinsam denken. Verkehrsplanung als integrierten Bestandteil der Stadtentwicklung betreiben. Nahversorgung, Bildung und soziale Infrastruktur sind integrale Bestandteile. Mitreden, Planen und Mitentscheiden auf allen Ebenen und unter Einschluss aller Milieus. Stadtentwicklung inklusiv statt exklusiv!

Zeynep Adanali, Hatice Caliskan, Manuel Humburg, Mathias Lintl, Karin Meise, Mark Möller (hoffnungsorte hamburg - Bereichsleitung Gemeinwesendiakonie KK HH Ost), Klaus-Dieter Rakowski, Friederike Raum-Blöcher, René Reckschwardt, Claudia Roszak, Rainer Roszak, Andreas Schwarz, Anne-Katrin Segerer, Jutta Tiede, Ronald Wilken

Zur Arbeitsweise der Themengruppe

Die Themengruppe „Wohnen und noch viel mehr“ hat sich am 17. Oktober 2013 das erste Mal getroffen. Bis heute fanden 13 Treffen statt. Es 61 Personen, davon 25 Frauen beteiligt.

Behördenbeteiligung: Ein Besuch einer Mitarbeiterin der Projektgruppe Sprung über die Elbe/BSU als „normale“ Teilnehmerin.

O. Stadtteilgespräche

1. Vorbemerkung

Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der Elbinseln fühlen sich von klassischen Beteiligungsverfahren nicht angesprochen. Expertinnen und Experten des Alltags sind sie gleichwohl.

Deswegen haben wir im Laufe des Prozesses insgesamt 22 „Stadtteilgespräche“ mit 220 üblicherweise nicht in Beteiligungsverfahren aktiven Menschen geführt, die wir überwiegend durch im Stadtteil verankerte Institutionen[195] angesprochen haben. Die Dokumentationen der Gespräche wurden den Themengruppen zur Verfügung gestellt, damit sie die Inhalte aufgreifen können. Exemplarisch dokumentieren wir im Folgenden acht Gespräche: mit Jugendlichen, Teilnehmer_innen an beruflicher Qualifizierung und Teilnehmerinnen an Integrationskursen.[196]

Sehr viele der in den Stadtteilgesprächen angesprochenen Defizite oder Lösungsansätze wurden von den unterschiedlichen Themengruppen aufgenommen und in den jeweiligen Kapiteln dargestellt. Hiervon zeugt eine (unvollständige) Reihe von Fußnoten. Allerdings gibt es auch Themen, die von keiner Themengruppe aufgegriffen wurden, aber für den Alltag der Menschen einen hohen Stellenwert haben und ihrer Bearbeitung harren. Insbesondere sind dies: Müll bzw. Sauberkeit des öffentlichen Raums und Probleme durch rücksichtslosen privaten Autoverkehr in den Wohngebieten.

2. Jugendliche

2.1 Eine 10. Klasse der Stadtteilschule Wilhelmsburg

Die Schüler_innen haben ihre Meinungen und Vorschläge zur Entwicklung der Elbinseln eingebracht und besonders zum Thema “Schule” eine starke Meinung vertreten. Es waren 14 Schüler im Alter von um die 16 Jahre und ein Lehrer anwesend.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema und eine detaillierte Erklärung, was Perspektiven erreichen möchte, hatten die Schüler_innen Zeit, eigene Themen aufzuschreiben.

Über die Zwischenergebnisse der einzelnen Themengruppen, haben die Schüler_innen ihre persönliche Meinung über die Potenziale, Defizite, Maßnahmen und Lösungsansätze der Elbinseln geäußert.

2.1.1 Lokale Ökonomie und Beschäftigung

Die Schüler_innen stehen kurz vor ihrem Abschluss und werden sich im Laufe des Jahres bei verschiedensten Unternehmen bewerben. Auch wenn sie eine Bandbreite an Möglichkeiten im Bereich des Hafen und der Logistik in unmittelbarer Nähe haben, wünschen sie sich eine ausgedehntere Vielfalt an kaufmännischen Betrieben. Sie sehen es dabei aber nicht als zwingend notwendig, einen Betrieb in unmittelbarer Nähe zu finden, sondern suchen in ganz Hamburg.

Die Eröffnung der Eisdiele im Reiherstieviertel finden die Schüler_innen sehr gut. Sie wünschen sich noch weitere kleine Cafés und Eisdielen, die auf Schüler_innen ausgerichtet sind. Die vielen Cafés, in denen nur Männer sitzen, finden viele störend.

---

[195] Gangway e.V., Stadtteilschule Wilhelmsburg, BI Veddel, BI Wilhelmsburg, HdJ Kirchdorf, HdJ Wilhelmsburg, Passage gGmbH, Evangelische Gemeinde Kirchdorf,, Dolle Deerns e.V., Vatan Camii - Islamische Gemeinde Veddel, Alsterdorf Assistenz-West/Treffpunkt Elbinsel, SBB Wilhelmsburg – Danke!

[196] Die vollständige Dokumentation der Gespräche findet sich in Anhang O.1

Für das Einkaufszentrum Luna Center, wünsche sich die Schüler_innen eine größere Auswahl an Bekleidungsgeschäften (H&M, C&A, etc.).[197]

2.1.2 Partizipation/Mitwirkung[198]

Sie würden sich gerne mehr an stadtteilspezifischen Themen beteiligen, wenn sie sicher sein könnten, dass ihre Vorschläge ernst genommen werden und auch eine Umsetzung erfolgt. Die Schüler_innen haben zu häufig das Gefühl, das solche Prozesse ins Leere laufen und sie als Schüler_innen ohnehin nicht ernst genommen werden.

Abschreckend empfinden sie außerdem, dass Beteiligung immer von denselben Leuten übernommen wird und kein Platz für Neue und auch neue Ideen ist.

2.1.3 Wohnen

Die Sanierungen der Wohnungen im Reiherstiegviertel sehen alle sehr positiv. Sie sagten einstimmig, dass es höchste Zeit war, die Wohnungen zu sanieren und wünschen sich, dass dies auch bei anderen Häusern auf den Elbinseln passiert.[199] Die Schnitte der Wohnungen gefällt manchen allerdings nicht. Sie seien zu lang und unpraktisch um dort zu wohnen.

2.1.4 Nachbarschaft – Miteinander leben

Die Schüler_innen fühlen sich in ihrem Stadtteil sehr wohl. Sie mögen die Menschen und die Atmosphäre, die in Wilhelmsburg besonders ist. Sie sprechen allgemein von einem respektvollen Umgang miteinander und dem Gefühl, dass man hier „nicht schief angeguckt“ wird. Sie würden sich mehr Angebote wünschen, an denen sie aktiv teilnehmen können,[200] wie zum Beispiel das Dinner, welches in Kooperation mit der Kochburg durchgeführt wurde. Den sehr offenen Umgang mit Drogen empfinden die Schüler_innen zu extrem. Über das Dealen mit Drogen hinaus empfinden manche auch eine Geruchsbelästigung, wenn zum Beispiel Marihuana konsumiert wird, als sehr unangenehm. Störend empfinden sie den Zuzug der vielen Bulgaren und „Zigeunern“, von denen sich viele junge Frauen belästigt fühlen. Ansonsten wird die Vielfalt der Kulturen positiv hervorgehoben. Jedoch wünschen sie sich auch eine bessere Verteilung in der ganzen Stadt. Warum nicht auch Stadtteile wie Blankenese Asylanten aufnehmen, finden die Schüler_innen ungerecht.

2.1.5 Naturschutz, Wasser, Gärten

Die grüne Vielfalt in Wilhelmsburg gefällt allen sehr gut. Einige Eltern haben auch einen Kleingarten auf der Insel, der auch von den Schüler_innen genutzt wird. Zum Zaun um den Inselpark gab es verschiedene Meinungen. Es wurde von Vandalismus gesprochen, wovon einige Eltern, die einen Kleingarten auf dem Gelände besitzen, betroffen waren. Andere wären aber für einen freien Zugang, um die Entscheidung, wann man gehen möchte, frei treffen zu können.[201]

Die Sauberkeit in Wilhelmsburg wird bemängelt. Es liegt überall Müll und die Straßen sehen alt, verdreckt und kaputt aus. Um den Stadtteil tatsächlich zu verändern, müsste auch hier etwas

---

[197] s.a. Kapitel N. Wohnen, 3.2.9

[198] Ergänzend zu Kapitel H. Partizipation, 2. vorletzter Absatz

[199] s.a. Kapitel N. Wohnen, 6.1

[200] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 5. sechster Spiegelstrich

[201] vgl. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. fünfter Spiegelstrich und Kapitel N. Wohnen, 6.6 achter Spiegelstrich

verändert werden. Besonders störend wird die angrenzende Industrie gesehen. Die „stinke-Fabrik“ hindert an manchen Tagen die die Schüler_innen daran, draußen zu sein.

2.1.6 Sport – Die Elbinseln bewegen sich[202]

Das Angebot auf den Elbinseln an Sportmöglichkeiten empfinden die meisten als ausreichend. Sie würden sich allerdings mehr Fußballplätze, vor allem mit höheren Zäunen, wünschen, damit die Bälle nicht immer in die angrenzenden Kanäle fallen. Außerdem wünschen sie sich mehr Schaukeln auf den Spielplätzen und die nicht nur für kleinere Kinder, sondern auch für sich.

2.1.7 Verkehr

Hier wurde der (fast) immer volle 13er Bus hervorgehoben.[203] Die meisten Schüler_innen nutzen den Bus täglich und beschwerten sich über die überfüllten Busse zu den Stoßzeiten und würden sich eine Erhöhung der Einsätze wünschen.

Außerdem wurde der Fahrstil vieler Bewohner_innen angesprochen: „Die fahren wie die Irren“ Mehr Polizisten und erhöhte Sicherheitsmaßnahmen sehen die meisten als notwendige Veränderung.

2.1.8 Bildung[204]

Zum Thema Bildung hatten die Schüler_innen der Klasse eine besonders starke und einheitliche Meinung. Sie beschweren sich darüber, dass die Bedingungen, unter denen sie sich den ganzen Tag an der Schule aufhalten, nicht tragbar sind. Die Kantine der Schule ist zu klein und dadurch kein ruhiges Essen möglich, in den Pausen müssen die Schüler_innen sich draußen aufhalten, in der Regel unabhängig von den Wetterverhältnissen, obwohl es kaum eine Möglichkeit zur Beschäftigung gibt. Das Schulgelände darf während der Schulzeit nicht verlassen werden, auch in den Pausen nicht. So haben die Schüler_innen keine Möglichkeit, sich etwas Günstigeres zu Essen beim nahegelegenen Supermarkt zu kaufen. Zustimmend wurde die Schule mit einem Gefängnis verglichen. Sie wünschen sich mehr Vertrauen und weniger Zäune, mehr Angebote und gemütliche Sitzmöglichkeiten draußen auf dem Schulgelände. Die Wünsche der Schüler_innen machen deutlich, dass sie sich wieder wohlfühlen wollen.

2.1.9 Inklusion

Der einzige Kommentar, der aber Zustimmung von allen Anwesenden bekam: „Gibt es hier überhaupt behindertengerechte Wohnungen?“[205]

Das Gespräch wurde durchgeführt und dokumentiert von Hannah van Riel

2.2 Fußball ist das oberste Gebot

Im Haus der Jugend Kirchdorf haben wir ein Gespräch mit acht „Jungs“ im Alter von 14 bis 17 Jahren geführt, in Form einer offenen Fragerunde, die sich an den Themengruppen orientierte. Die Gruppe hat vor allem den Zustand der Fußballplätze bemängelt und wünscht sich mehr Investitionen in Freizeitmöglichkeiten und Unterstützung für Jugendliche im Stadtteil.

---

[202] Ergänzend zu Kapitel I. Sport

[203] s.a. Kapitel L. Verkehr, 2. vorletzter Spiegelstrich

[204] Ergänzend zu Kapitel B. Bildung

[205] s.a. Kapitel C. Inklusion, 2. vorletzter Spiegelstrich

2.2.1 Potenziale

Was ist cool in Wilhelmsburg? Was gefällt dir an Wilhelmsburg/ Veddel? Wobei hast Du viel Spaß?

- Auf einer Insel ist alles zusammen

2.2.1.1 Sport[206]

- Fußballspielen ist oberstes Gebot – darüber viele Leute kennenlernen möglich
- Fußball ist das größte Motto von Kirchdorf Süd/Wilhelmsburg
- Mit Freunden auf dem Fußballplatz oder auf dem Marktplatz Kirchdorf-Süd sein

2.2.1.2 Lokale Ökonomie und Beschäftigung:

- Türkischer Laden und Penny ist das Herz von Kirchdorf - „Die Mitarbeiter kennen uns gut.“, „Es ist so als wenn die Sonne scheint“, Nach dem Jugendzentrum ist der Penny Treffpunkt Nummer eins

2.2.1.3 Im HdJ

- Ausflüge, Übernachtungen und Midnightfußball sind toll und können auch spontan organisiert werden
- Viele Ideen sind schnell umsetzbar
- Die Leiter des Jugendzentrums sind wie eine kleine Familie für uns
- Im Winter Jugendzentrum: Fußball, Tischtennis, Playstation
- Fitnessraum im HdJ ausbaubar, mehr Geräte, Kickboxtrainer

2.2.1.4 Partizipation/ Mitwirkung:

- Keine Beschäftigung mit politischen Themen
- Die eigene Zukunft ist wichtiger als das Engagement

2.2.1.5 Miteinander leben/ Inklusion:

- Wilhelmsburg ist Zuhause von klein auf – jeder kennt jeden, man fühlt sich wohl
- Man kommt gut ins Gespräch
- Respekt vor anderen Kulturen – Vorurteile vor anderen Kulturen wenig vorhanden, da die meisten sich kennen
- Es gibt muslimische Vereine – Religiöser Unterricht
- Eltern verbringen viel Zeit im Garten
- Es sind viele Fahrradwege außerhalb von Straßen nutzbar
- Busse sind top – fahren langsam (Tempo 30), Taktung ist top

2.2.2 Defizite

Wer oder was stört dich manchmal? Worüber ärgerst du dich? Was fehlt dir manchmal? Was gibt es in Wilhelmsburg/Veddel zu viel/zu wenig?

2.2.2.1 Wohnumfeld/Nachbarschaft

- Keine Lichter auf dem Weg zum Elbstrand
- Wenig entspannte Wege zum Wasser – gruselig
- Die Autobahn zerstört Wilhelmsburg wegen der Lautstärke
- Es gibt viele Diebstähle

---

[206] Ergänzend zu Kapitel I. Sport

- Stinkende Hausflure durch Leute die nicht von hier sind – kein Putzservice, wozu Hauspförtner?
- Jedes Jahr Mieterhöhung durch die SAGA
- Kriminalität
- Viele Betrunkene – Glasscherben
- „Es wird immer viel geredet, aber viel umgesetzt wird nicht."
- Geld fehlt für mehr Möglichkeiten in der Nachbarschaft
- Es braucht mehr Klamottenläden (C&A/ ZARA)

2.2.2.2 Sport[207]

- Fußball: Im Sommer stören die vielen Pollen der Bäume
- Fußballvereine haben alte oder keine Trikots – es gab viel Trainingsausfall wegen Regen oder der Trainer hatte keine Zeit
- Fußballplatz am Jugendzentrum – Zaun an den Seiten fehlt, dem Jugendzentrum fehlt das Geld dazu
- Der Fußballplatz mit Kunstrasen hat viele Dellen – man kann sich verletzen

2.2.3 Lösungsansätze – Maßnahmen

Was braucht Wilhelmsburg/Veddel? Was wünschst du dir für die Elbinsel? Was gibt es außerhalb von der Elbinsel, was du oder deine Eltern auch hier haben möchtet?

2.2.3.1 Sport

- „Größter Wunsch: Lichter für unseren Fußballplatz"
- „Mit Licht wäre viel mehr los, das kommt immer. Unser größter Wunsch sind Lichter"
- Grundreinigung für unseren Fußballplatz
- Generalüberholung für den Fußballplatz mit Kunstrasen
- Nachbarschaftsfeste und Turniere unter Freunden und Nachbarschaft – Spendensammlung für Licht und Zäune

2.2.3.2 Räume[208]

- Einen Mädchentreff gibt es! Es braucht ein Jungentreff unbedingt in Kirchdorf-Süd – in geschlossener Gesellschaft wäre schön ab 15 - 21 Jahren
- Treffpunkt/Räumlichkeit: für Hausaufgaben(-hilfe), wo man Essen selbst machen kann, mit Bodenmatten im Raum, mit Spiegel an der Wand, wo man selber Musik machen kann/rappen mit PC-Beats

2.2.3.3 Inklusion:

- Wunsch nach mehr Achtung – Hilfe für ältere/behinderte Menschen, Ein besseres Generationsdenken, „Man hat immer ein neues Ziel vor Augen"
- Es fehlen Bänke auf dem Marktplatz

2.2.3.4 Wohnen:

- Auf jeden Fall mehr Parkplätze – „deswegen fahr ich nicht mehr weg abends"
- Beratung wäre gut – z.B. für Wohnberechtigungsschein

---

[207] Ergänzend zu Kapitel I. Sport

[208] s.a. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. vierter Spiegelstrich

- Bessere und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten innerhalb und außerhalb von Gebäuden werden gewünscht

Das Gespräch wurde durchgeführt und dokumentiert von Martin Karsten

2.3 Wir fühlen uns wohl!

In Kirchdorf-Süd sprachen wir mit vier jungen Frauen, zwischen 17 und 22 Jahren, bei den DollenDeerns – dem Mädchentreff Kirchdorf Süd. Ihr Fazit: „Unser Stadtteil ist grün, es gibt viele Angebote für Kinder und alle kennen sich im Stadtteil, so dass wir uns auch spät abends sicher fühlen und spazieren gehen können!"

Die jungen Frauen haben sich gemeinsam mit der Frage auseinandergesetzt, was sie sich für ihren Stadtteil wünschen. Eingeleitet wurde das Gespräch über die Frage, ob sie sich in den Inhalten der Themengruppen repräsentiert fühlen und was ihnen persönlich im Stadtteil fehlt, wie man diesen noch lebenswerter gestalten könnte.

Die vier Teilnehmerinnen sind alle in Kirchdorf Süd aufgewachsen und fühlen sich in ihrem Quartier wohl und zu Hause. Sie beschreiben Kirchdorf als grünen, kinderfreundlichen und sicheren Ort, an dem sich alle kennen und an dem sie auch spät am Abend mit sicherem Gefühl alleine spazieren gehen können. Alle vier sind über die Elbe hinweg in Hamburg vernetzt und sehen Wilhelmsburg und vor allem Kirchdorf Süd als ihren Rückzugsort. Sie weisen immer wieder auf das besondere Flair des Stadtteils hin, der ihnen in den meisten anderen Stadtteilen fehlt.

Die Veränderungen durch die IBA und igs haben die jungen Frauen eher am Rande wahrgenommen, da Kirchdorf Süd von den meisten kaum betroffen war. Nur das Problem der Gentrifizierung ist ihnen allen bewusst und sie beobachten einen stärkeren Zuzug von ehemaligen BewohnerInnen der Veddel und des Reiherstiegviertels. Dies ist eine Veränderung, gegen die sie sich alle aussprechen. Die Sanierungen der Wohnungen im Reiherstiegviertel sehen sie trotzdem positiv, sowohl als Imageverbesserung als auch allgemein für die BewohnerInnen des Quartiers. Problematisch dabei sehen sie nur die stark erhöhten Mieten und die damit verbundenen Probleme für bisherige MieterInnen. Ansonsten sehen sie die Veränderungen alle gelassen und bemerken schmunzelnd dass, auch wenn der Stadtteil sich geändert habe, so seien die Menschen doch gleich geblieben. Nur, und das stellen sie ganz klar, wollen sie kein zweites Ottensen oder ein zweites Schanzenviertel.

Das, was die Elbinseln ausmacht, ist die Multikulturalität, die verschieden Menschen die hier wohnen, sollen bleiben![209]

Zum Thema igs und Umzäunung äußert sich vor allem eine junge Frau, deren Eltern einen Schrebergarten auf dem Gelände haben. Sie berichtet von Vandalismus und Diebstahl im

Schrebergarten und ist für eine nächtliche Schließung des Parks und – so wie es auch während der igs der Fall war – einer Nachtwache und der Erlaubnis sich nachts im eigenen Schrebergarten aufzuhalten.[210]

Was sie sich für ihr Quartier wünschen sind:

- – Eine Fahrradstation
- – Eine direkte U/S-Bahn-Anbindung

[209] s.a. Kapitel N. Wohnen, 4.

[210] vgl. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. fünfter Spiegelstrich und Kapitel N. Wohnen, 6.6 achter Spiegelstrich

- – H&M oder ähnliches im Luna Center
- – Ein Eiscafé in Kirchdorf Süd
- – Eine Bank/einen Geldautomaten, an dem man ohne Gebühren Geld abheben kann
- – Wohnungsbau: Angemessen große Wohnungen für Familien[211]

Das Gespräch wurde durchgeführt und dokumentiert von Hannah van Riel

3. Teilnehmer_innen an beruflicher Qualifizierung

Mit Teilnehmer_innen einer Maßnahme zur beruflichen Qualifizierung bei der Passage gGmbH haben wir zweimal gesprochen. Beim ersten Gespräch, mit sechs Personen, ging es um die Entwicklung der Elbinseln im Allgemeinen, beim zweiten, mit acht Personen, um Inhalte aus den Themengruppen.

3.1 Unterschiedliche Entwicklungen im Stadtteil und kein Vertrauen in die Politik

Erstes Gespräch: Nach einer kurzen Darstellung des Bürgerhauses Wilhelmsburg und des Projektes „Perspektiven! miteinander planen für die Elbinseln“ sind wir sehr schnell ins Gespräch gekommen. Die Teilnehmer_innen schilderten ihre Erfahrungen in den unterschiedlichen Quartieren Veddel, Georgswerder, Reiherstiegviertel, Kirchdorf, Kirchdorf Süd.

Die Stadtteile haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Entwicklung wird zurzeit als negativ betrachtet. Es wird von einem negativen Image von Wilhelmsburg gesprochen.

Es wird berichtet, dass es früher viel mehr Einkaufsmöglichkeiten gegeben hat, dass kein Einzelhandel, insbesondere keine kleinen Handwerksbetriebe mehr existieren.

Besonders auf der Veddel ist die Versorgung schlecht. Es gibt keine Einkaufsmöglichkeiten, keine ärztliche Versorgung, keine Post, keine Bank, Gastronomie ist wenig vorhanden und wird als schlecht eingestuft.[212] Als Vorteile werden die noch günstigen Wohnungen genannt, auch wenn die Architektur als zu dunkel/düster empfunden wird. Außerdem gibt es einen sehr schönen neuen Spielplatz, der gern und viel von den Kindern benutzt wird.

In Georgswerder gibt es kaum Einkaufsmöglichkeiten, es gibt keine Apotheke. Familie Weiß wird als Institution mit eigenen Strukturen gesehen und anerkannt.

Der Stadtteil Kirchdorf wird als gut gesehen, die Versorgung wird von der Gruppe aber unterschiedliche betrachtet. Einige sind zufrieden, andere nicht.

Im Reiherstiegviertel ist nach den Aussagen der Gruppe die Vielfalt weniger geworden. Viele Einkaufsmöglichkeiten sind verschwunden. Eine Veränderung tritt erst in den letzten Jahren wieder ein. Die Eröffnung von neuen kleinen Cafés, Restaurants und kleinen

Einzelhandelsgeschäften wird positiv gesehen. "Das Kino Rialto war eine total tolle Idee." und wird im Zusammenhang mit IBA und igs gesehen. Der Wunsch eines Programmkinos für Wilhelmsburg wird geäußert. Der Abbau des Zoll-Zaunes ermöglicht den freien Zugang zum Spreehafen für Spaziergänge und Freizeit. Das Reiherstiegviertel wird in der Diskussion mit dem Schanzen-Viertel verglichen. Die Befürchtung ist, dass die Mieten steigen. Es wird beobachtet, dass jetzt schon viele Wohngemeinschaften durch Studenten in den größeren Wohnungen entstehen. Dies wird als „Gentrifizierung im Kleinen“ benannt.

---

[211] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen, 5.2.6

[212] s.a. Kapitel J. Veddel, 3.1 und Kapitel N. Wohnen 3.2.9

Der geplante Neubau von Wohnungen im großen Umfang war den Teilnehmer_innen nicht bekannt. Wichtig ist der Gruppe allerdings, kein zweites Kirchdorf Süd zu schaffen. Die neuen Wohnungen sollen in einem grünen Umfeld stehen. Wichtig ist ihnen aber auch, dass die Kleingärten nicht verdrängt werden.

Die Form der Beteiligungsstrukturen wurde sehr kritisch betrachtet. Ein Vertrauen in die Politik wurde von allen verneint. Sie würden sich an unterschiedlichen Formen beteiligen, wenn sie konkret betroffen sind.

Konkret auf die Frage

„Was brauchen Sie, damit wir hier gut leben können?" wurden genannt:

- Urbanes Leben mit Einkaufsmöglichkeiten
- Vielfalt an Cafés, Kneipen, Gastronomie
- Mehr Musik und Kultur
- Spielplätze für kleine und große Kinder
- Eine Fähre, die auch am Wochenende von der Ernst-August-Brücke zu den Landungsbrücken fährt
- 10-Minuten-Takt der Buslinie 154
- Höhere Taktung der S3/S 31 und des Buslinie 13 zu den Spitzenverkehrszeit/Stoßzeiten

3.2 Den eigenen Blickwinkel ändern

Zweites Gespräch: In der Diskussion wurden die ersten Zwischenergebnisse der Themengruppe als Diskussionsbasis genommen.

3.2.1 Inklusion[213]

Für die Gruppe ist dies ein wichtiges Thema. Es geht den Teilnehmer_innen um die Idee, den eigenen Blickwinkel zu verändern. Oft wird man durch eigenes Erleben auf bestimmte Problematiken hingewiesen. Ein Beispiel war in der Diskussion die Krankheit eines Teilnehmers, der eine lange Zeit sich nur mit Krücken bewegen konnte. Defizite sieht er seit dem in den viel zu langen Ausfall- und Reparaturzeiten von Rolltreppen und/oder Fahrstühlen. Als besonders schwierig wird hier die S-Bahn-Station Wilhelmsburg benannt. Für den Einzelhandel wird gefragt: Gibt es Förderung bei Umbau (Barrierefreiheit) im Einzelhandel?

Im Bereich Wohnen werden schöne und seniorengerechte/behindertengerechte Wohnungen vermisst. Die Nachfrage wird als sehr groß eingeschätzt. Mehrgenerationenhäuser werden als gute Alternative gesehen.

3.2.2 Sport

Die Sportanlagen werden als nicht positiv eingestuft. Für Kinder- und Jugendsport muss seitens der Stadt mehr getan werden, Vereine sollten mehr unterstützt werden, z.B. durch eine bessere Ausstattung. Wie sehen die Alternativen bei schlechtem Wetter aus?

[213] Ergänzend zu Kapitel C. Inklusion, 2.

3.2.3 Veddel

Nach Einschätzung der Teilnehmer_innen wird die Veddel in Hamburg und von den Hamburger_innen gar nicht wahrgenommen. Es wird von Bekannten berichtet, die durch den starken Verkehr starke Vibrationen in der Wohnung ertragen müssen.

3.2.4 Wohnen – Nachbarschaft

Der Gruppe ist beim Neubau wichtig, dass nicht „Städte (Stadtteile) zum Schlafen" sondern „zum Leben" gebaut werden. Es sollen keine Hochhäuser geplant werden und der Neubau sollte max. 4 bis max. 5 Etagen besitzen.

Ein grünes Umfeld ist den Teilnehmer_innen sehr wichtig. Für die Elbinseln ist im Besonderen der Bezug zum Wasser zu beachten. Der Stadtteil wird als Stadtteil der Kontraste von Wirtschaft bis Bauernhof gesehen. Es muss Einkaufsmöglichkeiten geben. Sport für Kinder und Erwachsene muss möglich sein. Dazu gehören vernünftige Spielplätze (die Idee eines Abenteuerspielplatzes mit Betreuung wurde erörtert). Die Spielplätze und die Parkanlagen sollten für junge und ältere Kinder, aber auch für Erwachsene nutzbar sein. Vorschläge sind unteranderem Schachbretter, Boccia-Anlagen, Minigolf, Grillstationen. Wie beim Thema Inklusion schon angeregt, geht es der Gruppe um ein generationsübergreifendes/altersgerechtes Miteinander. Wichtig ist ihnen weiterhin die Durchmischung der Bevölkerung(-sgruppen), um Vielfalt zuzulassen. Aus ihren Erfahrungen (Kirchdorf Süd) ist es ihnen wichtig, keinen neuen sozialen Brennpunkt zu schaffen.

Einen großen Diskussionspunkt nahm die Forderung Alkoholverbote für öffentliche Plätze ein. Alkoholiker nehmen zu viel öffentlichen Raum ein. Als Alternative zum Verbot wurde die Schaffung von Trinkerräumen benannt.

3.2.5 Beteiligung / Partizipation

Die Informationsbeschaffung wurde seitens der Gruppe als nicht schwierig angesehen. Die Teilnehmer_innen beziehen ihre Information, z.B. Bebauungspläne, über das Rathaus, durch das Internet bzw. informieren sich bei Bürgervereinen. Beteiligung ist für sie wichtig, wenn sie persönlich betroffen sind. Dann stellt sich für sie die Frage: Was kommt dabei heraus? Welche Interessen setzen sich durch? Wer beteiligt sich? Wer gibt nach? Wer setzt sich durch?

3.2.6 Verkehr

Die Elbinseln werden als fahrradfreundlich gesehen. Stadt Rad ist ein attraktives Angebot. Leider sind die Übergänge Elbbrücken und Reiherstiegviertel nicht klar ausgebaut und sichtbar. Die Taktung der Buslinie 154 wird mit 20 Minuten als zu selten bemängelt. Die Buslinie 13 ist meist überfüllt.[214] Hier sollten nur große Busse eingesetzt werden. Der Stadtteil hat viele junge Familien, d.h. es gibt viele Kinderwagen, die ihren Platz in den kleinen Bussen nicht finden. Die

S-Bahn ist zu voll. Bei Störungen (Bauarbeiten etc.) wird das „Nadelöhr" über die Elbe besonders deutlich. Die Fähre muss öfter fahren und auch am Wochenende.

3.2.7 Veringkanal

„Die HoFA (Honigfabrik) läuft gut."

---

[214] s.a. Kapitel L. Verkehr, 2. vorletzter Spiegelstrich

3.2.8 Naturschutz Wasser Gärten:

Der Konflikt zwischen Wohnungsneubau und Kleingärten wird von der Gruppe gesehen. Kleingärten sind für viele Kleingärtner ihr zweites Zuhause. „Es ist viel Arbeit reingesteckt worden." Kleingärten bedeuten soziales Leben/soziale Kontakte für alle, insbesondere für ältere Leute. Wenn Ausgleichsflächen geschaffen werden, sollen sich diese in der Nähe befinden.

Die Gespräche wurden durchgeführt und dokumentiert von Brit Tiedemann

4. Teilnehmerinnen an Integrationskursen

4.1 Wir möchten uns mehr in der Schule engagieren

Das Gespräch wurde mit 7 Frauen, die bei der BI Veddel (BI - Beruf und Integration Elbinseln gGmbH) einen Integrationskurs/einen Deutsch-Kurs besuchen, geführt. Eine Frau wohnt im Reiherstiegviertel, die anderen sechs wohnen auf der Veddel.

Die Frauen wohnen gern auf der Veddel, sehen die Veddel positiv als kleine Insel wo jede/r jede/n kennt. Sie sehen aber auch ganz konkrete Mängel:

4.1.1 Defizite

- Die Wohnungen sind für Familien zu klein[215] und die Bausubstanz ist schlecht. Das hohe Verkehrsaufkommen und speziell die dichtbefahrende Trasse von Bahn und S-Bahn wird als störend empfunden. Die Bahntrasse lässt die Wohnungen vibrieren.
- Die Sauberkeit fehlt. Es wird angeregt, besser über Müllentsorgung und Mülltrennung zu informieren und diese auch besser zu erklären.
- Für die Kinder gibt es zu wenige Spielplätze. Bei Aus- bzw. Neubau sollte auch mehr auf das Alter der Kinder geachtet werden. Das Spielplatzangebot sollte sich an mehrere Altersgruppen ausrichten und sich z.B. nicht nur an die ganz kleinen Kinder richten. Spielgeräte gibt es zu wenig und die sind leider auch oft kaputt. Ein Park für die Kinder fehlt.
- Die Öffnungszeiten des Sporthauses/der Sporthalle sind nicht ideal. Außerdem wird der schlechte Zustand (z.B. Schimmelbefall) angemahnt.
- Es fehlen den Frauen auf der Veddel Einkaufsmöglichkeiten zur Nahversorgung.[216] Insbesondere eine Drogerie wird vermisst. Als Ausweichmöglichkeiten müssen sie nach Rothenburgsort bzw. Wilhelmsburg/Harburg fahren.
- Es fehlen Restaurants. Es gibt keine Post und keine Bank. Es gibt nur einen Geldautomaten.
- Als besonders schön werden die kurzen Wege zur Schule begriffen. Hier wünschen sich die Mütter eine bessere Zusammenarbeit mit der Schule in der Slomannstraße[217]. Dazu gehören mehr Nachhilfe-Möglichkeiten und ein genaueres Feedback der Lehrerinnen. Den Frauen ist bekannt, dass es eine Elternvertretung in der Schule gibt, aber diese Form wird von den Frauen als nicht hilfreich eingestuft. Es besteht ein großes Interesse, die Schule zu unterstützen. Diese Hilfe könnte z.B. Unterstützung beim Basteln und/oder bei der Betreuung der Kinder sein. Den Müttern geht es dabei auch darum, die eigenen Deutschkenntnisse zu erweitern und anwenden zu können. Bisher wird Deutsch fast ausschließlich im Integrationskurs gesprochen. Es fehlt an Möglichkeiten, die Sprache

[215] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen, 5.2.6

[216] s.a. Kapitel J. Veddel, 3.1

[217] Ergänzend zu Kapitel B. Bildung

zusammen mit anderen „zum Leben zu bringen“. Es entsteht innerhalb dieser Diskussion auch der Wunsch nach einem Begegnungsort, an dem sich unterschiedliche Menschen treffen können und sich austauschen können.

- Was wird aus dem Zollhafengebiet? Die Frauen fühlen sich nicht informiert.
- Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere die S-Bahn, ist sehr gut. Allerdings fehlt an der Seite zur Veddel ein Fahrstuhl. Dies ist besonders für Mütter mit Kinderwagen ein riesengroßes Problem.
- Als großes Problem wird die ärztliche Versorgung gesehen.[218] Es müssen lange Wege, zusätzliche Kosten (Fahrkarten) in Kauf genommen werden. Besonders ärgerlich für die Frauen: Es gibt keine Kinderarztpraxis.

4.2 Spielplätze sollten besser ausgestattet sein

Stadtteilgespräche mit 17 Frauen auf der Veddel, die einen Integrationskurs bei der BI Veddel besuchen.

Die Veddel ist überschaubar. Man kennt sich auf der Insel. Die Frauen berichten, dass sie daher am Abend keine Angst haben, unterwegs zu sein. Sie sehen aber auch ganz konkrete Mängel:

4.2.1 Defizite

- Kritisch wird gesehen, dass am Bahnhof der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum zugenommen hat.
- Es gibt keine Ärzte (nur einen allgemeinen Arzt), die Versorgung ist schlecht, die Bewohner der Veddel müssen in andere Stadtteile ausweichen.[219]
- Es gibt keine Bank, keine Post, keine Drogerie. Es gibt nur einen Supermarkt. Zum Einkaufen fahren die Frauen daher nach Harburg oder zum Hauptbahnhof. Große Erwartungen setzen die Frauen in das neue Luna-Center in Wilhelmsburg.
- Es sollte ein größeres Angebot von Kindergärten auf der Insel geben. Die Spielplätze auf der Veddel sollten besser ausgestattet sein. Es gibt nur zwei Schaukeln. Die Anzahl der Spielgeräte soll erhöht werden.[220]
- In der Schule auf der Veddel ist der Anteil der migrantischen Kinder sehr hoch. Die Frauen wünschen sich eine Vorschule mit (mehr) Deutsch für die Kinder und in der Schule extra Deutschunterricht.[221]
- Die S-Bahn-Anbindung wird als gut empfunden. Es gibt allerdings keinen Fahrstuhl und keine Rolltreppe. Die Buslinie 154 sollte nach Ansicht der Frauen öfter fahren.
- Frauen aus der Gruppe berichten von starken Vibrationen in ihren Wohnungen, die durch den Verkehr (Veddeler Brückenstraße) ausgelöst werden.[222] Es fehlen größere Wohnungen für Familien.[223] Es wird angemahnt, dass viele Häuser keinen Fahrstuhl haben, was gerade bei älteren Menschen zu großen Problemen führt.

---

[218] s.a. Kapitel J. Veddel, 3.1. dritter Absatz

[219] ebenda

[220] s.a. Kapitel J. Veddel, 4.3.2.vorletzter Absatz

[221] Ergänzend zu Kapitel B. Bildung

[222] s.a. Kapitel J. Veddel,5.2 erster Absatz

[223] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen, 5.2.6

4.2.2 Partizipation

Auf die Frage wie sie sich in Veddel und in Hamburg über Themen zum Stadtteil zur Stadtteilentwicklung informieren, reagierten die Frauen zögerlich. Deutsche Medien, Presse, Radio, TV werden nicht genutzt. Informationen werden in privaten Netzwerken, in der Nachbarschaft ausgetauscht.

4.3 „Manchmal vergesse ich, dass ich in Deutschland bin."

12 Frauen, die den Integrationskurs – Deutschkurs in der BI Wilhelmsburg besuchen und im Reiherstiegviertel wohnen, berichten über ihr Quartier.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wird Wilhelmsburg sofort als gutes Wohnquartier von den Teilnehmerinnen gelobt. Viele Frauen aus der Gruppe nutzen intensiv die Angebote im Stadtteil. Das Bürgerhaus Wilhelmsburg mit seinem vielfältigen Angebot wird insbesondere im Bereich Kinder- und Familienangebote gern genutzt. Es gibt viele Aktivitäten für Frauen und Familien, genannt wurden weiterhin die Honigfabrik und des Eltern-Kind-Centrum in der Zeidlerstraße. Auch das Angebot der Bücherhallen zum Deutschlernen wurde positiv benannt.

In der weiteren Diskussion wurden viele Fragen diskutiert und sich intensiv ausgetauscht.

4.3.1 Defizite

- Warum wurden die Bäume am Assmann-Kanal gefällt? Dies wird als sehr schade empfunden. Wilhelmsburg lebt vom vielem Grün und der Natur. Dies sollte erhalten werden. Von einer Frau wird festgestellt: Im Veringkanal stinkt das Wasser scheußlich. Das kann nicht gesund sein.
- Die Gegend am und um den Stübenplatz, insbesondere der Mannesallee, wird von den Frauen als schlecht beurteilt. Sie haben Angst vor den Männern, die am Tage und am Abend dort stehen. Sie meiden daher die Gegend, so weit wie sie können. Ursachen sehen die Frauen in der hohen Arbeitslosigkeit der Männer und den fehlenden Möglichkeiten, z.B. Ausbildung für die jungen Männer. Es fehlen Jugendprojekte für Aus- und Weiterbildung. Weiterhin wird die große Anzahl an Schwarzarbeit als Begründung genannt, die Frauen fragen, warum dies nicht kontrolliert wird.
- Im Stadtteil (Reiherstiegviertel) gibt es wenige Straßenlampen, was ihre Unsicherheit leider verstärkt.
- Am Assmannkanal beobachten die Frauen, dass Drogen verkauft werden. Auch hier fragen die Frauen, warum die Polizei das nicht kontrolliert.
- Die Weimarer Straße wird als zu laut und gefährlich für Kinder gesehen. Die Autos fahren hier viel zu schnell. Insgesamt fahren die Autos in den Stadtviertel viel zu schnell und es wird eine Geschwindigkeitsreduzierung und deren Kontrolle gefordert.
- Bei der Anzahl der Spielplätze waren sich die Frauen in der Diskussion nicht einig. Für einige ist die Anzahl ausreichend, anderen wünschen sich mehr und bessere Spielplätze für ihre Kinder. Entrüstet sind die Frauen über Diebstähle, insbesondere auf den Spielplätzen.
- Die Straßen sind schmutzig und vermüllt. Sehr viel Dreck befindet sich auch auf den Spielplätzen. Es wurden bereits Ratten von den Frauen beobachtet.
- Wilhelmsburg bietet gute Möglichkeiten zum Einkaufen von Lebensmitteln, als besonders wertvoll werden die kurzen Wege benannt. Allerdings müssen die Frauen für Kleidung, Optiker etc. zum Hauptbahnhof oder nach Harburg fahren.

- Das Angebot von Gastronomie und Cafés wird als genug eingestuft.

Die Versorgung mit Ärzten im Stadtteil hat eine politische Diskussion über Gesundheitssysteme im Vergleich Deutschland – Polen – Türkei ausgelöst.

- Es fehlen Wohnungen für Familien.[224] Die Wohnungssuche ist sehr schwierig und langwierig. Die Idee, in Wilhelmsburg neue Wohnungen zu bauen, wurde begrüßt, löste aber auch eine Diskussion aus. Der Konflikt Wohnungsneubau und Zerstörung von grünen Flächen wurde als Dilemma gesehen.
- Die Teilnehmerinnen schätzen die guten öffentlichen Verkehrsmittel und die gute Verbindung von S-Bahn und Bussen. Allerdings sind die Bushaltestellen und Gehwege kaputt.

4.3.2 Nachbarschaft

Wilhelmsburg wird als interkultureller Stadtteil gesehen und geschätzt.[225] Es wird wenig Deutsch gesprochen. Eine Teilnehmerin äußert „manchmal vergesse ich, dass ich in Deutschland bin“ und eine zweite Teilnehmerin ergänzt: „In Antalya, im Urlaub, spreche ich mehr Deutsch als hier“. Selbst bei Festen im Stadtteil wird hier internationale Musik gespielt. „Nie hören wir deutsche Musik“.

4.3.3 Bildung

Es gibt zu wenig deutsche Kinder in den Schulen, dadurch haben die Kinder schlechte sprachliche Bedingungen. Die Bonifatius Schule wird als sehr gut bezeichnet, ihr hoher Anspruch ist gut für die Schüler_innen. Die Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche werden im Stadtteil als schwierig eingeschätzt.

4.3.4 Inselpark[226]

Die Diskussion zum Inselpark (Zaun ja/nein) war den Frauen nicht bekannt. Nach einem längeren Austausch von Argumenten tendierten die Frauen zum nächtlichen Abschließen des Inselparks, da sie hierdurch die Möglichkeit sehen, den Park vor Müll und Zerstörung zu schützen. Wichtig war ihnen die Forderung im Park und in der Stadt, Hunde angeleint auszuführen.

4.3.5 Partizipation[227]

Die Frage; ob sie Veranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung und Stadtteileinwicklung besuchen würden, wurde aus sprachlichen Gründen verneint. Auch Informationen werden selten über (deutsche) Zeitung, Radio und TV besorgt. Die Sprache wird als schwer verständlich bzw. zu schnell empfunden. Das Interesse sich an Projekten im Stadtteil zu beteiligen, ist sehr groß. Hier wird die Chance gesehen, sich an der Organisation zu beteiligen und mit vielen anderen Menschen in Kontakt zu kommen.

Die Gespräche wurden durchgeführt und dokumentiert von Brit Tiedemann

---

[224] Ergänzend zu Kapitel N. Wohnen, 5.2.6

[225] s.a. Kapitel N. Wohnen, 4.

[226] vgl. Kapitel F. Nachbarschaft, 6. fünfter Spiegelstrich und Kapitel N. Wohnen, 6.6 achter Spiegelstrich

[227] Ergänzend zu Kapitel H. Partizipation